Eur.
694
d(151

Eur. 694 d (151 Bojanowski

Bayerische Staatsbibliothek
<36644882820014
S

Geschehenes und Geschriebenes.

Tagebuchblätter

eines Journalisten

aus

den Kriegsmonaten der Jahre 1870 und 1871.

Von

P. von Bojanowski.

Weimar,
Hermann Böhlau.
1871.

191 H

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Vorwort.

Vielfach ist mir aus dem Leserkreise der „Weimarischen Zeitung“ der Wunsch ausgesprochen worden, die während der Dauer des eben beendigten entscheidungsvollen Krieges geschriebenen Artikel im Separatabdruck zu veröffentlichen. Indem ich, nicht ohne Bedenken, mich entschließe, dieselben in einem Bändchen herauszugeben, kann ich nicht umhin, über die Entstehung der einzelnen Artikel zu bemerken, daß sie geschrieben worden sind mit dem Wunsch und in der Absicht, anknüpfend an die Ereignisse des Tages den Lesern der „Weimarischen Zeitung“ ein möglichst scharf abgegrenztes konkretes Bild der großen geschichtlichen Vorgänge während der letzten Monate zu geben. Daß diese Aufgabe nur unvollkommen gelöst worden ist, dessen bin ich mir sehr wohl bewußt, der ich die Lücken in der hier vorliegenden Darstellung und Beurtheilung der Ereignisse keineswegs verkenne. Wenn ich es dennoch wage, mit dieser Darstellung vor die Oeffentlichkeit zu treten, und gewissermaßen unter dem Schutz des gewaltigen „Geschehenen“ dieses Jahres das von mir für einen kleinern Kreis

„Geschriebene“ in besonderer Ausgabe zu veröffentlichen, so darf ich als Rechtfertigung nur das eine Moment geltend machen, das mein Unterfangen entschuldigen und diesem Bändchen vielleicht einen Werth verschaffen kann: die frische Unmittelbarkeit der in demselben enthaltenen Artikel. Sie sind unter dem Eindruck der Thatsachen und Vorkommnisse geschrieben und schließen sich daher in der Darstellung und Beurtheilung derselben, in der Wiedergabe der Empfindungen und Anschauungen auf das Engste an die Geschichte fast jedes einzelnen Tages an. Sie können keine historisch-kritische Darstellung der mächtigen Ereignisse, die wir erlebt, sein, vielleicht aber sind sie, gerade weil sie den Augenblick möglichst getreu wiederspiegeln, dem lebenden Geschlechte nicht unwillkommene Gedenkblätter an jene Tage, deren Eindrücke sie vergegenwärtigen, vielleicht auch — und dies würde die Erfüllung meines kühnsten Wunsches sein — sind sie für den kommenden Geschichtsschreiber dieser großen Zeit nicht ganz werthlose Bruchsteine zu der Rekonstruktion der Empfindungen, der Anschauungen und Urtheile des deutschen Volks in diesen Tagen von unvergleichlicher Herrlichkeit.

Weimar, den 19. März 1871.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichniß.

Vor der Kriegserklärung. Vom 5. bis 18. Juli 1870.

Seite.

Die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern um die Spanische Krone. — Verhandlungen im französischen Gesetzgebenden Körper. — Auslassungen der französischen Presse. — Mission Benedettis in Ems. — Erklärung des Erbprinzen von Hohenzollern. — Verhandlungen in Ems. — Verschärfung der französischen Forderungen. . . . . 1.

Während des Krieges. Vom 18. Juli 1870 bis 30. Januar 1871.

Vom 18. Juli bis 3. August 1870. Kriegserklärung. — Thronrede zur Eröffnung des Norddeutschen Reichstags. — Rundschreiben und Protest des Grafen Bismarck. — Proklamation des Königs Wilhelm an das deutsche Volk. — Buß- und Bettag. — Diplomatische Schriftstücke. (Französische Note über die hohenzollernsche Kandidatur, Preußische Enthüllungen über den von Benedetti vorgeschlagenen Vertrag betr. die Annexion Belgiens an Frankreich). — Stellung der europäischen Mächte. 24.

Vom 3. bis 9. August 1870. Ansprache des Königs Wilhelm an das preußische Volk. — Schlachten bei Weißenburg, Wörth, Spicheren. . . . . 43.

Vom 9. August bis 1. September 1870. Note des Herzogs von Gramont. — Sturz des Ministeriums Ollivier. — Weitere Enthüllungen über Frankreichs Politik im Jahre 1866. — Haltung des französischen Volkes. — Ausweisung der Deutschen. — Gambetta. — Erste Andeutungen über eventuelle Vermittelungsversuche der neutralen Mächte. — Massenaufgebot in Frankreich. . . . . 48.

Vom 1. September bis 8. September 1870. Schlacht bei Sédan. — Sturz des dritten Kaiserreichs. Proklamirung der Republik in Paris. . . . . 66.

Vom 8. September bis 20. September 1870. Rundschreiben der französischen Regierung. — Adresse der französischen Socialdemokratie an das deutsche Volk. — Schreiben Guizots. — Katastrophe in Laon. — Mission Thiers'. . . . . 71.

Vom 20. September bis 7. Oktober 1870. Vorbereitung der Zusammenkunft in Ferrières. — Zweites Rundschreiben J. Favres. — Verhandlungen in Ferrières. — Bericht Favres über dieselben. — Verletzungen der Genfer Convention durch Frankreich. — Die Zustände in Paris und Frankreich. — Graf Bismarck über den Bericht Jules Favres. . . . . 80.

Seite.

Vom 7. Oktober bis 18. Oktober 1870. Projekt eines Fürstentages in Versailles. — Französische Regierung. — Garibaldi. — Proklamation Gambetta's. — Denkschrift des Bundeskanzlers. — Zustände in Frankreich. — Internationale Demokratie. — Der 18. Oktober 1870. . . . . 91.

Vom 18. Oktober bis 22. November 1870. Rundschreiben des Grafen Chaudordy. — Waffenstillstandsgerüchte und die französische Presse. — Fall von Metz. — Weiteres zum Waffenstillstand. — Grévy über die Lage Frankreichs. — Englands Stellung zum Waffenstillstand. Die französische Klage über Verrätherei. — Fortsetzung der Waffenstillstandsverhandlungen — Abbruch derselben. — Rundschreiben Favre's über die Verhandlungen in Versailles. — Replik des Grafen Bismarck. — Bericht Thiers' über seine Sendung in das deutsche Hauptquartier. — Pariser Presse. . . . . 102.

Vom 22. November bis 31. Dezember 1870. Eröffnung des Norddeutschen Reichstags. — Deutscher Kaiser. — Ansprache des Königs Wilhelm an die Adreßdeputation des Reichstags in Versailles. — Am Jahreswechsel. . . . . 139.

Vom 1. Januar bis 18. Januar 1871. Politik der französischen Regierung. — Publikation der Verfassung des deutschen Bundes. — Gambetta. — Pontuskonferenz. — Diplomatische Aktenstücke. . . . . .

Vom 19. Januar bis 30. Januar 1871. Kaiserproklamation in Versailles. — Favre's Rundschreiben über die Stellung der französischen Vertheidigungsregierung zur Pontuskonferenz. — Schreiben des deutschen Kaisers an die deutschen Fürsten. — Pontuskonferenz. — Eintreffen Favre's in Versailles. — Verhandlungen daselbst. — Fall von Paris. — Uebertritt der französischen Ostarmee über die schweizer Grenze. . . . . 152.

Vor dem Frieden. Vom 3. Februar bis 1. März 1871.

Zustände in Frankreich. — Proskriptionslisten Gambetta's. — Protest des Grafen Bismarck. — Französische Wahldekrete. — Hervortreten der Orleans. — Rücktritt Gambetta's. — Französische Wahlen. — Eröffnung des englischen Parlaments. — Zusammentritt der französischen Generalversammlung. — Garibaldi nach Caprera. — Kapitulation von Belfort. — Pariser Wahlen. — Friede? — Verhandlungen in Versailles. — England. — Thiers. — Unterzeichnung der Friedenspräliminarien. — Die Friedenspräliminarien. — Einmarsch in Paris. . . . . 168.

Friede. . . . . 201.

I. Abtheilung.

Vor der Kriegserklärung.

5. Juli bis 18. Juli 1870.

Die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern um die Spanische Krone. — Verhandlungen im französischen Gesetzgebenden Körper. — Auslassungen der französischen Presse. — Mission Benedettis in Ems. — Erklärung des Erbprinzen von Hohenzollern. — Verhandlungen in Ems. — Verschärfung der französischen Forderungen.

5. Juli 1870.

Der Telegraph übermittelte uns gestern aus Paris die Nachricht, daß die Krone Spaniens einem Mitgliede des Hauses Hohenzollern angeboten worden sei. Ganz überraschend ist diese Mittheilung insofern nicht, als manche Aeußerungen des General Prim schon früher dahin gedeutet worden waren, daß die Kandidatur eines Hohenzollern in Aussicht genommen worden sei. Die gestrige Nachricht, welche äußerst positiv lautet, bestätigt diese Annahme, ohne indessen über die Persönlichkeit selbst, welcher die bereits abgereiste Deputation die Krone anbieten soll, Näheres zu melden. Selbstverständlich kann nur von dem katholischen Zweige der Hohenzollern, von den Söhnen des Fürsten von Hohenzollern die Rede sein. Unter diesen Prinzen könnte sowohl der älteste Leopold als der dritte, Friedrich, verstanden sein. Friedrich ist 1843 geboren, königlich preußischer Rittmeister und noch unverheirathet; Leopold, geboren 1835, königlich preußischer Oberst, ist vermählt mit Prinzessin Antonia, einer Schwester des Königs von Portugal. Die „Gazette de France“ nennt den letzteren als den künftigen König von Spanien, früher wurde indessen auch der Prinz Friedrich mit jener Thronkandidatur in Verbindung gebracht. Eine vollständige Aufklärung wird voraussichtlich nicht auf sich warten lassen und wir alsdann Gelegenheit haben, auf diese Angelegenheit, die von nicht gewöhnlicher Bedeutung ist, zurückzukommen. Aeußert sich doch schon jetzt, wie dies freilich nicht anders zu erwarten war, in Paris eine gewisse Gereiztheit; so kann der „Constitutionnel“ nicht umhin, dieser Nachricht den übellaunigen Zusatz hinzuzufügen: es sei noch unbekannt,

ob Prim in eigenem Namen oder mit Vollmacht gehandelt habe. „Wir erwarten Aufklärungen, um die Wichtigkeit des Ereignisses zu beurtheilen; wenn Prim ohne Vollmacht handelte, wie vorauszusetzen ist, so ist der Zwischenfall eine Intrigue; wenn sein Vorgehen sanktionirt wird, so müssen wir den Willen des Volkes achten, können aber unser Erstaunen nicht unterdrücken, das Scepter Karls V. einem preußischen Prinzen anvertraut zu sehen."

6. Juli 1870.

Auch heute liegen keine Nachrichten aus Madrid vor, welche die Persönlichkeit des hohenzollernschen Prinzen, dem die Krone Spaniens angetragen werden soll, näher definirten. Die neuesten Nachrichten aus der spanischen Hauptstadt melden nur, daß am Montag Abend ein Ministerrath stattgefunden, dessen Ergebnisse nicht bekannt seien; in unterrichteten Kreisen werde mit Bestimmtheit versichert, daß Prim in der Frage der Thronkandidatur in völliger Uebereinstimmung mit dem Regenten und dem Kabinet vorgehe; auch solle es sich durchaus nicht darum handeln, einen König ohne Zustimmung der absoluten Majorität der Cortes, in Gemäßheit des jüngst hierüber erlassenen Gesetzes, zu proklamiren. Dies war am Ende als selbstverständlich vorauszusetzen. Die Stellung eines spanischen Königs ist so schwierig, daß kein Kandidat Neigung haben dürfte, sie durch einen solchen Akt der Nichtachtung der Cortesbeschlüsse noch schwieriger zu machen.

Auch die Berliner Blätter, welche am ersten in der Lage sein dürften, Genaueres über die bedeutsame Wendung in der spanischen Thronfrage mitzutheilen, sind zur Zeit entweder noch nicht hinlänglich unterrichtet, oder befleißigen sich einer ganz gerechtfertigten Diskretion. Weniger zurückhaltend sind die französischen Organe; wir haben gestern die Auslassung des „Constitutionnel" mitgetheilt, in welcher derselbe mit verdrießlicher Uebertreibung von dem „Scepter Karl V. in der Hand eines preußischen Prinzen" spricht. Nach den heute aus Paris eingegangenen Mittheilungen ist die ganze dortige Presse durch jene Nachricht in eine durchaus unverständliche Erregung versetzt worden. Einzelne, dem Hof mehr noch als der Regierung nahestehende Blätter, wie das „Pays", meinen, Frankreich dürfe nicht zugeben, daß sich ein preußischer Prinz die spanische Krone aufsetze. Der „Francais", das Organ des linken Centrums, meint, Frankreich dürfe es nicht dulden, daß Preußen die Rolle in Europa spiele, die Oestreich früher gespielt. Der „Moniteur" droht nicht, aber er sagt voraus, daß die Isabellisten, Carlisten und Republikaner sich vereinigen werden, um den gemeinschaftlichen Gegner zu bekämpfen. Die „Patrie" will, daß die Sache schnell aufgeklärt werde. Dabei ist sie der Ansicht, daß die Spanier den Prinzen Leopold nicht annehmen werden.

Wie es scheint, unterläßt man auch nichts, um den Candidaten, als welchen die französischen Blätter den Erbprinzen von Hohenzollern

bezeichnen, den Spaniern so wenig angenehm als möglich zu schildern. Nicht bloß, daß er der Armuth und der Feigheit beschuldigt wird, sogar seine Abstammung von der Familie Mürat — seine Großmutter war eine Prinzessin Mürat — wird benutzt, um durch „die schmerzlichen Erinnerungen, die dieser Name in Spanien wachrufen muß", die Gemüther jenseits der Pyrenäen gegen den Prinzen einzunehmen. Indessen ist die Sprache der ministeriellen Blätter Spanien gegenüber eine maßvolle: ihre ganze Bitterkeit richtet sich gegen Preußen, gegen den Grafen Bismarck, der ihnen als der Urheber dieses Schachzuges gilt. „Nicht undeutlich" heißt es in einer Korrespondenz der Köln. Ztg. „giebt man sogar zu verstehen, daß Frankreich, welches sich bisher strengster Nichtintervention in die spanischen Angelegenheiten beflissen, sich von der Pflicht, diese Politik auch ferner zu befolgen, für entbunden halten würde, wenn dieselbe nicht auch „„Anderen"" (d. i. natürlich Preußen) gleichfalls zur unweigerlichen Richtschnur dienen solle". Man erinnert sich mit gewissem Behagen an die im Herbst 1868 zuerst in der Gazette de France und anderen legitimistischen Blättern aufgetauchte Version, nach welcher die spanische Septemberrevolution nichts anderes als ein vom Grafen Bismarck eingefädeltes Projekt gewesen wäre, und die Herren der Kriegspartei, die es schon aufgegeben, ihre Zeit kommen zu sehen, athmen wieder auf und rasseln munter mit den Säbeln. Heute einem Franzosen beweisen zu wollen, daß die preußische Regierung — die Authenticität der telegraphischen Nachrichten vorausgesetzt — in keiner Weise an der Wahl oder Nichtwahl, an der Annahme oder Nichtannahme des Prinzen Leopold, betheiligt sei, wäre vergebene Mühe. Graf Bismarck ist und bleibt der lebendige Gottseibeiuns, der Frankreich den Handschuh dieser hohenzollernschen Kandidatur hingeworfen, und alle Antworten auf entgegengesetzte Bemerkungen klingen bedenklich nach dem Refrain aus Nathan dem Weisen: „Thut nichts, der Jude wird verbrannt!" Selbst im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten scheint man ungewöhnlich alterirt zu sein, so daß der Herzog von Gramont sogar Eilboten auf das Land schickte, um die in seinem Ministerium mit der Leitung der Preßangelegenheiten betrauten Persönlichkeiten aufzusuchen. Herr Rouher soll sogar, wie der Köln. Ztg. berichtet wird, einen Vertrauensmann nach Düsseldorf gesandt haben, um sich von dort über diese Angelegenheit berichten zu lassen.

Es steht indessen doch wohl zu hoffen, daß, wenn wirklich ein hohenzollernscher Prinz den spanischen Königsthron besteigen sollte, sich diese ungesunde, fieberhafte Erregung unserer lieben Nachbarn legen wird. Wenn ihre Blätter schon jetzt nicht umhin können, Spanien gegenüber einzuräumen, daß es in dieser Sache thun könne, was ihm beliebe und Frankreich seine Politik der Neutralität nicht aufgeben werde, so werden sie unzweifelhaft zu der Erkenntniß kommen, daß Preußen und Deutschland gar nicht für ein Ereigniß verantwortlich

gemacht werden können, das, so bedeutend es auch ist, doch nicht mit der Besteigung des spanischen Thrones durch Philipp von Bourbon verglichen werden kann, für welchen Ludwig XIV. Frankreich in die verhängnißvolle Katastrophe des spanischen Erbfolgekrieges stürzte. Die Fehler der damaligen französischen Politik wird doch das heutige Frankreich nicht wiederholen wollen, ebensowenig gewiß, als man in Deutschland Neigung hat, jenem Beispiel zu folgen.

8. Juli 1870.

Die vorgestrige Verhandlung im französischen gesetzgebenden Körper hat die spanische Thronfolge von dem fast komischen Anschein befreit, welche ihr die Gespensterfurcht der Pariser Blätter gegeben. Den Erklärungen und Auslassungen der Herren von Gramont und Ollivier gegenüber wäre der scherzhafte Ton nur wenig angemessen, in welchem die Fanfaronaden des „Pays“ und die albernen Mährchen des „Constitutionnel“, der „Patrie“ und des Restes der Pariser Blätter beantwortet werden konnten. Den Ministern gebührt eine ernste Sprache; wir wünschten nur, sie hätten es weniger leicht gemacht, diese ernste Sprache zu führen, indem sie sich innerhalb der Schranken der Logik und des politischen Taktes gehalten hätten, statt durch hochfahrende Aeußerungen und Erklärungen voller Widersprüche Repliken geradezu herauszufordern, welche die auf französischer Seite herrschende Aufregung nur noch steigern dürften.

Aus den Auslassungen des Herzogs von Gramont ist zunächst das einzig bis jetzt vorliegende Faktum zu konstatiren, daß General Prim dem Prinzen von Hohenzollern die spanische Krone angeboten und dieser sie angenommen hat. Liegt in dieser Thatsache etwas, was die Ehre, die Würde, die Interessen Frankreichs oder irgend einer andern Nation verletzen könnte? Gewiß nicht; die spanische Nation ist kraft ihrer Souveränetät nach den ausdrücklichen Erklärungen der französischen Regierung vollkommen berechtigt, zum Herrscher zu wählen, wen sie will. Frankreich hat völkerrechtlich eben so wenig wie irgend eine andere Nation ein Recht der Einmischung in diese rein innere Angelegenheit der spanischen Nation; es hat zum Ueberfluß wiederholt jeden Gedanken an eine solche Einmischung, als gegen seine politischen Prinzipien verstoßend, zurückgewiesen. Ganz folgerichtig erklärt demgemäß der Herzog von Gramont, die Regierung werde in der bisher beobachteten neutralen Haltung verharren, mit anderen Worten, die Dinge in Spanien gehen lassen, wie sie gehen, gleichviel ob der Prinz von Hohenzollern den Thron besteigt oder nicht. Leider sind die Schlußsätze dieser Rede weniger logisch, weniger verständig. Was soll es heißen, wenn Herr von Gramont hinzufügt: „die französische Regierung werde nicht dulden, daß eine fremde Macht einen Prinzen auf den spanischen Thron setze und die Ehre und Würde Frankreichs in Gefahr bringe. Die Regierung vertraue auf die Weisheit des deutschen

und die Freundschaft des spanischen Volks. Sollte sie sich aber in ihrer Hoffnung täuschen, so werde sie ohne Zögern und ohne Schwäche ihre Pflicht thun." Hat bis jetzt irgend eine fremde Macht Miene gemacht, einen fremden Prinzen auf jenen Thron zu setzen? Hat das „weise" deutsche Volk darnach gestrebt, seine neutrale Stellung in dieser Angelegenheit aufzugeben und mit Zündnadeln und Panzerschiffen einem deutschen Prinzen den Weg nach Spanien zu bahnen? Ein solcher Appell an die Weisheit unseres und an die Freundschaft des spanischen Volkes ist vollkommen unberechtigt, und vielmehr zu wünschen, daß auf Seiten des französischen Volkes die eine wie die andere Eigenschaft gefunden werden möge. Immerhin indessen würde eine Erklärung jener Auslassung des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in dem Umstande gefunden werden können, daß der Herzog von Gramont zum ersten Male seit dem Bestehen der parlamentarischen Regierungsform in Frankreich eine Frage der auswärtigen Politik von hervorragender Wichtigkeit zu erörtern hat.

Das durch die Neuheit dieser Verhältnisse gesteigerte Gefühl seiner Verantwortlichkeit dürfte wohl das französische Ministerium veranlaßt haben, in jener Erklärung eine Sprache zu führen, die zur Zeit der Rouher und Lavalette Europa als am Vorabend eines Krieges stehend erscheinen lassen könnte, die aber heute, wo dem französischen Volke eine Antheilnahme an der sogenannten hohen Politik zugestanden ist, eine solche Bedeutung nicht beanspruchen kann. Parlamentarische Minister haben ja eine größere Freiheit der Sprache als jene, welche nur die Werkzeuge in der Hand des absoluten Herrschers sind. Wir würden daher den Worten Gramonts eine beunruhigende Tragweite zunächst nicht zuschreiben, hätte sich das französische Ministerium auf die Abgabe dieser Erklärung beschränkt, allein die Auslassungen des Herrn Ollivier sind nicht nur nicht geeignet, jene Erklärung etwas abzuschwächen, sie fordern vielmehr eine strengere Prüfung grade heraus. Herr Ollivier ist, wir haben das neulich erst gelegentlich seines „französischen Sadowa's" zu bemerken Gelegenheit gehabt, kein glücklicher Redner. Als solcher hat er sich auch hier nicht gezeigt. Schon sein Ausspruch, „allemal, wenn Europa die Ueberzeugung gewonnen habe, daß Frankreich fest entschlossen sei, in der Erfüllung seiner legitimen Pflichten, widersetze es sich nicht den Wünschen Frankreichs" erinnert in übelster Weise an die bekannten Worte: „Europa ist ruhig, wenn Frankreich befriedigt ist", und erweckt nur zu lebhaft das Andenken an jene Zeiten, in welchen die französische Nationaleitelkeit sich darin gefiel, die Rolle des obersten Schiedsrichters zu spielen und überall mit seinem großen Säbel zu rasseln, weil es ihm beliebte, sich überall legitime Pflichten und Interessen zuzuschreiben, auch da, wo es in der That gar nichts zu suchen hatte. Daß diese Zeiten vorüber, daß heute den großen europäischen Staaten nur die Beobachtung nationaler Pflichten aufliegt, nicht solcher höchst illegitimen Pflichten, welche aus

der Theorie vom europäischen Gleichgewicht sich an den Haaren herbeiziehen lassen, ist nicht der geringste Gewinn der großen staatlichen Veränderungen, die sich in dem letzten Decennium vollzogen haben, ein Gewinn, den sich Europa gewiß nicht wird wegeskamotiren lassen wollen, und zwar am allerwenigsten durch das kaiserliche Frankreich, welches grade das Princip der Nationalität proklamirt hat.

Fast noch übler als dieser wenig geschickte Schlag, mit welchem Herr Ollivier zunächst doch nur das Kaiserreich trifft, ist die Leichtigkeit, um nicht ein anderes Wort zu gebrauchen, mit welcher Herr Ollivier vom Ministertisch aus das Wort „Krieg" in die Debatten des gesetzgebenden Körpers hineingeworfen hat, ein Wort, das selbstverständlich ein nachhallendes Echo überall in Europa finden wird. Sehr richtig fragt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in Bezug hierauf: „Krieg, mit wem? Mit dem spanischen Volke, weil sich dasselbe, der Unsicherheit müde, einen König geben will? Wir würden einen solchen Krieg nicht verstehen, denn er würde ja gerade das Resultat haben, welches Herr v. Gramont vermeiden will: eine fremde Macht würde über den spanischen Thron entscheiden. Krieg mit Deutschland? Wir verstehen dies noch weniger, denn oft genug und deutlich genug haben die Thatsachen, aus denen sich die Geschichte der letzten vier Jahre zusammensetzt, ergeben, daß die Neugestaltungen in Deutschland nur nationale Motive haben, nur nationale Zwecke verfolgen, während Preußen, als Sonderstaat, gerade durch die Schöpfung des norddeutschen Bundes und die Verpflichtungen, die es sich dadurch zu Gunsten seiner Bundesgenossen aufgelegt hat, ebenfalls den Beweis gegeben hat, daß es seine möglichen Partikularinteressen der nationalen Bewegung unterordnet." Diese Eventualität eines Krieges in Folge der Besteigung des spanischen Thrones durch einen hohenzollernschen Prinzen ist in der That so fabelhaft, daß sie ernstlich kaum in das Auge gefaßt werden könnte, ohne das Dazuthun des Herrn Ollivier, welcher so freundlich ist, Europa mit Feuer und Schwert zu bedrohen, sobald es nicht den Willen Frankreichs erfüllt, nicht das thut, was Frankreich für seine „legitimen Pflichten" hält! Und was sind diese „legitimen Pflichten"? Nichts anderes als die Verwirklichung jenes bekannten Sullyschen Problems, welches darauf hinausläuft, die romanischen Staaten unter Frankreichs Aegide zu sammeln, Deutschland dagegen in seiner ohnmächtigen Zerstückelung zu erhalten. Um dies Ziel, soweit es heute noch möglich, zu erreichen, muß Italiens Konstituirung durch die Besetzung Roms, muß Spaniens endliche Erstarkung durch die künstliche Aufrechterhaltung der innern Zerrissenheit hinausgeschoben werden: beide Staaten sollen nur, wenn und wie es Frankreich beliebt, den ihre Gesundheit zerrüttenden Bewegungen im Innern Stillstand gebieten: was in beiden Staaten geschieht, soll nur mit Zustimmung Frankreichs geschehen. Das sind die „legitimen Pflichten" Frankreichs, den Romanen gegenüber; wie sie

Deutschland gegenüber beschaffen sind, wie sie in der Bekämpfung von Allem gipfeln, was Deutschland auf politischem, militärischem und kommerziellem Gebiet zu einer seiner Größe entsprechenden Bedeutung erheben kann, braucht nicht gesagt zu werden, nachdem der Debatte über Spanien die Debatte über den Bau der Gotthardbahn eben erst vorausgegangen.

Wie der letztgenannte Versuch, die Selbstständigkeit Deutschlands zu hemmen und zu beschränken, ohne Resultat geblieben ist, so wird auch voraussichtlich das mit so großem Ungeschick zu einer Tagesfrage von außerordentlicher Wichtigkeit aufgeblähte Bestreben, die Kandidatur des Prinzen Hohenzollern in Spanien zu verhindern, erfolglos sein, denn von zweien das Eine: entweder die spanischen Cortez wählen am 1. August den Prinzen nicht, so erledigt sich die Angelegenheit von selbst. Oder die Majorität spricht sich für ihn aus, schwerlich aber wird alsdann ein französischer Kriegsdampfer das Schiff anfallen, welches „Cäsar und sein Glück" nach Spanien trägt, noch Frankreich die Kühnheit haben, eine furchtbare Krisis über Europa und nicht am wenigsten über Frankreich selbst heraufzubeschwören, einen Krieg mit Spanien und mit Deutschland zu beginnen, der, zumal was letzteres betrifft, gar kein Objekt hätte. Denn was man auch von einer Betheiligung Deutschlands bei jener Kandidatur schwatzen mag, ein Körnchen gesunden Menschenverstandes genügt, um erkennen zu lassen, daß Preußen nicht in der Lage ist, einen maßgebenden Einfluß auszuüben auf die Entscheidung der Cortez und des Prinzen Leopold von Hohenzollern. Wenn schon der „Constitutionnel" in seiner neuesten Diatribe, welche gleichmäßig scharf gegen Preußen wie gegen Spanien sein soll, die Erhaltung des Friedens von den Entschließungen dieser beiden Staaten abhängig machen will, und sich zu dem kühnen Satz versteigt: „Wenn das spanische Volk einen ihm aufzuzwingenden König von selbst zurückweist, so haben wir von Preußen nichts weiter zu fordern; die Ordnung wird dann zurückkehren, ohne daß eine der drei Mächte irgend welche Konzessionen zu geben oder zu verlangen hat. Es ist das die von uns gewünschte Lösung" — so ist uns das unverständlich, paßt aber vielleicht in das System der französischen Politik, deren Friedensliebe wenigstens in diesem Falle sich nicht im vortheilhaften Lichte zeigt.

9. Juli 1870.

Der Wortlaut der Erklärung des Herzogs von Gramont lautet insofern noch bedrohlicher als in der telegraphischen Analyse, weil sie ausdrücklich ausspricht, daß die französische Regierung es „in keiner Weise und unter keinem Vorwande dulden könne, daß eine deutsche Macht eines ihrer Kinder auf den Thron Carls V. setze." Dem entsprechend spitzt auch der „Constitutionnel" in seinem gestern telegraphisch signalisirten Artikel das Verlangen der französischen Regierung

dahin zu, daß es nicht genügen könne, wenn man sage, Preußen stehe der Kandidatur fern. Wie Ludwig Philipp dem Herzog von Nemours die Annahme der belgischen Krone, England dem Prinzen Alfred, Rußland dem Herzog von Leuchtenberg die Annahme der griechischen und Napoleon III. dem Prinzen Mürat die Annahme der neapolitanischen nicht gestattet habe, so müsse Preußen dem Prinzen von Hohenzollern untersagen, die spanische Krone anzunehmen. Wie man in Frankreich zu einer solchen Forderung thatsächlich durchaus nicht berechtigt ist, haben wir bereits gestern hervorgehoben, indem wir zugleich bemerklich machten, wie wenig die von den französischen Staatsmännern eingenommene anmaßliche und provocirende Haltung der Erhaltung des Friedens günstig sei. Aber selbst abgesehen davon, so sind die in dem Artikel des „Constitutionnel" angezogenen Analogien durchaus unzutreffend und können keinesfalls als Präcedenzfälle gelten, da die Beziehungen zwischen dem Erbprinzen von Hohenzollern und dem preußischen Staatsoberhaupte keineswegs dem engen Verwandtschaftsverhältniß entsprechen, welches z. B. zwischen dem Herzog von Nemours und dem König Ludwig Philipp, zwischen dem Prinzen Alfred und der Königin von England besteht. Die katholischen Hohenzollern haben nach ihrer Abdankung zu Gunsten Preußens die Stellung von Prinzen von Geblüt erhalten, besitzen aber kein Successionsrecht, so daß das preußische Staatsoberhaupt durchaus nicht in der Lage ist, einen andern Einfluß als den einer freundschaftlichen Rathgebung auf sie auszuüben. Es ist bekannt, daß Prinz Carl s. Z. gegen den Rath des Königs Wilhelm nach Rumänien gegangen ist; ebenso hat König Wilhelm unlängst dem Erbprinzen Leopold von der Annahme der spanischen Krone abgerathen, und dieser in Folge dessen zunächst eine verneinende Antwort gegeben, die er erst in den zuletzt geführten Verhandlungen zurückgenommen. Mehr als einen Rath zu geben, liegt vollständig außerhalb der Macht des preußischen Königs, der unmöglich, weil Frankreichs bon plaisir gegen diese Thronbesteigung ist, den von Spanien gewählten Kandidaten gefangen halten kann. Diese Verhältnisse sind so einfach, daß die ganze Fieberhitze, welche sich Frankreichs bemächtigt zu haben scheint, dazu gehört, sie zu verkennen und die Erhaltung des Friedens von derartigen unmöglichen Bedingungen abhängig zu machen. Wenn daher die französische Regierung nach den Angaben des „Constitutionnel" sich an die Kabinette von London, Wien und Florenz gewendet hat, um in Berlin im Interesse des Friedens sich zu bemühen, so heißt das die Pferde hinter den Wagen anspannen. Was in Berlin geschehen kann, ist einzig die strikteste Beobachtung der Neutralität sowohl gegenüber Spanien wie gegenüber dem Erbprinzen — diese Haltung aber wird auch ohne das Zuthun Englands und Oestreichs voraussichtlich eingenommen werden, zumal Preußen an der Thronbesteigung des Prinzen Leopold gar kein Interesse hat.

Wollen die anderen Großmächte dagegen wirklich im Interesse des Friedens thätig sein, so wäre es angezeigt, daß sie das Pariser Kabinet an die Grundsätze der Nichtintervention erinnerten und auf ihre strikte Durchführung beständen. Wie die Sachen zur Zeit noch zu liegen scheinen, ist allerdings nur geringe Aussicht, daß Frankreich einer verständigen Sprache Gehör schenkt, indessen kann unmöglich die Ueberreizung der Gemüther in Paris lange andauern und es läßt sich wohl mit Bestimmtheit hoffen, daß selbst Herr Ollivier, dessen Kriegsmuth mit dem des Herrn Cassagnac erfolgreich rivalisirt, zur Erkenntniß kommen wird, wie gefährlich der ungeschickte Eifer ist, mit dem die französische Regierung vorgegangen, und so bei einer ruhigeren Beurtheilung der Situation die Chancen auf eine Verständigung sich wieder heben werden.

11. Juli 1870.

Die akuteste Form des Größenwahnsinns — es ist kaum möglich, anders den Eindruck zusammenzufassen, welchen auf den deutschen Leser die Paroxysmen leidenschaftlichster Verblendung macht, der die französischen Blätter, und leider nicht diese allein, sondern gerade die Staatsmänner beherrscht, welche vor Allem bemüht sein sollten, durch eine ruhige, zurückhaltende Beurtheilung der Situation die erhitzten Gemüther zu beruhigen, statt die Verwirrung zu steigern. Daß „Liberté" und „Pays" nur noch von siegreichen Gefechten und der Vernichtung Preußens reden, möchte füglich auf sich beruhen, daß aber der Herzog von Gramont bei einem diplomatischen Empfang sagte, er hoffe, der Prinz von Hohenzollern werde die mit spanischem, preußischem und französischem Blute befleckte Krone Spaniens nicht annehmen*), ist nicht nur von zweifelhaftem Geschmack, es ist dies vielmehr eine höchst unstaatsmännische Aeußerung, insofern, als sie der Eventualität eines Krieges mit einer Sicherheit Erwähnung thut, die dem viel gehörten Argwohn, als sei die Kandidatur des hohenzollernschen Prinzen nur ein erwünschter Vorwand, um den Versuch einer Neufärbung des kaiserlichen Purpur durch Ströme frischen Blutes zu machen, nur Vorschub leisten kann. Auch Herr Ollivier scheint es nicht vermocht zu haben, die eigentlichen Gedanken des Ministeriums in dieser Beziehung mit dem sonst üblichen diplomatischen Schleier zu verbergen; zu einer Gruppe von Deputirten sagte er am Donnerstag, 7. Juli: „Wir warteten nur auf einen Vorwand oder auf eine Gelegenheit; die hohenzollernsche Angelegenheit kommt uns sehr gelegen"**).

Wir haben die Quellen genannt, denen wir diese für die französische Politik bezeichnenden Außerungen entlehnt, und würden gern ein

*) Allg. Zeitung vom 9. Juli.
**) Pariser „Public" vom 8. Juli.

Dementi derselben registriren, allein leider läßt die ganze Situation es wahrscheinlich genug erscheinen, daß in der That die Konsekration, welche dem Kaiserreich durch das Plebiszit zu Theil geworden ist, nicht genügt, um die dynastischen Interessen zu kräftigen, daß vielmehr auch ein blutiger Krieg erforderlich ist. Diese Annahme allein ist ein Schlüssel für die räthselhafte Gestaltung der Dinge, wir wir sie seit 8 Tagen staunend, ja wir möchten sagen, erschüttert, erleben. Denn je ruhiger wir diesseits des Rheins, im Vollgefühl unserer guten Sache und unserer Kraft zur Zurückweisung jedes thörichten Angriffes, das Gebahren unserer französischen Nachbarn betrachten, um so schmerzlicher empfinden wir die Frivolität, mit welcher dort an das furchtbare Gottesgericht des Krieges in einer so durchaus nichtigen, die höchsten Interessen des französischen Staates so gar nicht berührenden Angelegenheit appellirt wird. Wer in Deutschland hatte nicht geglaubt, es werde dem ernsten Willen beider Nationen gelingen, auf die Dauer friedlich neben einander und mit einander zu arbeiten an der Verwirklichung der höchsten Ziele der Menschheit, an der Befestigung von Frieden und Freiheit, an der Ausdehnung und Vertiefung der Kultur unseres Zeitalters? Selbst wenn, wie wir hoffen und glauben, die gegenwärtige Krisis vorübergeht, ohne Europa in das Wirrsal eines unberechenbaren Krieges zu stürzen, die Erfahrung der letzten 8 Tage hat jenen Wahn zerrissen und gelehrt, daß das deutsche Volk seine Arbeit in der Geschichte der Menschheit nur vollziehen kann, wenn es neben die Kelle das Schwert legt.

Die Hoffnung, daß es gelingen werde, kriegerischen Komplikationen vorzubeugen, ist durch nichts in den letzten Tagen verringert worden; leider ist sie aber auch durch nichts gekräftigt worden. Noch immer hält Frankreich die falsche Stellung fest, daß die preußische Regierung die Verantwortlichkeit trage für die Möglichkeit, daß der Erbprinz von Hohenzollern den spanischen Thron besteige; vergebens sind die deutschen Organe und einige wenige französische Blätter — wir nennen sie mit gebührender Hochachtung: das „Journal des Debats“ und der „Temps“ — bemüht, die Inhaltlosigkeit dieser Behauptung nachzuweisen, indem sie darauf aufmerksam machen, daß das spanische Volk, wenn es gemäß den gesetzlichen Bestimmungen, diese Persönlichkeit zum Herrscher wählt, nur ein ihm allseitig zuerkanntes Recht ausübe, daß von allen Kabineten am wenigsten das französische in der Lage sei, gegen einen solchen Akt der Nationalsouveränetät Einspruch zu erheben, da das Kaiserreich auf der nämlichen Basis beruht, daß ferner die verwandtschaftlichen Beziehungen des Erbprinzen zum Kaiser Napoleon nähere sind, als zum König von Preußen, daß in unseren Tagen nicht die Verwandtschaftsverhältnisse, sondern die nationalen Bedürfnisse und Bestrebungen auf die Politik eines großen Staates maßgebend wirken, daß endlich der König von Preußen gar nicht in der Lage ist, den Kandidaten der spanischen Regierung thatsächlich an der Bestei-

gung des Thrones zu hindern. Diese Auseinandersetzungen sind bis jetzt ungehört verhallt; nach wie vor hält man in Paris an dem Dilemma fest, daß entweder Spanien seinen Kandidaten fallen lasse, oder der Erbprinz selbst von Preußen veranlaßt werde, sein gegebenes Wort zurückzunehmen. Was letzteres betrifft, so ist, wir wiederholen es, Preußen nicht in der Lage, dieses Verlangen erfüllen zu können; und wenn sich die Nachricht bestätigt, daß eine Note Preußens, in welcher jede Verantwortlichkeit für die Entschließungen des Erbprinzen abgelehnt, in Paris nicht genügend befunden worden sei, so wird eine weitergehende preußische Note dort nicht erwartet werden können, aus dem einfachen Grunde, weil Preußen sie nicht geben kann. Ob der Erbprinz sich zu jenem für einen Mann schweren Schritt freiwillig entschließen wird, oder vielleicht in Folge eines auf ihn ausgeübten europäischen Druckes, etwa in Folge des Beschlusses einer internationalen Konferenz, von deren Zusammentritt hier und da verlautet, darüber liegen zur Zeit keine Angaben vor. Wir würden eine solche Lösung für die günstigste halten, müßten wir nicht annehmen, daß dadurch eine Steigerung der französischen Anmaßlichkeit und somit nur eine Verlegung des Zusammenstoßes erzielt würde. Erklärt doch schon in seiner Sonnabend-Nummer der „Moniteur", dessen Beziehungen zu Herrn Ollivier bekannt sind:

„Nachdem die preußische Regierung vier Jahre lang mit unserer Geduld und der Geduld ganz Europa's Mißbrauch getrieben, hat sie nun alle Gränzen überschritten. Der Marschall Prim hat eine wahre Intrigue angesponnen, die für Frankreich die ernstesten Folgen haben sollte. Was uns betrifft, so haben wir unser Wohlwollen für Preußen bis zum Aeußersten getrieben. Spanien und die spanische Regierung können sich nur belobend über uns aussprechen, und wir sind überzeugt, daß die Regierung des Kaisers auch in Zukunft Beweise ihres Wohlwollens geben wird. Wenn unsere Politik Spanien gegenüber eine gemäßigte sein muß, so stehen wir Preußen gegenüber ganz anders. Diese durch ihre ersten Erfolge in Selbsttäuschung versetzte Macht scheint sich das Uebergewicht und die Herrschaft in Europa anmaßen zu wollen. Es ist Zeit, solchem Anspruch ein Ziel zu setzen. Die Frage muß erweitert werden, und heute ist die Entsagung des Prinzen Leopold auf den spanischen Thron nicht mehr ausreichend. Das Wenigste, was wir verlangen müssen und was uns heute befriedigen kann, wäre die formelle Bekräftigung und die absolute Ausführung des Prager Friedens seinem Wortlaute und Geiste nach, d. h. die Freiheit der süddeutschen Staaten, die Räumung der Festung Mainz, welche zum Süden gehört, das Aufgeben eines jeden militärischen Einflusses jenseit des Rheins und die Regulirung des Artikels V mit Dänemark. Dies sind die einzigen Garantien, welche uns befriedigen können, und wenn man sie uns nicht gewährt, so können unsere Forderungen nur größer werden."

Daß die Spanier nicht geneigt sind, sich durch die französischen Drohungen an der Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechtes hindern zu lassen, zeigt die höflich, aber entschieden gehaltene Erklärung, in welcher der spanische Minister des Auswärtigen dem französischen Gesandten gegenüber sein Bedauern über die französische Empfindlichkeit und den Wunsch nach Erhaltung des Friedens, gleichzeitig aber auch den Entschluß, die Pläne des spanischen Kabinets zu einem guten Ende zu führen, ausspricht. Sehr bemerkenswerth ist, daß in dieser Erklärung wie in der an die Vertreter Spaniens im Auslande gerichtete Instruction ausdrücklich und mit größter Entschiedenheit jede Betheiligung Preußens an dem Entschluß der Madrider Regierung, die Krone Spaniens dem Erbprinzen von Hohenzollern anzubieten, in Abrede gestellt wird. Daß diese Erklärung in Paris noch eine Wirkung thut, erscheint fast mehr als zweifelhaft nach den französischen Auslassungen, die wir oben mitgetheilt und nach den Pariser Gerüchten und Nachrichten über die französischer Seits theils beabsichtigten theils angeblich auch schon ausgeführten militärischen Rüstungen, denen wir jedoch keine übertriebene Wichtigkeit beigelegt haben möchten, und die zunächst nur dazu dienen, die stolze Ruhe Deutschlands desto imposanter erscheinen zu lassen.

Auf einen Punkt müssen wir jedoch heute noch die Aufmerksamkeit unserer Leser lenken: auf das in den französischen Organen zu Tage tretende Bestreben, auch Belgien in den Streit zu verwickeln. Eine Note, welche, von allen ministeriellen Blättern gebracht wird, besagt, „alle Mächte, Belgien allein ausgenommen, hätten die Erklärung Frankreichs mit Sympathie aufgenommen.“ Gleichzeitig wird von anderen Blättern die Behauptung aufgestellt, die Gräfin von Flandern, die Schwester des Erbprinzen, habe ihren Bruder zu dem Entschluß, die Krone anzunehmen, bewogen, und die „France“ berichtet, der König der Belgier selber habe, als er im Mai England besucht, bei der britischen Regierung der Kandidatnr des Prinzen das Wort geredet und sich damit für ein Interesse verwandt, das offenbar mit der ihm als Souverän eines neutralen Landes obliegenden Pflicht im Widerspruch stehe.“ Die belgischen officiellen Blätter sowohl, wie die „Indep. Belge“ erklären diese Behauptungen für Verläumdung und konstatiren, daß der König der Belgier sich in London in keiner Weise bei Verhandlungen betheiligt habe, welche die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern für den spanischen Thron zum Zweck gehabt hätten.

Es war dies selbstverständlich, allein die französische Lust, mit Belgien anzubinden, ist jedenfalls ein Symptom dafür mehr, daß man in Paris den Krieg will und gegen Deutschland, sowie auch gegen Belgien nach einem Vorwande sucht.

12. Juli 1870.

Heute erscheint die Situation in einer Weise zugespitzt, daß ein längeres Hinausschieben der Entscheidung kaum noch zu erwarten ist.

Nach den Angaben des „Constitutionnel“, die wohl auf Authenticität Anspruch machen dürfen, ist Herr Benedetti in Ems mit einer Mission beauftragt, welche, wenn sie auch thatsächlich wohl nicht so scharf zu einem Ultimatum zugespitzt sein mag, als es nach der arroganten Fassung des Pariser Blattes erscheinen könnte, doch immerhin mit einem Ultimatum eine unverkennbare Aehnlichkeit hat. Der König Wilhelm soll den Erbprinzen von Hohenzollern veranlassen, die spanische Königskrone abzulehnen, das ist das Ansinnen, welches Frankreich stellt, und zwar soll die Antwort in kürzester Zeit erfolgen. Unsere Leser wissen, daß die Erfüllung dieser Forderung, selbst wenn sie in der geziemenden Form gestellt wäre, außerhalb der Kompetenz des preußischen Staatsoberhauptes liegt, das wohl auf ein Mitglied seiner Familie, nicht aber auf einen preußischen Staatsbürger, auch wenn derselbe den Familiennamen der Hohenzollern führt, einen solchen Zwang ausüben kann. Wie man demgemäß an maßgebender Stelle nicht nur über diese konkrete Angelegenheit, sondern im Allgemeinen über die Frankreich gegenüber zu beobachtende Haltung denkt — darüber giebt die Note Aufschluß, welche das norddeutsche auswärtige Amt an die deutschen Regierungen — wir bitten wohl zu bemerken, nicht bloß an die Regierungen im Norddeutschen Bunde — gerichtet hat. Auch die Berliner Blätter von heute enthalten nur die Inhaltsangabe, nicht den Wortlaut dieser Note, in welcher das auswärtige Amt jede Einmischung Preußens in die spanische Königswahl und in die Annahme oder Ablehnnng durch den betreffenden Kandidaten für die Vergangenheit und für die Zukunft von der Hand weist. Mit anderen Worten: Preußen weist das Ansinnen Frankreichs einfach zurück, indem es zugleich in ernster Weise den Ton rügt, in welchem diese Angelegenheit von den französischen Ministern besprochen worden sei, da durch denselben eingehende und vertrauliche Erörterungen mit der französischen Regierung verhindert würden. Eine ebenso korrekte, wie würdevolle Antwort auf die französischen Prätensionen! In der That, jeder, der ein warmes Gefühl für die Ehre und das Ansehen Deutschlands hat, wird nicht umhin können, der Ruhe, Besonnenheit und Würde, mit welcher von Berlin aus die französischen Provocationen behandelt werden, zu bewundern. Ein größerer Gegensatz ist nicht möglich, als er in der Haltung der Kabinette von Berlin und Paris, und wir dürfen hinzusetzen, der Bevölkerung der beiden Reiche hervortritt: dort herrscht in den amtlichen Kreisen die vollständigste Zerfahrenheit; in ihrer Sprache wechseln die leidenschaftlichsten Kriegsdrohungen mit der Versicherung eifrigster Friedensliebe ab; eine unruhige, hastende Thätigkeit herrscht in den Abtheilungen des Kriegsministeriums, das seine Streitkräfte zu Wasser und zu Lande zu sammeln bemüht ist; die Organe der Regierung bedienen sich einer Sprache, wie sie übermüthiger, unwahrer und gehaltloser gar nicht gedacht werden kann.

In Berlin dagegen herrscht vollkommene Ruhe, weder der König noch sein Premierminister kürzen ihre Abwesenheit von der Hauptstadt ab, der Stratege der deutschen Armee, Herr v. Moltke, weilt auf seinem Gute in der Provinz, nicht ein Mann, nicht ein Pferd ist bis jetzt durch jene französische Raufluft in Bewegung gesetzt worden; die gesammte Presse Deutschlands zeichnet sich durch den Ernst und die Ruhe aus, mit welcher sie die kindischen Ausfälle der französischen Presse zurückweist, ohne Furcht vor dem Krieg, wenn auch mit den lebhaftesten Wünschen für die Erhaltung des Friedens. Hier festes Beharren auf der durch die Macht und das Ansehen, sowie durch die Friedensliebe der preußischen Regierung fest vorgezeichneten Stellung, keine Drohungen, aber auch kein Zurückweichen; dort immer erneute Zornesausbrüche und leichtfertigste Bedrohungen des Friedens, ohne Rücksicht auf die Geringfügigkeit der Sache, ohne Rücksicht auf die furchtbaren Folgen, welche der Krieg für Frankreich und seine Dynastie heraufbeschwören kann. Diesem Kontraste gegenüber ist die Frage schnell beantwortet: auf welcher Seite herrscht das Bewußtsein gesunder Kraft, welche gewährt ein Bild wahrhafter Würde? Und diese Antwort darf uns mit Genugthuung und Zuversicht für den Ausgang eines Streites erfüllen, der, wenn er wirklich erfolgt, nach dem einstimmigen Urtheil Europas „von Frankreich vom Zaune gebrochen wird.“ So weit sind indessen die Verhältnisse noch nicht gediehen, daß wirklich ein solcher Krieg unvermeidlich erscheinen müßte. Allerdings wird man darauf gefaßt sein müssen, daß die oben ausgeführte Haltung des Berliner Kabinets, und die Nichterfüllung der französischen Wünsche hinsichtlich des Erbprinzen von Hohenzollern die französischen Staatsmänner zu neuen Demonstrationen veranlassen wird; allein noch darf man hoffen, daß es den vereinigten Bemühungen der europäischen Mächte gelingen wird, die Erschütterung des europäischen Friedens zu hintertreiben, sei es, indem sie den Prinzen bewegen, auf die spanische Krone zu verzichten, sei es, indem sie dem Pariser Kabinet gegenüber ernstlich zur Besinnung und zum Frieden mahnen. Sollten auch diese Erwartungen getäuscht werden und Frankreich zur Ausführung der Drohung mit einer militärischen Demonstration in den französischen Gränzdepartements schreiten, so würde auch dann immer noch der Ausbruch des Kampfes nicht einzutreten brauchen. Zum Kriege gehören zwei; so lange Deutschland nicht in die Lage kommt, einen direkten Angriff auf seine Gränzen abweisen oder die Neutralität Belgiens schützen zu müssen, mag Frankreich die Kosten seiner Demonstrationen allein tragen. Tritt aber eine dieser beiden Eventualitäten ein — und es ist bezeichnend, daß man gerade von Wien aus Befürchtungen wegen eines französischen Gewaltstreichs gegen Belgien äußert — dann wird Deutschland unter dem Beifall der gesammten civilisirten Welt den übermüthigen Nachbar in die geziemenden Schranken zu weisen wissen.

13. Juli 1870.

Die Situation hat von gestern zu heute eine Veränderung durch den Rücktritt des Prinzen von Hohenzollern von seiner Kandidatur erfahren Gestern Abend 9 Uhr brachte uns ein Telegramm aus Stuttgart die dem „Schwäb. Merkur" aus Sigmaringen zugegangene Nachricht, daß der Erbprinz Leopold der Kandidatur auf den spanischen Thron entsagt habe, und der spanischen Nation die Freiheit zur Initiative zurückgebe; der Prinz sei entschlossen, eine untergeordnete Familienfrage nicht zum Vorwande eines Krieges machen — richtiger in frivolster Weise mißbrauchen — zu lassen. Diese Erklärung, welche durchaus freiwillig und ohne irgend einen von preußischer Seite ausgeübten Druck abgegeben worden ist, gereicht dem jungen Prinzen zur höchsten Ehre. Das preußische Kabinet hatte den festen Entschluß erklärt, in keiner Weise auf seine Entschließung einwirken zu wollen; der Prinz war vollständig Herr seines Entschlusses und gewiß war die freudige Annahme, welche die Hohenzollernkandidatur in Spanien selbst gefunden, wohl geeignet, der großartigen Idee, durch die Begründung des Hohenzollernthrons in Spanien diese zwar durch die Fehler ihrer Regierungen geprüfte, aber doch aus edlem Kern gebildete Nation einer neuen Aera entgegenzuführen, erhöhten Reiz zu verleihen. Gegenüber der ernsten Eventualität eines ungeheuren europäischen Krieges, der sich an seine Thronbesteigung knüpfen könnte, hat der Prinz auf die Durchführung dieser Ideen verzichtet und seinen Ehrgeiz, seine Ideale dem Vaterlande geopfert, eine Handlung, die in der That den besten Dank des Vaterlandes verdient. Durch diese Erklärung des Erbprinzen hat sich die Situation so gestaltet, daß die Erhaltung des Friedens mit ziemlicher Sicherheit erwartet werden könnte, vorausgesetzt, daß Frankreich wirklich nur in der Persönlichkeit des Kandidaten und in der Art und Weise, wie die spanische Regierung die Unterhandlungen mit demselben betrieben, eine Kränkung für sich sah und nicht, wie wir dies vorgestern noch als leider allzu wahrscheinlich bezeichnen mußten, in jener Kandidatur nur einen geeigneten Zwischenfall sieht, um einen Krieg gegen Deutschland zu beginnen. Leider sind unsere Befürchtungen in dieser Beziehung auch heute noch keineswegs zerstreut; in den Pariser Blättern und Korrespondenzen ward schon seit einigen Tagen darauf hingewiesen, daß mit dem Verzicht des Erbprinzen die Forderungen Frankreichs nicht erfüllt sein dürften, daß von Preußen selbst eine Erklärung verlangt werde, welche dem Prinzen jene Kandidatur verbiete; ja es war sogar vielfach in den französischen Blättern davon die Rede, daß Frankreich Garantien von Preußen gegen die Wiederkehr derartiger Eventualitäten fordern müsse, und unsere Leser werden noch nicht den Artikel im „Moniteur" vergessen haben, in welchem dies dem Ministerium Ollivier nahestehende Blatt in frechster Weise diese spanische Frage in eine deutsche Frage zu verwandeln bemüht war, und die Aufgabe des preußischen Besatzungsrechtes in Mainz, die Auflösung

des Schutz- und Trutzbündnisses mit den süddeutschen Staaten u. s. w. forderte. Man konnte und durfte Derartiges zunächst nur als den Ausdruck des französischen Uebermuthes ansehen, welchem die Regierung fern stand.

Allein schon die Verhandlungen des französischen gesetzgebenden Körpers am Montag lassen erkennen, daß diese Auslassungen in der Presse einen ernsteren Hintergrund haben dürften. In jener Sitzung nämlich richtete Arago die Frage an den Herzog von Gramont, ob die von dem französischen Kabinet aufgeworfenen Fragen sich ausschließlich auf den speziellen Fall der hohenzollern'schen Thronkandidatur bezögen, oder ob auch noch andere hiermit nicht zusammenhängende Fragen angeregt seien. Der unerschrockene Deputirte der Opposition nahm keinen Anstand, den letzteren Fall für einen einfachen Vorwand zu erklären, um den Krieg herbeizuführen.

Damals verhinderte die Majorität den Minister an der Anwort.

Inzwischen ist indessen nach den telegraphischen Berichten, die uns zugehen, die Ansicht in Paris eine immer allgemeinere geworden, daß ein Verzicht des Prinzen in Frankreich nicht genügend befunden werden würde, und daß auch die preußische Antwort, welche Baron Werther nach Paris überbracht, nicht eine den Wünschen Frankreichs genügende Lösung anbahne, und gestern ist nunmehr von der Majorität selbst, aus den Reihen der Rechten und von dem dem Kaiser nahe stehenden Abgeordneten Duvernois eine sehr koncis gehaltene Interpellation über etwaige weitergehende Forderungen Frankreichs angemeldet worden, welche schließlich die Erwartung nur übel maskirt, daß Frankreich wirklich dieselben stellen werde. Fast ist man aus diesen Vorgängen zu der Schlußfolgerung genöthigt, daß in der That der Krieg in Paris die Losung ist, wie denn auch alle Berichte darin übereinstimmen, daß der Kaiser Napoleon selbst sich in einer höchst kriegslustigen Stimmung befindet, die freilich von den rheumatischen Schmerzen des zweiundsechzigjährigen Greises in fataler Weise zur Ordnung gerufen wird. Man wird bei der Beurtheilung dieser Haltung der maßgebenden Kreise Frankreichs und der in den französischen Regierungsorganen geltend gemachten Anschauungen immerhin nicht vergessen dürfen, daß die Verzichtleistung des Prinzen gestern in Paris noch nicht bekannt war, und daß diese Thatsache vielleicht eine größere Wirkung erzielen wird. Nichts destoweniger wäre es thöricht, sich der Erkenntniß zu verschließen, daß die Situation nicht so sehr sich in friedlichem Sinne verändert hat, als man zunächst annehmen durfte. Mehr und mehr, wir müssen es wiederholen, stellt sich heraus, daß man in Frankreich den Krieg will; höchst bezeichnend sind in dieser Beziehung die militärischen Vorkehrungen, zu denen sich Belgien veranlaßt sieht. Der Telegraph meldet uns, daß die belgische Regierung bereits Anstalten trifft, zur Besetzung und eventuellen Zerstörung der Belgien mit Frankreich einer-, mit Preußen andererseits verbindenden Eisen-

bahnen und Telegraphen, eine Maßregel, die nur von dem lebhaftesten Mißtrauen gegen Frankreichs friedensbrecherische Politik und der Erwartung inspirirt werden kann, daß Frankreich einen Handstreich auf Belgien im Schilde führt. Ist dem wirklich so, so wird Deutschland wie ein Mann sich gegen ein solches Attentat erheben, und die frevelhaften Friedensstörer zu Paaren treiben.

14. Juli 1870.

Die Situation zeigt sich leider heute in einem nicht wesentlich friedlicherem Lichte. Gegen unsere Annahme war die Nachricht von dem Verzicht des Erbprinzen von Hohenzollern in Paris am Dienstag bereits bekannt, als die „France“ und andere Abendblätter sich dahin aussprachen, daß durch diesen Verzicht die Schwierigkeiten noch nicht gehoben seien und gleichzeitig meldeten, Napoleon und seine Minister sähen in der vom Baron Werther überbrachten preußischen Antwort keine entsprechende Lösung. Man mußte daher, wie dies gestern schon hervorgehoben wurde, gewärtig sein, daß Frankreich in seinem Durst nach Schlachten und Blutvergießen noch andere Verlangen aufstellen werde. Inzwischen erklärte gestern Morgen der „Constitutionnel“, daß die französische Regierung, welche ein Mehreres nicht verlangt habe, die durch den Verzicht des Erbprinzen herbeigeführte friedliche Lösung annehme; „sie sei,“ meint das Pariser Regierungsblatt, „ein großer Sieg, der keinen Tropfen Blut koste.“ Ohne zunächst auf diese Fanfaronade des Blattes von einem großen Siege Rücksicht zu nehmen, so schien doch das Pariser Kabinet befriedigt und die Erhaltung des Friedens wahrscheinlich. Eine Erklärung indessen, welche Herzog von Gramont gestern Nachmittag im gesetzgebenden Körper abgegeben hat, mußte diese Auffassung der Situation schon wieder zweifelhaft erscheinen lassen. Der Minister sagte in derselben zwar mit Bestimmtheit, daß die zwischen Frankreich und Preußen geführten Verhandlungen keinen andern Gegenstand gehabt, gleichzeitig aber sprach er aus, daß diese Verhandlungen noch nicht beendet seien. Hieraus mußte geschlossen werden, daß die französische Regierung in der einen oder andern Richtung mit dem Verzicht des Erbprinzen nicht einverstanden sei. Daß diese Folgerung eine richtige, beweist das uns eben zugehende Telegramm, demzufolge Graf Benedetti in Ems beauftragt gewesen ist, von dem König Wilhelm zu fordern, er möge ihn zur Absendung eines Telegramms nach Paris bevollmächtigen, in welchem der König sich verpflichte, seine Genehmigung der Kandidatur des Hohenzollernprinzen künftig zu versagen. Die Antwort auf dieses Ansinnen konnte nicht anders ausfallen, als sie ausgefallen ist: der König hat sich geweigert, den französischen Botschafter zu empfangen. Ist damit der Bruch zwischen Frankreich und Preußen noch nicht formell ausgesprochen, so läßt sich doch nicht verkennen, daß derselbe unmittelbar

droht. Retrospektiv bemerken wir noch, daß der Verzicht des Erbprinzen auf die spanische Krone in durchaus korrekter Form von dem Vater desselben, dem Fürsten von Hohenzollern und Chef des Hohenzollern-Sigmaringen'schen Hauses, ausgesprochen worden ist und zwar in einem Telegramm an General Prim, in welchem der Fürst sagt, daß in Betracht der Verwickelungen, welchen die Kandidatur seines Sohnes zu begegnen scheine, er dieselbe in seinem Namen zurückgezogen habe. Der Fürst fügt hinzu, daß die jüngsten Ereignisse eine solche Lage geschaffen, daß Spanien nur von dem Gefühle seiner Unabhängigkeit Rath annehmen würde, das Votum nicht mehr als ein aufrichtiges und freiwilliges, wie dies nöthig sei für die Wahl eines Monarchen, betrachtet werden könnte.

Die Maske, die man in Paris vorgenommen hatte, ist also gefallen; es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die Pariser Regierung die Demüthigung Preußens als das Ziel ihrer Politik verfolgt und sie, nachdem der anfängliche Vorwand nichtig geworden, keinen Anstand nimmt, den Krieg um jeden Preis herauszufordern. Wir müssen abwarten, was die nächsten Tage, ja Stunden schon uns bringen können. Leider aber ist die Aussicht auf eine friedliche Lösung dieses vom Zaun gebrochenen Konfliktes fast vollständig verschwunden, und die für heute im französischen Senat, für morgen im gesetzgebenden Körper anberaumten Verhandlungen lassen ein würdiges Seitenstück zu der Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 7. Juli erwarten, nachdem die Heißsporne der Majorität, die Herren Duvernois und David, schon gestern dem Ministerium vorgeworfen haben, daß seine Haltung, weil sie nicht energisch genug sei, die Würde der Nation verletze. Wenn bisher das Ministerium in Paris der treibende Theil zu sein schien, so wird es heute schon getrieben und seine Vergangenheit läßt die Annahme nicht zu, daß sie, selbst wenn vor dem Ernst der Situation die Kriegslust der Herren Ollivier und Gramont auch verschwunden sein sollte, Energie genug haben würden, um der Kammer entgegenzutreten.

Unter diesen Umständen darf die Einberufung des Reichstags als unmittelbar bevorstehend angesehen werden und dieser wird, wir zweifeln nicht daran, den französischen Herausforderungen gegenüber eine würdige Sprache führen, wie sie die Ehre und Würde unseres Vaterlandes erheischt.

Sehr erfreulich ist es, daß wenn auch auf eine große materielle Unterstützung Seitens der Süddeutschen Staaten nicht gerechnet werden kann, die Haltung derselben zur Zeit eine durchaus patriotische zu sein scheint. In Paris hatte man davon geflunkert, daß dieselben die Politik Preußens in der spanischen Angelegenheit nicht gutheißen und eine etwaige Berufung auf die Garantieverträge nicht als berechtigt anerkennen könnten. Dagegen bemerkt die „N. Pr. Z." „aus zuverlässiger Quelle, daß die Höfe von Karlsruhe und München im Gegentheil eine

durchaus befriedigende Antwort ertheilt haben, wogegen Herr v. Varnbüler (Stuttgart) zwar auch nicht in der oben angegebenen Weise, aber allerdings ausweichend geantwortet hat.“ Doch scheint nachträglich selbst Herr von Varnbüler die herausfordernde Haltung Frankreichs in ihrer wahren Bedeutung zu würdigen und nach einem uns aus Stuttgart zugegangenen Telegramme entschlossen, seinen Standpunkt auf der nationalen Seite nehmen zu wollen.

15. Juli 1870.

Entscheidende Nachrichten liegen uns zur Stunde noch nicht vor und sind solche vor morgen auch kaum zu erwarten. Erst heute kehrt der König von Preußen nach Berlin zurück, und heute erst werden in Paris die Minister den großen Staatskörpern die in Aussicht gestellten Mittheilungen über den Verlauf der mit Preußen geführten Unterhandlungen machen. Der Ausgang dieser Verhandlungen ist unsern Lesern bekannt; von der deutschen Presse dürfte die Antwort des Königs einstimmig als die wohlverdiente Zurückweisung begrüßt werden, während sie jenseits des Rheins voraussichtlich die Kriegspartei veranlassen wird, ein Wuthgeschrei auszustoßen, das auch die friedlich Gesinnten und die Charakterlosen, zumal das Ministerium, mit fortreißen wird. Indessen enthalten wir uns zunächst der Besprechung der voraussichtlich noch vor Ende der Woche zu erwartenden Ereignisse als: Einberufung des Reichstags, Abbruch der diplomatischen Beziehungen, Mobilmachung. Wenn auch der Umstand, daß Frankreich den Krieg haben will, die Annahme rechtfertigt, daß seine Rüstungen sehr weit vorgeschritten sind, so läßt doch die Tüchtigkeit und Umsicht der preußischen Staatsmänner und Generale erwarten, daß es ihnen gelingen werde, den Vorsprung einzuholen, welchen Frankreich durch die friedenszuversichtliche Politik Preußens gewonnen hat. Immerhin aber ist die Hoffnung noch nicht ganz verschwunden, daß es überhaupt gelingen werde, den unheilvollen Krieg abzuwenden, sei es, indem die französische Nation, deren große Mehrzahl den Kampf nicht will, die Regierung zwingt, einzuhalten auf der betretenen Bahn, sei es, indem die neutralen Mächte, allerdings mit ungewöhnlichem Aufwand von Energie, das Pariser Kabinet zur Besinnung zurückrufen. Freilich sind beide Eventualitäten äußerst unwahrscheinlich; ein Pariser Korrespondent der „Allg. Zeit.“ charakterisirt die Situation, welche sich das Kaiserreich geschaffen, sehr richtig, wenn er schreibt: „Zur Stunde stehen wir zwischen einem das Land erschütternden Hohngelächter oder einem Marschbefehl.“ So ist die Lage der Dinge in Frankreich durch das Ministerium zugespitzt worden innerhalb der kurzen Spanne Zeit von 8 Tagen, vom 7. bis zum 15. Juli! Am 6. Juli gab der Herzog von Gramont vor dem gesetzgebenden Körper die Erklärung ab: „Wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines benachbarten Volkes uns nöthigt, zu dulden, daß eine ausländische Macht, indem

sie einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls des Fünften stellt, zu unserem Nachtheil das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte in Europa störe und die Interessen wie die Ehre Frankreichs in Gefahr bringe. Wir hegen die zuversichtliche Hoffnung, daß dieser mögliche Fall sich nicht verwirklichen werde. Dem vorzubeugen, bauen wir zugleich auf die Weisheit des deutschen, und auf die Freundschaft des spanischen Volkes." Auf diese Erklärung sagte Herr Ollivier: „Wir wollen nicht den Krieg; wir streben nicht nach dem Kriege; ausschließlich unsere Würde behalten wir im Auge . . . Ich versichere bei meiner Ehre, daß Keiner von uns einen Hintergedanken hegt, wenn wir sagen, wir wünschen den Frieden."

Inzwischen ist diese Kandidatur des deutschen Prinzen fortgefallen, und der „Constitutionnel" erklärt, daß die Wünsche Frankreichs erfüllt seien. Herr Ollivier selbst kommt am 12., wie aus Paris berichtet wird, triumphirend ein Telegramm in der Hand schwingend, in das Palais Bourbon gelaufen und plaudert im Eifer den ihn umringenden Abgeordneten, Journalisten und sonstigem Publikum die ihm zugegangene Nachricht aus. Er machte zu diesem Behufe erst eine Station in der Salle des Pas perdus, dann eine in dem daran stoßenden Korridor und schließlich lief er zur Verkündigung seiner Botschaft aus einem Konferenzzimmer ins andere, bis ihm der Athem ausblieb. Was er mittheilte, war die Nachricht: er habe soeben ein Telegramm des Fürsten Karl Anton von Hohenzollern empfangen, worin derselbe erkläre, daß sein Sohn Leopold, „um die Lage nicht zu verschlimmern", endgültig die spanische Königskrone ausschlage. Der Minister begleitete diese Nachricht mit folgendem Kommentar: „Wir haben nie von Preußen etwas Anderes als die Zurücknahme dieser Kandidatur verlangt; unsere Forderungen sind darüber nicht hinausgegangen und thaten des Prager Friedens keine Erwähnung. Wir wollen die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern nicht, sie besteht nicht mehr, ergo ist der Zwischenfall erledigt (vidé)." Da plötzlich macht die Politik des Pariser Kabinets eine Schwenkung: es ist nicht die Beseitigung der hohenzollernschen Kandidatur, es ist die Demüthigung Deutschlands, welche sie erstrebt und im Styl des ersten Napoleon in Scene zu setzen trachtet! Möglich, daß die französischen Minister diese eigentlichen Ziele der Tuilerienpolitik wirklich nicht gekannt haben, als sie auf ihre Friedensliebe schwuren; dann aber gebot ihnen ihre Pflicht zurückzutreten, sobald sie von derartigen Bestrebungen, welche den Krieg unter allen Umständen bezweckten, Kenntniß erhielten. Wie die Sachen heute liegen, tragen sie, wenn es wirklich zum Kriege kommt, die Schuld an dem über Europa heraufbeschworenen Unheil. Wie aber sollen die Beziehungen der übrigen Nationen zu einem Staate, dessen Regierung in dieser Weise ihre eigenen Erklärungen in dem Zeitraum von wenigen Tagen auf den Kopf stellt, sich anders gestalten, als daß die Völker in gerechtem Mißtrauen sich nur auf ihre Kraft und ihre Waffen

verlassen? Selbst wenn es für diesmal nicht zum Kriege kommen sollte, Dank den Herren Ollivier und Gramont ist das Faustrecht für lange Jahre hinaus wieder proklamirt worden, und die Möglichkeit einer Verringerung der Ausgaben für das Kriegswesen verschwunden. Damit darüber gar kein Zweifel bestehen kann, daß zwischen Deutschland und Frankreich fortan selbst im besten Falle nur ein bewaffneter Friede bestehen könne, erklären die französischen Regierungsorgane, daß Frankreich „nur für jetzt sich damit begnügen könne, Spanien für Preußen verschlossen zu haben", was nichts Anderes heißt, als daß sobald Frankreich wieder die Laune anwandelt, mit seinem Nachbar Händel zu suchen, es ungescheut dasselbe Spiel treiben wird.

Unter solchen Umständen erscheint der Krieg, der wie ein Gewitter die Luft reinigt und die ungesunden Verhältnisse auf eine natürliche Basis zurückführt, fast als die bessere Eventualität, um so mehr als er nicht wenig dazu beitragen dürfte, die in Deutschland selbst bestehenden Spaltungen auszugleichen und den Süden mit dem Norden fester zu verbinden. Es liegt in dieser Beziehung eine in zwiefacher Beziehung wichtige Nachricht vor. Wie die „Augsb. Abdpst." aus sehr guter Quelle meldet, hat Frankreich, während Preußen bis jetzt wegen des casus foederis keine Anfrage gestellt, unter dem 10 d. Abends durch eine Mittelsperson eine hierauf bezügliche Anfrage an die baierische Regierung gelangen lassen. Die Antwort der baierischen Regierung soll im Wesentlichen gelautet haben, sie mache ihre definitive Entschließung von dem ferneren Verlaufe der Angelegenheit abhängig, sie werde zur Zeit ihre zurückhaltende Stellung beibehalten, könne jedoch schon jetzt versichern, daß das baierische Volk und sein König sich vom übrigen Deutschland nicht trennen werden.

Diese Antwort ist männlich und würdig und wohl geeignet, den Wahn der Franzosen zu vernichten, als ob sie heute wie zu Anfang des Jahrhunderts ihre Erfolge mit Hilfe der Uneinigkeit und Zerrissenheit Deutschlands erringen könnten.

Was die auswärtigen Mächte betrifft, so bestätigt es sich, daß Oestreich eine entschiedene Neutralität zu bewahren entschlossen sei.

In England wie in Oestreich ist übrigens die Verurtheilung der französischen Politik Seitens der Presse eine gleich einstimmige; nichts destoweniger versichert die Pariser „Amtszeitung": „Die öffentliche Meinung in Frankreich sowohl als im Auslande hat der Mäßigung und Festigkeit der Erklärung des Herzogs von Gramont im gesetzgebenden Körper in Betreff der Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern volle Gerechtigkeit widerfahren lassen. Es ist so, wie Ollivier in derselben Sitzung sagte: so oft sich Frankreich in der Vertheidigung seines legitimen Rechtes ohne Uebertreibung fest zeigt, ist es sicher, die moralische Unterstützung von ganz Europa zu erlangen." Sollten wirklich denkende und urtheilende Franzosen Dem Glauben schenken?!

18. Juli 1870.

Die am Freitag Abend eingegangene Nachricht, daß der Krieg zwischen Frankreich und Preußen bereits erklärt sei, hat ihre formelle Bestätigung durch eine Abberufung der beiderseitigen Gesandten noch nicht erfahren. Herr Benedetti hat sich direkt von Ems nach Paris begeben, während Freiherr v. Werther die französische Hauptstadt verlassen hat, zunächst auf Urlaub, thatsächlich indessen, um nicht wieder dorthin zurückzukehren. Denn man würde sich eines ungerechtfertigten Sanguinismus befleißigen, wollte man, weil der Abbruch der diplomatischen Beziehungen noch nicht formell ausgesprochen ist, etwa folgern, daß die Erhaltung des Friedens einigermaßen denkbar sei. Auch wir mögen ja diese Hoffnung nicht ganz fallen lassen, allein wir verbergen uns nicht, daß die Aussichten auf ihre Verwirklichung gleich Null sind. Welche Ursachen diese Verzögerung in der diplomatischen Richtigstellung der Situation veranlassen, ob sie mit Versuchen einer europäischen Vermittelung zusammenhängen, ob mit militärischen Motiven, welche es Frankreich angezeigt erscheinen lassen, den formellen Bruch erst zu vollziehen, wenn seine Armeen aufmarschirt sind — mag einstweilen dahin gestellt bleiben. Jedenfalls lassen die neuesten Nachrichten, welche von dem Quasi-Ultimatum melden, das Frankreich den süddeutschen Staaten gestellt, darüber keinen Zweifel, daß wir am Beginn des Krieges stehen, den Frankreich durch einen Uebermuth, der vielleicht nur die Maske für eine dem Kaiserreich nach Innen geschaffene Zwangslage ist, heraufbeschworen hat. Herr Ollivier freilich hat sich in den entscheidenden Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers am Freitag bemüht, die herausfordernde Haltung der Regierung, welche den längst erstrebten Ausbruch des Krieges zur unvermeidlichen Nothwendigkeit machte, der französischen Kammer gegenüber zu verleugnen und Frankreich als den Beleidigten, den angegriffenen Theil hinzustellen, allein mit so geringem Erfolge, daß selbst Herr Thiers nicht umhin konnte, sein dem Kaiserreich Unheil verkündendes Urtheil über das Vorgehen Frankreichs abzugeben. Der gesetzgebende Körper freilich, welcher wußte, was des Kaisers Wille sei, ließ die Klügeleien Olliviers unbeachtet und schrie den Redner nieder, welcher es wagte, die Vorlesung des diplomatischen Aktenstücks zu fordern, auf welches der Minister seine Behauptungen, daß Frankreich der beleidigte Theil sei, begründete. Dies diplomatische Aktenstück sollte eine Note sein, in welcher angeblich Graf Bismarck den europäischen Kabinetten die Anzeige gemacht, daß die preußische Regierung es ablehne, den französischen Botschafter zu empfangen. Nun ist indessen eine solche Note gar nicht vorhanden. Nur das bekannte Zeitungstelegramm, lautend wie folgt: „Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der kaiserlich französischen von der königlich spanischen Regierung amtlich mitgetheilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät den König noch die For-

derung gestellt, ihn zu autorisiren, daß er nach Paris telegraphire, daß Se. Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Se. Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät der König dem Botschafter nichts weiter mitzutheilen habe". — ist als Nachricht über die Natur der Forderungen Frankreichs und über den festen Entschluß des Königs, auf dieselben nicht einzugehen, genau mit den Worten, wie sie in den Zeitungen gestanden haben, den deutschen Regierungen und den norddeutschen Vertretern bei einigen der außerdeutschen Höfen zur Information mitgetheilt worden. Mit Recht bemerkt das „W. T. B." dazu: Daß Herr Ollivier diesen Text nicht hat hergeben wollen, ist wohl natürlich, da sonst die französische Kammer die frivole Täuschung, der sie unterlegen, entdeckt haben würde.

Selbst diese Behauptung des Herrn Ollivier erweist sich daher als eine sehr schnöde Erfindung: eine noch eklatantere Verdrehung der Wahrheit ist es indessen, wenn Herr Ollivier in seinem dem gesetzgebenden Körper vorgetragenen Exposé davon spricht, die an den König Wilhelm gerichtete Forderung sei eine gemäßigte und in den gemäßigtsten Ausdrücken formulirte gewesen. Was man in Paris verlangte, war, wie schon in glaubwürdigen Privatnachrichten verlautet hatte, in dem amtlichen Bericht des Frhrn. v. Werther ausdrücklich bestätigt, daß der König von Preußen einen Entschuldigungsbrief an den Kaiser Napoleon richten solle, welcher — es ist dies höchst bezeichnend für den Grad der französischen Anmaßung — wie ausdrücklich verlangt wurde, nicht der verwandtschaftlichen Beziehungen des Erbprinzen von Hohenzollern zum Kaiser gedenken dürfe, denn dies „Argument verletze" in Paris. Der Herzog wollte mit anderen Worten dem König die Abbitte diktiren, welche Preußen Frankreich leisten solle! Von den Gefühlen der Entrüstung, die dies Attentat auf die Ehre Deutschlands in unserer, wie in der Brust jedes Patrioten erweckt hat, legt die Bewegung, welche sie von der Ostsee bis zum Bodensee wachgerufen, das herrlichste Zeugniß ab, eine Bewegung, welche nicht unsere Hoffnungen übertrifft, wohl aber die erbärmlichen Illusionen zerstört, mit denen man in Frankreich sich getragen, dessen Minister keinen Anstand nehmen, deutsche Staaten des Landesverraths für fähig zu halten und darauf ihre Pläne zu gründen.

Dieser schimpfliche Wahn, der jedem Deutschen die Schamröthe auf die Wangen treibt und mit dem leidenschaftlichen Verlangen erfüllt, die ihm angethane Schmach zu rächen, ist den Parisern Machthabern genommen und fast scheint es, als lodere in Folge dessen schon jetzt die französische Raufluft weniger hell. Die Sprache der Regierung am 15. war weit weniger tollkühn als am 6. Juli, und die

Kammer selbst augenscheinlich ermattet. Und in der That, ein Blick auf Europa ist wenig geeignet, Frankreich die Hoffnung auf Erfüllung seiner aberwitzigen Pläne zu geben. Noch wenige Tage und Deutschland starrt in Waffen, seine besten Söhne sind bereit, Blut und Leben für die Integrität des Vaterlandes einzusetzen, alle Parteiunterschiede sind in der einmüthigen Begeisterung verschwunden. Und im übrigen Europa? Fast unterschiedslos ruft auf die frevlen Angreifer, welche die Verantwortlichkeit des Krieges tragen, die Presse Englands, Oestreichs und der übrigen europäischen Staaten den Fluch des Himmels herab für die Ueberfluthung Europas mit Strömen edelsten Blutes. Keine Regierung, die für Frankreich sich ausgesprochen hätte; selbst da, wo es mit der sicheren Hoffnung auf Erhörung anklopfte, in Schweden, in Dänemark sind seine Bündnißanträge zurückgewiesen worden. England hat sich für unbedingte Neutralität entschieden, ebenso werden Oestreich-Ungarn, ebenso werden Italien handeln, während in Spanien der Zorn über die dieser Nation zugefügte Beleidigung grenzenlos ist. Freilich hat auch Deutschland zur Zeit keinen Bundesgenossen aufzuweisen: die Nachricht von einem angeblichen Bündniß mit Rußland ist wohl entschieden als irrig, mindestens als verfrüht anzusehen, und auch die Nachricht, als hätten England, Rußland und Amerika die Neutralität der Nord- und Ostsee ausgesprochen, erscheint uns zur Zeit wenig glaubwürdig. Deutschland ist auf sich selbst, auf seine Kraft zur Bethätigung seines guten Rechtes ganz allein angewiesen. Wer wollte deshalb zagen? Das Wort: „Selbst ist der Mann“ gilt noch vielmehr von der Nation, die nur sich selbst ihren Platz in der Weltgeschichte erringen kann, wenn sie mit Freudigkeit ihr Alles setzt an ihre Ehre! Thut Deutschland das, so darf es nicht bangen über den Ausgang eines Bubenstreichs, der, vergeudete er nicht das Blut von Hunderttausenden, die mühsam erworbenen Reichthümer zweier Nationen, als die Fortsetzung der Abentheuer von Straßburg und Boulogne nur belächelt werden könnte.

II. Abtheilung.

Während des Krieges.

Vom 18. Juli 1870 bis zum 28. Januar 1871.

Vom 18. Juli bis 3. August 1870.

Kriegserklärung. — Thronrede zur Eröffnung des Norddeutschen Reichstags. — Rundschreiben und Protest des Grafen Bismarck. — Proklamation des Königs Wilhelm an das deutsche Volk. — Buß- und Bettag. — Diplomatische Schriftstücke. (Französische Note über die hohenzollernsche Kandidatur, Preußische Enthüllungen über den von Benedetti vorgeschlagenen Vertrag betr. die Annexion Belgiens an Frankreich). — Stellung der europäischen Mächte.

Die Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland ist ausgesprochen worden! ausgesprochen unter einem Vorwand, dessen Nichtigkeit wir in den letzten 8 Tagen unaufhörlich darzulegen bemüht gewesen sind, in der selbstbetrügerischen Hoffnung, daß auch unsere Stimme innerhalb der ihr zugewiesenen bescheidenen Grenzen ein wenig dazu beitragen könne, daß der Frevel an göttlichem und menschlichem Recht, den man in Paris plante, nicht begangen werde. Die Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland ist ausgesprochen worden in einer Form, für die wir in der Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts kein Beispiel finden. Vor kaum 14 Tagen versichert das französische Kabinet den Vertretern jener Nation, niemals sei der Friede in Europa gesicherter gewesen; vor fünf Tagen erklärt der leitende Minister durch die Beseitigung der inzwischen entstandenen politischen Schwierigkeiten die Regierung für befriedigt, seine Organe bezeichnen den Zwischenfall als erledigt. Da plötzlich begeht Namens seiner Regierung der durch seine diplomatische Stellung gesicherte Vertreter der französischen Nation auf den Herrscher eines mächtigen Reiches ein — wir haben kein anderes Wort dafür — ein Attentat, ein Attentat auf die persönliche Ehre des königlichen Greises, ein Attentat auf die Ehre des Fürsten, ein Attentat auf die Ehre des Landes, der Nation, deren erster Würdenträger dieser Fürst ist! Und damit nicht genug: ohne jegliche Berücksichtigung des diplomatischen Brauches, welcher zwischen dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und der Kriegserklärung eine

Frist zur Ergreifung der Waffen verlangt, damit der Krieg, diese gewaltigste Bethätigung menschlicher Kraft, nicht in ein von keinen Gesetzen geregeltes Räuberwesen ausarte — der in schonendster Weise erfolgten Erwiederung jenes Attentats folgt die Kriegserklärung unmittelbar! Eine Art und Weise des Vorgehens, die ein würdiges Seitenstück in der an gegen Deutschland verübten Freveln und Unbillen so reichen Geschichte Frankreichs nur in den Thaten des ersten Napoleon findet und selbst kaum von dem Verfahren jenes 14. Ludwig übertroffen wird, als er kraft der Beschlüsse seiner Reunionskammern seine Raubzüge gegen Deutschland ausführte. Auf jene Zeiten, in denen Napoleon I. mitten im Frieden den Herzog von Enghien auf deutschem Boden gefangen nehmen lassen konnte, um ihn in Vincennes erschießen zu lassen, in denen ein Mélac Heidelberg zerstörte und die an Frankreich stoßenden blühenden Provinzen Deutschlands in eine Wüste verwandelte, muß man zurückgehen, um ein Beispiel für die Frevelhaftigkeit und Brutalität der heutigen französischen Politik zu finden.

Aber die Verhältnisse in Deutschland sind anders geworden, als sie in den Achtziger Jahren des 18. und zu Anfang dieses Jahrhunderts waren. An die Stelle der offenen und geheimen Uneinigkeit, die damals Deutschland zerriß, an die Stelle der schwerfälligen Organisation des deutschen Reichs ist eine einheitliche Nation getreten, welche zwar ihrem innersten Wesen nach durchaus friedfertig, aber mit rücksichtsloser Kraft und hingebendstem Muthe ihr Heiligstes, ihre nationale Ehre, ihre Familien, ihre Besitzthümer gegen freche Einfälle zu vertheidigen bereit ist, die ihre Waffen wohl zu handhaben weiß und von erprobten Männern geführt wird, denen sie mit vollem Vertrauen entgegenkommt. Wie ein elektrischer Schlag hat die Kunde von der gegen ganz Deutschland gerichteten Beleidigung, welche die letzten Ziele der napoleonischen Politik bloßlegte, in allen Herzen, diesseits wie jenseits des Mains, gezündet, und wenn die schlaue Berechnung der französischen Minister und Generale es auch ermöglicht haben sollte, daß Frankreichs Armeen um einige Tage früher gerüstet sein können, so zweifeln wir dennoch keinen Augenblick, daß es Deutschland, das sich wie ein Mann erhebt, um den Angreifer zu verjagen, beschieden sein wird, seine siegreichen Waffen in das Land des Feindes zu tragen und endlich die lange Rechnung auszugleichen, die zwischen uns und den Regierungen jenes Landes besteht, die nie in der Lösung erhabener nationaler Aufgaben, nie in der segenspendenden Verbreitung von Bildung, Freiheit und Frieden ihre Ziele sahen, sondern immer bemüht waren, in der Unterdrückung und Zerstückelung der Nachbarvölker ihren Ruhm zu suchen. In dem bevorstehenden Kampfe, dessen Größe und Schwere Niemand in Deutschland verkennen, aber auch Niemand überschätzen mag, steht uns das Bewußtsein, mit redlichem Willen bis zum letzten Moment die Erhaltung des Friedens erstrebt zu haben, das

Bewußtsein zur Seite, daß das ganze Europa mit uns den Unwillen, den Zorn theilt über die ebenso heimtückische, wie brutale Anzettelung des Krieges; es sind das allerdings nur moralische Hilfstruppen, allein sie stählen Herz und Hand.

Die deutschen Fahnen fliegen! Unter ihrem Schatten ziehen unsere Brüder, unsere Landsleute aus naher und weiter Ferne zum Tode! zum Siege! Sie kämpfen für Recht und Ehre, für unser Vaterland und unsere Freiheit, für die Zukunft unserer Kinder. Mit ihnen sind die Geister unserer großen Vorfahren, die so oft im selben Kampf das Schwert gezogen, mit ihnen der Segen und das Gebet der Daheimbleibenden, mit ihnen ist Gott, dessen Macht unserem Schwert früh oder spät, aber gewiß den Sieg verleihen wird. Das walte Gott!

20. Juli 1870.

Die Thronrede, mit welcher der König von Preußen die außerordentliche Session des Reichstags eröffnet hat, ist nicht bloß von der glänzenden Versammlung, an welche sie zunächst gerichtet war, mit lauten, einstimmigen Beifallsrufen begrüßt worden. Durch ganz Deutschland, in der Hütte, wie im Palast, wird sie ein lautes Echo finden, in der Brust jedes Deutschen, dem Ehre, Freiheit, Friede, Recht und Vaterland nicht leere Worte, sondern die höchsten Güter sind, mächtig wiederklingen — diese Rede, welche in schlichter Wahrheit und ruhiger Würde, aber in gerechtem Vertrauen auf die eigne Kraft Kenntniß gibt von dem unerhörten Angriff, der auf unser Vaterland, auf Deutschland gemacht worden ist, zugleich aber erneuertes Zeugniß ablegt von dem ernsten Streben, den deutschen Staaten den goldenen Frieden ungeschmälert zu erhalten, und seine dauernde Sicherung vor dem frevelhaften Spiel persönlicher Interessen und Leidenschaften, als den schönen Preis des beginnenden Kampfes hinstellt. Wahrlich, ein Schauspiel von erhebender Großartigkeit, wie es nur selten in der Geschichte der Völker zu finden ist, wie es ganz besonders Deutschlands Geschichte seit Jahrhunderten nicht aufzuweisen hat, bot diese feierliche Eröffnung des Reichstags gestern — am Todestage der Königin Louise — in dem Weißen Saale des Berliner Schlosses: auf dem Throne der greise König, umgeben von den Staatsmännern Preußens und der mit ihnen verbündeten Staaten, von den Vertretern von dreißig Millionen Deutscher, während durch ganz Deutschland die nationale Begeisterung in hellen Flammen aufschlägt und Hunderttausende der besten Söhne des Vaterlandes zu den im Kriegssturm rauschenden Fahnen Deutschlands eilen, freudig bereit, an den Gränzen ihr Herzblut für Deutschlands Ehre und Freiheit zu verspritzen. Hier rufen keine feilen Gladiatoren ihr Ave Caesar, morituri te salutant! — Aus der Brust des freien Mannes dröhnt mächtig der unwiderstehliche Ruf: Für's Vaterland in den Kampf, in den Tod! Hier ist Wahrheit und Würde, sittliche Kraft und echte Begeisterung: drüben hinterlistige Lüge und knechtisches

Wesen, frevelhafte Leichtfertigkeit und erbärmliches Phrasenthum; über uns strahlt hell die Sonne des Lebens, drüben lagern die finstern Schatten des Todes!

Nichts ist geeigneter, den ganzen Gegensatz erkennen zu lassen, der Deutschland und Frankreich trennt, als der sich von selbst aufdrängende Vergleich zwischen dem Akte, der gestern in Berlin, und dem, der am 16. in Paris stattgefunden hat, als der Senat, an der Spitze seinen Präsidenten Rouher, Napoleon III. seinen Dank für die von Frankreichs Regierung eingenommene Haltung aussprach. Die Höhe reiner, sittlicher Würde, welche die Thronrede in jedem Worte athmet, tritt in ihrer ganzen Klarheit zu Tage, wenn neben diese jene Rede Rouher's gestellt wird, die, mit einer schwülstigen Phrase beginnend, mit einer Lüge endend, sich bar zeigt jeden Rechtsbewußtseins, jeder moralischen Größe, desto schamloser aber offen der frivolen Anmaßlichkeit huldigt, welche den Krieg hervorgerufen, und die längst beschlossene Kriegspolitik Frankreichs in cynischer Nacktheit bloßlegt. Damit in dieser Rede, welche für alle Zeiten als ein Meisterstück speichelleckerischer Servilität und widerlicher Verlogenheit gebrandmarkt sein wird, auch das Reinste, Höchste nicht unbesudelt bleibe, wagt es ein Rouher, von der „Befreiung Deutschlands" zu sprechen! Ein solches Wort in solchem Munde färbt uns Allen die Wangen höher und würde unsere Herzen, wenn es möglich wäre, mit noch bittererer Verachtung gegen jene Männer erfüllen, welche es wagen, nicht bloß nach unseren höchsten nationalen Gütern ihre räuberischen Hände auszustrecken, sondern unsere Ehre in den Staub zu ziehen.

22. Juli 1870.

Die Zahl der diplomatischen Aktenstücke, welche preußischer Seits in Bezug auf den deutsch-französischen Konflikt veröffentlicht werden, ist um zwei vermehrt worden, und zwar um zwei Rundschreiben des Grafen Bismarck an die norddeutschen Gesandten. Das erste derselben ist vom 18. Juli datirt und bezieht sich auf die Entstehung des Konflikts und namentlich auf die von dem Pariser Kabinet in seinen Erklärungen, wie in seinen Verhandlungen mit dem Freiherrn v. Werther eingenommene Haltung. Das zweite Rundschreiben ist nach Empfang der französischen Kriegserklärung abgefaßt und trägt das Datum des 19. Juli. Dies letzte Dokument gipfelt in einem Protest des norddeutschen Bundes und der mit ihm verbündeten Regierungen von Süddeutschland gegen den nicht provocirten Ueberfall.

Die kurze aber so hochwichtige außerordentliche Session des Reichstags ist gestern wieder geschlossen worden, nachdem die der Versammlung zugegangenen Vorlagen sämmtlich mit der von uns gestern hervorgehobenen großartigen Einmüthigkeit erledigt worden. Auch die Ausdehnung der gegenwärtigen Legislaturperiode des Reichstags auf die Zeit der Dauer des Krieges mit Frankreich, jedoch nicht

über den letzten Dezember 1870 hinaus, ist mit großer Majorität genehmigt und damit ein Beschluß gefaßt worden, der nicht allein praktischer Verhältnisse wegen, sondern auch deswegen die allgemeine Billigung verdient, weil die Vollziehung von Wahlen unter dem Druck so gewaltiger Ereignisse, wie wir ihnen entgegen gehen, nicht geeignet ist, das Resultat derselben als den Ausdruck der Volksstimmung und Volkswünsche, wie sie in normalen Zeiten ja ihre Berechtigung haben können, erscheinen zu lassen.

Nicht minder wie der norddeutsche Reichstag sind auch die gesetzgebenden Körperschaften Süddeutschlands von dem Geiste wahren echten Patriotismus getragen. Daß in München wie in Darmstadt die Volksvertretungen ohne Zögern die finanziellen Wünsche der betr. Regierungen erfüllt haben, konnten wir bereits mittheilen, und ebenso berichten, mit welchem Enthusiasmus die Bewohner Münchens die Kunde von dem Beschluß der Kammer begrüßt haben, in welcher eine starke Minorität allerdings Miene machte, der bewaffneten Neutralität vor dem bedingungslosen Festhalten an den Bündnißverträgen den Vorzug geben zu wollen. Ganz besonders erfreulich ist, daß auch in Stuttgart, wo man den Heerd der Opposition gegen ein gemeinschaftliches Handeln mit Norddeutschland suchen zu müssen glaubte, die Volksvertretung in vollster Uebereinstimmung mit der Bevölkerung des Landes sich ohne Zaudern für den Krieg und für die Bewilligung der zu diesem Behufe erforderlichen Geldmittel ausgesprochen hat. Oft hatten mit dem Gange der deutschen Entwickelung unzufriedene Parteipolitiker in Würtemberg sich in bitterster Weise über die Allianzverträge zwischen den süddeutschen Staaten und dem norddeutschen Bunde ausgesprochen und unumwunden ihre Auflösung als das Ziel ihrer politischen Thätigkeit bezeichnet. In der Stunde der Gefahr, in dem Augenblicke, wo es gilt, räuberische Angriffe von dem Vaterlande abzuwenden, konnte eine solche Politik des Trotzes, eine Politik, welche das Parteiinteresse über die höchsten Interessen des Vaterlandes zu stellen drohte, unmöglich von Männern aufrecht erhalten werden, die wirklich warme Vaterlandsliebe empfinden, sie nicht blos als Deckmantel für andere durchaus selbstsüchtige und unpatriotische Zwecke im Munde führen. Wir hatten es von der Mehrzahl des schwäbischen Volkes nicht anders erwartet, als daß es, wenn der Augenblick gekommen, fest verbündet mit den nordischen Landsleuten, zum Schwerte greifen würde. Daß unsere Erwartung in solcher Weise erfüllt worden, ist uns eine nicht geringe Befriedigung in der gegenwärtigen Zeit, in welcher in Deutschland und „so weit die deutsche Zunge klingt", in Indien, in Amerika das deutsche Volksbewußtsein einen kaum geahnten mächtigen Aufschwung zeigt, der unsere Herzen höher schlagen läßt und uns mit der freudigsten Zuversicht für die Zukunft erfüllen darf.

Aus Frankreich verlautet wenig, selbst die Nachrichten über mili-

tärische Vorkehrungen verschwinden immer mehr und mehr, da die Pariser Blätter sich in dieser Beziehung Stillschweigen auferlegen. Was von offiziellen Akten zu unserer Kenntniß kommt, ist wenig geeignet, die Urtheile, die wir bisher über die Haltung der französischen Staatsmänner gefällt, zu mildern. Ein schlagendes Beispiel, wie wenig dieselben beabsichtigen, thatsächlich den Satz wahr zu machen, den sie so oft im Munde führen, daß Frankreich an der Spitze der Civilisation einhergehe, zeigt die entsprechende der barbarischen Kriegführung früherer Jahrhunderte Veröffentlichung im „Journ. offic." über die Behandlung der deutschen Schiffe. Während deutscher Seits von der Aufbringung französischer Schiffe Abstand genommen worden ist, beschränkt sich die französische Regierung nur darauf, den in Frankreich schon befindlichen oder dorthin bestimmten Schiffen einige Sicherheiten zu gewähren. Ein neuer Beweis mehr dafür, daß das Kaiserreich sich ablehnend gegen alle humanitären Bestrebungen verhält, welche darauf hinausgehen, die Gefahren des Krieges, so viel es überhaupt thunlich, für den Privatwohlstand zu beseitigen.

Eine wahrhaft erschütternde Nachricht ist die Meldung von dem Selbstmorde des französischen Botschafters in Washington — in Folge eines Wahnsinnanfalles, wie das Telegramm meldet; sie wird auch ihre Wirkung in Paris nicht verfehlen, denn diese That ist nur erklärlich, wenn man sie als das Resultat einer ähnlichen, nur noch gewaltiger empfundenen Stimmung, wie ihr Thiers neulich Worte verliehen, ansieht. Herr Prevost-Paradol, der hervorragendste Publizist des modernen Frankreich, hatte bis zu dem mit dem Ministerium Ollivier eingetretenen Umschwung dem Kaiserreich eine zwar scharfe, aber doch maßvolle Opposition gemacht. In Folge der angeblichen Aussichten auf ein liberales Regierungssystem trat er auf Seite des Kabinets, das ihn mit dem Gesandtschaftsposten in Washington auszeichnete. Dort eben erst angekommen und vor wenigen Tagen vom Präsidenten empfangen, tödtete er sich selbst — ein Schritt der Verzweiflung, der nur erklärlich ist aus der Aufregung über die Vorgänge in Frankreich, aus dem gänzlichen Mangel an Glauben an die Zukunft des Kaiserreichs, dem er eben erst seine Vergangenheit zum Opfer gebracht hatte.

26. Juli 1870.

Ein deutscher König an das deutsche Volk! Schon in diesem Worte findet die gewaltige Umgestaltung einen konkreten Ausdruck, welche wir mit freudigem Staunen und mit tiefer Ergriffenheit in den letzten 14 Tagen in unserem Vaterland sich vollziehen sahen, — eine Umgestaltung, so groß, so mächtig, daß ihre Vollendung auch dem sanguinischen Patrioten einer fernen Zukunft vorbehalten erschien. Was die Besten unter uns für ihre Kinder kaum zu hoffen wagten, das ist uns plötzlich selbst zu Theil geworden: wir erleben, sehen und begeistern uns an der zur Thatsache gewordenen Einigung des deutschen Volkes.

Ein großer Moment, der größte in der öden Wüste der vielhundertjährigen Geschichte unseres Volkes, die immer und immer wieder das traurige Bild zeigte, wie Deutsche feindlich Deutschen gegenüberstanden, wie die innere Uneinigkeit den Fremden Thür und Thor öffnete, sie am Mark und der Gesundheit des deutschen Volkes zehren ließ. Wohl wissen wir, daß das deutsche Volk den geringeren Theil dieser Schuld getragen hat, daß in verflossenen Jahrhunderten die engherzige Politik der Fürsten vor Allem den Keim zu jener Zersplitterung gelegt hat, welche das nationale Element zu verleugnen, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit zu trüben und namentlich dem Ausland die Illusion zu geben vermochte, als sei der Preuße ein anderer als der Thüringer, der Sachse ein anderer als der Baier, der Schwabe oder Franke, als dürfe wirklich zwischen „den Völkern der großen einheitlichen germanischen Nation“ unterschieden werden, wie dies Napoleon III. noch in seiner jüngsten Proklamation wagt. Dem Volke selbst war wenigstens das instinktive Gefühl seiner nationalen Einheit nicht abhanden gekommen; wenn auch unter dem Drucke konfessioneller und politischer Gegensätze die einzelnen Stämme oft die Gemeinsamkeit des Ursprungs und der höchsten nationalen Güter zu vergessen schienen, je mehr das Volk selbst der bestimmende Faktor seiner Denk- und Handlungsweise wurde, um so klarer und bestimmter entwickelte sich in ihm das Bewußtsein seiner nationalen Zusammengehörigkeit, um so unerträglicher wurde ihm der Gedanke einer Nichtachtung derselben, um so klarer das Bewußtsein seiner Pflicht und seiner Kraft, jeden Versuch der Einmischung Fremder in die heimischen Angelegenheiten zurückzuweisen.

Auch den deutschen Fürsten dieses Jahrhunderts gebührt ein voller Antheil an dem Verdienste, die Entwickelung des nationalen Gedankens gefördert zu haben: ihre Anschauungen waren oft sehr wesentlich verschieden und dem gemäß auch ihre Thätigkeit scheinbar divergirenden Zielen zugewendet. Allein was Preußens Könige für die Wehrkraft, die Industrie des Vaterlandes, andere Fürsten für die deutsche Kunst und Literatur gethan, alle haben sie Stein auf Stein gefügt zu dem großen Wunderbau der Neuzeit, dem Bau der deutschen Einheit, wie er mächtig gen Himmel ragend uns plötzlich heute gegenüber tritt, der Schrecken unserer Feinde, der frevelhaften Friedensstörer, die Freude des deutschen und jeden Volkes, das Frieden und Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit erstrebt. Noch ist der Bau freilich äußerlich nicht vollendet; die feste staatliche Form noch nicht gefunden, welche den konkreten Ausdruck der nationalen Einheit bildet, allein die mächtige Bewegung der Geister, welche sich in der freudigen Siegesüberzeugung der aus allen Theilen des Vaterlandes herbeieilenden Krieger, wie in der Einmüthigkeit der Fürsten, der Staatsmänner und Volksvertreter widerspiegelt, ist die beste Garantie für die glückliche Vollendung der Arbeit, welche erst in Angriff genommen werden kann nach dem Kriege, aus dessen blutiger Saat, wie es in der Ansprache des Königs von

Preußen an das deutsche Volk heißt, „eine von Gott gesegnete Ernte deutscher Freiheit und Einigkeit sprießen wird.“ Das ist der Preis des Kampfes, der über uns hereingebrochen, und wahrlich er ist des Schweißes und Blutes der Edlen werth, die heute an den Grenzen Deutschlands, hoffentlich bald in Feindesland, die Antwort auf die unwürdigen Zumuthungen und die leeren Versprechungen geben, mit welchen Frankreich uns und sich selbst zu bethören sucht.

Wie oft haben wir in letzter Zeit uns des zwar bequemen aber doch eklen Geschäfts unterziehen müssen, die alberne Phraseologie, die Lügenhaftigkeit der französischen Dokumente klarzulegen, in welchen das Pariser Kabinet sein friedensbrecherisches Vorgehen zu beschönigen sucht. Wie es in solchen Fällen zu gehen pflegt, Lüge erzeugt Lüge, und mit jedem Schritt weiter auf der einmal eingeschlagenen halsbrecherischen Bahn war die französische Regierung zu neuen Sophismen und neuen Verdrehungen der gegebenen Thatsachen genöthigt, ohne daß es ihr gelingen konnte, die sich häufenden Widersprüche zu lösen; im Gegentheil, das Netz ward immer enger und enger, und heute ist, wie es scheint, dasselbe vollständig zugezogen. Denn so eben übermittelt uns der Telegraph Mittheilungen von der äußersten Wichtigkeit, welche deutlicher noch wie alles andere, deutlicher wie der vom Zaune gebrochene Kriegsfall wegen der hohenzollernschen Kandidatur in Spanien, deutlicher wie das diplomatische Attentat auf den König von Preußen, wie die Rede Rouher's, wie die Kriegserklärung selbst, die egoistische, verrätherische Politik Frankreichs in das grellste Licht stellen. Es ist dies nichts Geringeres, als die Enthüllung, daß **Frankreich zweimal, zur Zeit des Luxemburger Streits und eben jetzt, an Preußen mit dem Ansinnen herangetreten ist, ihm für die Aufnahme der Südstaaten in den Nordbund Luxemburg zu geben und ihm beizustehen bei der Eroberung Belgiens.** Jedesmal ist in Berlin der Versucher zurückgewiesen worden; heute schickt er sich an, mit Gewalt an sich zu reißen, was er durch Verrath nicht erlangen konnte. Das ist also, wie es in der napoleonischen Proklamation heißt, „die versöhnliche Gesinnung, der gute Wille, die Langmüthigkeit Frankreichs“, das die „geforderte Bürgschaft für seine Zukunft“, das „die Basis des dauerhaften, auf den wahren Interessen der Völker zu begründenden Friedens“, das sind „die durch das französische Banner vertretenen Prinzipien der großen Revolution!!!“ Wer irgend wo durch jene Proklamation noch hätte getäuscht werden können, dem wird nunmehr auch die letzte Hülle fallen und die ganze Verächtlichkeit der napoleonischen Politik bis auf den letzten Grund klar erkennen.

In England, dem zunächst betheiligten Staate, wie in allen andern gesitteten Staaten wird voraussichtlich die Entrüstung über Frankreichs Politik kaum noch eine Grenze kennen. Doch wird keiner von ihnen deshalb zu den Waffen greifen: in Deutschlands Händen allein ruht das Rächerschwert und seinen Streichen wird das kaiserliche Frankreich nicht entgehen.

27 Juli 1870.

Hunderttausende liegen heute in den Kirchen Deutschlands auf den Knieen, die Hände zu Gott erhoben, dem Lenker der Staaten und Völker, um auf die deutschen Heere den Sieg herabzuflehen. Denn auch der Gleichgiltige fühlt in Augenblicken von so furchtbarem Ernste, wie wir sie jetzt durchleben, die Kleinheit und Unvollkommenheit alles Menschenwerks und betet um den Schutz des Herrn, der das Vaterland und die theuern Güter erhalten kann, welche uns aus dem Segen des Friedens erwachsen sind. Wie kein anderes Volk hat das deutsche auf allen Gebieten menschlicher Thätigkeit unermüdlich und redlich geschafft für sich und andere: deutsche Industrie und deutscher Handel, deutsche Kunst und deutsche Wissenschaft haben nach allen Richtungen hin bahnbrechend und befruchtend gewirkt und ohne Ueberhebung darf heute gesagt werden, daß der germanische Geist sich die Weltherrschaft errungen hat. Er bildet das belebende, erhaltende und fördernde Element, durch dessen Aufnahme sowohl die slawischen wie die romanischen Nationalitäten, soweit sie überhaupt eine Lebensfähigkeit noch besitzen, eine Zukunft sich erhalten haben. In den Komptoiren Rußlands wie Frankreichs arbeitet deutscher Fleiß, gepaart mit deutscher Redlichkeit und Gewissenhaftigkeit, ihre Schulen und Universitäten sind genährt an deutschem Wissen und an deutscher Forschung. Unser Vaterland hat keine reichen Kolonien jenseits der Meere, allein überall, wo Civilisation und Cultur blühen, tragen sie den Stempel deutschen Geistes. Es hat der langen rastlosen Arbeit von Jahrzehnten und Jahrhunderten bedurft, um der deutschen Nation die geistige Weltherrschaft zu erringen, aber noch ist diese Arbeit nicht erfüllt, denn der deutsche Geist wird nur so lange vermögen, die Kultur der Neuzeit zu tragen und zu schützen, als die deutsche Nation selbst im Stande ist, sich ihre Individualität in der Berührung mit anderen Nationalitäten unversehrt zu erhalten. Vielfach ist von aufrichtigen Feinden und falschen Freunden gesagt worden, die Aufgabe unseres Volkes sei eben nur die so erhabene eines Apostels der Kultur und Bildung, in ihrer Erfüllung läge die wahre Mission Deutschlands. Allein man übersah, daß ein Volk nur so lange seine Stellung in der Geschichte der Völker behaupten kann, als es selbst thätig in die Geschichte einzugreifen vermag.

Wer dem deutschen Volk die Aufgabe zuerkennt, der Hort unserer Civilisation zu sein, wird auch dem beistimmen müssen, daß es seine Pflicht ist, durch einheitliches Zusammenfassen seiner nationalen Kräfte eine politische Stellung zu gewinnen, welche ihm die Erfüllung jener Aufgabe ermöglicht. Der mächtige Drang nach einem einigen Deutschland, welcher die Gemüther in Deutschland so gewaltig erfaßt hat, ist daher nicht etwa ein dem französischen Chauvinismus vergleichbarer Größenwahnsinn, er ist vielmehr das ganz logische und natürliche Ergebniß des Bewußtseins, daß nur das einige Deutschland im Stande

ist, unserem Zeitalter dauernd die Güter der Kultur und der Civilisation zu erhalten, gegenüber den absterbenden romanischen Völkern wie gegenüber den rohen Horden der slavischen Race. Hierin aber liegt für uns ein bedeutsames Moment für die Beurtheilung des Ausgangs des Kampfes, in den Deutschland einzutreten bereit ist, und in welchem wir heute unsere Gebete um Verleihung des Sieges zu Gott richten. Auf der einen Seite das deutsche Volk, thätig in rastloser Erfüllung der höchsten civilisatorischen Aufgaben, in starker gesunder Sittlichkeit, begeistert für Freiheit und Unabhängigkeit, für Wahrheit und Recht; ihm gegenüber die französische Nation, deren politische wie sociale Verhältnisse die tiefste Zerrüttung zeigen, von keiner höhern idealen Anschauung getragen, und versunken in Lüge und Frivolität. Ist da ein Zweifel gestattet, wohin sich die Schale des Sieges neigen wird? Möglich, ja wahrscheinlich, daß der Kampf ein langer und blutiger sein wird, möglich, daß der Erfolg sich nicht immer an die Fahnen unserer Heere heften wird, aber über den endlichen Ausgang kann nur der in Zweifel sein, der die Schicksale der Menschheit von einem blinden Zufall beherrscht glaubt, und sich der Ueberzeugung verschließt, daß auch in solchem Sturm, dessen Brausen die Erde in ihren Vesten zu erschüttern droht, unabänderlich das ewig wahre Sittengesetz waltet.

Deutschland steht da in gerechter Vertheidigung seiner Freiheit, seiner kulturhistorischen Aufgabe; ihm ist das Schwert in die Hand gezwungen worden, aber ihm wird auch der Sieg sein.

28. Juli 1870.

Von ungleich größerer Bedeutung als die bisher vom militärischen Kriegsschauplatz gemeldeten Scharmützel und Vorpostengefechte sind die Bewegungen der sich feindlich gegenüberstehenden Mächte auf dem diplomatischen Kriegsschauplatz; hier sind bereits einige Hauptschlachten geschlagen, und man kann nur wünschen, daß Deutschland in militärischer Beziehung eben solche Erfolge aufzuweisen haben möge, wie hier. Bekanntlich hatte das französische Kabinet in einem Rundschreiben vom 21. Juli die Behauptung aufgestellt, es sei der preußischen Regierung längst bekannt gewesen, daß Frankreich die Besteigung des spanischen Thrones durch einen „preußischen Prinzen“ nicht zugeben werde, und es hätten Graf Bismarck sowohl, wie Herr v. Thile sich damals dahin geäußert, daß der Prinz von Hohenzollern ein ernster Kandidat für diesen Thron weder sei, noch werden könne. Aus dem Umstand, daß nun dennoch die Kandidatur, diesen Versicherungen entgegen, aufgestellt worden sei, wollte man in Paris für sich die Berechtigung zu dem gegen Preußen eingeschlagenen Verfahren in Anspruch nehmen. Preußischer Seits war diesen Angaben ein sehr kategorisches Dementi entgegengestellt worden; nichts destoweniger ist man in Paris bei jenen Anschauungen stehen geblieben. In einer neuen Depesche vom 24. Juli sucht der Herzog von Gramont unter Berufung auf eine Mit-

theilung Benedettis vom 31. März v. J. die Behauptung aufrecht zu erhalten, daß Preußen schon im Jahre 1869 die hohenzollernsche Kandidatur für den spanischen Thron als eine solche bezeichnet haben soll, die nicht in Frage kommen könne.

Zunächst wird die Veröffentlichung dieser Depesche Benedetti's abzuwarten sein, deren Inhalt allein geeignet ist, erkennen zu lassen, in wie fern damals mehr oder weniger wirklich von der Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern die Rede gewesen ist. Immer aber wird im Auge behalten werden müssen, daß zu jener Zeit keineswegs der Prinz von Hohenzollern allein als Bewerber um den spanischen Thron genannt worden ist; auch von der Möglichkeit einer Wahl des Prinzen Friedrich Karl war die Rede und man wird zunächst auf Grund der kategorischen Erklärung der preußischen Staatsmänner daran festhalten dürfen, daß damals von einer Kandidatur des Erbprinzen Leopold zunächst nicht die Rede gewesen ist. Indem aber die französische Regierung sich bemüht, das Berliner Kabinet einer hinterlistigen Haltung zu beschuldigen und ihr die Verantwortlichkeit für den Krieg zuzuschreiben, vergißt sie vollständig den nächsten Ausgangspunkt des zwischen Berlin und Paris ausgebrochenen Conflikts. Sie hatte bekanntlich in ihren bis zum 21. Juli abgegebenen offiziellen Erklärungen gerade die Heimlichkeit, mit welcher diese Kandidatur behandelt worden sei, als die wesentliche Ursache ihrer Entrüstung und den Grund ihrer feindlichen Haltung gegen Preußen bezeichnet. Wie aber ist es möglich, hier von Heimlichkeit zu sprechen, wenn nach den Angaben der französischen Regierung selbst, diese Kandidatur im Jahre 1869 bereits ein Konversationsgegenstand für die französische Diplomatie gewesen ist? Es ist dies um so unzulässiger, als nach den Auslassungen der englischen Minister jene Kandidatur längst notorisch war, der englische Gesandte in Madrid sogar in einer Note vom 11. Mai bereits offen von ihr gesprochen hatte. Man beachte wohl: im Jahre 1869 will Frankreich sich gegen diese Kandidatur erklärt haben, damals weiß Niemand etwas von derselben. Im Jahre 1870 — am 17. Februar — beginnt die spanische Regierung die Unterhandlungen mit dem Erbprinzen; am 11. Mai bezeichnet der englische Gesandte diese Kandidatur als notorisch; am 11. Juni spricht General Prim von dem in Aussicht genommenen König in Andeutungen, die die gesammte europäische Presse die Annahme laut aussprechen lassen, die betreffende Persönlichkeit sei Niemand anders als eben ein Prinz aus dem Hause Hohenzollern-Sigmaringen. Das im Jahre 1869 so argwöhnische Frankreich aber will im Jahre 1870 von alledem nichts erfahren haben! eine Behauptung, die lächerlich wäre, ließe sie nicht einen so tiefen Blick in das Getriebe der französischen Politik thun, welche sich eben nur unwissend stellen wollte, um zu dem ersehnten Kriegsfall zu gelangen. Es ist unzweifelhaft, daß, wenn Frankreich zu jener Zeit, gleich, als diese Kandidatur notorisch war, sich abwehrend geäußert

hätte, die Angelegenheit leicht beseitigt worden wäre. Allein das eben wollte man in Paris nicht; man wollte die Sache zu einer Kriegsdrohung gegen Preußen verwerthen, und heuchelte deshalb eine solche Unwissenheit. Eine eigenthümliche Rolle spielt in dieser Angelegenheit Spanien und ganz besonders der General Prim, über dessen Haltung eine spätere Zukunft erst einiges Licht verbreiten dürfte. Zunächst ist die nicht ungerechtfertigte, für den spanischen Minister freilich wenig schmeichelhafte Annahme die verbreitetste, daß Marschall Prim das Spiel mit Napoleon abgekartet habe, um diesem die Möglichkeit eines kriegerischen Auftretens gegen Preußen zu gewähren.

Wie dem indessen auch sein möge, so viel steht fest, daß Frankreich die ihm wohlbekannte spanische Angelegenheit scheinbar ignorirt hat, um aus derselben politisches Kapital zu kriegerischen Verwickelungen zu schlagen. Der Erfolg ist, was zunächst die diplomatischen Verhandlungen betrifft, dabei freilich nicht auf seiner Seite gewesen: trotz allen lügenhaften Drehungen und Wendungen ist Frankreich vor der ganzen Welt als Friedensbrecher entlarvt; statt Preußen zu isoliren, hat es die einmüthige Frontstellung von ganz Deutschland gegen Frankreich herbeigeführt und gleichzeitig Preußen Gelegenheit gegeben, seine vielverleumdete Friedensliebe in das klarste Licht zu stellen gegenüber der Gewaltpolitik Frankreichs. Ein weiteres für Frankreich ungünstiges Ergebniß seiner Politik ist, daß alle Freunde, auf deren Hülfe es gerechnet hatte, selbst das kleine Dänemark, ihm ihren Beistand entziehen. Auf dem diplomatischen Kriegsschauplatz also eine Niederlage nach der andern, und doch haben alle diese wenig zu bedeuten, gegenüber dem Hauptschlag, welchen das Berliner Kabinet gegen Frankreich durch die Veröffentlichung der französischen Anerbietungen in Bezug auf einen Offensiv- und Defensivtraktat mit Preußen geführt hat. Der Entwurf des Vertrags geht uns soeben im französischen Wortlaute zu. Er zeigt, wie sehr das französische Kaiserreich durch diese Publikation bloßgestellt ist, welche ihm Angesichts der Welt die letzten Fetzen des dürftigen Mäntelchens abreißt, hinter welchem das Tuilerienkabinet seine ländergierigen Pläne zu verbergen bemüht war, und zwar in einem Augenblick abreißt, in welchem Napoleon III. die Uneigennützigkeit seiner Politik, seine Achtung vor der Integrität Deutschlands, die civilisatorischen Endziele seiner Mission feierlich versichert hatte! Man weiß in der That nicht: soll man mehr über die Frechheit dieses Lügensystems oder über die Ungeschicklichkeit jener Offerte an Preußen erstaunen, die noch dazu Herr Benedetti mit eigener Hand niederschreibt. Ueber zweierlei aber kann kein Zweifel herrschen: einmal, daß Preußen durch diese Enthüllung der eigentlichen Natur des napoleonischen Kaiserreichs und durch die Ehrlichkeit seiner eigenen Politik vor der ganzen Welt einen außerordentlichen Erfolg errungen hat, und zweitens, daß zwi-

schen ihm und dem napoleonischen Kaiserreich ein Krieg bis zur Vernichtung besteht.

29. Juli 1870.

Die Veröffentlichung des Entwurfs eines Defensiv- und Offensivbündnisses, wie es Preußen von Frankreich im Jahre 1867 und noch eben erst wieder angetragen worden, ist von uns bereits als der stärkste Schlag bezeichnet worden, der auf diplomatischem Gebiete dem zweiten Kaiserreich zugefügt worden ist. Französischer Seits kann man, wie die aus Paris vorliegenden Mittheilungen mit großer Klarheit beweisen, nicht bestreiten, daß nach dem Abschluß des Prager Friedens Verhandlungen in dieser Richtung angeregt worden seien, allein man sucht die Sache in sofern zu beschönigen, als man in Abrede stellt, Kenntniß von einem förmlichen schriftlichen Vertragsentwurfe gehabt zu haben und dem Kaiser sogar die schöne Rolle zuschreibt, die in jenen Unterredungen zur Sprache gekommenen Vorschläge zurückgewiesen zu haben. Daß der schriftliche Vertragsentwurf existirt, darf als unzweifelhaft angesehen werden; er existirt nicht blos, er ist von der Hand des französischen Gesandten verfaßt, und es darf wohl kaum hervorgehoben werden, daß die Niederschrift dieses Vertragsentwurfs etwas mehr zu bedeuten hat, als eine bloß freiwillige Stylübung für den französischen Botschafter in Berlin zu sein. Das Zugeständniß des „Journal officiel", daß Besprechungen über diesen Gegenstand stattgefunden, ist mehr wie ein stillschweigendes Eingeständniß der Echtheit des in Rede stehenden Dokumentes, denn es beweist, daß die Ideen, wie sie in demselben einen Ausdruck gefunden, damals die maßgebenden Pariser Kreise beherrschten; schwerlich aber würde Herr Benedetti auf eigene Gefahr hin dieselben in so präciser Weise formulirt haben. Der zunächst mehr pikante, als politisch wichtige Umstand, daß Herr Benedetti in einer mehrfach korrigirten Fassung die durch die Abtretung Luxemburgs an Frankreich etwa entstehenden Kosten der Kasse des Kaisers Napoleon — nicht etwa der französischen Staatskasse — aufbürden darf, ist grade ein schlagender Beweis dafür, daß der Kaiser Napoleon der unmittelbare Inspirator des an Preußen gerichteten Vorschlags gewesen ist. Daß man in Paris um die Existenz dieser Besprechungen und des förmlichen Vertragsentwurfs wußte, ist daher, wie gesagt, ganz unzweifelhaft. Allein der Kaiser habe, so versichert das „Journal officiel", die in jenen Unterredungen zur Sprache gekommenen Vorschläge zurückgewiesen. Eine äußerst glaubwürdige Versicherung! Ist es ja doch hinlänglich aus der Geschichte des Luxemburger Konflikts bekannt, daß Frankreich damals keineswegs die Absicht hatte, dies Großherzogthum zu erwerben, sondern nur blos auftrat, um es vor Preußen zu schützen! Risum teneatis! Will man jedoch der Behauptung des „Journal officiel" die Ehre einer ernsthaften Prüfung angedeihen lassen, so bietet der Vertragsentwurf selbst genü-

gendes Material, um die ganze Inhaltslosigkeit dieser Angabe klarzulegen. In diesem Vertrage wird festgesetzt, daß Napoleon die preußischen Annexionen und die Bildung des norddeutschen Bundes anerkennt, daß er ferner sich einer bundesstaatlichen Vereinigung des Nordbundes mit den süddeutschen Staaten auf Basis eines gemeinsamen Parlaments, jedoch unter Achtung der Souveränetät der genannten Staaten in einem gerechten Maße nicht widersetzt. Das sind die Verpflichtungen, welche sich Frankreich in jenem Entwurf zu Gunsten Preußens auferlegt, und zwar Verpflichtungen von verhältnißmäßiger Dürftigkeit. Man wolle nicht vergessen, daß Preußen damals bereits im vollen Besitz der neuen Provinzen war, daß der Nordbund gegründet, seine Verfassung mit dem Reichstag schon vereinbart, daß die Allianzverträge mit dem Süden abgeschlossen und sogar auf der Basis des Zollparlaments wenigstens ein bundesstaatliches Band zwischen dem Norden und Süden hergestellt war. Nicht künftiger Erwerb, sondern nur Erhaltung der bestehenden Verhältnisse war es, was Frankreich an Preußen versprechen wollte, und auch das in so zweideutigen, so wenig präcis abgefaßten Ausdrücken, daß, wenn nicht weitere Besprechungen die Bestimmungen des Entwurfs geklärt hätten, die von Frankreich eingegangenen Verbindlichkeiten sehr vager Natur gewesen sein würden, im Fall eines Krieges ihre Erfüllung sogar problematisch hätte sein können.

Ganz anders lautet in jenem Dokument Alles, was auf die Verbindlichkeiten sich bezieht, welche Preußen eingehen soll. Hier ist die Sprache durchaus positiv und sind stets durchaus konkrete Fälle in das Auge gefaßt; Preußen übernimmt die Verhandlungen mit Holland wegen Luxemburg und verpflichtet sich sogar, den König von Holland zur Abtretung seiner souveränen Rechte auf Luxemburg an Frankreich zu bewegen, eventuell auch die Entschädigung zu beschaffen; denn, wohl gemerkt, nur die etwaigen finanziellen Opfer fallen Napoleon zur Last, nicht auch die territorialen Entschädigungen, die Holland etwa verlangen könnte. Ferner übernimmt Preußen, Frankreich gegenüber für den Fall, daß Napoleon in Belgien einrücken oder dies Land erobern würde, die Verpflichtung, es mit seiner ganzen Macht zu schützen, eine Verpflichtung, die ohne Gegenstück ist in den die Verbindlichkeiten Frankreichs gegenüber Preußen regulirenden Bestimmungen des Entwurfs. Keine Frage, der Löwenantheil an den für beide Staaten aus jenem Vertragsentwurf sich ergebenden Vortheilen ist auf französischer Seite. Und dennoch will das „Journ. offiz." glauben machen, der Kaiser habe jene Vorschläge zurückgewiesen! Sie können ihm nie gemacht worden, und er daher nie in die Lage gekommen sein, sie zurückzuweisen. Er ist im Glauben, daß Preußen in ängstlicher Besorgniß um seine Erwerbungen begierig nach jedem Bündniß mit Frankreich greifen werde, mit diesem Vertragsentwurf an die Berliner Regierung herangetreten, und natürlich heimgeleuchtet worden in einer Weise, wie es nicht nur der geringe Werth der Preußen gemachten Offerten wahrscheinlich

erscheinen lassen könnte, sondern wie es die Ehre Preußens und das Bewußtsein der nationalen Politik, die es durch den Krieg von 1866 zu verfolgen berufen ist, fordern. Indem das Berliner Kabinet die dargebotene Hand Napoleons im Jahre 1867 zurückwies, hat es in voller Uebereinstimmung mit den Geboten der Ehre und der nationalen Pflicht gehandelt. Ungleich großartiger noch erscheint sein Benehmen im Jahre 1866, als es im Augenblick des Krieges mit Oestreich, in welchem es sich um seine Existenz handelt, die französischen Versuchungen stolz zurückweist. „Keinen Zoll deutscher Erde an Frankreich" — dies Königswort hat König Wilhelm in wahrhaft glänzender Weise bewahrheitet, und wenn möglich, so werden die Aufschlüsse, welche wir jetzt nachträglich über die Beziehungen Preußens zu Frankreich erhalten, den Enthusiasmus noch steigern, mit welchem das deutsche Volk dem deutschen Feldherrn in den Krieg gegen Frankreich folgt.

Diese Aufschlüsse sind eine Bestätigung der Lauterkeit und ächt nationalen Tendenzen der preußischen Politik, wie sie glänzender, schlagender kaum gedacht werden kann, während sie gleichzeitig die Ländergier, die Unehrlichkeit der vor keinem Mittel zurückschreckenden französischen Politik für alle Zeiten und vor allen Völkern brandmarken. Wenn man auch in dem Verkehr der Völker untereinander von dem sprechen kann, was im Privatleben als die soziale Stellung bezeichnet wird, so erscheint die soziale Stellung des zweiten Kaiserreichs durch diese Enthüllungen vernichtet. Welcher Staat, welche Regierung, welches Volk könnte noch fernerhin sich mit einer Regierung verständigen, die, wie das Tuilerienkabinet in solcher Weise gegen die bestehenden Verträge Ränke schmiedet, die die Existenz neutraler Staaten, wie Belgien, zum Gegenstande für geheime Abmachungen mit andern Mächten zu machen sucht, die im selben Augenblick, in welchem sie für die unbedingte Selbständigkeit der süddeutschen Staaten einzuwirken scheint, sich bereit erklärt, sie heimlich zu verkaufen. Mit gerechtem Abscheu wird sich jede Regierung von einer solchen Politik abwenden, und gerechtes Bedenken tragen, mit einem Gouvernement zu verhandeln, das jeder Ehrlichkeit in politischen Dingen bar ist. Die natürliche Folge dieser Enthüllungen ist nicht bloß das Mißtrauen der übrigen Völker gegen das zweite Kaiserreich, es ist die vollständige Isolirung desselben, das in eine Stellung gebracht ist, die auf die Dauer unerträglich ist. Daher hoben wir bereits hervor, daß nach diesen Publikationen zwischen Deutschland und Frankreich ein Krieg bis zur Vernichtung geführt werden wird, d. h. bis zur Vernichtung des zweiten Kaiserreichs, das in der Stellung, die es sich selbst heute bereitet, die ihm nicht von andern bereitet worden ist, nicht mehr bestehen kann.

1. August 1870

Ungleich größeres Interesse, als die Vorgänge auf dem Kriegsschauplatze, welche zur Zeit nur die Einleitung zu dem großen Drama

bilden, beanspruchen heute noch die diplomatischen Verwicklungen, zumal die Note, in welcher Graf Bismarck der englischen Regierung offizielle Mittheilungen von den französischen Anerbietungen in dem Benedetti'schen Vertragsentwurfe macht, und die Veröffentlichung anderweitiger französischer Anträge aus der Zeit des 66er Krieges in Aussicht stellt. Auch solche französische Vorschläge, in welchen nicht blos ein Attentat auf Belgien, sondern auch die Schweiz und Italien geplant wird, befinden sich, wie es scheint, in dem Archive des Berliner auswärtigen Amtes und dürften der Veröffentlichung nicht vorenthalten werden. Wie man in Paris diese Enthüllungen beantwortet hat, wissen unsere Leser bereits: England gegenüber hat sich das Pariser Kabinet durch eine von dem französischen Gesandten Namens des Herzogs von Gramont gegebene Darstellung zu rechtfertigen versucht, welche die Behauptung aufstellt, daß Graf Bismarck Frankreich zu Vergrößerungen aufgefordert habe. „Derselbe — so heißt es in diesem Aktenstück — urgirte seit 1865 Frankreich zu Vergrößerungen in den französisch sprechenden Ländern (Schweiz, Belgien). Frankreich lehnte alle diese und spätere ähnliche Zumuthungen ab. Herr v. Benedetti schrieb den Vertragsentwurf, während Graf Bismarck diktirte. Letzterer wollte Frankreich in Verschwörungen gegen Belgien verwickeln." Man kann in Paris die Wahrheit der Enthüllungen nicht in Abrede stellen, sucht aber die Schuld von sich abzuwälzen und den Grafen Bismarck als den Versucher hinzustellen, dem das tugendhafte Frankreich stets widerstanden habe! Die Inhaltslosigkeit derartiger Behauptungen ergiebt sich von selbst für jeden, der sich des französischen Verhaltens im Jahre 1866, im Jahre 1867 und im Jahre 1869 erinnert, und nicht vergessen hat, daß die französische Regierung stets und unter allen Vorwänden, bald offen, bald verkappt, ihre gierige Hand nach Luxemburg, Belgien ꝛc. ausstreckte. Aber auch wer dies vergessen haben sollte, wird, wie wir dies neulich bereits gezeigt, an der Hand des berüchtigten Vertragsentwurfs selbst erkennen, daß solche Vorschläge, die überall nur das französische Interesse berücksichtigen, nur von Frankreich ausgegangen sein können. Geradezu lächerlich ist es, wenn die französische Regierung als Beweis ihrer Unschuld den Umstand anführt, daß Graf Bismarck Herrn v. Benedetti den Vertragsentwurf diktirt habe. Die Richtigkeit dieser Angabe ist sehr glaublich. Der deutsche Staatsmann hat keinen Augenblick verkannt, daß zwischen Frankreich und Deutschland ein Krieg früher oder später unvermeidlich sei; ihm mußte es daher darauf ankommen, der deutschen Nation, Europa, der ganzen Welt urkundliches Material zur Beurtheilung der „uneigennützigen civilisatorischen" Politik des zweiten Kaiserreichs vorlegen zu können. Wie ihm dies gelungen, zeigt der Vertragsentwurf, und trotz des Ernstes der Stunde wird man nicht umhin können, die Gedankenlosigkeit des französischen Diplomaten zu belächeln, welcher sich von dem Grafen Bismarck das Dokument in die

Feder diktiren ließ, welches das Verdammungsurtheil für die französische Regierung bildet.

Das Verdammungsurtheil für die französische Politik — so bezeichnet einstimmig jenen Vertragsentwurf die öffentliche Meinung Europa's, so bezeichnet ihn die gebildete objektiv urtheilende Presse aller Länder. Wie ihn die Kabinette beurtheilen — darüber liegen irgend welche Auslassungen noch nicht vor. Wenn es auch keinem Zweifel unterliegt, daß die europäischen Regierungen aus diesen Enthüllungen eine ernste Lehre schöpfen und sich einer vorsichtigen Würdigung der napoleonischen Politik nicht verschließen werden, so erscheint die Annahme doch eine sanguinische, als würden nunmehr, wo die Endziele der französischen Gelüste so bloß gelegt worden sind, die Regierungen den Wünschen der Völker gemäß eine Frontstellung gegen Frankreich einnehmen und wenn auch nicht durch die Gewalt ihrer Waffen, so doch durch einen unumwundenen Ausdruck ihrer Entrüstung dem Kaiserreich bemerklich machen, daß seine Rolle ausgespielt sei. Ja, selbst die gemäßigte Erwartung, daß Staaten wie England, Oestreich und Italien im gegenwärtigen Augenblick, wo selbst eine absichtliche Täuschung darüber, daß Deutschland nicht blos für sich allein zum Schwerte gegriffen hat, sondern als der Vertheidiger von allgemein menschlicher Sitte und Recht das Blut seiner Söhne opfert, nicht mehr möglich ist, daß, sagen wir, die genannten Staaten wenigstens eine aufrichtige unbewaffnete Neutralität befolgen würden, selbst diese Erwartung scheint sich nicht bestätigen zu sollen.

Was zunächst Italien anbetrifft, so darf nicht verkannt werden, daß seine Haltung eine sehr zweideutige geworden ist. Die Reise des General La Marmora in das französische Hauptquartier, die beschleunigten militairischen Rüstungen, alles das sind Momente, die nur erklärlich werden durch die Annahme, daß wirklich zwischen Italien und Frankreich ein Abkommen besteht, demzufolge ersterer Staat verpflichtet ist, in einem gegebenen Falle für Frankreich einzutreten. Längst war in Italien der Glaube verbreitet, daß Viktor Emanuel mit Napoleon III. einen Vertrag abgeschlossen habe, durch welchen sich Italien verpflichte, Frankreich ein Armeekorps von 60,000 Mann zur Verfügung zu stellen. Frankreich übernehme die Unterhaltungskosten für dieses Korps und strecke zu diesem Zwecke Italien eine Summe von 60 Millionen Franks in Gold vor. Der eigentliche Preis würde natürlich Rom oder doch wenigstens die Besetzung von Civita-Vecchia sein, nachdem dies von den französischen Truppen geräumt. Heute meldet uns der Telegraph, daß diese Räumung wirklich in Aussicht genommen ist; für diesen Fall würde die französische Garnison durch eine italienische abgelöst werden und es erscheint nicht unwahrscheinlich, wenn gleichzeitig gemeldet wird, daß Preußen eine solche thatsächliche Unterstützung Frankreichs als einen Bruch der Neutralität Italiens ansehen werde. Immerhin würde indessen diese offen feindselige Haltung Italiens nur

von untergeordneter Bedeutung sein: Italien ist durch seine inneren Zustände nicht in der Lage, eine energische Kriegführung unternehmen zu können, das Schwert, welches es in Begriff scheint, gegen Deutschland richten zu wollen, würde das eigene Herz treffen, indem nichts geeigneter wäre, die Unfähigkeit Italiens zu einer selbständigen Politik zu zeigen, als eine solche Unterordnung unter die Lehnsherrlichkeit Frankreichs. Mit der Unfähigkeit, sein Geschick selbst zu machen, wäre die Zukunft Italiens für alle Zeit verurtheilt, und dieser Staat den vernichtenden innern Parteikämpfen anheim gegeben, welche dem Traumbild des einheitlichen Italiens unter französischer Herrschaft schnell ein Ende machen würden.

Größere Bedenken darf die Haltung Oestreichs hervorrufen — nicht der deutschen Bevölkerung dieses Landes, die wahrhaft ergreifende Beweise ihrer deutschen Gesinnung giebt, wohl aber die Haltung des Kabinets, welches zwar die Neutralität so weit treibt, daß es selbst die Sammlungen zum Besten der deutschen Verwundeten mit schelem Auge ansieht, gleichwohl aber alle Anstalten trifft, um für alle Eventualitäten kriegerisch gewaffnet zu sein. Wenn für irgend einen Staat die Haltung klar vorgezeichnet ist, welche er in der gegenwärtigen Krisis zu beobachten hat, so ist dies bei Oestreich der Fall, das gegenüber der außerordentlichen Schwierigkeiten, welche ihm die ungelöste Nationalitätenfrage, die konfessionellen Verhältnisse und seine finanzielle Zerrüttung bereiten, unter allen Umständen darauf angewiesen wäre, die Rolle des ruhigen Beobachters inne zu halten. Statt dessen sprechen die militärischen wie die finanziellen Vorkehrungen, die man in Oestreich anzuordnen für gut findet, dafür, daß der Gedanke einer aktiven Betheiligung am Kriege keineswegs außerhalb der Berechnung liegt. Auch die Sendung Clazko's, des lithauischen Günstlings des Grafen Beust, nach Paris kann nicht unbeachtet bleiben, da kein östreichischer Politiker, vom Fürsten Metternich vielleicht abgesehen, in gleicher Weise für den Gedanken einer östreichisch-französischen Allianz thätig ist, wie Clazko, der früher in den geheimen Diensten Napoleons gestanden hat. Daß Oestreich schon jetzt an eine aktive Politik dächte, ist nicht anzunehmen, allein dadurch, daß es für den zweiten Akt des Drama's in der That eine hervorragende Rolle zu erstreben scheint, erweckt es schon jetzt den Argwohn, daß hinter der Front Deutschlands ein heimlicher Widersacher lauert. Wir werden Gelegenheit haben, auf die Haltung Oestreichs und die Folgen, die sich daraus ergeben dürften, zurückzukommen.

Was England betrifft, so ist die Möglichkeit eines offen feindseligen Auftretens dieses Staates gegen Deutschland von vornherein als ausgeschlossen anzusehen, allein die Neutralität, wie sie jetzt dort gehandhabt wird, ist nicht viel unterschieden von Feindseligkeit. Es liefert den französischen Schiffen Kohlen, der französischen Infanterie Patronen, der französischen Kavallerie Pferde — es liefert Alles, was

es für französisches Geld verkaufen kann, nicht viel fehlt, und es würde Frankreich seine Ehre verkaufen. Denn in der That, Englands Ehre steht auf dem Spiele, wenn es auch jetzt, wo ihm die Enthüllungen des Grafen Bismarck gezeigt haben, wie gefährdet Belgien ist, und wie dieses Land den eigentlichen Preis des von Frankreich angestifteten Kampfes bildet, fortfährt, Frankreich in der bisherigen Weise zu begünstigen. Es wäre dies weniger aus Gründen des gegenwärtigen Augenblicks zu bedauern, so gefährlich auch die englische Unterstützung der französischen Kriegsoperationen für unsere Interessen ist, als weil der völlige Mangel an Thatkraft, den das Gebahren der englischen Regierung verräth, das politische Gewicht Englands vernichtet, das einen wesentlichen Faktor für die Konsoldirung des Friedens nach dem Kriege bilden sollte.

Was die Neutralität der kleineren Staaten betrifft, so ist man zwar in Frankreich möglichst bemüht, Holland in Angst zu setzen vor preußischen Annexionsgelüsten, wie dies auch ein vielfach in der Presse mitgetheiltes Gespräch eines angeblichen Engländers mit Napoleon zeigt, allein für die Bevölkerung Hollands scheint die Zeit der verblendeten Preußenfurcht vorüber. Hinsichtlich Dänemarks ist allerdings die gleiche Hoffnung nicht gerechtfertigt, doch wird auch in Kopenhagen erst ein französischer Erfolg erwartet werden, um die Maske abzuwerfen.

Man sieht, es fehlt in den Kabinetten nicht an vielen offenen Feinden und lauen Freunden Deutschlands, allein die Völker stehen auf unserer Seite, denn sie fühlen, daß Deutschland für seine und ihre Sache, für die Sache der Menschheit kämpft.

Vom 3. August bis 9. August 1870.

Ansprache des Königs Wilhelm an das Preußische Volk. — Schlachten bei Weißenburg, Wörth, Spicheren.

3. August 1870.

Die Proklamation, welche König Wilhelm von Preußen vor seiner Abreise auf den Kriegsschauplatz an das preußische Volk gerichtet hat, ist ebenso einfach, männlich und würdevoll gehalten, wie alle andern auf den ausgebrochenen Krieg bezüglichen Dokumente der preußischen Kanzlei; sie giebt dem Bewußtsein, aufrichtig die Erhaltung des Friedens angestrebt zu haben, der festen Entschlossenheit, nachdem dies Ziel nicht erreicht werden konnte, den Krieg mit ganzer Kraft und Entschiedenheit führen zu wollen, einen prägnanten Ausdruck, und hält sich durchaus frei von jenen etwas lendenlahm einherstelzenden Phrasen, wie sie uns in Proklamationen und Tagesbefehlen an Armee und

Flotte auf der andern Seite des Rheins entgegengetreten sind. Die Amnestie für politische Vergehen und Verbrechen, welche der preußische König gleichzeitig ausspricht, ist ein würdiger Abschluß dieser an wahrhaft großartigen Momenten so unendlich reichen letzten Wochen. Nicht als ob die Amnestie eine große praktische Bedeutung hätte; außer einigen wegen Preßvergehen verurtheilten Persönlichkeiten werden sich kaum Männer finden, welche aus der Amnestie Vortheil zögen. Aber diese Maßnahme ist wie kaum eine andere geeignet, den Gegensatz in seiner vollen Tiefe erkennen zu lassen, der Preußen — Deutschland von dem kaiserlichen Frankreich scheidet, indem sie nicht nur äußerlich zeigt, wie falsch die Berechnungen der französischen Staatsmänner gewesen sind, welche in dem Krieg mit Preußen auf die in diesem Lande angeblich herrschende Uneinigkeit gerechnet hatten, sondern indem sie in glänzender Weise erkennen läßt, wie die Regierung, welche in dem Augenblick des Krieges eine solche Amnestie ausspricht, sich wohl bewußt ist, daß hinter ihr das ganze Land, die ganze Nation einmüthig steht. Der König von Preußen, der Bundesfeldherr, weiß sich vollkommen eins mit dem deutschen Volke, eins in seiner Friedensliebe, eins auch in dem kühnen Muth, jeden Angriff abzuweisen, so daß er auch die politischen Gegner der Regierung aufrufen kann, ihren vollen Antheil zu nehmen an der ruhmvollen Arbeit, zu deren Erfüllung unser Volk berufen ist. Der König Wilhelm, wie Deutschlands Fürsten und Deutschlands Volk, Alle wissen, daß sie gemeinsam ein Ziel erstreben, die Integrität, die Freiheit, die Ehre Deutschlands, daß sie in dem Kampf um diese Güter alle für einen, einer für Alle stehen. Dieses Bewußtsein, das die Proklamation des preußischen Königs an sein Volk durchdringt, spricht sich nicht minder laut und vernehmlich in dem Armeebefehl aus, welchen der Feldherr heute an die deutschen Armeen gerichtet hat. Anders in Frankreich: die tönenden Phrasen, welche Napoleon an Volk und Heer gerichtet hat, vermögen Niemand, auch in Frankreich nicht, darüber zu täuschen, daß in diesem Kampf der französische Kaiser nicht nationale, sondern dynastische Zwecke verfolgt. Aehnlich jenem französischen Heerführer, der seinen Marschallsstab in die feindlichen Schaaren warf, um die schon geschlagenen Truppen zu siegreichem Kampfe anzufeuern, hat Napoleon seine Kaiserkrone in die Fluthen des Rheins geworfen, um sie von seinem Heere sich wieder gewinnen zu lassen. Denn nichts Geringeres, als seine Krone, ist sein Einsatz in dem von ihm so freventlich begonnenen Spiele. Aber der Rhein wird diese Krone nicht wieder herausgeben, die Wogen des deutschen Stromes werden stolz über Kaiser und Kaiserreich hinwegrauschen.

5. August 1870.

Nachrichten vom Kriegsschauplatz sind uns heute zugegangen, die jedes deutsche Herz höher schlagen, und uns mit innigem

Dankgefühl Augen und Hände erheben lassen zu Gott, daß er zum Beginn des furchtbaren Kampfes die deutschen Waffen gesegnet hat. Die siegsgewisse Ueberzeugung hat uns stets erfüllt: Deutschland muß, wenn anders nicht die Geschichte der Menschheit ein bloßes Spiel des Zufalls ist, aus diesem Kampfe siegreich hervorgehen, der von unsern Streitern um die erhabensten Güter der ganzen civilisirten Welt, nicht nur um unser Vaterland, um seine Ehre und Freiheit geführt wird. Aber wir haben uns nie die Schwere des Kampfes verborgen: wir waren und sind gewärtig, daß von dem Kampfplatz, auf welchem die Söhne Deutschlands mit heiligem Feuer dem Kampfe für das Vaterland sich weihen, gute und schlechte Nachrichten zu uns gelangen würden. Daß die ersten Nachrichten uns von einem glänzenden Siege melden, kann unsere Zuversicht auf den glücklichen Ausgang kaum erhöhen, wohl aber unsere Entschlossenheit und unsere Festigkeit verdoppeln für die Tage, an welchen Nachrichten einlaufen, die unserer Sache weniger günstig lauten. Wie der Anfang so das Ende!

Die gestern errungenen blutigen Erfolge haben viele Opfer gekostet; noch liegen die Details nicht vor, allein mancher tapfere Sohn der deutschen Erde ist für das Vaterland den echten Heldentod gestorben. Das dankbare Deutschland aber wird ihre Namen in die Annalen seiner Geschichte verzeichnen; die Preußen neben den Baiern; denn das ist nicht die wenigst schöne Seite an dem gestrigen Kampfe, daß die Waffenbrüderschaft der deutschen Stämme gleich im Beginn des Krieges in solcher Weise besiegelt worden ist, für alle Zeiten, wie wir denken.

Den Franzosen und namentlich dem französischen Heer, das mit der Illusion seiner Unbesiegbarkeit genährt worden ist, wird diese Niederlage, die erste seit dem Tage von Waterloo, eine bittere Enttäuschung bereiten.

Der Sieg bei Weißenburg ist von besonderer militärischer Bedeutung, weil durch denselben einmal eine sehr starke strategische Position, die sogen. „Weißenburger Linien", die in den jahrhundertalten Kämpfen zwischen Deutschland und Frankreich stets eine wichtige Rolle gespielt hat, zum Theil in unsere Hände gekommen ist. Den Zeitungsnachrichten zufolge war diese Position noch in der letzten Zeit durch Aufwerfung von Wällen verstärkt worden. Weiter aber ist dieser Sieg wichtig, weil er andeutet, daß es unseren Armeen gelingen werde, einen Keil zwischen die von Straßburg bis Sierk aufgestellten Truppen einzuschieben und so das 1. französische Korps unter Mac Mahon von der großen französischen Armee zu trennen, und die letztere zwischen die von Weißenburg aus vordringende Südarmee unter dem Befehl des Kronprinzen und die von Norden herkommende Armee des Prinzen Friedrich Karl zu nehmen.

Mit dem gestrigen Siege ist diese erste Linie durchbrochen: voraussichtlich wird demnächst auch von Norden her ein ähnlicher Stoß

ausgeführt werden und damit erreicht werden, daß auf französischem Boden die erste entscheidende Schlacht geschlagen wird.

8. August 1870.

Die Rheihenfolge glänzender Waffenthaten der deutschen Heere und ihrer trefflichen Führer haben durch ganz Deutschland Jubelmanifestationen hervorgerufen; war von vorneherein, seitdem der Ausbruch des von Frankreich heraufbeschworenen Krieges unvermeidlich geworden, das deutsche Volk einmüthig in seiner tiefen, sittlichen Entrüstung über den fränkischen Friedensbruch, einmüthig in dem festen Willen, den frevlen Nachbar die wuchtigen Schläge des deutschen Armes empfinden zu lassen, in dem Entschluß, alle Noth und Unbill eines voraussichtlich langen Krieges zu ertragen, so ist es jetzt nicht minder einmüthig in dem Ausdruck seiner ernsten Freude darüber, daß der Herr unsere Waffen gesegnet und ihnen in drei großen Treffen einen so vollständigen Erfolg gegeben hat. In der Spanne Zeit von kaum 3 Tagen ist es unsern tapfern Heeren gelungen, zweimal den Feind aus seinen wichtigen Stellungen zu verdrängen und ihn in einer großen Schlacht zu schlagen! Die Tage von Weißenburg, Wörth und Forbach werden unvergeßlich sein in der Geschichte des neuen Deutschlands, das hier seine Feuertaufe empfangen hat! unvergessen die tapferen Regimenter und Führer, welche, gleichviel ob Thüringer, Preußen oder Baiern, mit demselben Feuereifer, demselben Heldenmuth die feindlichen Positionen gestürmt haben, unvergessen die Namen der Helden, welche mit ihrem kostbaren Blut den Preis des Tages gezahlt und dem dankbaren Vaterland, der staunenden Welt gezeigt haben, daß das einige Deutschland, das in diesen heißen Kampfestagen zum ersten Male seine Kraft erkennen ließ, beseelt von dem heißen Drang echter Vaterlandsliebe, jedem, auch dem gefürchtetsten Gegner gewachsen ist. Gewachsen ist, sagen wir, nicht überlegen, denn noch steht die große Stunde der Entscheidung bevor, welche allein den Ausschlag geben und die unserm Vaterlande, dem Träger deutschen Geistes, gebührende Stellung gegenüber den romanischen Völkern sichern kann. Die Tage von Weißenburg, Wörth und Forbach haben diese Entscheidung nicht geben können, allein sie sind kostbare Bürgschaften für den weiteren Verlauf und für den Ausgang des Kampfes, für die endliche Feststellung der Macht Deutschlands, das jedem Eroberungskriege abgeneigt, unbesieglich im Vertheidigungskampf, allein Europa und der Welt die Segnungen eines dauernden Friedens verbürgen kann.

Gleich nach Ausbruch des Krieges sagten wir, über Deutschland leuchte die Sonne des Lebens, während das kaiserliche Frankreich die Schatten des Todes zeige. In der That, wer in diesen Tagen die Blicke auf Deutschland und dann auf Frankreich richtet, wird die Richtigkeit jenes Ausspruches thatsächlich bewiesen finden. Der tolle Kriegsjubel in der französischen Hauptstadt, die übermüthige Siegesgewißheit,

welche dort noch vor wenig Tagen zur Schau getragen wurde, wo man von einer militärischen Promenade nach Berlin und Preußen sprach, das übrige Deutschland aber nicht minder beleidigte, indem man dasselbe des dauernden Wohlwollens Napoleons versicherte — sie sind verschwunden und haben einer Bestürzung, einer Aufregung Platz gemacht, die das Schlimmste befürchten lassen. Die Reihenfolge der telegraphischen Mittheilungen, die uns heute aus Paris zugegangen, verbreiten über die düstere Situation dort grelle Streiflichter. Die Verhängung des Belagerungszustandes, die Proklamationen der Kaiserin, und der Minister, welche ein vollkommenes Seitenstück zu der bekannten Verordnung des Gouverneurs von Berlin nach der Schlacht bei Jena bilden und das Thema „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" in gleich ominöser Weise behandeln, die tobenden Volksmassen anf den Boulevards, die eilige Einberufung der Gesetzgebenden Körperschaften, Alles das zeigt uns ein Bild, auf welchem die Spuren der beginnenden Auflösung und Zersetzung mächtig hervortreten.

Welche Beschlüsse man an maßgebender Stelle fassen, welche Maßregeln man ergreifen wird, darüber verlautet noch nichts. Gewiß wird man in jeder Weise bemüht sein, die patriotische Fiber der Franzosen zu bewegen und das Volk zu veranlassen, dem Beispiel seiner Väter in der Revolutionszeit zu folgen, und mit derselben Begeisterung, welche die Rekruten von 1793 sich in das feindliche Feuer stürzen ließ, heute gegen die Deutschen zu kämpfen. Das „Auf zu den Waffen, das Vaterland ist in Gefahr", wird indessen schwerlich die zündende Wirkung auf die in Frivolität, Genußsucht, Korruption jeder Art durch das Kaiserreich grundsätzlich entmannte Gesellschaft des heutigen Frankreich ausüben, welche es in Frankreich hervorrief, als die erste Republik die Gemüther mächtig entflammt hatte und Frankreich der preußisch-östreichischen Invasionsarmee gegenüber, für das Vaterland und für die wirklichen, erst später in den Schmutz getretenen Errungenschaften der Revolution, für das Recht auf Selbstbestimmung seines Geschickes kämpfte.

Heute sind die Verhältnisse durchaus andere. Deutschland ist an die Stelle jenes Frankreich getreten; sein ist die volle Jugendkraft, und die wahre nachhaltige Begeisterung, welche die Pflugschaar als Schwert benutzen heißt. Das zweite Kaiserreich kämpft um seine dynastischen Interessen, seine Rathgeber nur für die ihnen auf die eine oder andere Weise zugeflossenen Schätze. Nirgends zeigt sich innerhalb Frankreichs die sittliche und geistige Kraft, welche allein die echte Vaterlandsliebe zu erzeugen vermag, die bei dem Rufe, „das Vaterland ist in Gefahr" zu den Waffen eilen läßt. Der Versuch, diese so leicht tönende Saite im Gemüth des Franzosen in Bewegung zu setzen, wird voraussichtlich ohne ernstlichen Erfolg bleiben. Die Abstumpfung des heutigen Frankreichs ist das Werk eines demoralisiren-

den Regierungssystems, dessen Träger die bitteren Früchte seiner Politik ernten wird.

Wie Seitens der übrigen Großmächte die Kunde von der Entwickelung des Drama's, dessen aufgeregte Zuschauer die Bewohner der civilisirten Welt sind, aufgefaßt wird, darüber liegen noch keine Mittheilungen vor. Sind, wie wir wohl annehmen dürfen, die Andeutungen begründet, welchen wir in Wiener Blättern begegnen, so läßt sich annehmen, daß dieselben beabsichtigen im gegebenen Augenblick, sei es nach einer Entscheidungsschlacht, sei es, wenn eine Erschöpfung auf beiden Seiten eingetreten, eine Vermittelung zwischen den Kriegführenden zu versuchen; bereits spricht man dort von einem Kongreß und ähnlichen diplomatischen Versuchen, die Fragen, die jetzt auf der blutigen Wahlschlacht verhandelt werden, zu lösen. Fast scheint es jedoch, als wenn die Thatsachen die Diplomatie an Schnelligkeit übertreffen würden: jedenfalls wird Deutschland auch hier auf seiner Hut sein müssen. Der Wahlspruch Friedrichs II. „Toujours en vedette", den unsre braven Truppen so wacker auf den Höhen des Elsasses zur Ausführung bringen, gilt nicht minder am grünen Tisch.

Vom 9. August bis 1. September 1870.

Note des Herzogs von Gramont. — Sturz des Ministeriums Ollivier. — Weitere Enthüllungen über Frankreichs Politik im Jahre 1866. — Haltung des französischen Volkes. — Ausweisung der Deutschen. — Gambetta. — Erste Andeutungen über eventuelle Vermittelungsversuche der neutralen Mächte. — Massenaufgebot in Frankreich.

9. August 1870.

Das Rundschreiben des Grafen Bismarck an die Vertreter Norddeutschlands bei den neutralen Mächten, in welchem die Benedettischen Enthüllungen in umfassender Weise behandelt wurden, hat den Herzog von Gramont veranlaßt, eine sehr umfangreiche Note, welche das Datum des 3. August trägt, zu publiciren. In diesem Aktenstück, welches von vornherein als ein Axiom, das keines Beweises bedarf, den Satz hinstellt, daß Napoleon niemals Preußen einen Vertrag vorgeschlagen habe, zum Zweck von Belgien Besitz zu nehmen, wendet er sich in seinem ersten Theile hauptsächlich gegen die „perfiden Andeutungen" in der preußischen Note, als seien Verwandte des Kaisers die Träger von kompromittirenden Botschaften gewesen.

Herr v. Bismarck habe vielmehr dem Kaiser Napoleon wiederholt den Erwerb von Belgien angetragen. Die preußische Politik wird in dieser Note ferner der kriegerischen Tendenzen beschuldigt, weil das berliner Kabinet auf die französischen Entwaffnungsvorschläge nicht eingegangen sei, und zwar theils aus Furcht vor einem Bündniß Oest-

reichs mit den süddeutschen Staaten, theils aus Besorgnissen vor Rußland.

Diese Auslassungen des Herzogs von Gramont sind weder geschickter noch glücklicher, als seine früheren. Allerdings macht der Diplomat keinen neuen Versuch, Gründe dafür aufzuführen, daß der Vertragsentwurf des Herrn Benedetti dem Kaiser unbekannt gewesen sei, allein indem er dies als Glaubenssatz, als ein Dogma hinstellt, widerlegt er am wenigsten die so positiven, aktenmäßigen Beweise, welche von preußischer Seite gegeben worden sind. Ebenso unglücklich ist er in seiner Beweisführung dafür, daß Graf Bismarck dem Prinzen Napoleon die Idee, Belgien zu nehmen, angeregt habe. In seiner früheren Note behauptete Hr. v. Gramont, die ganze Angelegenheit sei nach dem Prager Frieden nicht wieder berührt worden; die Reise des Prinzen Napoleon fällt dagegen sehr viel später, in das Frühjahr 1868 und jedenfalls würde, vorausgesetzt, daß das Gespräch wirklich in der oben angegebenen Weise stattgefunden, Graf Bismarck dem Prinzen jene „Anregung" nicht gegeben haben, wenn er nicht dazu aufgefordert worden wäre. Es liegt zwischen dieser neuen und jener früheren Behauptung des Herzogs von Gramont ein sehr bemerkenswerther Widerspruch. Vollends mißlich aber ist der Umstand, daß der Herzog von Gramont für seine Beweisführungen, da ihm jede aktenmäßige Unterlage fehlt, niemals lebende Zeugen zu nennen vermag. Graf Goltz soll die Auslassungen des Grafen Bismarck „so zu sagen fast wörtlich wiederholt" haben. Leider ist Graf Goltz nicht mehr unter den Lebenden: eine andere Persönlichkeit aus der „beträchtlichen Zahl der Hörer" als Zeugen aufzurufen, wagt der französische Minister nicht, obgleich es ihm, wäre seine Behauptung wahr, ja ein Leichtes sein müßte. Die Rolle, welche der todte Graf Goltz in Bezug auf den ersten Theil der Depesche spielt, muß hinsichtlich des zweiten der gleichfalls todte Graf Clarendon übernehmen. Keine Dokumente, keine Zeugnisse, wohl aber alberne Behauptungen und geradezu komische Insinuationen, das sind die kindischen Waffen, mit denen der Herzog von Gramont die vernichtenden Beweise widerlegen will, welche von Berlin aus gegen die Redlichkeit der französischen Politik geführt worden sind! Oder ist es nicht lächerlich, wenn Herzog Gramont die angebliche Aeußerung des Grafen Bismarck, er könne nicht abrüsten — wegen Rußland, ernstlich behandelt haben will. Hat sie der preußische Minister wirklich gethan, so hätte man sie in Paris doch als das, was sie nur sein kann, als eine ironische Abfertigung ansehen können. Wollte man dies aber absichtlich nicht, und sie vielmehr als ein Mittel benutzen, um die Beziehungen zwischen Rußland und Preußen zu verbittern, so war dies Mittel doch zu plump, um irgendwelche Wirkung erzielen zu können.

Noch übler erfunden als die diplomatischen Aktenstücke des französischen Ministers sind die Behauptungen, welche General Türr, der

bekannte ungarische Abentheurer und Freund des Prinzen Napoleon, eben aufstellte, der aus Bismarcks eigenem Munde gehört haben will, wie dieser Staatsmann gesagt, er habe Napoleon Luxemburg und Belgien angeboten, der Kaiser dies aber abgelehnt! Besonders erheiternd ist es, daß Türr, trotzdem er alle diese Unredlichkeiten Bismarcks gekannt, von seinen preußischen Sympathien erst abgebracht worden sein will, als ihm in einem politischen Gespräch mit dem serbischen Senatspräsidenten Marinowicz und dem preußischen Konsul Lobareau!! von Letzterem ein Stück der preußischen Pläne enthüllt worden sei. Herr Lobareau, der Konsul in Belgrad, der Vertraute des Grafen Bismarck! das ist jedenfalls etwas ganz Neues, aber so wenig Glaubwürdiges, daß man wol daraus auch weitere Schlüsse auf die Glaubwürdigkeit des Herrn Türr in politischen Dingen ziehen darf! Inzwischen macht übrigens der französischen Regierung eine andere Enthüllung zu schaffen. In der „Times“ wird nämlich daran erinnert, wie Kinglake, der bekannte Geschichtsschreiber des Staatsstreichs, vor langen Jahren im Unterhause behauptet habe, daß Napoleon in Villafranca dem Kaiser Franz Joseph den Antrag gestellt habe, alles, was er in Italien einbüßte, zurückzunehmen, unter der Bedingung, daß er sich einem Zuge Frankreichs gegen den Rhein nicht widersetze.

Ebenso unwahr wie in ihren an Europa gerichteten Schriftstücken ist die französische Regierung auch in ihren Proklamationen an ihr Volk. Daß sie die erlittenen Niederlagen vielleicht abgeschwächter zur Kenntniß der Bevölkerung bringt, würde allenfalls noch hingehen können. Aber eine Lüge, nicht eine neue Selbsttäuschung ist es, wenn die Minister in der Proklamation, die sie nach einem eben eingehenden Telegramm an das Volk gerichtet haben, es wagen, dasselbe mit dem französischen Volke von 1792 zu vergleichen.

11. August 1870.

Das Ministerium Ollivier existirt nicht mehr! Es war kaum in die Welt getreten zur Zeit, als der Prinz Peter Bonaparte das bekannte Attentat verübte, es bricht zusammen, nachdem es selbst das nichtswürdigste Attentat auf die Menschheit, auf die Kultur, die Civilisation, auf Alles verübt, was Jedem heilig und theuer ist. Kaum wenige Monate hat die Amtsdauer des Ministeriums Ollivier gewährt, aber diese kurze Frist hat genügt, um millionenfache Verwünschungen auf die Häupter dieser Minister zu sammeln, denen in der Zeit ihrer Amtsführung nur das Eine, Furchtbare gelungen ist, die Segnungen des Friedens für Millionen und aber Millionen friedliebender Bürger zu vernichten, den Wohlstand zweier großer Nationen zu gefährden, das Glück von Tausenden zu schädigen, und einen Brand zu entzünden, von dem Niemand weiß, wann und wie er gelöscht werden wird. Man sage uns nicht, daß diese Männer, welche seit dem Anfange dieses Jahres das französische Ministerium gebildet, um deshalb weni-

ger hassenswerth, weniger strafwürdig seien, weil sie doch nur die Werkzeuge einer mächtigen Partei, nur die Puppen gewesen seien, welche eine unsichtbare Hand hinter den Koulissen nach Belieben in Bewegung gesetzt habe. Daß dem so ist, wollen wir nicht bestreiten; die nicht bloß frevelhaften, sondern auch unklugen Worte, in welchen Herr Rouher in seiner Ansprache an den Kaiser Napoleon nach der Kriegserklärung verrieth, daß der Angriff auf Deutschland eine längst abgekartete Sache sei, bestätigen vollkommen, wie Napoleon und seine eigentlichen Rathgeber sich des Ollivier'schen Liberalismus nur als einer Maske bedienen wollten, um desto sicherer ihr Spiel vorbereiten zu können. Allein, wenn die Sklaven, welche auf das Geheiß Neros den furchtbaren Brand Roms entzündeten, vor dem ewigen Richterstuhle der Geschichte straflos geblieben sind, weil sie nur die unbewußten, willenlosen Ausführer der ihnen gewordenen Befehle waren, so sind doch Ollivier und seine Genossen nicht mit ihnen auf gleiche Stufe zu stellen. Sie waren nicht bloße Sklaven, welche jedem Winke des Herrschers stummen Gehorsam zu leisten haben, sie waren oder wollten doch wenigstens sein, freie, ihrer selbst und der ihnen gewordenen Aufgaben bewußte Männer, sie gingen oder behaupteten doch wenigstens auszugehen in der Erfüllung ihrer Amtspflichten von festen politischen Grundsätzen; sie strebten oder behaupteten doch wenigstens zu streben nach ganz bestimmten Zielen, unter denen die Wiederherstellung der Freiheit in Frankreich und die Erhaltung des Friedens in erster Linie standen.

Aber sie haben sich weder als freie Männer benommen, noch ihre Grundsätze festgehalten, noch eines der Ziele erreicht, welches sie selbst aufgestellt hatten. Verfolgt man die ministerielle Thätigkeit Ollivier's, der als der Prototyp des ganzen Ministeriums gelten darf, so traten überall auch schon zu der Zeit, als man ihm inner- wie außerhalb Frankreichs mit Vertrauen entgegenzukommen bemüht war, die schreiendsten Widersprüche zwischen seinen Prinzipien und seinen Thaten, zwischen seinen Worten und seinen Handlungen entgegen; überall offenbart sich ein Mangel an Logik, an staatsmännischer Klarheit in der inneren Politik, der das Schlimmste für den Fall auswärtiger Verwicklungen befürchten ließ. Zu wiederholten Malen forderten die Verhältnisse von Ollivier, daß er, wenn er nicht nur als wirklicher Staatsmann, sondern als Mann von Ehre und Ueberzeugung handeln wollte, von der übernommenen Aufgabe zurücktrete und sein Portefeuille abgebe, so namentlich gelegentlich der Frage der Auflösung des Gesetzgebenden Körpers, so gelegentlich des Plebiscites, vor Allem aber auch in den ersten Stadien des französisch-deutschen Zerwürfnisses, als er sich dahin ausgesprochen hatte, daß der Verzicht des Erbprinzen von Hohenzollern zur Erhaltung des Friedens genügend sei. Der Schlüssel zu dieser jämmerlichen Haltung Ollivier's ist nicht in seinem Mangel an Verstand zu suchen: die Großmannssucht, die erbärmliche Selbstüber-

schätzung, der eitle Glaube an seine Vokation, der Retter des Kaiserreichs zu sein, hatte Ollivier's Verstand von Tag zu Tag mehr geblendet und ihn zuletzt zu einer widerlichen Erscheinung gemacht, als er in den entscheidenden Sitzungen des gesetzgebenden Körpers den Krieg mit „leichtem Herzen" gegen Deutschland heraufbeschwört, dessen nächste und größte Folge, die Einigung von Gesammtdeutschland, er selbst wenige Monate vorher als unausbleiblich verkündet hatte.

Es waren weder Dummköpfe, noch Intriguanten im Style Rouher's, die in diesem Ministerium saßen, es waren Knaben, die eine Tollhauspolitik trieben, und nun schaudernd vor den natürlichen Konsequenzen dieser Politik zurücktreten müssen. Was haben sie aus Frankreich gemacht? Seine Heere sind geschlagen, sein Wohlstand gefährdet, der Feind im Lande und ein Säbelregiment im Innern, der Fluch der Menschheit ausgesprochen über das Land, das in sträflichem Leichtsinn sich von dieser Politik des Wahnsinns nicht loszusagen vermochte.

Die Geschichte wird dem Ministerium Ollivier den vollen Antheil der Verantwortlichkeit für seine Handlungsweise zusprechen. Größer noch ist die Verantwortlichkeit jener Persönlichkeiten, welche die Politik von Wahnsinnigen für ihre Zwecke zu verwerthen bemüht waren; größer aber ist auch ihre Strafe, denn der furchtbare Brand, den sie mit verbrecherischer Hand entzündet, verzehrt sie selbst, ihre Träume und Hoffnungen.

13. August 1870.

Wir haben unsere Leser mit den weiteren Enthüllungen über die französische Politik bekannt gemacht, welche Graf Bismarck dem Archiv des auswärtigen Amtes zu Berlin entnommen hat. Der Bundeskanzler ist in der Verfolgung des Feindes auf dem diplomatischen Kriegsschauplatze nicht weniger schnell und energisch als die deutschen Heerführer auf dem militärischen. So hat denn das auswärtige Amt auch bereits in einem Rundschreiben vom 10. August die neutralen Regierungen mit dem Inhalt jener beiden diplomatischen Aktenstücke bekannt gemacht, welche der unendlichen Schreiblust des Grafen Benedetti zu danken sind. Thatsächlich sind diese beiden Dokumente nur die offizielle Bestätigung der längst bekannten Thatsache, daß unmittelbar vor der Eröffnung des preußischen Landtags im August 1866 Frankreich die Abtretung des Saarbrückener Kohlenbeckens, so wie den Erwerb von Rheinbaiern und Rheinhessen forderte und diese Forderung mit einer gleichzeitigen Kriegsandrohung unterstützte, eine Drohung, die freilich als König Wilhelm von Preußen die Antwort gab: „Nicht einen deutschen Herd" nicht gleich ausgeführt wurde, zu deren Ausführung man aber sofort geschritten, als man sich nach „langjährigem Warten und sorgfältiger Vorbereitung" wie Herr Rouher sagte, hinlänglich gerüstet glaubte, um mit

Gewalt zu erzwingen, was anders nicht zu gewinnen war. Enthalten daher die neu veröffentlichten Dokumente keine positiv neuen Thatsachen, so ist ihr Inhalt doch ein weiterer höchst werthvoller Beitrag zu der Charakterisirung der napoleonischen Politik überhaupt, wie ganz besonders zur richtigen Beurtheilung der in den Noten des Herzogs von Gramont aufgestellten Behauptung, daß der Kaiser Napoleon jenen oft wiederholten Versuchen des Grafen Benedetti, für Frankreich etwas im Trüben zu fischen, durchaus ferne gestanden habe. Der jetzt publizirte Vertragsentwurf kommt direkt aus Vichy, dem damaligen Aufenthalt des Kaisers, an den Grafen Benedetti; die weiteren Entwürfe bezüglich Luxemburg und Belgien aber sollte der französische Botschafter aus eigenem Antriebe der Berliner Regierung unterbreitet haben?! Die Ritterlichkeit des Herrn Benedetti, welcher in seinem Briefe vom 29. Juli muthig für seinen Herrn in die Schranke trat und alle Schuld für sich in Anspruch nahm, genügt nicht, um die öffentliche Meinung in so gröblicher Weise täuschen zu können, und zu verhindern, daß sie ihr endgültiges Verdikt abgiebt über eine Politik, die in rücksichtslosester Konsequenz stets nur das eine Ziel, den widerrechtlichen Erwerb der Rheingrenze, verfolgt. Die Mittheilung dieser Dokumente wird die Wirkung vervollständigen, welche die früheren Enthüllungen, verbunden mit den großen militärischen Siegen der deutschen Armeen auf die Anschauungen der neutralen Staaten bereits ausgeübt haben, und eine Parteinahme für Frankreich dort verhindern, wo die größte Neigung zu derselben vorhanden ist, in Kopenhagen und Florenz.

15. August 1870.

Die Niederlagen auf dem Kriegsschauplatze, die diplomatischen Enthüllungen haben Stück für Stück dem französischen Kaiserreiche den Flittertand abgerissen, durch welchen es lange Jahre hindurch die Welt geblendet hatte. Die Heroenmaske des ersten Napoleon ist ihm vom Antlitz gerissen, zerfetzt der cäsarische Purpurmantel und selbst die lockige Allongenperrücke des XIV. Ludwig, in welcher Napoleon III. von Zeit zu Zeit vor unserer kleinmüthigen Welt seine Rollen zu spielen pflegte, liegt, ein Spielwerk der Winde, auf dem Boden. Der Bann, unter dem Europa so lange gestanden, ist gebrochen: der Abentheurer auf dem Throne, die Prinzipien, auf denen er seine Herrschaft begründet, die Männer, die ihm zur Seite gestanden, sie sind alle in ihrer ganzen Unwahrheit und ihrer sittlichen Verkommenheit erkannt: alle Bewunderung, die ihnen hier zu Theil geworden, alles Grauen, das sie dort erregt, ist verschwunden. Unser deutsches Volk hat den Zauberspruch gesprochen und voll ehrfürchtiger Dankbarkeit gegen Gott steht die Gesammtheit der civilisirten Völker mit uns, wie die Nebelgebilde des zweiten Kaiserreichs zu Boden sinken.

Aber die große Krisis, die wir in diesen Wochen durchleben, hat nicht blos die innere Hohlheit und Haltlosigkeit des zweiten Kaiserreichs

und seiner Träger bloßgelegt, sie hat auch die Mittel zu einer Werthschätzung des französischen Volkes gegeben. Nicht bloß Napoleon III. und seine Generale und Staatsmänner, das französische Volk selbst erscheint heute so klein, so dürftig, so jeder Gesittung entbehrend, daß wir nicht ohne Gefühl des Schmerzes diesen Anblick zu ertragen vermögen. Das tiefe Gerechtigkeitsgefühl, das den Deutschen auszeichnet und ihn auf Kosten der eigenen die Eigenschaften anderer Völker preisen läßt, hatte uns in vollem Maße die großen Züge im französischen Nationalcharakter, die geniale Anlage dieses Volkes und seinen warmen, leicht für große Ideen begeisterten Sinn erkennen und schätzen lassen; wir erfreuten uns an seinen Leistungen im Gebiete der Wissenschaft, der Kunst, der Literatur und waren gutmüthig genug, weil einmal von Frankreich aus die Ideen der Freiheit und Humanität zu uns gebracht worden waren, wirklich an die Richtigkeit der Phrase zu glauben, daß Frankreich an der Spitze der Civilisation marschire. Diese Jugendeselei machte uns keine Schande, weil sie eben hervorging aus unserer neidlosen Anerkennung alles Guten, wo wir ihm auch begegnen. Allein waren, Dank dem Kaiserreiche, in den letzten Jahrzehnten unsere Anschauungen bereits wesentlich andere geworden, so ist jetzt unter dem Eindruck der kolossalen Ereignisse, die wir staunend selbst erleben, dieser Nimbus vollständig geschwunden, und zwar geschwunden durch das Verhalten des französischen Volkes selbst, das mit einem wahrhaft grauenerregenden Eifer sich des letzten Restes von moralischer Würde zu entkleiden bemüht war.

Die Haltung der Bevölkerung Frankreichs vor dem Ausbruch des Krieges, als Deputirte und Presse, diese beiden vorzüglichsten Organe der öffentlichen Meinung, sich mit wenigen Ausnahmen nicht nur durch die von der Regierung aufgeführte erbärmliche Komödie der spanischen Thronfrage bethören ließen, sondern bereitwillige Mitspieler wurden, war beklagenswerth genug, wenn sie auch durch das Ueberwuchern der nationalen und überdies durch die Mitschuld von ganz Europa künstlich gepflegten Eitelkeit der Franzosen entschuldigt werden mag. Allein was nach dem Ausbruch des Krieges gegen Deutschland geschehen, ist nimmermehr zu entschuldigen und widerspricht allen civilisatorischen Fortschritten, welcher unser Jahrhundert sich rühmen durfte. Daß ein Volk das andere mit Krieg überzieht, ist eine beklagenswerthe, aber im innersten Zusammenhange mit der Natur der Menschheit stehende Erscheinung: wenn aber ein Volk, das ein Träger der Cultur zu sein sich rühmt, gegen seinen nicht minder civilisirten Nachbar die rohesten Horden aufruft und diese in jenen friedlichen Fluren als Räuber und Mordbrenner hausen heißt, wenn es sich im Voraus an den Gräuelscenen weidet, die jene Wilden verüben werden, so ist dies eine Bethätigung des eigenen bestialischen Sinnes, der nur von einer ganz äußerlichen Hyperkultur bedeckt worden war. Vollends aber die Maßregeln, welche jetzt in Frankreich gegen die friedlichen Deutschen verübt

werden, die unter dem Schutze des Friedens in das Nachbarland gekommen, dort durch ihre Bildung, ihren unermüdlichen Fleiß und ihre Redlichkeit ihren Unterhalt gefunden und ihren Heerd begründet haben, zeigen, wie vollkommen baar, jeder wahrhaft humanen Anschauung dies Volk ist, das unfähig, dem herausgeforderten Gegner siegreich in den Waffen entgegenzutreten, seinen Groll nun an den unbewaffneten und unschuldigen deutschen Bürgern ausläßt. Es ist keineswegs die französische Regierung, die allein für diese Ausweisung der Deutschen aus Frankreich verantwortlich zu machen ist; das Volk trägt den größeren Theil der Schuld, denn wenn dasselbe irgend welche gesunde Empfindung hegte, und wirklich die Humanität besäße, deren es sich in gleißenden Phrasen rühmt, es würde einen Schrei der Entrüstung über eine solche Maßregel ausstoßen, der auch einen Palikao an der Ausführung hemmen müßte.

Von einer solchen Entrüstung ist in Paris nichts zu bemerken: ohne irgend welches Widerstreben Seitens der „gesittetsten" Nation wird ein Akt der Barbarei zur Ausführung gebracht, der in unseren Zeiten des entwickelten Verkehrswesens unerhört zu nennen ist, und Tausende von deutschen Familien, die nichts gegen Frankreich verbrochen haben, dem Elende preisgiebt. Schon ziehen sie über unsere Grenzen, diese armen Flüchtlinge, welche im Glauben an die Civilisation der Franzosen jenseits des Rheins ihre bescheidene Arbeit redlich gethan haben, und nun plötzlich hinausgetrieben werden! Einen schärferen Gegensatz als zwischen dieser nichtswürdigen Maßregel und dem einfachen Worte des Königs von Preußen in seiner Proklamation, daß Deutschland nicht gegen die französischen Bürger, sondern nur gegen die französische Armee Krieg führe, ist nicht denkbar, und wenn irgend etwas den anderen Nationen zeigen konnte, daß es Deutschland ist, das nothgedrungen zu den Waffen gegriffen hat, um sein Land und seine Ehre, vor Allem aber die Gesittung und Cultur der ganzen Menschheit zu vertheidigen, so sind es diese Züge der aus Frankreich vertriebenen Arbeiter. Allein diese Maßregel ist ein zweischneidiges Schwert, dessen Spitze gegen Frankreich selbst ausschließlich gerichtet ist. Denn nicht bloß, daß dieses Verfahren das ohnehin so sehr erschütterte Ansehen der „großen Nation" vollständig vernichtet, dem eignen Nationalwohlstand Frankreichs schlägt es die härteste Wunde, die in langen Jahren auch nach der Wiederherstellung des Friedens nicht vernarben wird. Deutscher Fleiß und deutsche Redlichkeit hatten unseren Landsleuten in den Schulen, wie in den Comptoiren und Werkstätten eine geachtete Stellung erworben: Handel und Industrie ruhten vorzugsweise in deutschen Händen, und zahlreiches Kapital war im Besitze deutscher Häuser. Mit der Austreibung der Deutschen wird ihre Einsicht, ihre nachhaltige Arbeitskraft, ihr Geld den französischen Unternehmungen entzogen und dadurch das Gedeihen derselben für lange

Zeit ernstlich gefährdet. So hat auch hier Frankreich sich selbst eine der Niederlagen bereitet, an denen es zu Grunde gehen wird.

22. August 1870.

Vor einigen Tagen veröffentlichte der würtembergische Staatsanzeiger ein Telegramm, in welchem der russische Gesandte in Paris seinem Kollegen in Stuttgart über Wien mittheilen ließ, daß keine Ausweisungsverfügung in Paris getroffen und friedliche Deutsche, welche in Paris zu bleiben wünschten, dazu ermächtigt werden würden. In der That hatten die Gesandten der Vereinigten Staaten von Amerika und der schweizerischen Eidgenossenschaft, die Herren Washburn und Kern, welche die Interessen der Angehörigen des norddeutschen Bundes, Baierns und Badens vertreten, sowie der kaiserlich russische Geschäftsträger, Herr Okonneff, als interimistischer Vertreter der würtembergischen Interessen in Paris Vorstellungen gemacht und sollten in Folge dessen alle diejenigen Deutschen mit der Ausweisung verschont bleiben, welche sich in Frankreich ständig niedergelassen (établi) haben, oder sich über hinreichende Subsistenzmittel ausweisen können, oder der kaiserlichen Regierung durch bekannte Personen empfohlen werden. Es wäre indessen eine arge Täuschung, wollte man annehmen, daß die französische Regierung etwa durch diese den fremden Gesandten gegebenen Zusicherungen sich irgend wie gebunden erachtet hätte. Die Ausweisungen der Deutschen aus Frankreich geht ununterbrochen fort und zwar nicht blos in Paris selbst, sondern auch in den Provinzialstädten, und zwar wird diese barbarische Maßregel keineswegs bloß auf die bedürftigen und nicht etablirten Deutschen beschränkt, sondern mit wenigen Ausnahmen gleichmäßig auf Alle ausgedehnt, die Deutsche sind. Heißt es doch in dem Ausweisungsdekret, welches der Präfekt in Bordeaux an den nordamerikanischen Konsul daselbst gerichtet hat: „Ich habe die Ehre, Sie zu ersuchen, allen in Bordeaux wohnenden Preußen, sowie allen Unterthanen derjenigen deutschen Staaten, welche sich im Kriege mit Frankreich befinden, den Befehl zu unterbreiten, sofort abzureisen. Die belgische Grenze ist ihnen untersagt. Ich behalte es mir vor, über einige sehr beschränkte Ausnahmen zu entscheiden, welche Sie glauben sollten, mir vorschlagen zu dürfen. Bordeaux, 14. Aug. 1870.“ Einige sehr beschränkte Ausnahmen! Dieser Ausdruck läßt in der That nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig: doch wird er auch für den Zweifelsüchtigsten genügend durch die Thatsachen selbst illustrirt.

In allen Grenzorten der Schweiz und Belgiens treffen die Ausgewiesenen massenhaft ein: Aus Genf wird vom 16. d. berichtet: „Seit gestern Nacht hat die Ankunft von deutschen Ausgewiesenen aus Frankreich begonnen, vor der Hand mit jedem Zuge nur in kleineren Gruppen, meistens vom Arbeiter- und Kaufmannsstande ohne Familie. Die Bemittelten unter ihnen bleiben hier oder reisen auf eigene Kosten

weiter, die Unbemittelten bekommen von der Kantonsbehörde freie Schlafstätte, Fleisch, Gemüse, Brod und einen Schoppen Wein zur Nahrung, und zur Durchreise nach Basel, Waldshut, Schaffhausen und Romanshorn ein Eisenbahnfreibillet nebst zwei Franken baar für Zehrung unterwegs in der Schweiz. Wenn Frauen und Kinder kommen, haben sich die hiesigen deutschen Hülfskomité's verpflichtet, dieselben auf Kosten der hiesigen Deutschen in Privatwohnungen und Hotels ausruhen und erfrischen zu lassen. Von den bis jetzt Angekommenen erfährt man, daß Jedermann in Frankreich, der einen deutschen Accent hat, also auch die deutschen Schweizer und Oestreicher, wie einst die Juden mit dem „Hepp, Hepp", sich in der schlimmsten Lage befinden und sich, ohne geschlagen und insultirt zu werden, kaum in den Straßen, Cafès, Brasserien ꝛc. sehen und vernehmen lassen dürfen. Sonderbar ist auch der Umstand, daß noch vor 8 Tagen kein Deutscher aus Frankreich hinausreisen durfte, und daß diejenigen, welche an die Grenzstationen zur Weiterreise kamen, arretirt und 10 bis 12 Stunden weiter in's Innere in's Gefängniß geworfen wurden." Am 19. kamen hundert Würtemberger und Badenser in Karlsruhe an und massenhaft kehren die Flüchtlinge vor Allem über Köln in das Vaterland zurück. Sind doch, wie dem Frankf. Journ. aus glaubwürdiger Quelle berichtet wird, am 17. nicht weniger als dreitausend Personen deutscher Nationalität, zur großen Mehrheit den arbeitenden und unvermögenden Klassen angehörig, auf Befehl der Polizei mittelst Nordbahn an die Grenze geschafft worden, und war ein gleicher Transport für den 18. Abend angesagt. Die Lyon-Bahn hat am 17. 60 deutsche Familien nach der Schweiz befördert.

In solcher Weise gestattet die französische Regierung den „friedlichen Deutschen" den Aufenthalt in Frankreich! Dies Verfahren wird nie scharf genug verurtheilt werden können, da es schnurstracks Allem zuwider ist, was man von einer gesitteten Regierung erwarten durfte. Fast noch schlimmer und nichtswürdiger, als dieses barbarische Verhalten der französischen Regierung ist indessen das Benehmen des französischen Volkes, und zwar nicht blos in seinen niedrigsten Klassen, sondern auch in solchen, welche durch ihre Bildung darüber erhaben sein müßten, die Mißhandlung und Schädigung harmloser Fremden als eine Entschädigung für die Niederlage der französischen Armee anzusehen. Wie dem „Fr. J." mitgetheilt wird, fliehen französische Familien jeden Deutschen wie die Pest. Sogar deutsche Dienstboten werden verjagt. In den Fabriken, Werkstätten, Comptoirs, Bureaux, wie im Unterrichtsfach, wird kein Deutscher mehr geduldet und es besteht eine allgemeine Verschwörung, auch nach dem Frieden jedem Deutschen Arbeit, Anstellung und Umgang zu verweigern! Ueber die Thoren, die nicht wissen, daß sie durch den Ausschluß deutschen Geistes, deutschen Wissens, deutscher Redlichkeit, deutschen Fleißes die Degene-

ration der französischen Nation noch beschleunigen, und dadurch mehr noch wie durch die Erfolge der deutschen Waffen für Frankreich die Zukunft Spaniens heraufbeschwören werden! Indessen mag hier die furchtbare Enttäuschung über die Macht Frankreichs, die patriotische Verzweiflung über die Niederlagen als Entschuldigung gelten können. Aber vollkommen nichtswürdig ist es, wenn die Männer der Opposition im gesetzgebenden Körper nicht nur zu solchen Vorkommnissen schweigen, sondern dieselben noch ausdrücklich hervorrufen, indem sie die leidenschaftlich argwöhnische Erregung des Volkes zu steigern bemüht sind. Vor Allem ist es Herr Gambetta, gegenwärtig der Führer der Opposition in der Kammer, der sich nicht entblödet, die Verfolgung der Deutschen in Frankreich zu schüren, indem er sie u. A. auch als die Anstifter der in La Villette vorgekommenen Unruhen bezeichnet. Beweise vermag er nicht zu bringen, er begnügt sich mit der Behauptung: „jene Meuterer sind augenscheinlich die Agenten Preußens", wohl wissend, daß er dadurch dem unsinnigen Haß der Bevölkerung gegen unsere Landsleute und der Verfolgung derselben neuen Vorschub leisten werde, und nur getrieben von dem Bestreben, sich populär zu machen. Uns fehlen die Worte, die ein solches Verfahren nach Gebühr brandmarkten. Wohl aber dürfen wir aus diesen Vorgängen die eine Folgerung ziehen, daß es unmöglich ist, mit Frankreich anders als nach der vollständigen Zerschmetterung der Nation zu unterhandeln. Man sage uns nicht: das Kaiserreich allein hat diesen über alle Begriffe grauenvoll blutigen Krieg heraufbeschworen; in der Frivolität und Unsittlichkeit des Volkes ist die alleinige Ursache des namenlosen Unheils zu sehen, das über beide Völker hereingebrochen und nur nach seinem Sturz wird das deutsche Volk dem französischen die Hand reichen können.

Die oppositionellen Parteien Frankreichs sind nicht um ein Haarbreit anders als die Regierung: überall tritt dieselbe Anmaßung, dieselbe Roheit, dieselbe Frivolität, derselbe Haß gegen deutsches Wesen und deutsche Sitte zu Tage; jede deutscher Seits bewiesene Großmuth würde dort als Schwäche gedeutet werden und nur dazu dienen, den Racheplänen Vorschub zu leisten. Wenn, wie jetzt wohl mit Sicherheit zu erwarten ist, der Ausgang der kriegerischen Operationen ein unsern Waffen günstiger ist, so werden die deutschen Staatsmänner mit derselben Entschlossenheit wie unsere Heerführer dahin streben müssen, daß ein wirklich gesunder Friede zu Stande kommt, ohne jedwede falsche Schonung des französischen Volkes, das nicht weniger strafwürdig ist als Napoleon III. selbst.

24. August 1870.

Die „Times" vom 21. August meldet: Auf eine Anfrage des französischen Kaisers bedauerte die Königin von England ihre Unfähigkeit, zu vermitteln, weil ein Vermittlungsvorschlag vom Kabinet aus-

gehen müsse, dieses aber den Zeitpunkt noch nicht für gekommen erachte. Nun hat allerdings der „Constitutionnel“ gestern dieser Nachricht ein entschiedenes Dementi ertheilt, allein, abgesehen von dem Umstand, daß die Angaben der französischen Presse augenblicklich nur sehr geringe Glaubwürdigkeit verdienen und trotz dieser Ableugnung daher sehr wohl ein solcher Wunsch Seitens der gegenwärtigen französischen Machthaber ausgesprochen worden sein könnte, so machen andere Vorkommnisse es durchaus wahrscheinlich, daß, wenn nicht schon gestern, so doch morgen oder übermorgen die neutralen Mächte mit Vermittlungsversuchen herantreten werden. Daß die Absicht dazu vorhanden ist, hat der italienische Minister Visconti Venosta Ende der vorigen Woche ganz unumwunden gesagt, als er erklärte, „Italien habe eine Uebereinstimmung zwischen den neutralen Staaten angebahnt, um die Dauer des Krieges abzukürzen und das europäische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten.“ Aehnlich, wenn auch weniger offiziell haben sich Organe der östreichischen und englischen Regierung ausgesprochen. Nun erklärt die „Times“, das englische Kabinet halte den Zeitpunkt noch nicht für gekommen, allein die großartige Schnelligkeit, mit welcher das Drama auf dem Kriegsschauplatze sich entwickelt, wird voraussichtlich den Diplomaten nur eine kurze Frist für den Beginn ihrer Thätigkeit lassen, so daß wohl schon heute die Frage aufgeworfen werden kann, wie sich Deutschland dieser diplomatischen Intervention gegenüber zu verhalten haben wird. Die Antwort hierauf ist nicht schwer zu geben: Deutschland wird jede Vermittlung, sie komme von welcher Seite sie wolle, zurückzuweisen haben, so lange ihm nicht die vollsten Garantien gegeben werden für das Zustandekommen eines ehrlichen, unseren berechtigten Forderungen entsprechenden und die Konsolidirung der europäischen Verhältnisse verbürgenden Friedens. Wie die Detailbestimmungen dieses Friedens beschaffen sein sollen, bleibe zunächst außerhalb unserer Erörterung; worauf es jetzt ankommt, ist, daß den neutralen Mächten volle Klarheit darüber rechtzeitig gegeben werde, wie Deutschland fest entschlossen ist, so große und so schmerzliche Opfer ihm der Krieg auch auferlegt, das Schwert nicht eher aus der Hand zu legen, als bis der Uebermuth Frankreichs — des Volkes wie der Regierung — gründlich gebrochen, und dieser Staat, der seit Jahrhunderten die Ruhe Europa's gefährdet hat, in die Unmöglichkeit versetzt ist, nach wenigen Jahren etwa wieder den Frieden so frevelhaft zu stören, wie heute.

Deutschland ist, wie neulich sehr richtig die „Köln. Z.“ bemerkte, nicht in der Lage, alle paar Jahre einen Volkskrieg führen zu können; es muß daher jetzt die Vorkehrungen treffen, welche unsern Kindern und Enkelkindern die Sicherheit geben, daß aus den mit edelstem deutschen Blut so reich gedüngten Schlachtfeldern ein dauernder Friede erwachse; es wird diese Vorkehrungen treffen, sei es gegen Frankreich allein, sei es auch gegen die neutralen Mächte. Wie diese zu Anfang

des Krieges mit wenigen Ausnahmen eine für Deutschland wenig freundliche Haltung beobachteten, so scheinen sie auch jetzt nicht übel geneigt, die Früchte unserer so theuer erkauften Siege uns zu verkümmern. Während die italienische Regierung in ihrem Parlamente von der Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts sprach — im Munde jener Staatsmänner eine geradezu lächerliche Phrase — trug das englische Ministerium noch vor Kurzem Scheu vor einer erheblichen Machtsteigerung des einen oder andern der beiden kriegführenden Theile, und in Wien sprach man schon geradezu aus, daß der gegenwärtige Krieg, auf welche Seite sich auch der Sieg neigen möge, keinem Theile einen Gebietszuwachs bringen dürfe, und versicherte, daß, wie die andern Mächte, so auch Rußland für dieselbe Anschauung gewonnen sei. Wenn die Vermittlungsversuche der neutralen Mächte von diesen Grundsätzen ausgehen sollten, so thäten sie besser, ihre Diplomatie nicht zu inkommodiren, und sie ebenso wie vor Ausbruch des Krieges, wo eine entschiedene Haltung vielleicht das französische Kabinet noch hätte zur Besinnung bringen und Europa, das kostbarste Gut, den Frieden, hätte erhalten können, am häuslichen Herde zu lassen. Auf solche Basis hin wird und kann Deutschland nicht in Unterhandlungen eintreten, ohne zum Verräther an sich selbst zu werden, und in klaren, nicht mißzuverstehenden Worten haben der preußische Staatsanzeiger und sämmtliche der Berliner Regierung nahe stehende Blätter, haben namentlich auch alle Organe der politischen Parteien in Deutschland sich ausgesprochen. „Nicht vergebens soll dieser Krieg geführt worden sein“ — diese Worte des amtlichen preußischen Blattes haben nicht nur innerhalb Deutschlands ein lautes Echo gefunden, sie werden, wollen wir hoffen, auch in London, Wien und Petersburg verstanden worden sein, und den Staatsmännern dort laut und vernehmlich gesagt haben, daß Deutschland, wie es den Krieg allein geführt hat, auch allein über die Friedensbedingungen entscheiden wird.

Wie in Deutschland, so ist übrigens auch in Frankreich die Stimmung zur Zeit noch dem Gedanken an eine diplomatische Vermittelung wenig geneigt. Dank dem Größenwahnsinn, der die Geister in Frankreich noch immer blendet, Dank den Illusionen, die sie sich über ihre Vertheidigungsmittel machen, Dank namentlich auch dem Lügensystem, durch welches das Ministerium Palikao die Bevölkerung in optimistischen Täuschungen zu erhalten sucht, will man in Paris nichts von Verhandlungen wissen, so lange der Feind auf französischem Boden steht. Ein Pariser Blatt „Le peuple francais“ läßt sich sogar zu folgenden Auslassungen hinreißen:

„Ein Ministerium, das an Friedensverhandlungen dächte, so lange die Preußen noch nicht von französischem Gebiete verjagt sind, würde öffentlich gebrandmarkt und in Anklagestand versetzt werden. Das Kabinet Palikao ist vor Verdacht solcher Art gesichert. Wir gehen aber noch weiter als Herr Buffet und dessen Freunde, wir erklären nicht bloß, daß Frankreich mit den

Eindringlingen nicht verhandeln wird, sondern noch mehr, daß es nur als Sieger verhandeln und den Frieden nur in Deutschland unterzeichnen kann. Nachdem der Preuße vertrieben, muß er verfolgt, klein gemacht und zu Entschädigungen für die Vergangenheit, zu Bürgschaften für die Zukunft gezwungen werden. Wie? Unsere Festungen Straßburg, Metz, Pfalzburg, Thionville sollten den Feind vor ihren Mauern gesehen haben und wir sollten den Besuch nicht in Mainz erwiedern, dieser preußischen Frechheit, die ein französisches Thal beherrscht? Der König von Preußen sollte sich erlaubt haben, dem Elsaß und Lothringen Gouverneurs ernannt zu haben, und wir sollten nicht hingehen und unsere Präfekten in Aachen und Koblenz einsetzen? Die entscheidende Schlacht wird nicht bei Chalons, sondern zwischen Rhein und Spree geschlagen, dort wird die französische Nation den Frieden, den glorreichen Frieden suchen, der uns das Centrum der Gravitation Europas zurückgeben wird, das einen Augenblick zu Gunsten der eroberungslustigen Barbaren abgeirrt hat."

Wir überschätzen die Bedeutung solcher Fieberphantasieen nicht, jedenfalls aber dürfen sie uns als eine ernste Mahnung an die unausbleiblichen Folgen einer unzeitigen Großmuth gelten und in den Berathungen der neutralen Mächte wird man ihnen ebenfalls als eine Warnung vor ungesunden Vermittlungsversuchen Beachtung schenken.

In Paris fährt man fort, die Vorgänge zu verschweigen: Graf Palikao scheint abwechselnd gute oder keine Nachrichten zu erhalten, ganz nach Belieben. Im gesetzgebenden Körper aber empfindet man allmälig das Unwürdige einer solchen Behandlung seitens der Regierung, und einige Symptome sprechen dafür, daß die Krisis in der französischen Hauptstadt nicht lange mehr auf sich warten lassen wird. Nach einigen Zeitungsberichten, deren Authentizität freilich dahingestellt bleiben mag, scheint eine provisorische Regierung, in welcher sich Thiers und Trochu befinden würden, nicht unmöglich. Ersterer soll bereits auch in ernstlichen Verhandlungen mit den Orleans stehen.

Für Deutschland würde eine solche Katastrophe von untergeordneter Bedeutung sein: ob Kaiserreich, Republik oder orleanistisches Königthum — die völlige Sicherstellung Deutschlands gegen jede Bedrohung seitens Frankreichs ist das einzige Ziel, welches wir zu verfolgen haben und mit Gott erreichen werden.

25. August 1870.

„Die Zerstückelung Frankreichs!" Haben wohl vor sechs Wochen die Herren Gramont und Ollivier, als sie mit dem bekannten leichten Herzen, mit leerem Kopfe und großem Munde in der Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern eine tödtliche Beleidigung für Frankreich sehen zu müssen glaubten, eine dunkle Ahnung davon gehabt, welche Folgen ihr Wahnsinn für ihr Land haben könnte? Folgen, die sich in Wirklichkeit so groß herausgestellt haben, daß die Frage der Zerstückelung Frankreichs allen Ernstes aufgeworfen wird. Und zwar wird sie nicht etwa nur in deutschen Zeitungen erörtert, welche vielleicht im

Stolz auf die errungenen Erfolge selbst Unmögliches fordern könnten, nein, die angesehensten Blätter des Auslandes, die amtlichen Organe, die neutralen Regierungen selbst sind in der Lage, sich mit einem Problem befassen zu müssen, das aller Diplomatenweisheit zum Trotz mit einem Male mächtig und unabweislich in den Vordergrund tritt. Die Zerstückelung Frankreichs bedeutet zunächst freilich nichts anderes als die Loslösung der deutschredenden Theile von dem französischen Staate; leicht möglich indessen, daß, wenn einmal das Messer angesetzt ist, auch andere Theile Frankreichs von den Nachbarstaaten, wie die Schweiz und Italien beansprucht werden dürften, welche sehr bestimmte Ansprüche auf Chablais und Faucsigny, wie auf Nizza machen können. In erster Linie stehen indessen selbstverständlich nur die deutschredenden Theile, Elsaß und Lothringen, in Rede und es wird sich fragen, wie die neutralen Mächte sich der Idee der Loslösung derselben gegenüber verhalten und vor Allem, wie sie die Verbindung derselben mit Deutschland ansehen werden. Nach der gestern mitgetheilten Auslassung des „Journ. de St. Petersbourg“ wünscht Rußland eine solche Zerstückelung Frankreichs nicht, doch sei ein Einverständniß mit England, sie nicht zu dulden, nicht hergestellt. In englischen maßgebenden Kreisen dagegen ist in letzterer Zeit dem Vernehmen nach vielfach diese Loslösung von Elsaß und Lothringen, aber auch ihre Vereinigung zu einem neutralen Staat in das Auge gefaßt worden: Seitens Italiens und Oestreichs liegen irgendwelche glaubwürdige Angaben über ihre Beurtheilung dieser Frage nicht vor. Die Anschauungen der letztgenannten Staaten sind auch von geringerer Bedeutung, als die der beiden ersterwähnten Mächte, da sie nicht in der Lage sind, eine selbständige Haltung in dieser Angelegenheit einnehmen zu können. Was England und Rußland betrifft, so ist bis jetzt dort augenscheinlich die Neigung nicht groß, Deutschland in den Besitz seiner „natürlichen Grenzen“ treten zu lassen. Bei dem Beginn des Krieges freilich konnten weder englische, noch russische Staatsmänner verkennen, daß das Ziel der französischen Kriegspolitik der Erwerb der deutschen Rheinprovinzen sei: die französische Presse hatte das laut genug verkündet.

Statt von vornherein gegen diese Pläne aufzutreten und den Krieg zu hintertreiben, der das Mittel zur Ausführung derselben sein sollte, hüllten sich jene Mächte in eine durchaus passive Neutralität. Heute, wo voraussichtlich die kriegerische Entscheidung zu unsern Gunsten ausfällt, glauben sie gegen Deutschland auftreten, uns die Früchte des Sieges rauben, oder Deutschland doch wenigstens mit einem Schatten, mit der Neutralisirung der deutschen Theile Frankreichs abfinden zu können! Wir haben schon hervorgehoben, daß Deutschland darin nicht willigen kann und nicht willigen wird.

Wie aus Wien gemeldet wird, galt es dort als authentisch, daß am 24. England und Italien in dem Hauptquartier des

Königs von Preußen Friedensvorschläge machen würden. In wie ferne dies richtig, lassen wir dahingestellt, davon aber sind wir überzeugt, daß wenn die oben angedeutete Basis jenen Vorschlägen zu Grunde liegen sollte, eine Berücksichtigung derselben im preußischen Hauptquartier nicht zu erwarten ist. Daß gerade England und Italien diese Vermittlung übernommen haben sollen, ist aus dem Umstand zu erklären, daß diese beiden Staaten, wie aus den Erklärungen Visconti Venosta's hervorging, eine Art Neutralitätsliga gebildet haben, welche sie zu gemeinsamem Handeln verpflichtet; eine Liga, der Oestreich, nach den neuesten Nachrichten, nicht beigetreten zu sein scheint. Auch die Anwesenheit des Prinzen Napoleon in Florenz ist mit diesem Vermittlungsversuch, was die Betheiligung Italiens an demselben betrifft, in Zusammenhang zu bringen, da er eine formelle Mission in dieser Beziehung gehabt zu haben scheint.

Die Vermittlungsrolle Englands wird übrigens durch die jüngsten Mittheilungen des Grafen Palikao im gesetzgebenden Körper in bezeichnendster Weise charakterisirt. Während England die Vermittlung übernimmt, verkauft es Frankreich Tausende von Gewehren für das sogenannte Volksheer, welches zur Bekämpfung der Deutschen bestimmt ist. Von solchen Vermittlern wird man wohl auf dem Schlachtfelde um Metz nichts wissen wollen!

27. August 1870.

Durch ihr Lügensystem konnte es der französischen Regierung gelingen, auf kurze Zeit die Bevölkerung von Paris über die wirkliche Lage der Dinge zu täuschen; allein Erfolge, wie sie von den deutschen Armeen vor Metz erzielt worden sind, lassen sich trotz der optimistischen Darstellung der französischen Blätter und der sorgfältigen Ausschließung aller wahrheitsgetreuen, von auswärts kommenden Nachrichten nicht unterdrücken. Wenn nicht auf anderem Wege, so mußte die Bevölkerung der Hauptstadt von der Sachlage durch die Maßnahmen Kenntniß erhalten, welche die Regierung zur Vertheidigung des Landes und der Hauptstadt anzuordnen genöthigt ist. Die Verordnung des Generals Trochu, durch welche alle diejenigen aus Paris vertrieben werden sollen, welche keine Subsistenzmittel nachweisen können oder der Regierung irgend wie verdächtig erscheinen, mußte schließlich auch dem Blindesten die Augen öffnen und ihn erkennen lassen, daß die Belagerung der Hauptstadt vor der Thür steht. Wie diese Erkenntniß auf die Masse der Bevölkerung gewirkt haben mag, darüber liegen zur Zeit noch keine Mittheilungen vor, auch scheint der Zeitpunkt noch nicht gekommen, in welchem der wirkliche Eindruck sich in der Haltung der Bevölkerung abspiegeln könnte. Augenblicklich steht Paris unter dem Druck eines Terrorismus, der, wie er vorher sich in der Ausweisung der Deutschen, dann in der Spionenriecherei geltend machte, seinen Ausdruck jetzt in dem Streben nach einer Vertheidigung der

Hauptstadt um jeden Preis findet. Wir haben gleich nach dem Ausbruch des Krieges die damalige Politik der kaiserlichen Regierung uns nur als Größenwahnsinn erklären können: was wir heute in Paris und vorzugsweise in den Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers erleben, zeigt, daß dieser Wahnsinn keineswegs eine dem Kaiserreich allein eigne Krankheit, sondern das ganze Land, oder doch wenigstens seine Vertreter und Wortführer in der Kammer und in der Presse ergriffen hat. Müßten die französischen Zustände nach den Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers oder nach den Diatriben der Presse beurtheilt werden, so sind sie allerdings in höherem Grade ungesund, als wir dies für möglich gehalten. Denn so viel tönende Phrasen hier auch laut, so viele Vorschläge auch zur Rettung des Vaterlandes gemacht werden mögen — nirgendwo tritt uns ein Zug eines wahrhaft gesunden Patriotismus entgegen, nirgendwo wirkliche Aufopferung des Einzelnen für das große Ganze, nirgendwo eine Spur jener klaren Selbsterkenntniß, aus der allein die Kraft zur Bewältigung so großer Unglücksfälle geschöpft werden kann, wie sie Frankreich in diesem einen Monat betroffen. Im Gegentheil, nicht die Regierung allein, auch ihre Gegner halten mit verhängnißvoller Zähigkeit fest an den Illusionen, welche das Unglück über Frankreich heraufbeschworen haben und jagen nach wie vor der Verwirklichung von Phantasmagorieen nach mit der Hartnäckigkeit des Wahnsinns. Solche Phantasmagorieen sind die Schaffung eines Volksheeres und die Umwandlung der üppigen Hauptstadt Frankreichs in eine Festung, welche dem Eindringen des siegreichen Gegners Halt gebieten soll. Weniger noch, wie andere Heere, lassen sich Volksheere aus der Erde stampfen; um ein Volk in Waffen zu schaffen, wie es Deutschland in den Jahren 1813, 14 und 15 dem fremden Eroberer entgegenstellte, bedurfte es der die ganze sittliche Kraft unseres Volks läuternden Prüfungsjahre von 1806 bis 1812. Heute die gesammte männliche Bevölkerung Frankreichs vom 25. bis 40. Jahre unter die Waffen rufen, heißt nichts anderes, als die furchtbaren Verluste ins Unabsehbare vermehren, welche dieser Krieg Frankreich schon gebracht hat; jene ungeübte oder der Waffenübung entwöhnte Mannschaft ist, nach der Terminologie Napoleons I., nichts als „Kanonenfutter". Indem die Vertreter des französischen Volkes dem deutschen Heere ein französisches Volksheer entgegenstellen wollen, und zu diesem Behufe an die Leidenschaften der großen Masse appelliren, vermögen sie nicht dem Vordringen unserer siegreichen Truppen Einhalt zu gebieten, wohl aber entkleiden sie diesen Krieg auch der letzten Spur einer gesetzlichen Regelung, welche die Kriegführung gebildeter Völker von der Kriegführung der Barbaren unterscheidet.

Aus einem durch gewisse Schranken geregelten Duell machen sie einen Racenkampf, in welchem schließlich beide Theile mit grausamer Hintansetzung aller Humanität vorgehen. Wenn die von den Pariser

Machthabern aufgebotene Bevölkerung in der That den Ermahnungen Folge leistet, welche eine wahnsinnige Presse und verblendete Deputirte an sie richten und in hinterlistiger Weise den Feind anfällt, so sind Repressalien der furchtbarsten Art unvermeidlich. Der gesunde Sinn des französischen Volkes läßt indessen erwarten, daß es zu solchen Verirrungen sich nicht hinreißen lassen wird; wenn auch die Absetzung verständiger, gemäßigter Beamten dekretirt wird, aus keinem andern Grunde, als weil sie die ihrer Verwaltung unterstehenden Kreise zu einem maßvollen Verhalten dem Feinde gegenüber, aufgefordert haben, so ist doch zu hoffen, daß dieses terroristische Verfahren die richtig urtheilenden französischen Behörden nicht abhalten wird, durch ihr Beispiel dahin zu wirken, daß der Krieg seines sittlichen Charakters nicht ganz beraubt werde.

Das Seitenstück zu diesem wahnsinnigen Bestreben der Pariser Machthaber, nicht einen Volkskampf, sondern einen Racenkampf heraufzubeschwören, der nur mit der totalen Vernichtung des einen oder andern der beiden Gegner endigen könne, bildet die Idee einer Vertheidigung von Paris, welcher schon jetzt die furchtbarsten, das Interesse des eigenen Landes am härtesten schädigenden Opfer durch die beabsichtigte Ausweisung der Mittellosen gebracht werden sollen. So stark die Befestigung von Paris ist, so werthvoll sie namentlich für den Fall ist, daß ein starkes Heer in der Anlehnung an diese Befestigung dem Feinde entgegentreten kann, eben so unsinnig ist vom militärischen Standpunkt aus der Gedanke, eine Stadt von fast 2 Millionen Einwohnern mit einer Besatzung vertheidigen zu wollen, die weit über 100,000 Mann stark sein muß. Aber nicht blos vom militärischen Standpunkt aus ist ein solcher Plan verwerflich, er ist es noch ungleich mehr vom Standpunkte der Gesittung und der Kultur. Wir nehmen keinen Anstand, es für ein Verbrechen an der Menschheit zu erklären, wenn eine Stadt, welche, wie Paris, ein Sammelpunkt für die kostbarsten Produkte der menschlichen Thätigkeit seit Jahrhunderten ist, der vernichtenden Wirkung einer Belagerung preisgegeben wird. Daß Paris eine Befestigung erhielt, war die beklagenswerthe Folge einer Politik, welche durch ihre rücksichtslos zentralisirenden Tendenzen den verderblichen Irrthum erzeugte, daß die Hauptstadt die Herrin des Landes sei, und in dieser die Schicksale der Nation entschieden würden. Diese Politik rächt sich jetzt an Frankreich in der furchtbarsten Weise, indem sie auch die besten unter den französischen Politikern mit der Verblendung schlägt, daß für die Erhaltung der Hauptstadt Alles in die Schanze geschlagen werden müsse, und in dieser Beziehung einen Terrorismus hervorruft, der den französischen Staat nur vollends vernichten kann.

Vom 1. September bis 8. September 1870.

Schlacht bei Sédan. — Sturz des dritten Kaiserreichs. — Proklamirung der Republik in Paris.

3. Sept. 1870.

Die Armee Mac Mahons hat kapitulirt! Napoleon selbst ist gefangen! Ueberall, wo deutsche Herzen schlagen, wird diese wahrhaft überwältigende Nachricht ein jubelndes Echo finden, werden Millionen und aber Millionen Deutsche die Knie ehrfürchtig vor dem Herrn beugen, der die Waffen unseres Volkes so gesegnet hat, daß sie in der kurzen Frist von kaum fünf Wochen den übermüthigen Gegner, der Deutschlands Ehre und Unabhängigkeit vernichten wollte, vollständig in den Staub werfen und zerschmettern durften. Einen gleich glänzenden Moment wie die Kapitulation der französischen Armee in Sedan und die Gefangennahme Napoleons kennt die deutsche Geschichte seit jener Schlacht von Pavia nicht, in welcher Kaiser Karl V. den König Franz I. von Frankreich gefangen nahm, und wohl dürfen wir, darf Alles, was Deutsch empfindet, stolz sein auf das, was uns heute vergönnt ist, selbst zu erleben. Mächtig und überwältigend groß hat sich unser Vaterland nach langen Jahren des Leidens und der Kränkung offenbart, und, getragen und gestählt von dem Geiste wahrer Kultur und höchster Sittlichkeit, die Feinde niedergeworfen, die glaubten, sich seiner Wiedergeburt entgegenstellen, seine Zukunft vernichten zu dürfen. Hoch wehen die deutschen Fahnen, mit ihnen ist Gott, dessen unendliche Gerechtigkeit unserem Volke gestattet hat, in vollem Maße den Feind zu demüthigen, unter dessen freventlicher Herrschaft unser Vaterland Jahrhunderte lang gelitten. Dem deutschen Volke, dem deutschen Geiste gehört die Zukunft, eine Zukunft des Friedens und des reichsten Segens auf allen Gebieten, die der ernste Sinn unseres Volkes, sein Fleiß, sein Forschungsgeist, seine tiefe Empfindung für alles Hohe und Erhabene, für ächte Menschlichkeit ihm erschlossen hat!

5. September 1870.

Die Kapitulation Mac Mahons von Sedan und die, wie es scheint, äußerst kräftige Zurückweisung der Ausfallsversuche Bazaine's aus Metz haben die militärische Situation ungemein vereinfacht. Zwar hat die Armee des Letzteren die Waffen noch nicht gestreckt, allein es kann seit der Schlacht von Noisseville kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß das Loos der Mac Mahon'schen Armee auch der Armee Bazaine's beschieden ist; es handelt sich, seit dem so klarer Weise gezeigt worden, daß die vor Metz aufgestellten deutschen Truppen genügen, den Gegner in der Festung zu halten, nur noch um Tage, und die nach Berichten der Gefangenen in der Festung herrschenden Zustände lassen annehmen, daß die Zahl dieser Tage eine sehr geringe sein wird. In militärischer Beziehung ist daher die Situation so

gestaltet, daß dem Vordringen unserer Heere nach Paris kein Hinderniß mehr im Wege liegt. Das französische Ministerium weiß allerdings von einer neuen Armee vor den Thoren von Paris, von einer Armee an der Loire zu berichten, von Millionen von Soldaten, welche Frankreich vertheidigen würden und Aehnliches mehr. Es ist indessen kaum der Mühe werth, diesen Prahlereien eine ernste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Niemand kann mehr als wir von dem Reichthum Frankreichs an militärischem Material überzeugt sein: allein dieser Reichthum ist theils bereits in einer unerhörten Weise vergeudet worden, theils fehlt es an Anstalten, um die noch vorhandenen Kräfte zu verwerthen: es fehlt an Waffen — ist doch schon die Rede davon, die Truppen mit Gewehren aus dem Jahre 1822 zu bewaffnen! — es fehlt vor Allem aber heute an der Mannschaft, welche fähig und geneigt ist, einem Volksheere wie das unsrige ist, entgegenzutreten. Die Bedeutung der Mobilgarde und die der Nationalgarde ist für die Bildung eines künftigen Volksheeres nicht zu unterschätzen, allein die Ausbildung eines solchen erfordert die Jahre lang unausgesetzte und beharrliche Thätigkeit eines in durchaus ungestörten Verhältnissen sich bewegenden Staates; sie erfordert nicht allein die Tüchtigkeit eines Offizier- und Unteroffizierstandes, wie ihn die deutsche Armee besitzt, um die militärische Tüchtigkeit der Truppen vorzubereiten, sie erfordert zumal die Tüchtigkeit unseres Lehrstandes um dem einzelnen Soldaten den Bildungsgrad zu geben, der dem deutschen Krieger eigen ist, und der nicht am wenigsten zu den über alles Ahnen glänzenden Erfolgen dieses Krieges beigetragen hat. Mag — was uns höchst zweifelhaft erscheint — die französische Regierung im Stande sein, neue Armeen zu bilden, die unvergleichliche militärische Tüchtigkeit der deutschen Truppenkörper, die körperliche und geistige Tüchtigkeit der einzelnen Soldaten, sie läßt sich nicht „in einigen Tagen“ schaffen, sie kann gerade für Frankreich, dessen Volksbildung auf einem höchst untergeordneten Niveau steht, nur das Resultat einer unendlich langen Arbeit sein. Die Heere, die man französischer Seits jetzt neu aufzustellen gedenkt, sind nichts anderes als Kanonenfutter, unfähig, dem siegreichen Feinde Widerstand zu leisten.

Selbst die in Aussicht gestellte rücksichtslose Vertheidigung von Paris ist kaum als ein ernstliches Hinderniß für die Vollendung unserer militärischen Aktion anzusehen. Abgesehen von der Schwierigkeit einer Vertheidigung der französischen Hauptstadt für längere Zeit, so ist die große Mehrzahl der Bevölkerung sehr wenig geneigt, aus ihrem Körper einen Wall gegen den anstürmenden Feind zu bilden; nach unserem Dafürhalten wird, sobald ernstliche Anstalten zur Belagerung der Hauptstadt getroffen werden, das dringende Verlangen nach einer friedlichen Verständigung trotz aller schalen Prahlereien der Pariser Presse, welche die Pariser Bürgerschaft augenscheinlich terrorisirt, sich in unwiderstehlicher Weise geltend machen. In militärischer Be-

ziehung hat sich daher, wir wiederholen es, die Situation ungemein vereinfacht.

Dasselbe läßt sich nicht von der politischen Situation sagen; diese ist in Folge der Katastrophe von Sedan durch das mit zwingender Nothwendigkeit sich aufdrängende Dilemma komplicirt worden: ist die Gefangennahme des Kaisers Napoleon gleichbedeutend mit dem Zusammensturz des Kaiserreichs oder verschwindet, wie es in erblichen Monarchien der Fall sein würde, nur der einstweilige Träger der Krone, während die Dynastie selbst aufrecht erhalten und im ungestörten Besitz ihrer Privilegien, namentlich des Rechtes Frieden zu schließen, verbleibt?

Der Kaiser ist bei seiner Gefangennahme unzweifelhaft von letzterer Voraussetzung ausgegangen, da er ausdrücklich erklärt, alles der Regentschaft in Paris überlassen zu wollen. Es ist anzunehmen, daß gerade das dynastische Interesse ihn wesentlich veranlaßt hat, seinen Degen dem König Wilhelm „zu Füßen zu legen" statt ihn beim Uebertritt über die belgische Grenze einem Belgischen Offizier zu überreichen und sich dadurch die Freiheit zu erhalten. Denn während ein solches Verhalten nicht frei von einem gewissen lächerlichen Anstrich gewesen sein würde, erhält seine Gefangenschaft durch die gleichzeitige Niederlage und Waffenstreckung seiner Armee einen tragischen Charakter, der am Ende nicht verfehlen könnte, einen gewissen Einfluß auf die Gemüther in Frankreich selbst auszuüben. Ein Herrscher in Kriegsgefangenschaft steht schließlich doch in näheren Beziehungen zur Nation, als ein Herrscher, der das gemüthliche Leben eines Privatmannes in England oder wo es ihm sonst beliebt, führt. Daneben aber, und auch dieser Moment dürfte von großem Gewicht für die Entschließung des Kaisers gewesen sein, hat Napoleon, wohl bekannt mit dem ritterlichen Charakter seines Ueberwinders, es vorgezogen, sich ihm zu ergeben, in der Hoffnung, er werde dadurch für seine Dynastie am besten sorgen. Daß diese Hoffnung sich als irrige erweisen wird, daß die Politik des Berliner Cabinets nur das Interesse Deutschlands bei dem Friedensschluß verfolgen, sich aber von jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs fern halten wird, ist selbstverständlich. Auch diese Enttäuschung wird dem Kaiser nicht erspart bleiben.

Wie aber gestalten sich inzwischen die Verhältnisse in Frankreich oder vielmehr zunächst in Paris? Schon sind im Gesetzgebenden Körper Stimmen laut geworden, welche die Beseitigung der kaiserlichen Dynastie fordern, und einem so eben uns zugegangenen Telegramm zufolge, hat sich bereits eine provisorische Regierung, aus den entschiedensten Republikanern bestehend, gebildet.

Das Telegramm, welches nur die Thatsache meldet, läßt viele Lücken unausgefüllt, und zunächst schon die Frage unbeantwortet, wie ist diese provisorische Regierung, welche in ihrer Zusammensetzung nur einen Kompromiß der gemäßigten Republikaner (Favre) mit den So-

cialisten (Rochefort) erkennen läßt, entstanden? Haben wir es hier mit einer aus dem gesetzgebenden Körper hervorgegangenen Regierung zu thun, — was kaum glaublich — oder hat sie sich aus eigenem Antriebe konstituirt? Ist das Ministerium Palikao und die Regentschaft freiwillig zurückgetreten oder sind sie durch eine Revolution gestürzt worden? Oder endlich hofft die Parteiregierung, gestützt auf die unter Trochu's Befehl stehenden Nationalgarden, ihre Herrschaft gewaltsam einsetzen zu können? Es ist natürlich unmöglich, sich diese Fragen zu beantworten. Nach unseren Anschauungen haben wir es indessen hier mit einem Pronunciamento der republikanischen Partei zu thun, durch welches die kaiserliche Regierung überrascht werden sollte, und gegen welches Palikao vielleicht zu spät seine Maßregeln ergriffen, welches er vielleicht aber auch bis zur vollen Entwickelung gelangen ließ, um mit einem Schlage die Gegner des Kaiserreichs in seine Gewalt zu bekommen, und einen Staatsstreich im Großen zu wiederholen. Die nächsten Tage, die nächsten Stunden schon werden uns sagen, ob man in Paris einmüthig die Fahne der Republik aufgepflanzt hat, oder ob in den Straßen der Stadt die Parteien sich bekämpfen, während die deutschen Armeen ihren Weg nach Paris nehmen und die gefürchteten Ulanen demnächst schon auf den Höhen von Montmartre angelangt sein werden.

Für uns ist diese Gestaltung der inneren Verhältnisse Frankreichs zunächst nicht von überwiegender Bedeutung, da augenblicklich für unser Verhalten der militärische Gesichtspunkt maßgebend ist. Später erst, wenn es sich um den Friedensschluß handelt, wird für uns die Frage eine praktische Bedeutung haben: wer herrscht in Frankreich? Ist das Kaiserreich ein Trümmerhaufen oder hat es seine Herrschaft über die Republikaner behauptet? und wenn ersteres: ist die neue Macht fest genug constituirt, um mit ihr in Verhandlungen treten, völkerrechtlich gültige Vereinbarungen treffen zu können.

6. September 1870.

Die Annahme, daß die von Napoleon noch eingesetzte Regentschaft und das Ministerium, an seiner Spitze der wegen seiner Energie auf diesen Posten berufene Graf Palikao, dem republikanischen Pronunciamento gegenüber zu einer erneuten Auflage des Staatsstreichs, ihre Zuflucht nehmen würden, scheint sich nicht zu bestätigen. Die bisherige Regierung hat sich nicht formell aufgelöst, — wenigstens liegt keine Nachricht darüber vor — sie scheint einfach auseinander gegangen, man kann sagen auseinander gelaufen zu sein: wenigstens melden belgische Blätter die Ankunft des Ministers Chevreau in Brüssel, während Palikao in Namur eingetroffen sein soll. Nur über die Regentin selbst, über die Kaiserin Eugenie, liegen gar keine Nachrichten vor, doch ist wohl anzunehmen, daß auch sie sich nach Belgien begeben hat, nachdem die

getreuesten Anhänger des Kaiserreichs abgefallen, wie wurmstichige Aepfel fallen, wenn der Wind den Baum schüttelt. Selbst Rouher, die eigentliche Seele des Kaiserreichs seit dem Tode Morny's, scheint über dasselbe einfach zur Tagesordnung übergegangen zu sein, und, als er die Nachricht von der Absetzung des Kaisers erhalten, im Senat nicht den Muth zu einem Worte der Vertheidigung, geschweige denn zu Handlungen für Napoleon, dem er Alles verdankte, gehabt zu haben. Entbehrte die Katastrophe von Sedan nicht einer gewissen tragischen Größe, so ist dieser Zusammensturz des Kaiserreichs in Paris ein widerwärtiges, ekelerregendes Schauspiel, von dem man den Blick nur mit einer Verachtung wegwenden kann, welche nicht allein die Schmarotzer und Sykophanten, die am Marke des Kaiserreichs sich gemästet, sondern die ganze Nation trifft, welche vor kaum drei Monaten dem Kaiser neu gehuldigt, sich seit 18 Jahren vor demselben im Staube gewälzt hatte und ihn in dem Augenblick des Unglücks höhnend verläßt, des Unglücks, welches nicht ihr erwählter Herrscher allein über das Land heraufbeschworen, sondern welches die ganze französische Nation mitverschuldet hat. Keine Stimme ist in der Bevölkerung, in der Presse, in der Volksvertretung Frankreichs laut geworden, die sich gegen den heillosen Krieg ausgesprochen hätte, keine Stimme ist laut geworden, welche die Nichtswürdigkeit der seit Jahren unausgesetzt betriebenen Hetzereien gegen Preußen, gegen Deutschland in gebührender Weise gebrandmarkt hätte, keine Stimme ist laut geworden, welche das Frevelhafte in dem Größenwahnsinn gezeigt hätte, der das französische Volk ergriffen hat, keine Stimme ist laut geworden, welche die Schändlichkeit der gegen die deutschen Rheinlande geplanten Frevel bloßgelegt hätte. Das ganze Volk, Napoleon, Ollivier, Rouher, Palikao nicht weniger als Favre, Pelletan, Picard, Girardin, brach in hellen Jubel aus bei der Nachricht, daß der Krieg zwischen der deutschen und der französischen Nation um der frivolsten Ursache willen unvermeidlich geworden sei: das ganze Volk brüllte und tobte gegen uns und unser Vaterland, und der Einzige, der vor dem Kriege warnte — Thiers — that es, wie er selbst gestanden, nicht weil er den Krieg verdammte, sondern weil er zu wissen glaubte, daß Frankreich nicht hinlänglich gerüstet sei!

Nun unsere Waffen, sieggekrönt, das Gelingen jener Pläne vereitelt haben, und Frankreichs Heere in blutigen Kämpfen vernichtet sind, wirft das französische Volk den Thron um, den es selbst errichtet, aber es ist weit davon entfernt, den leeren Anmaßungen zu entsagen, in denen es sich berauscht hat: es zerschlägt wohl die Altäre und vertreibt die Priester, aber nach wie vor huldigt es denselben Götzen. Für uns ist es gleichviel, ob diese Priester Napoleon und Ollivier oder Favre, Rochefort und Trochu heißen, ob das Volk im Zeichen des Kaiserreichs oder der Republik sein Heil sieht: wir haben nicht diese Aeußerlichkeiten in das Auge zu fassen, sondern den eigentlichen Kern der Sache, daß nämlich unser Vaterland sicher gestellt werden

muß vor der unerträglichen Anmaßlichkeit, der unersättlichen Ländergier, welche das französische Volk seit 300 Jahren immer und immer wieder die deutschen Länder mit den Schrecken des Krieges bedrohen läßt. Gleichviel welche Regierungsform Frankreich besitzen mochte, das Verlangen nach deutschen Ländern ist immer dasselbe gewesen, unter den Königen der bourbonischen Linie, wie unter dem Konvent und dem ersten Kaiserreich, wie unter den Orleans; selbst die sich mit Humanität und Brüderlichkeit brüstende Republik von 1848 plante wie alle anderen Regierungen den Erwerb des Rheines!

Diesen Begehrlichkeiten ein für alle mal einen Riegel vorschieben ist unsere Pflicht, und wir werden sie mit Gott erfüllen, wenn auch die Franzosen meinen, das Wort Republik allein genüge, um auf unsere Heere die Wirkung des Medusenschildes auszuüben. Die Zeiten von 1792 sind vorüber, das Frankreich von heute ist ein anderes, als es damals war; vor Allem aber das Deutschland von heute ist ein anderes als das Deutschland von 1792: auf unserer Seite ist die Einheit des Wollens und des Handelns, die damals Frankreichs Vorgehen gegenüber der elenden Wirthschaft in Deutschland die Erfolge gab, welche die heutige Republik vergebens ersehnt; auf unserer Seite ist vor Allem Freiheit, Sittlichkeit, Bildung und Humanität gegenüber der im krassesten Materialismus, in Rohheit und Genußsucht versunkenen und voraussichtlich noch mehr versinkenden französischen Nation. Wie gegen das Kaiserreich, so wird auch gegen jene schemenhafte Republik, welche glaubt mit dem Namen auch die Männer verändern zu können, der Sieg unser sein!

Vom 8. September bis 20. September 1870.

Rundschreiben der französischen Regierung. — Adresse der französischen Socialdemokratie an das deutsche Volk. — Schreiben Guizots. — Katastrophe in Laon. — Mission Thier's.

8. September 1870.

Aus Paris liegen uns heute zwei interessante Aktenstücke vor: die Cirkulardepesche, welche der Minister der auswärtigen Angelegenheiten der Republik erlassen hat und die Adresse, mit welcher die französische Socialdemokratie das deutsche Volk begrüßt. Beide Aktenstücke sind sehr interessante Belegstücke zu der vielfach seit den Verwicklungen dieses Sommers von uns ausgesprochenen Anschauung, daß nicht die Regierung des Kaisers Napoleon allein, daß das ganze französische Volk sich in einem Zustand von Wahnsinn befindet, welcher die Franzosen, gleichviel ob sie als Minister des Kaiserreichs in den Tuilerien oder als Minister der Republik im Stadthause regieren,

oder an der Verwirklichung der Idee der internationalen social-demokratischen Republik arbeiten, jeder Fähigkeit zu einem klaren Erkenntniß der Verhältnisse, zu einem nüchternen Urtheil beraubt.

Das erste dieser Aktenstücke ist die Cirkulardepesche des Herrn Favre. In derselben erinnert er zunächst daran, daß er persönlich stets für eine Politik des Friedens gewesen sei und empfohlen habe, Deutschland frei über seine Geschicke bestimmen zu lassen. Der König von Preußen habe seinerseits erklärt, nicht gegen das französische Volk, sondern gegen die kaiserliche Dynastie Krieg zu führen. Die Dynastie sei gefallen. Ein freies Frankreich habe sich erhoben. Wolle der König von Preußen diesen argen Krieg fortsetzen? Es stehe ihm frei, die Verantwortlichkeit dafür vor der Welt, vor der Geschichte zu übernehmen. „Wenn das sein Wille ist, wir acceptiren es.“ Keinenfalls werden wir einen Fußbreit Landes oder auch nur einen Stein unserer Festungen abtreten; ein schimpflicher Friede würde über kurz oder lang immer wieder einen Krieg auf Leben und Tod erzeugen. Wir werden nur einen dauerhaften Frieden abschließen. Unsere Interessen sind diejenigen des gesammten Europa. Blieben wir aber auch in diesem Kampfe ganz allein, nirgends werden wir uns schwach zeigen. Wir haben eine entschlossene Armee, wohlausgerüstete Forts und eine mit allem Nöthigen versehene Befestigungslinie, vor Allem aber 300,000 Kämpfer, die entschlossen sind, sich bis auf den letzten Mann zu halten. Nach den Forts würde man die Wälle zu erstürmen haben, nach den Wällen die Barrikaden. Paris kann sich drei Monate halten und siegen. Und wenn es unterläge, so würde auf seinen Ruf Frankreich sich erheben und Paris rächen; Europa möge dies wissen. Wir haben die Regierungsgewalt zu keinem anderen Zweck und werden sie nicht eine Minute behalten, wenn wir nicht sehen, daß die Bevölkerung von Paris und von ganz Frankreich entschlossen ist, unsere Entschlüsse zu theilen. Um es kurz noch einmal zu sagen: „Wir wollen den Frieden; wenn man aber gegen uns diesen traurigen Krieg fortsetzt, so werden wir unsere Pflicht bis zuletzt thun und ich hege das feste Vertrauen, daß die Sache des Rechts und der Gerechtigkeit schließlich triumphiren wird.“

Das zweite Aktenstück lautet also: „An das deutsche Volk! An die Socialdemokratie der deutschen Nation! Du führst nur gegen den Kaiser Krieg und nicht gegen die französische Nation, hat deine Regierung wiederholt gesagt. Der Mann, der diesen Bruderkampf entfesselte, und der nicht einmal zu sterben wußte, ist in Deiner Hand. Er existirt nicht für uns. Das republikanische Frankreich fordert Dich im Namen der Gerechtigkeit auf, Deine Heere zurückzuziehen; wo nicht, so müssen wir bis auf den letzten Mann kämpfen und stromweise Dein und unser Blut vergießen. Durch das Organ von 38 Millionen Menschen, die dasselbe patriotische und revolutionäre Gefühl beseelt, wiederholen wir Dir, was wir im Jahre 1793 dem verbündeten

Europa erklärten: Das französische Volk schließt keinen Frieden mit einem auf seinem Gebiete befindlichen Feinde. Das französische Volk ist der Freund und der Verbündete aller freien Völker. Es mischt sich nicht in die Regierung anderer Nationen ein; es duldet nicht, daß die andern Nationen sich in die seine einmischen. Gehe über den Rhein zurück. Laßt an beiden Ufern des bestrittenen Rheines Deutschland und Frankreich sich die Hände reichen. Vergessen wir die militärischen Verbrechen, welche Despoten uns gegeneinander begehen ließen. Laßt uns die Freiheit, die Gleichheit, die Verbrüderung der Völker proklamiren. Gründen wir durch unser Bündniß die Vereinigten Staaten von Europa. Es lebe die allgemeine Republik! Deutschlands Socialdemokraten, die Ihr, gleich uns, vor dem Kriege Euch zu Gunsten des Friedens aussprachet, die französischen Social-Demokraten sind sicher, daß Ihr mit ihnen arbeiten werdet an der Vertilgung des internationalen Hasses, an der allgemeinen Entwaffnung und an der volkswirthschaftlichen Eintracht! Im Namen der Arbeitervereine und der französischen Sectionen der internationalen Gesellschaft der Arbeiter: Ch. Beslay. Briosne. Bachruch. Camelinat. Ch. Chassin. Chemale. Dupas. Herve. Landeck. Laverdays. Languet. Marchand. Perrachon. Tolain. Vaillant."

Der Grundgedanke beider Aktenstücke ist, daß Deutschland nicht gegen Frankreich, sondern nur gegen die napoleonische Dynastie Krieg geführt habe, daß daher, nachdem Napoleon in Gefangenschaft, und die Republik in Frankreich proklamirt worden, Deutschland nichts anderes zu thun übrig bleibe, als befriedigt nach Hause zurückzukehren; thue es dies nicht, setze es den Krieg fort, dann, ja dann würden sich die Ereignisse von 1793 wiederholen. Dieser Grundgedanke ist selbstverständlich in beiden Aktenstücken in verschiedener Weise entwickelt: während das offizielle Dokument aus der Feder des Herrn Favre ihm namentlich durch militärische Phrasen einen gewissen Nachdruck zu geben bemüht ist, ergeht sich der social-demokratische Aufruf in Phrasen von der Freiheit, der Gleichheit und der Verbrüderung der Völker, die Angesichts des noch vom Blute deutscher und französischer Soldaten rauchenden Schlachtfeldes eine ekelhafte Farce sind, denn es ist eine nichtswürdige Lüge, zu behaupten: „es seien das militärische Verbrechen, welche Despoten uns gegeneinander begehen ließen". Das französische Volk hat nicht weniger wie Napoleon jenen Krieg gewollt; es hat sich im Voraus an der gehofften Niederlage Deutschlands geweidet, auf das französische Volk kommt daher auch ein volles Maß der Verantwortlichkeit für jene „militärischen Verbrechen", und ein volles Maß der Verantwortlichkeit für die Schandthaten, die an den friedlichen Deutschen verübt worden sind, welche sich im guten Glauben an die „Verbrüderung der Völker" in Frankreich niedergelassen hatten, und an

ihrem Gut und an ihrer Person erfahren mußten, wie das französische Volk die „Verbrüderung der Völker“ praktisch übt! Noch immer werden Schaaren unserer Landsleute aus Frankreich schonungslos ohne Rücksicht auf Gesundheit, Alter, Geschlecht verjagt, ja die Machthaber der Republik hatten nichts eiliger zu thun, als die Ausweisungsmaßregeln zu verschärfen und heute kommt die „internationale Demokratie“ und will uns zur „Verbrüderung der Völker“ ermahnen! Wir würden über solche Albernheit lachen können, wäre nicht die Infamie zu groß, die uns in dieser Stunde zumuthet, daß wir das Blut, welches unsere Brüder vergossen, um unser Vaterland von der Herrschsucht und Ländergier der „großen Nation“ zu retten, unsere gesegneten Fluren vor den Räuberhorden der Turkos und Kabylen, diesen ächten Vorkämpfern für französische Kultur und französische Brüderlichkeit zu sichern, vergebens geflossen sein lassen sollen, ohne Vorkehrungen zur Sicherung gegen neue derartige Ausbrüche französischer Bruderliebe zu treffen.

Durch solche internationale Gaukeleien wird sich Deutschland nicht irre leiten lassen, ebenso wenig durch die Phraseologie des Herrn J. Favre. Herr Favre genießt den Ruf, ein ausgezeichneter Advokat und ein großer Parlamentsredner zu sein; als Minister des Aeußern dürfte er weniger Lorbeeren ernten, denn in der That ein traurigeres Debut als das seinige in dieser schwierigen Stellung ist kaum denkbar. Daß Parteimänner auf den Gedanken kommen, Deutschland habe eigentlich für keinen andern Zweck zum Schwerte gegriffen, als um dem französischen Volk die Revolution gegen das Kaiserreich zu ersparen, zu der dieses selbst nicht die Kräfte besaß, ist am Ende noch erklärlich, denn nichts ist so ungereimt und widersinnig, daß es nicht in dem engen Kopf eines Parteifanatikers Platz fände: allein ein Staatsmann muß einen weiteren Horizont, einen klareren Blick haben und darf nicht in gleicher Weise dem gesunden Menschenverstand in das Gesicht schlagen. Schon die Behauptung des Herrn Favre, daß er stets empfohlen habe, Deutschland frei über seine Geschicke bestimmen zu lassen, ist nicht richtig; unter dem Programm der Linken, welches gelegentlich des Plebiscites im Mai d. J. unter anderm Sadowa als eine Niederlage Frankreichs bezeichnete, stand auch der Name des Herrn Favre. Vor Allem aber unrichtig ist es, wenn Herr Favre behauptet, der König von Preußen habe erklärt, er führe den Krieg nicht gegen das französische Volk, sondern gegen die kaiserliche Dynastie. In allen Ansprachen, die König Wilhelm an Deutsche oder Franzosen gerichtet hat, ist stets nur das Eine hervorgehoben worden, daß das zum Krieg gegen seinen Willen herausgeforderte Deutschland nur für seine Unabhängigkeit und seine Integrität fechte. Diese Unabhängigkeit, diese Integrität Deutschlands ist nicht von Napoleon allein, sie ist vom ganzen französischen Volke bedroht worden, und gegen Frankreich gilt es, Deutschland zu schützen, nicht gegen die Napoleoniden

allein. Aber auch Herr Favre ist der Meinung, daß, nachdem deutsche Tapferkeit Zustände in Frankreich geschaffen, die der Herr Minister mehr wie euphemistisch als „die Erhebung eines freien Frankreichs“ zu bezeichnen beliebt, unser Schwert in die Scheide zurückkehren soll, daß wir geduldig warten sollen, bis dies „freie Frankreich“ sich genug gekräftigt glaubt, um die blind gewordene Gloire der Armee auf unsere Kosten neu vergolden, und wie im Jahre 1870 vielleicht im Jahre 1875 auf unser Deutschland mitten in seinen friedlichen Arbeiten hereinbrechen zu können! Wir sind stolz darauf, daß der Deutsche eine gewisse Dosis gutmüthiger Naivetät besitzt, aber, Herr Favre, es ist gut, Naivetät von Dummheit zu unterscheiden. Nicht der König Wilhelm allein, das ganze deutsche Volk wird, um in der Sprache des Herrn Favre zu reden, die Verantwortlichkeit für die Fortsetzung dieses argen Krieges übernehmen. Arg und traurig nennt Herr Favre diesen Krieg! Aber wer hat dies Aergerniß und diese Trauer heraufbeschworen? Frankreich, und Frankreich allein wird die Strafe dafür tragen, trotz der Forts, trotz der Wälle, trotz der Barrikaden, mit denen Herr Favre in seiner Depesche ein etwas kühnes Jongleurspiel treibt.

10. September 1870.

Herr Jules Favre hat mit seiner Cirkularnote wenig Glück gehabt: daß in Deutschland die öffentliche Meinung den unerhörten Gedanken, als hätten wir mit Frankreich nichts mehr zu schaffen, nachdem das Kaiserreich gestürzt worden, mit Verachtung zurückgewiesen hat, ist natürlich. Wir haben keinen Grund, irgendwie zwischen der gegenwärtigen und der vorhergegangenen Regierung in Frankreich zu unterscheiden, da das französische Volk, nicht bloß die Machthaber, unser Gegner ist. Aber auch die andern Staaten haben sich keinen Augenblick durch die, milde gesagt, sonderbaren Auslassungen und die Verdrehungen der thatsächlichen Verhältnisse in der Note Favre's täuschen lassen. Die hervorragendsten Organe Englands und Rußlands sprechen es offen aus, daß das französische Volk nach wie vor Deutschland gegenüber für den Krieg verantwortlich bleibe und — gleichviel, ob Republik oder Kaiserreich — die Folgen desselben zu tragen haben werde. Wie sollte es auch in der That anders denkbar sein! Das französische Volk beginnt einen Krieg, und glaubt den Folgen, die es dadurch heraufbeschworen, einfach durch den Sturz der Regierung entgehen zu können! Aehnliches wäre wohl nie in der Weltgeschichte erhört worden, die, wenn sie das Weltgericht ist, es doch nur dann sein kann, wenn alle Schuldige, der Kaiser Napoleon, wie das französische Volk, gleichmäßig den ihnen gebührenden Antheil an der Strafe erhalten und auf ihre Kosten die bittere und ernste Erfahrung machen, daß das furchtbare Unheil eines Krieges nicht in einer muthwilligen Stunde entfesselt werden darf. Es ist nicht bloß eine militärische und eine poli-

tische Pflicht, welche uns zwingt, den Krieg gegen Frankreich fortzusetzen, bis die Nation gezwungen ist, sich unseren Friedensbedingungen zu fügen, es ist auch eine sittliche Pflicht, welche fordert, daß den Franzosen endlich einmal die ganze Verantwortlichkeit ihrer Haltung in fühlbarer Weise klar gemacht werde. Es ist geradezu haarsträubend, in welchen falschen und darum unsittlichen Gedankengängen sich auch die besten französischen Geister bewegen: ehe hier nicht auf dem Wege der Thatsachen eine gesunde Reaktion angebahnt wird, ist das Blutvergießen, in welchem wir Deutsche moralisch genommen, unvergleichlich größere und unersetzlichere Opfer gebracht haben, als Frankreich, nutzlos, eine wirkliche Sicherung des Friedens undenkbar. Wie durchaus verkehrt aber die Verhältnisse sich in dem Gehirn der Franzosen spiegeln, zeigt am besten ein Brief Guizot's, welcher in englischen Blättern veröffentlicht wird. Der fast neunzigjährige Greis zeigt sich in diesem Briefe von denselben fixen Ideen beherrscht, wie der ungebildetste französische Chauvinist. Allerdings giebt er zu, daß der Krieg einen „bösen Ursprung" und die Mehrheit der französischen Nation seine Ungerechtigkeit erkannt habe. Allein das hat jetzt selbst in den Augen Guizot's keine Bedeutung mehr. Er sagt:

Der Krieg reißt uns mit sich fort, nicht allein wegen der unerwarteten Schicksalsschläge, welche uns betroffen haben, sondern auch und vor allen Dingen, wegen der Pläne, welche die Preußen manifestiren, und wegen des Charakters, den sie diesem Kriege aufgedrückt haben. Von ihrer Seite ist es augenscheinlich ein Krieg des Ehrgeizes und der Eroberung. Laut kündigen sie an, daß sie Elsaß und Lothringen zurücknehmen wollen — Provinzen, die seit zwei Jahrhunderten uns gehören und welche wir durch alle Wechselschicksale der Politik und des Krieges behauptet haben. Ja, die Preußen thun noch mehr als dies; obwohl sie diese Provinzen nur theilweise und zeitweise in Besitz genommen haben, maßen sie sich bereits die Ausübung der Souveränetät über dieselben an. In Lothringen haben sie ein Dekret erlassen, wodurch sie unsere Gesetze der Konscription und Rekrutirung für die Armee aufheben. Fragen Sie den ersten besten ehrlichen Deutschen, ob dies nicht Handlungen eines siegreichen Ehrgeizes (??) sind, wie er eine Nation zu einem bis ins Unendliche verlängerten Ringen verpflichtet, zu einem Ringen, welchem nur ein Unglück, wie eine Nation es nimmer annimmt, ein Ende setzen kann. Seien Sie versichert, mein lieber —, daß Frankreich den Charakter und die Konsequenzen, welche Preußen diesem Kriege giebt, nie annimmt. Wegen unserer ersten Unglücksfälle haben wir unsere nationale Ehre zu vertheidigen und wegen der Ansprüche Preußens haben wir unser nationales Gebiet zu vertheidigen und zu wahren. Diese beiden Sachen werden wir um jeden Preis und ganz bis zu Ende verfechten. Und ich muß Ihnen sagen, und zwar ohne Anmaßung, daß wir bei unserer Entschlossenheit — wie wir sie haben — über den Ausgang dieses Ringens nicht ernstlich besorgt sind. Ganz zu Anfang machten die Preußen eine gewaltige Anstrengung, eine Anstrengung bleibt noch zu machen übrig, diesmal auf unserer Seite, und bis jetzt hat sie kaum begonnen. Wir waren sehr zu tadeln, daß der Ausbruch des Krieges uns nicht besser vorbereitet fand, aber trotzdem wir stets den Kürzeren gezogen haben, haben wir gesehen, was unsere Truppen werth sind, und wie die Zeit fortschreitet, wird man dies immer mehr sehen und fühlen. Ueberlegen sind wir den Preußen an Mannschaft, Geld und Terrain und in Ausdauer wollen wir es ihnen gleichthun, selbst wenn sie ausharren sollten, wie sie müssen, wenn ihre

Projekte die geringste Aussicht auf Erfolg haben sollen; das Zeitalter ist mit uns, und wir wollen das Zeitalter nicht im Stiche lassen.

Ist eine größere Selbsttäuschung denkbar? Die Ungerechtigkeit des französischerseits begonnenen Krieges wird anfangs eingestanden, allein derselbe gleich darauf zu einem Kriege deutschen Ehrgeizes, deutscher Eroberungssucht gestempelt! Frankreich verlangt eingestandenermaßen das deutsche Rheinufer; weil Deutschland Sicherung gegen die Wiederkehr solcher Gelüste fordert, ist dieser Krieg heute, wo wir siegreich sind, gegen das Zeitalter gerichtet!! Solche Verblendung ist kaum glaublich. Wohl aber zeigen derartige Vorkommnisse, wie sehr Deutschland gezwungen ist, dafür Sorge zu tragen, daß diese Illusionen ein für alle Mal beseitigt werden, und daß Frankreich erfährt, wie es sich dem allgemeinen Sittengesetz nicht entziehen kann, welches verlangt, daß jeder nach Maßgabe seiner Handlungen die Verantwortlichkeit zu tragen hat.

13. September 1870.

Die erschütternde Nachricht von den Vorgängen in Laon zwingt ganz Deutschland und — wir hoffen es zur Ehre der Menschheit — der ganzen civilisirten Welt einen Schrei der tiefsten Entrüstung ab, nicht sowohl wegen der beklagenswerthen Opfer, welchen jener Vorgang Leben und Gesundheit gekostet hat, als weil die dem hinterlistigen Verrathe zu Grunde liegende sittliche Verworfenheit den Krieg vollständig der Gesetze entkleidet, welche die rohe Herrschaft der Gewalt zum Trost der Menschheit zu regeln bestimmt sind, und Zustände hervorruft, die jeder völkerrechtlichen Regelung entbehren. Nichts ist geeigneter, die ganze Zornesgluth der Soldaten zu entflammen, als ein feiger hinterlistiger Angriff, der, das gegebene Wort brechend, das Vertrauen vergiftet, und furchtbare Repressalien zu einer beklagenswerthen, aber unerläßlichen Nothwendigkeit macht. Die Geschichte dieses Krieges hat vielfache Verstöße des französischen Volkes gegen die völkerrechtlichen Bestimmungen, gegen die Kriegsgebräuche aufzuweisen, wie die Ausweisung, Verfolgung, Schädigung friedlicher Deutschen an Gut und Gesundheit, die seit Jahren in Frankreich lebten, die zahlreichen Verletzungen der Genfer Convention durch Beschießung der Verbandplätze, die Angriffe, welche auf Parlamentäre gemacht worden sind — der nichtswürdige Verrath, dem ein Theil unserer Truppen in Laon zum Opfer gefallen, ist indessen das Aergste, was bis jetzt geschehen, und es heißt fast Uebermenschliches von unsern Soldaten verlangen, wenn sie auch ferner im Verkehr gegen die französische Nation den ganzen Edelmuth, die ganze Manneszucht wie bisher bethätigen sollen, während auf Seite ihrer Gegner weder die eine noch die andere Eigenschaft vorhanden ist. Dennoch sind wir überzeugt, daß, so sehr auch die gerechteste Erbitterung das Herz der deutschen Krieger gegen fränkischen Treubruch und Hinterlist erfüllen mag, unsere

Landsleute mit der gleichen ernsten Milde und mitleidsvollen Schonung wie bisher das Volk behandeln werden, das, nachdem es im Kriege schmählich unterlegen, zu den unwürdigsten Waffen seine Zuflucht nimmt. In letzter Instanz trägt am Ende auch die große Masse des französischen Volkes den geringsten Theil der Schuld an diesem unerhört frevelhaften Beginnen, denn, wenn sich von vornherein in diesem Kriege in grellstem Lichte gezeigt hat, wie die französische Nation jedes rechtlichen und sittlichen Gefühls, ja sogar jedes Verständnisses für Recht und Sitte baar ist, so sind nicht die Massen der Bevölkerung dafür verantwortlich zu machen, sondern diejenigen, welchen in erster Linie die Pflicht auflag, die Seele des Volkes empfänglich zu machen für Recht und Gesetz, und ihnen die Ehrfurcht vor dem Sittengesetz einzuflößen, ohne welche auch die größten Völker mit furchtbarer Geschwindigkeit jeden innern Halt verlieren.

Die Erfüllung dieser Pflicht ist in entsetzlicher Weise seit Jahrzehnten verabsäumt worden; während die Regierenden selbst das Beispiel einer bodenlosen Korruption gaben, fehlte es auch in der Presse, welche vor Allem berufen ist zur Bildung der Nation, an Männern, die unerschrocken die Grundsätze einer gesunden Moral vertraten und zur Geltung zu bringen bemüht waren. Die Gedankenlosigkeit, die Frivolität, die Nichtswürdigkeit der französischen Presse ist in widerlichster Weise vor und während des Krieges — wenige Ausnahmen sind natürlich auch hier zu machen — zu Tage getreten: fast nirgends zeigt sich eine auf der Achtung vor der Wahrheit begründete gesunde Anschauung, überall aber Uebermuth, Prahlerei, Lüge, Selbstsucht. Die Folge dieser Zustände konnte keine andere sein, als daß auch das mit solcher geistigen Nahrung groß gezogene Volk das Erkenntniß für Recht und Unrecht verloren hat und in dem nichtswürdigsten Verrath eine Handlung des Patriotismus sieht. Wie sollte dies auch anders sein, wenn sogar die Organe der republikanischen Regierung „die Preußen für außerhalb des Völkerrechts stehend“ erklären! Wenn Pariser Blätter ernstlich davon sprechen, die wilden Bestien der zoologischen Gärten gegen die deutschen Heere zu hetzen, wenn selbst Männer, denen Frankreich als seinen edelsten Geistern huldigt, den in ehrlichem Kampf siegreichen Feind als eine Rotte Wilder bezeichnen und zur Bekämpfung desselben mit allen Mitteln herausfordern?! Muß da nicht der Instinkt des Volkes verderbt und irre geleitet werden? Entsetzlich ist das Elend, welches durch die vollständige Zuchtlosigkeit des französischen Geistes über Deutschland, vor Allem aber über Frankreich selbst heraufbeschworen worden ist. Gewiß ist Niemand, der nicht über die Vorgänge in Laon das herbste Verdammungsurtheil ausspricht: aber jeder möge sich auch sagen, daß ihm hier in schreckenerregender Deutlichkeit nur die Folgen der von allen Parteien, gleichviel ob an ihrer Spitze Louis Napoleon steht oder Rochefort, Louis Blanc oder Victor Hugo, fast

systematisch betriebenen Vernichtung jeder Sittlichkeit im französischen Volksleben, im politischen wie im bürgerlichen Leben, entgegentreten.

16. September 1870.

Die Mission des Herrn Thiers in London scheint, wie wir dies schon hervorgehoben, gar keinen Erfolg gehabt zu haben, da derselbe nicht etwa Friedensvorschläge gemacht und an die englische Regierung die Bitte um Unterstützung derselben gerichtet, sondern das Verlangen ausgesprochen hat, die neutralen Mächte sollten eine Liga bilden, um die Räumung Frankreichs durch die deutschen Truppen zu bewirken, mit anderen Worten, die neutralen Mächte sollten sich für die Integrität Frankreichs verbürgen. Der Unsinn der französischen Anschauung, als dürfe der französische Boden eine heilige Unverletzlichkeit beanspruchen, obwohl Frankreichs Volk den Krieg aus keinem andern Grunde gewollt und gemacht hat, als um Deutschland einiger Provinzen zu berauben, wird fast noch übertroffen durch die Naivetät, welche erwartet, daß die neutralen Mächte, die alle unter dem übermüthigen Druck Frankreichs gelitten haben, bereitwillig für Frankreich zum Schwerte greifen würden. Denn daß die Neutralen die Forderung, daß die deutschen Heere Frankreich sofort zu verlassen hätten, nur auf dem Wege der Gewalt durchsetzen könnten, weiß man voraussichtlich in London so gut wie in Petersburg und Wien, nachdem die Sprache der deutschen Presse und in erster Linie der preußischen Regierungsorgane darüber keinen Zweifel gelassen, daß Deutschland wie es im Kriege allein gestanden, so auch den Frieden allein zu schließen entschlossen sei. In London scheint man zwar wenig erfreut über die Möglichkeit, daß der Elsaß dem deutschen Zollverein einverleibt werden könne, und wird nach den Mittheilungen eines englischen Diplomaten, welche die „N. Pr. Z." veröffentlicht, es nicht an Freundschaftsversicherungen für Frankreich fehlen lassen, nur um die Verlängerung des Handelsvertrages für einige Jahre durchsetzen zu können, allein auf eine so plumpe Forderung, wie sie Herr Thiers gestellt haben soll, wird auch der englische Minister nur mit einem diplomatischen Achselzucken geantwortet haben. Auch in Wien dürfte die Integrität des französischen Bodens keinen Anklang finden; wenigstens schreibt man der offiziösen „Prager Abendpost" aus der östreichischen Hauptstadt: „Es ist wiederholt davon die Rede gewesen, daß Minghetti, der neue italienische Gesandte, speciell den Auftrag gehabt habe, Oestreich für die unbedingte Erhaltung der vollen Integrität des bisherigen französischen Gebietes zu erwärmen. Die Meldung dürfte nicht unrichtig sein, aber es wird sofort hinzugefügt werden müssen, daß die ersten in der angedeuteten Richtung ausgestreckten Fühler in Wien eine Aufnahme gefunden, welche jede formelle Initiative entmuthigte. Der Gegenstand ist seitdem nicht weiter verfolgt worden."

Aus Petersburg liegen Meinungsäußerungen über diese Frage

noch nicht vor: das „Journ. de St. Petersbourg“ beschäftigt sich dagegen mit der andern Frage, mit wem der Frieden zu schließen sein werde und meint, ein dauerhafter Frieden könne durch Wiedereinsetzung Napoleons nicht erreicht werden. Am zweckmäßigsten würde der Frieden mit einer französischen Konstituante geschlossen werden, nachdem vorher Präliminarien und ein Waffenstillstand mit der provisorischen Regierung vereinbart seien. Wir werden demnächst auf diese Angelegenheit, die allerdings von Wichtigkeit ist, zurückkommen, wollen indessen gleich heute gelegentlich der Mission des Herrn Thiers darauf hinweisen, daß es sehr schwer sein dürfte, mit der provisorischen Regierung Vereinbarungen bindender Natur zu treffen. Die provisorische Regierung ist in Frankreich keineswegs allgemein anerkannt, selbst von Herrn Thiers nicht. Aus den letzten Debatten der Majorität des Gesetzgebenden Körpers, die wir später mittheilen werden, geht mit vollständigster Klarheit hervor, daß diese Majorität die Bildung der provisorischen Regierung nur zum Zwecke der Landesvertheidigung geduldet, nicht aber anerkannt hat; ja von einem Proteste gegen die Bildung dieser Regierung ist nur Abstand genommen worden, weil man, wie Herr Thiers sagte, sich nach keiner Seite binden und nicht dadurch die Vertheidigung erschweren solle. Es ist charakteristisch, daß Herr Thiers, dessen Mission vom „Journ. offiziel“ angekündigt worden ist, gleichwohl keine Vollmacht besaß, die ihn gehörig legitimirt hätte.

Vom 20. September bis 7. Oktober 1870.

Vorbereitungen der Zusammenkunft in Ferrières. — Zweites Rundschreiben J. Favres. — Verhandlungen in Ferrières. — Bericht Favres über dieselben. — Verletzungen der Genfer Konvention durch Frankreich. — Die Zustände in Paris und Frankreich. — Graf Bismarck über den Bericht Jules Favres.

20. September 1870.

Nach einer Mittheilung des englischen auswärtigen Amts hat während der letzten zehn Tage ein Verkehr zwischen den beiden kriegführenden Parteien durch Vermittlung des englischen Botschafters in Paris, Lord Lyons und des Botschafters des norddeutschen Bundes in London, Grafen Bernstorff stattgefunden. In Folge dessen hat Jules Favre sich entschlossen, wie der Telegraph gestern berichtete, an den Bundeskanzler Grafen Bismarck die Frage zu richten, ob derselbe bereit sei, ihn zu Besprechungen im Hauptquartier des Königs zu empfangen — eine Antwort, die bejahend beantwortet worden ist. Wir stehen also unmittelbar vor einem ernsteren Versuche, Friedensverhandlungen einzuleiten, wenn auch das englische auswärtige Amt seiner Mittheilung ausdrücklich hinzusetzt, daß noch keine Grundlagen

für die Unterhandlungen vereinbart seien. Wir werden sofort Gelegenheit haben, zu prüfen, ob diese Besprechungen Aussicht haben auf einen Abschluß der kriegerischen Operationen, oder nicht. Zunächst kommt es uns darauf an, hervorzuheben, daß im deutschen Hauptquartier kein Bedenken getragen wird, den Vertreter der republikanischen Regierung zu empfangen, daß man dort also sich bereit zeigt, auch mit der republikanischen Regierung zu unterhandeln. Es ist uns dies insofern von Wichtigkeit, als gerade in der letzten Zeit die wohl zu scharf betonte Behauptung einiger der Berliner Regierung nahe stehender Blätter, daß in den Augen des preußischen Kabinets die kaiserliche Regierung die de jure bestehende, also die einzige sei, mit welcher unterhandelt werden könne, zu der Annahme geführt hatte, von Berlin aus werde eine Restauration Napoleons III. durch die deutschen Truppen erstrebt. Uns war es nicht zweifelhaft, daß diese Auffassung eine falsche sei: an eine Wiedereinsetzung Napoleons durch unsere Waffen konnte nicht gedacht werden, da die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs einen sehr bestimmten Theil des deutschen Programms bildet. Wohl aber war es zweifelhaft, mit wem in Frankreich eigentlich über den Frieden unterhandelt werden könnte, da unstreitig die derzeitigen Machthaber in Paris, die sich als die Regierung der Landesvertheidigung bezeichneten, dazu um so weniger kompetent sind, als sie — man vergleiche die letzten Besprechungen der Deputirten des Gesetzgebenden Körpers unter Thiers — in Paris selbst nur in dieser Eigenschaft anerkannt wurden, während sich an verschiedenen Punkten Frankreichs sofort eine entschiedene Bewegung gegen die Pariser Regierung geltend machte. Ein anderer Umstand, der es ebenfalls nicht wenig erschwert, ja fast unmöglich macht, mit der Pariser Regierung in ihrer gegenwärtigen Gestaltung Frieden zu schließen, liegt in der Errichtung der Regierungsfiliale in Tours. Diese Zweitheilung läßt es sehr wohl möglich erscheinen, daß, wenn z. B. nach einer Einnahme der französischen Hauptstadt die in Paris anwesenden Machthaber sich bereit erklärten, die deutscher Seits geforderten Bedingungen zu erfüllen, die Regierungsfiliale in Tours sich als eigentlichen Träger der Regierung bezeichnete und die in Paris erzielte Vereinigung für null und nichtig erklärte.

Die Regierung der Landesvertheidigung ist eben nicht in der Lage, vollgültig Frankreich zu repräsentiren und diese Nation bindende, völkerrechtliche Stipulationen abschließen zu können. Deutscherseits konnte man diesen Umstand nicht verkennen, und war genöthigt, der Auffassung gegenüber, als sei die derzeitige Pariser Regierung zum Friedensschluß berechtigt, in scharfer Weise den entgegengesetzten Standpunkt zu betonen, und darauf hinzuweisen, daß zur Zeit das Kaiserreich, welches den Krieg begonnen, auch allein in der Lage sei, ihn zu einem Ende bringen zu können; selbstverständlich würde auch für den Fall, daß nach der Einnahme von Paris keine kaiserliche Regie-

rung sich konstituiren könnte, nichts die Einleitung von Friedensverhandlungen mit derselben hindern, ohne daß deshalb der Vorwurf einer Einmischung in die inneren Verhältnisse Frankreichs gerechtfertigt sein könnte. Dieses Verhältniß ist inzwischen nicht unwesentlich durch den Umstand geändert worden, daß die Wahlen der konstituirenden Versammlung in Frankreich bereits am 2. Oktober stattfinden sollen. Durch den voraussichtlich sehr bald zu erwartenden Zusammentritt dieser Konstituante wird die Nation in die Lage gebracht, selbst über ihr Schicksal zu entscheiden und die Regierung zu bilden, mit welcher endgültige Friedensstipulationen festgestellt werden können. Die aus den Berathungen dieser Konstituante hervorgehende Regierung wird vermuthlich auch von den deutschen Staatsmännern als zum Friedensabschluß qualifizirt anerkannt werden, und gerade in dieser Beziehung ist die Zulassung von Jules Favre in das deutsche Hauptquartier zum Zweck von Verhandlungen von Bedeutung, da dieselbe andeutet, daß deutscher Seits kein prinzipieller Beschluß vorliegt, mit einer republikanischen Regierung nicht zu verhandeln.

Eine andere Frage ist, ob die zu erwartenden Besprechungen mit Herrn Favre Aussicht auf einen baldigen Abschluß der kriegerischen Operationen geben. Wir hegen in dieser Beziehung nicht übermäßige Hoffnungen. Allerdings läßt sich nicht verkennen, daß der Ton des jüngsten Favre'schen Rundschreibens vom 12. Sept. ungleich maßvoller ist, als das phrasenhafte Aktenstück, welches er nach seinem Amtsantritt publizirte. Herr Favre räumt in demselben ein, daß die gegenwärtige Regierung in Paris nicht kompetent sei, Frankreich zu repräsentiren, er giebt zu, daß Frankreich ein Unrecht begangen und verpflichtet sei, das Unrecht wieder gut zu machen; er schweigt von der früheren Behauptung, daß, da Deutschland den Krieg nur gegen Napoleon begonnen habe, es das siegreiche Schwert nicht gegen die Republik führen dürfe. Auch die Phrase: „Keinen Stein von unseren Festungen, keinen Fußbreit französischer Erde werden wir abtreten" ist verschwunden, und selbst die Schilderung der Widerstandsfähigkeit von Paris hat keine Stelle mehr gefunden, seitdem Paris fast auf allen Seiten cernirt ist. Augenscheinlich haben die Vorkommnisse inner- und außerhalb Paris Herrn Favre ernüchtert und zu einer kühleren Beurtheilung der Situation gezwungen. Nichts destoweniger erscheint es uns zweifelhaft, ob diese Ernüchterung weit genug vorgeschritten ist, um die Billigkeit der deutschen Forderungen erkennen zu lassen, welche im Wesentlichen drei Punkte umfassen werden: Gebietsabtretung, Zahlung der Kriegskosten und Einräumung von Paris, oder doch mindestens der nördlichen Forts und Befestigungslinie bis zum definitiven Friedensabschlusse. Weniger wird man auf unserer Seite nicht fordern, Jules Favre aber kaum so viel bewilligen können, weil er sich darüber nicht täuschen kann, daß derartige Friedenspräliminarien gleichbedeutend mit dem Sturz der Republik in Frankreich wären, welche zu befestigen Jules

Favre zur Zeit als seine wesentliche Aufgabe ansieht. Nachdem man die Uneinnehmbarkeit der Hauptstadt in allen Tonarten gefeiert, würde einem solchen Friedensvorschlag, so lange Paris noch nicht erobert ist, die Beseitigung der Regierung durch die extremen Parteien mit Sicherheit folgen. Wir glauben gerne, daß Herr Favre den ernsten Willen hat, seinem bedrängten Vaterlande den Frieden zu geben; daß er es nicht kann, ehe nicht der Pariser Hochmuth aus seiner letzten Verschanzung herausgeschlagen, ist ein Verhängniß, an dem Herr Favre vollen Antheil hat.

Was die Behauptungen des Herrn Favre betrifft, Frankreich habe den Krieg nicht gewollt, so ist es wahrlich überflüssig, ihre Richtigkeit zu beleuchten. Die Volksvertretung Frankreichs, seine Presse, das Volk selbst in seinen Versammlungen, sie alle haben einmüthig diesen Krieg verlangt. Keine Stimme ist laut geworden gegen diesen Krieg, und es wäre eine beklagenswerthe Verblendung, wollte Deutschland dies vergessen, wollte es je mit Herrn Favre sagen, daß Frankreich, „sobald ihm die Freiheit der Aktion gegeben ist", stets „jede Politik der Eroberung, jede gewaltthätige Propaganda von sich abweist!" Eine dreihundertjährige Erfahrung zeigt das Gegentheil: welches auch die Regierungsform in Frankreich gewesen, immer hat diese Nation Deutschland gegenüber eine Politik der Eroberung verfolgt.

26. September 1870.

Die am Abend des 19. und am Morgen des 20. September in Ferriéres stattgehabten Unterredungen des Grafen Bismarck mit Herrn Jules Favre sind ohne Resultat geblieben. Wir hatten von vornherein keine Illusionen über die Tragweite derselben gehegt, da wir uns die Schwierigkeiten nicht verbargen, welche die Erzielung eines Präliminarvertrags sowohl in Bezug auf seinen Inhalt, wie auf die von der französischen Regierung zu gebenden Garantien boten. Im günstigsten Falle würde der Gang der Verhandlungen etwa der gewesen sein, daß die beiden Staatsmänner über die Grundzüge eines solchen Vertrags, wie über die Garantien für die Ausführung desselben sich geeinigt, und nach Abschluß eines Waffenstillstandes die völkerrechtliche Sanktionirung desselben bis dahin verschoben hätten, daß nach dem Zusammentritt der französischen Constituante die gegenwärtigen staatsrechtlichen Wirren in Frankreich beendet und eine zum Abschluß von internationalen Verträgen kompetente Regierungsgewalt gebildet worden wäre. Ein solcher günstiger Verlauf schien von vornherein wenig wahrscheinlich, da nicht allein bis in die allerletzte Zeit hinein die französische Regierung sich gegen jede Gebietsabtretung ausgesprochen hatte, sondern da sie auch, wie die Verhältnisse in Frankreich gestaltet sind, kaum in der Lage war, die Garantien zu geben, welche nach unserem Dafürhalten Deutschland unter allen Umständen fordern

mußte: die Einräumung eines Theils der Fortifikationen von Paris und die Uebergabe von Metz.

Erstere würde der fanatisirte social-demokratische Theil der Bevölkerung von Paris schwerlich zugegeben haben, letztere Forderung leicht an dem Widerstand des Marschalls Bazaine gescheitert sein, über dessen Stellung zwischen Republik und Kaiserreich noch gar nichts verlautet. Die unzulängliche Machtbefugniß der republikanischen Regierung in Paris und Tours, auf welche von deutscher Seite bereits vielfach hingewiesen worden, muß eben nicht nur auf die definitive Herstellung des Friedens, sondern auch auf die Vereinbarung der einleitenden Schritte in jeder Beziehung hemmend wirken. War daher unsere Erwartung hinsichtlich der Zusammenkunft in Ferrières nicht hoch gespannt, so ist doch ihr Ergebniß noch geringer, als wir es ahnen konnten, da selbst über einen Waffenstillstand keine Einigung erzielt ist, obwohl die deutscher Seits für denselben gestellten Bedingungen so mild sind, daß durch sie fast die deutschen Interessen gefährdet erscheinen könnten. Indem Graf Bismarck für den Waffenstillstand nichts verlangte, als die Uebergabe von Straßburg, Toul und Verdun, hat er, zumal der Fall der ersteren Plätze schon damals als der nächsten Zukunft angehörend angesehen werden mußte, der dritte aber unwesentlich für uns ist, einen glänzenden Beweis von der Friedfertigkeit der deutschen Politik gegeben. Dennoch hat man französischer Seits vorgezogen, auch dieser Mäßigung des Siegers keine Rechnung zu tragen; ja, es scheint, daß man von vornherein gar nicht die Absicht zu ernstlichen Verhandlungen gehabt hat.

Nach der Proklamation der Regierung in Tours handelte es sich für ihn wie für seine Auftraggeber nur darum, „die Absichten des Feindes kennen zu lernen“, nicht aber darum, offen und ehrlich anzugeben, wie weit man in Paris und Tours thatsächlich bereit sei, „den Schaden zu ersetzen, den der Krieg angerichtet hat“, welche Verpflichtung doch Herr Favre in seiner Note vom 17. September ausdrücklich anerkannt hat. In der Proklamation der Regierung von Tours ist davon nichts zu lesen. Die Herren Crémieux und Favre sind ausgezeichnete Advokaten und mit echt advokatorischer Schlauheit scheinen sie beabsichtigt zu haben, den Gegner auszuhorchen, ohne ihre eigene Sache irgendwie zu präjudiziren. Dazu hätte es nun freilich der Zusammenkunft in Ferrières nicht mehr bedurft: die Absichten des Gegners waren in dem Erlaß des Grafen Bismarck vom 16. Septbr. mit genügender Klarheit ausgesprochen. Daß es sich um Rückgabe des Elsaß und eines Theiles von Lothringen handelt, konnten die Herren in Paris und Tours aus jenem Dokumente entnehmen; sie konnten auch an dasselbe die alberne Phrase knüpfen, Preußen wolle Frankreich zu einer Macht zweiten Ranges herabdrücken, eine Phrase, die unglaublich sinnlos ist, denn Niemand wird verkennen, daß durch eine Gebietsabtretung von einigen hundert Quadratmeilen und etwa

anderthalb Millionen Einwohnern ein Reich wie Frankreich, von 10,000 Quadratmeilen und nahezu 40 Millionen Einwohnern nicht zu „einer Macht zweiten Ranges herabgedrückt“ wird, ebensowenig wie dies mit Oestreich der Fall war, als es die Lombardei, oder mit Italien, als es Nizza und Savoyen abtrat. Man sieht eben, die Herrschaft der Sinn und Verstand bethörenden Phrase blüht unter der Republik wie unter dem Kaiserreich, trotz der schweren Niederlagen, die das französische Volk derselben verdankt. Phrase und Lüge! denn eine Lüge ist es, wenn in der Proklamation von Tours weiter behauptet wird, für die Gewährung des Waffenstillstandes habe Graf Bismarck die Uebergabe des Mont Valerien gefordert, eine Lüge, die augenscheinlich nur dazu bestimmt ist, die weitere Phrase einzuleiten, daß Paris sich eher unter seinen Mauern begraben lassen werde. Viele Bewohner von Paris werden diesen billigen Heldenmuth der in Tours befindlichen Regierung um so besser würdigen, als dieselbe bei dem ersten Herannahen des Feindes eiligst Tours selbst verläßt, um in der Nähe der Pyrenäen eine Zufluchtsstätte zu suchen! Der Krieg wird nunmehr vor Paris seinen weiteren Verlauf nehmen. Deutschland aber hat von Neuem in diesen Verhandlungen gezeigt, wie weit es davon entfernt ist, dem Gegner gegenüber die Rolle des übermüthigen Siegers zu spielen. Die edle Mäßigung, welche in dem Verlaufe des ganzen Konfliktes unsere Politik ausgezeichnet hat, ist auch hier wieder zu Tage getreten, und Europa, die Welt wird derselben die vollste Anerkennung nicht versagen können. Die Verantwortlichkeit für weiteres Blutvergießen, für die weitere Schädigung Frankreichs und seiner Hauptstadt trägt ebenso wie beim Ausbruch des Krieges, in erster Linie die Regierung Frankreichs, in zweiter Frankreich selbst, welches sich bewußt sein muß, daß die Sage von den Sybillinischen Büchern sich auch hier erneuert, d. h. daß Deutschland in Paris andere Friedensbedingungen stellen wird, als vor Paris.

29. September 1870.

Der Telegraph hat uns nur einen kurzen Auszug aus dem Berichte mitgetheilt, welchen Herr Jules Favre der provisorischen Regierung in Paris über seine Zusammenkunft mit dem Grafen Bismarck in Ferrières erstattet und dann im „Journ. offiziel“ veröffentlicht hat. Wir geben diesen Bericht wieder, denn in der That, derselbe verdient von Jedem gelesen zu werden, der sich ein getreues Bild von dem französischen Hochmuth geben will. Wie schon so oft seit dem Ausbruch dieses Krieges greifen wir auch dieser Publikation gegenüber uns an die Stirne, vergeblich eine Antwort auf die Frage verlangend, wie es denn möglich sei, daß eine sonst durch gesunden Menschenverstand ausgezeichnete Nation in solchem Grade unzurechnungsfähig an Haupt und Gliedern gemacht worden ist durch Größenwahnsinn. Ob Ollivier oder Gramont, ob Palikao und Chevreau Noten schreiben

und Reden halten, oder ob Jules Favre und Gambetta, Cremieux oder Victor Hugo Berichte und Proklamationen verfassen, durch alle Noten und Berichte, Reden und Proklamationen, durch alle Kundgebungen, von welcher Partei sie auch ausgehen mögen, geht der nehmliche Zug: eine alle realen Verhältnisse mißachtende, von den haltlosesten Illusionen genährte Verblendung, ein Hochmuth, welcher Frankreich dem Abgrunde entgegenführt. Die Verhältnisse, unter denen sich Herr Favre nach Ferrières begab, waren wohl danach angethan, auch dem bethörtesten Chauvinisten das Verständniß für den ganzen Ernst der Lage zu öffnen: Paris auf allen Seiten eng von einer in 10 Schlachten siegreichen Armee eingeschlossen, die Umgegend der Hauptstadt verlassen von ihren Bewohnern, eine traurige Einöde, die Zwietracht in der Stadt wie in den Departements, das Regierungskomité in Tours fast auf der Flucht vor dem drohenden Anmarsch deutscher Truppen, Europa, wie der Aufenthalt Thiers in London genugsam gezeigt hatte, entschlossen, ein kühler Zuschauer der Vorgänge in Frankreich zu bleiben, — das die allgemeinen Umrisse der Situation, als Jules Favre den Grafen Bismarck aufsuchte.

Unter solchen Umständen — sollte man meinen — würde ein patriotischer Staatsmann, ein Staatsmann, der nicht die Zukunft seiner Partei, sondern die des Landes in das Auge gefaßt hätte, wenn nicht den Frieden um jeden Preis, wohl aber einen Frieden unter den Verhältnissen angemessenen Bedingungen nachgesucht und demgemäß Vorschläge gemacht haben. Herr Favre ist indessen mit solchen Vorschlägen gar nicht hervorgetreten; „hätte Preußen", so sagt er in seinem Bericht, „nach dem Sturze des Anstifters des Krieges auf der Basis einer zu vereinbarenden Kriegskostenentschädigung, aber mit Ausschluß jeder Gebietsabtretung, in Verhandlungen eintreten gewollt, so würde die Regierung den Frieden angenommen haben." Am 20. September wie am 3. war also der Standpunkt der Pariser Regierung der nämliche: der Anstifter des Krieges ist Napoleon — nicht das französische Volk!! — und eine Kriegskostenentschädigung ein genügendes Aequivalent für die auf deutscher Seite gebrachten Opfer. Von anderen Bedingungen, von einer Abtretung der zum Schutze Deutschlands nothwendigen Gebietstheile will Herr Favre nichts wissen. Noch mehr! Als Graf Bismarck für den Abschluß eines 14tägigen Waffenstillstandes nur kriegsrechtsgemäß die Auslieferung der Festungen Straßburg, Toul und Pfalzburg fordert, erklärt Herr Favre seine Kräfte für erschöpft und sich für unfähig, die Verhandlungen fortzusetzen. Wie milde diese Bedingungen waren, zeigen die Ergebnisse der nächsten 8 Tage, in denen die beiden wichtigsten Punkte durch die Gewalt der Waffen in unsere Hände gefallen sind. Deutschland ist heute im Besitz von Toul und Straßburg, ohne daß Frankreich sich eines Waffenstillstandes erfreut, der ihm die Gelegenheit gegeben hätte, durch Konstituirung einer anerkannten Regierung sich den baldigen Abschluß eines

Friedens zu sichern. Nichts ist geeigneter, die thörichte Verblendung der französischen Machthaber, vorausgesetzt, daß es ihnen wirklich um Beilegung des Kampfes zu thun wäre, zu charakterisiren, als diese ohne ihr Zuthun und ohne daß sie davon Vortheil ziehen könnten, erfolgte schnelle Uebergabe jener Festungen. Aber nicht genug damit: Herr Favre hatte die, wie der spätere Verlauf der Dinge gezeigt hat, fast zu maßvollen Bedingungen, die deutscher Seits gestellt wurden, zurückgewiesen; dennoch wagt er in seinem Berichte zu sagen: „Ich suchte den Frieden und fand den unbeugsamen Willen zu erobern und zu kämpfen. Ich wollte die Möglichkeit erlangen, Frankreich zu befragen und erhielt die Antwort, Frankreich müsse unter dem caudinischen Joche durchgehen. Ich konstatire diese Thatsachen und thue sie Europa kund. Ich habe sehnlichst den Frieden und den Waffenstillstand gewollt. Sie kennen jetzt die Bedingungen und sind mit mir der Ansicht, daß wir die in denselben liegende Erniedrigung zurückweisen müssen."

Zu der Verblendung gesellt sich ganz naturgemäß die Lüge: Herr Favre hat nicht den Frieden gesucht und ist nicht dem unbeugsamen Willen, zu erobern und zu kämpfen, begegnet; weder er, noch die derzeitige Regierung in Paris hat irgend etwas gethan, um den beiden Nationen den Frieden zurückzugeben. Es ist eine alberne Lüge, wenn solches Favre in seinem Bericht behauptet, und schließlich gar von einem „Kampfe der Gewalt gegen das Recht" spricht. Uns Deutschen ist der Kampf gegen unsern Willen aufgedrängt worden, von dem französischen Volk, das unter der Herrschaft des Kaiserreichs, wie unter der Republik, als einzigen Grundsatz für seine internationale Politik das Recht des Stärkeren anerkannt hat, und das nun, da es mit demselben Maße gemessen wird, das es den andern Völkern, in letzter und entscheidender Instanz uns gegenüber, zur Anwendung gebracht haben wollte, über Gewaltthätigkeit sich beklagt! Kindern auf dem Spielplatz mag so etwas hingehen: sie sind eben Kinder und handeln kindisch. Den Völkern ist dies nicht gestattet; sie müssen die Konsequenz ihrer Handlungsweise tragen, und es dulden, daß der wider seinen Willen herausgeforderte Gegner auf Kosten des unterliegenden Theiles die Schranken errichtet, durch welche er sich gegen die erneute Bethätigung einer Gewaltspolitik schützen zu können glaubt. Es ist das keine Politik der Eroberung, sondern einfach eine Bethätigung des Rechtes auf Selbsterhaltung, welches in der Politik die erste Stelle einnimmt.

30. September 1870.

Am 1. September hatte der damalige französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Fürst Latour d'Auvergne, in dem gesetzgebenden Körper zwei Circulare verlesen, in welchen den deutschen Truppen vielfache Verletzungen des allgemeinen, wie des vertragsmäßigen Völkerrechtes vorgeworfen, namentlich Feindseligkeiten gegen fran-

zösische Ambulancen, der Gebrauch explosibler Flintenkugeln und Aehnliches behauptet wird. Diesen Anschuldigungen gegenüber hat das auswärtige Amt des Norddeutschen Bundes unter dem 27. d. eine Note an die norddeutschen Gesandtschaften gerichtet, in welcher die Unbegründetheit der französischer Seits aufgestellten Behauptungen in schlagender Weise nachgewiesen, gleichzeitig aber gegen die französische Regierung die ernste Anklage erhoben wird, die Genfer Convention nicht beobachtet, ja nicht einmal die zur Beobachtung derselben erforderlichen Anstalten getroffen zu haben. Welche Folgen diese Unterlassung gehabt habe, behält sich das Bundeskanzleramt vor, durch amtliche Protokolle nachzuweisen. Man darf daher einer sehr interessanten Publikation entgegensehen, die es wohl verdient, sauber unter Glas und Rahmen gebracht, eine hervorragende Stellung in dem Museum von Versailles zu erhalten, dessen stolze Inschrift: „à toutes les gloires de la France“ augenblicklich die Grundlage für die Sprachstudien unserer Soldaten in Versailles bildet. Als Seitenstück dürfte freilich in jenem Museum nicht eine Sammlung der offiziellen und offiziösen Lügenbulletins und Siegesbulletins fehlen, welche die Regierung des republikanischen, wie des kaiserlichen Frankreichs veröffentlicht. Die Zusammenstellung dieser Dokumente würde einem künftigen französischen Geschichtsschreiber die Gründe klar machen, warum toutes les gloires de la France in so überwältigender Weise zu Grunde gehen konnten: es fehlte ihnen die sittliche Basis, welche den Thaten des Individuums wie der Nation allein wahren Ruhm verleihen kann.

6. Oktober 1870.

Trotz den drastischen Schilderungen von dem im Paris herrschenden Heldenmuth, trotz den Mittheilungen über die furchtbaren Erfindungen, durch welche die Chemiker und Apotheker von Paris die deutschen Truppen niederstrecken wollen, trotz dem Heroismus, mit welchem Rochefort und Flourens, begleitet von ihren Adjutanten, die bezeichnender Weise Redakteure des „Charivari“ und der „Cloche“ sind, sich der Ausbildung der Barrikadenfortifikation hingeben, scheint es doch als wenn die Spannkraft der Belagerten ein wenig nachzulassen beginne. In einem, am 29. September abgehaltenen Ministerrath sollen Favre und Arago die Ansicht vertheidigt haben, daß der einzuberufenden Constituante sofort die Frage vorzulegen sei, ob man nicht Frieden schließen solle; Keratry, Trochu und Rochefort hätten sich indeß dieser Meinung widersetzt. Die seitdem stattgehabten, für die französischen Truppen unglücklichen Gefechte sind vielleicht in dieser Beziehung nicht wirkungslos geblieben, wenigstens dürfte der militärisch urtheilende General Trochu die Aussichtslosigkeit einer Vertheidigung erkannt haben, nachdem es sich herausgestellt, daß die Besatzung der Stadt unfähig ist, den Belagerer aus der von ihm eingenommenen Situation zu verdrängen, deren furchtbare Bedeutung sich erst zeigen wird, wenn

derselbe in Besitz des erforderlichen Angriffsmaterials gelangt ist. Ob es indessen gelingen wird, der vernünftigen und objektiven Anschauung der Verhältnisse innerhalb Paris zum Siege zu verhelfen, ohne daß von Außen gewichtige Unterstützungsgründe geltend gemacht werden, ist mehr als zweifelhaft; die künstlichen Reizmittel, welche die Machthaber in Paris anzuwenden für gut befunden haben, um die kriegerische Stimmung zu heben, haben in der Entfesselung der Leidenschaften und in der Steigerung der geistigen Zuchtlosigkeit der Bevölkerung Wirkungen erzielt, welche es den Herren Favre und Genossen sehr schwer machen dürften, einzulenken und die selbst heraufbeschworenen Geister wieder zu bannen. Wir wissen ja bereits aus den, belgischen Blättern zugegangenen Mittheilungen aus Paris, daß Herr Favre, als er die maßvollen Bedingungen für die Bewilligung eines Waffenstillstandes abwies, so aus Furcht vor dem besser als jemals bewaffneten Pöbel gehandelt hat. Die lügnerischen, phrasenhaften und systematisch die Aufregung fördernden Ausführungen seines Berichts konnten die Herrschaft der durchaus urtheilslosen und von ihren Gefühlen beherrschten Menge nur fördern, so daß, so lange nicht Waffengewalt oder Hungersnoth eine Reaktion herbeiführen, die friedlichen Strömungen in Paris von dem Terrorismus unterdrückt werden dürften.

Wesentlich anders gestalten sich die Verhältnisse außerhalb der französischen Hauptstadt: in den westlichen Provinzen, namentlich in der allerdings durch ruhiges Urtheil und Besonnenheit ihrer Bewohner ausgezeichneten Normandie spricht sich die öffentliche Meinung unumwunden für den Frieden aus. Die Blätter in Havre und anderen Orten geben diesem Wunsch einen sehr entschiedenen Ausdruck und es läßt sich annehmen, daß in anderen Provinzen ähnliche Manifestationen nicht ausbleiben werden; die Macht der Thatsachen ist eine sehr große, daß schließlich die Landbevölkerung zumal nicht umhin können wird, mit dem „Journal de Fécamp" zu sagen, „wir sind besiegt, zertreten, wie zu keiner Zeit eine Nation es gewesen ist: hören wir auf, uns mit neuen Hoffnungen zu verblenden und auf eine unmögliche Vertheidigung zu viel Hoffnung zu setzen", und zu verlangen, daß die Regierung eine dem entsprechende Politik befolge, d. h. dem Frieden sich zuwende. Die Regierungsfiliale in Tours wird einer solchen Strömung die Beachtung um so weniger versagen können, als sie gleichzeitig, will sie den einheitlichen Charakter des französischen Staates nicht auf das Aeußerste gefährden, auch den föderalistischen Tendenzen, welche sich geltend zu machen beginnen, entgegentreten muß. Die Neigung einzelner Departements, die Leitung ihrer Geschicke selbst in die Hand zu nehmen, zeigt sich in den revolutionären Zuständen in Lyon, Marseille, Toulouse, in den Bestrebungen, Liguen des Südens, des Westens zu organisiren. Zunächst allerdings liegt diesen Erscheinungen die Tendenz zu Grunde, die Vertheidigung des Landes zu fördern und dadurch scheinbar wenigstens im Sinne der republikanischen

Regierung zu arbeiten, allein die Möglichkeit, daß entgegengesetzte Strömungen die Oberhand behalten, ist keineswegs ausgeschlossen, und sehr wohl denkbar, daß, wenn etwa die Regierungsfiliale genöthigt wird, ihren Sitz weiter nach Süden zu verlegen, auch das letzte ohnehin sehr mürbe Band zerreißt, welches diese Regierung mit dem Lande verbindet. Man wird solchen Momenten in Tours die Aufmerksamkeit schenken, die sie verdienen und — wir hoffen es wenigstens im Interesse Frankreichs selbst — darin die Veranlassung finden, eine Politik des Friedens zu verfolgen, ehe es zu spät geworden, ehe in Frankreich der Zersetzungsprozeß unwiderruflich seinen vollständigen Verlauf nimmt, dem jetzt noch Einhalt geboten werden kann.

8. Oktober 1870.

Es hieße Lichter um Mittag anstecken, wollten wir des breiteren die ausgezeichneten Noten beleuchten, in welchen der Bundeskanzler Graf Bismarck sich über den Bericht des Herrn Favre und die Proklamation der provisorischen Regierung in Tours ausspricht. Während in dem ersten dieser Aktenstücke einerseits mit einer unübertrefflichen Schärfe und Klarheit die Auslassungen des Herrn Jules Favre in ihrer ganzen, durchweg unstaatsmännischen Phrasenhaftigkeit bloßgelegt, andrerseits die unerläßlichen Aufgaben und Ziele einer ächten deutschen Politik gegenüber dem seit Heinrich III. Deutschland unablässig bedrohenden Frankreich in musterhafter Weise präzisirt werden, beschäftigt sich das zweite Dokument, die Note vom 1. Oktober, mit der Behauptung: Preußen wolle Frankreich zu einer Macht zweiten Ranges zurückführen. In der knappsten Form wird diese Behauptung vom Bundeskanzler widerlegt, nicht ohne daß Graf Bismarck in diesem, wie in dem ersten Rundschreiben einige scharfe Seitenhiebe den trotz aller Niederlagen noch immer ins Maßlose gesteigerten französischen Prätentionen ertheilt. In beiden Aktenstücken ist die Lage Frankreichs mit einer Objektivität geschildert, die schwerlich ihren Eindruck auf diejenigen verfehlen wird, welche ohne Deutsche zu sein und deutsch zu denken und zu fühlen, doch der Wahrheit die schuldige Ehrfurcht erzeigen und sich nicht vor ihr verschließen. Leider scheint zur Zeit die Annahme noch nicht gestattet, daß auch auf die Franzosen diese Schriftstücke einen solchen Eindruck machen werden. Das „Journal de St. Petersbourg“ spricht freilich, wie uns der Telegraph meldet, eine solche Erwartung aus: allein, bis jetzt wenigstens ist dieselbe durch nichts gerechtfertigt. In allen Aktenstücken der Regierungsmänner in Tours, in allen Proklamationen der Regierungsmänner in Paris kehren dieselben Betheuerungen wieder, daß mit dem Feind nicht zu verhandeln, daß kein Stein einer Festung, kein Zoll Land an denselben abgetreten werden könne. Man hält in Paris zumal mit zähester Verblendung an der Lüge fest, daß nur das Kaiserreich den Krieg gewollt und gemacht habe, daß daher die Nation nicht die

Sühne für denselben tragen könne, und hat sich daher mit beispiellosem Cynismus gegen jede unparteiische Prüfung der Sachlage, gegen jeden Versuch, die Wahrheit zur Geltung kommen zu lassen, abgeschlossen. Eine moralische Reaktion wird hier schwerlich eher möglich sein, als bis das Drama, welches sich vor und in Paris abspielt, seinen Höhepunkt erreicht hat, und durch die Gewalt der Thatsachen das Volk zu der Erkenntniß gebracht wird, daß es die Sühne des frevlen Friedensbruches tragen muß. Wir können daher zunächst nicht die Erwartung des „Journal de St. Petersbourg" theilen, daß der Waffenstillstand jetzt unvermeidlich geworden sei, um so weniger, als augenscheinlich die europäische Demagogie sich mehr und mehr befleißigt, den Kampf zwischen Frankreich und Deutschland zu einem Prinzipienkampf, zu einem Kampf zwischen Republik und Monarchie zu gestalten, und dadurch die Möglichkeit einer Verständigung zwischen beiden Nationen zu hintertreiben. Die Republikaner Spaniens bereiten sich zur Bildung von Freischaaren vor, welche Frankreich zu Hülfe eilen sollen und der republikanische Don Quixote Garibaldi ist in Marseille erschienen, voraussichtlich doch auch in der Absicht, um mit Rath und That der republikanischen Regierung zur Seite zu stehen. Für die Machtverhältnisse auf dem Kriegsschauplatze sind diese Vorgänge ziemlich unwesentlich: allein in so weit verdienen sie Beachtung, als sie unzweifelhaft die ohnehin sich in den tollhäuslerischsten Illusionen bewegenden französischen Machthaber in ihrer Verblendung bestärken und den Krieg in die Länge ziehen werden. Die internationale Demagogie wird, wenn nicht alle, so doch einen wesentlichen Theil der Verantwortlichkeit tragen für die blutigen Opfer, die dieser Krieg fordert und sie wird dieser Verantwortlichkeit nicht entgehen.

Vom 7. Oktober bis 18. Oktober 1870.

Projekt eines Fürstentags in Versailles. — Französische Regierung. — Garibaldi. — Proklamation Gambetta's. — Denkschrift des Bundeskanzlers. — Zustände in Frankreich. — Internationale Demokratie. — Der 18. Oktober 1870.

10. Oktober 1870.

Unsere neulich ausgesprochene Vermuthung, daß die angeblich in Aussicht genommene Einberufung des Reichstags im Monat November durch den Wunsch motivirt sein dürfte, das Ergebniß der im Hauptquartier bevorstehenden Berathungen über die Gestaltung der deutschen Verhältnisse demselben zu unterbreiten, wird vielfach in der Presse getheilt. Auch süddeutsche Staatsmänner werden dem Vernehmen nach im Hauptquartier erwartet, nach der „Wes.-Ztg." dürften auch die süddeutschen Fürsten zur Theilnahme an jenen Verhandlungen einge-

laden werden. Da die große Mehrzahl der Fürsten des norddeutschen Bundes sich bereits im Hauptquartier befindet, so würde gewissermaßen ein „deutscher Fürstentag“ bevorstehen. In Versailles, in dem Schloß jenes XIV. Ludwig, an dessen Regierung sich die Erinnerung an so viele, die Ehre Deutschlands und der deutschen Fürsten schwer kränkende Vorgänge knüpft, ein deutscher Fürstentag, der berufen ist, nach der Niederstreckung des Gegners auf blutgetränkten Schlachtfeldern, das feste Fundament für den Neubau des deutschen Reiches, für die dauernde Wiederherstellung der Größe unseres Vaterlandes zu legen! In einem Augenblick, wie der gegenwärtige, an solcher Stätte, welche überall dem deutschen Patrioten die schmerzhaftesten Erinnerungen an die Schädigungen unserer Ehre durch das Frankreich der Bourbonen, des Kaiserreichs wie der Republik wachruft, kann aus den Berathungen der deutschen Fürsten und ihrer Rathgeber nur ein Werk hervorgehen, welches von dem geläutertsten Patriotismus beseelt, der Anstrengungen würdig ist, welche das Volk in diesem gewaltigen Kampfe gemacht, der Heldenopfer, die es vertrauensvoll dem Vaterlande, seiner Größe, seiner Zukunft dargebracht hat.

Die politischen Nachrichten aus Frankreich lauten nicht eben befriedigend, insofern als die maßlose Verblendung der gegenwärtigen französischen Machthaber die furchtbare Krisis für das so schwer heimgesuchte Land zu verlängern trachtet, und zwar aus Motiven, für die wir keine lauteren Gründe zu entdecken vermögen. Die Vertagung der Wahlen für die konstituirende Versammlung bis zu der Zeit, wo diese Wahlen auf dem gesammten Gebiet der französischen Republik ungehindert vorgenommen werden können, ist nicht allein eine ganz kopflose Handlung, sondern ein Verbrechen an der französischen Nation, das aus den engherzigsten Parteitendenzen hervorgegangen ist. Herr Jules Favre selbst hat in seinem Rundschreiben anerkannt, daß die gegenwärtige Regierung Frankreichs keine genügenden Vollmachten besitzt, daß sie dieselben vielmehr erst durch die in den Wahlen vorzunehmende Befragung des Volkes erhalten kann. Es ergiebt sich daraus von selbst, daß mit den gegenwärtigen Machthabern eine irgendwie völkerrechtlich giltige Abmachung nicht erzielt werden kann; indem sie aber die Wahlen bis nach der vollständigen Befreiung des Landes von der feindlichen Invasion hinausgeschoben haben wollen, vernichten sie jede Aussicht auf Vereinbarung des Friedens, dessen Frankreich so dringend bedürftig ist. Die Motive für diese Haltung der Republikaner in Paris können nur darin gesucht werden, daß die jetzt Gewählten durch die Konstituante den Sturz ihrer Herrschaft befürchten; ein anderer Grund ist nicht ersichtlich, als dieser, der erkennen läßt, wie die Parteiregierung ohne Rücksicht auf die unendlichen Schädigungen des Gemeinwohls Alles, nur nicht sich selbst, zu opfern bereit ist.

Herr Gambetta, der sich per Luftballon nach Tours begeben, um

die dortige Regierung zu größerer Energie anzuspornen, wird voraussichtlich nunmehr die Leitung der Geschäfte selbst in die Hand nehmen, denn ein ähnliches Gesetz, wie für Geister und Gespenster, gilt für ihn: nur auf dem Wege, auf welchem er hinausgeschlüpft, kann er wieder nach Paris hineinschlüpfen, und schwerlich wird er diesen unsicheren Weg für die Heimkehr versuchen. Uebrigens hat er in Tours außer seinen Kollegen in der Regierung doch auch Garibaldi getroffen, der sich dort eingefunden hat. Schade, daß der Telegraph uns noch nicht melden kann, daß derselbe zum General en chef der französischen Streitkräfte ernannt worden! Vor wenigen Tagen übrigens erklärte Garibaldi noch in englischen Blättern, er sei ein erklärter Anhänger des Friedens und schlug, um dem Kriege ein Ende zu machen, die Bildung einer „weltumfassenden Union“ auf folgender Basis vor: Die Vereinigten Staaten, Skandinavien, Frankreich und Deutschland, unter deren Schutz alle kleineren Mächte sich zu stellen hätten, würden eine prächtige Grundlage für diese weltumfassende Union bilden, und die Deputirten aller Monarchien und Republiken, aller Nationen der Welt sollten einen Areopag in Nizza, einer freien Stadt, bilden und dort die beiden folgenden Artikel als die ersten einer Universalverfassung feststellen: Art. 1. Der Krieg zwischen Völkern ist unmöglich. Art. 2. Jede Schwierigkeit, die sich zwischen ihnen erhebt, muß zur friedlichen Schlichtung dem Areopag unterbreitet werden.“

Wie schade für — Nizza, daß dies Projekt so wenig Aussicht auf Erfolg hat!

11. Oktober 1870.

Wie bereits öfters seit dem Eintritt der gegenwärtigen deutsch-französischen Verwickelung, sind wir auch heute in der Lage, gleichzeitig ein deutsches und ein französisches Aktenstück zur Kenntniß unserer Leser bringen zu können, welche durch ihre Nebeneinanderstellung eine gesteigerte Bedeutung erhalten, da der Vergleich die charakteristischen Momente in anschaulichster Weise hervortreten läßt. Das Eine dieser Aktenstücke ist eine Proklamation Gambetta's an die Bewohner der französischen Provinzen, das andere eine kurze Denkschrift, welche am 4. d. M. von dem Bundeskanzler den Gesandtschaften des norddeutschen Bundes zugegangen ist.

Gambetta hat Paris verlassen, um die Regierung in Tours zu einer energischeren Thätigkeit anzuspornen und den bisher mangelhaften Eifer der Provinzen, der bedrängten Hauptstadt zu Hülfe zu kommen, zu kräftigen. Um diese Aufgabe zu erfüllen, war es unerläßlich, die Zustände in Paris selbst in den glänzendsten Farben zu schildern: hätte Herr Gambetta ein Bild von Paris gegeben, wie es wirklich ist, so würde, das wußte er sehr wohl, die Landbevölkerung in Frankreich, welche herzlichst die Einstellung des Kampfes wünscht, sich in energischer Weise für den Frieden ausgesprochen und das Verlangen, neue

und nutzlose Opfer an Blut und Geld zu bringen, zurückgewiesen haben. In der Proklamation des Herrn Gambetta ist daher Paris keineswegs in einer verzweiflungsvollen Lage: es verfügt vielmehr über eine zahlreiche Armee von über 500,000 Mann, über zahllose Geschütze und Waffen, seine Befestigungen sind der Art, daß sie dem Feinde die Anwendung seiner Geschütze nicht gestatten, die Einigkeit ist in Paris wie niemals zuvor, die Hülfsquellen sind unerschöpflich, Waffensendungen von allen Theilen der Erde werden demnächst eintreffen, während der Belagerer an allem Mangel leidet und unausbleiblich der Unbill des nahenden Winters zum Opfer fallen muß. So spiegelt sich die Lage der Dinge vor und in Paris in der Proklamation des Herrn Gambetta ab — allein, es ist ein schmeichlerisches Trugbild, das arg mit der Wirklichkeit kontrastirt. Die Erscheinung, daß das ganze französische Volk, die Regierungen, die Heerführer und die Armeen von dem ersten Beginn des Konflikts an sich theils im guten Glauben, theils in böser Absicht in den abentheuerlichsten Illusionen über die Leistungsfähigkeit Frankreichs bewegt haben, daß sie, statt mit den wirklichen Faktoren, welche die Kraft und Macht eines Volkes bedingen, mit Momenten gerechnet haben, die nach keiner Richtung hin irgend welche Zuverlässigkeit besaßen, diese Erscheinung wiederholt sich auch in dieser Proklamation, welche theils von Uebertreibungen wimmelt, theils auf den Eintritt von Umständen rechnet, denen nie ein maßgebender Einfluß auf die Entschließungen einer Regierung eingeräumt werden darf. Die officiellen Angaben der Pariser Regierung selbst sagen uns, daß die Zahl der Bewaffneten in Paris weit hinter den Behauptungen Gambetta's zurückbleibt: der Fortgang der Cernirungsarbeiten lehrt uns, daß die Besatzung, obwohl sie immerhin eine außerordentlich starke ist, nicht die Geschlossenheit und Kraft besitzt, die Aufstellung unserer Truppen, daß die Forts nicht im Stande sind, die Herrichtung von Positionen zur Aufnahme unserer Geschütze zu hintertreiben; alles, was Gambetta vom Gegentheil erzählt, ist eitel Flunkerei. Flunkerei ist es, wenn er die von allen Seiten der Erde für Frankreich eintreffenden Waffensendungen rühmt: von den beiden Ländern, welche allein in größerem Maße die Vortheile der Neutralität durch die ungehinderte Ausfuhr von Waffen und Munition verwerthet haben, hat das eine, Amerika, bereits das Unzulässige eines solchen Verfahrens eingesehen und den Export von Kriegsmunitionen wenigstens durch französische Schiffe verboten, das andere, England, wird, wie wir annehmen, seine laxe Handhabung der bestehenden Vorschriften etwas verschärfen. Flunkerei ist es vor Allem, wenn Gambetta die Einigkeit der Bevölkerung von Paris rühmt. Noch ehe ein Schuß von deutscher Seite auf die Stadt gefallen, haben — auch darüber unterrichten uns die offiziellen Angaben der französischen Regierung — zu wiederholten Malen bewaffnete Demonstrationen stattgefunden, gegen welche die Regierung ein ernstes Einschreiten in Aussicht stellt.

Man sieht, die Gegenwart ist anders, als sie die Phantasie des Herrn Gambetta malt, allein seine Einbildungskraft beschäftigt sich auch mit der Zukunft, zwar nicht für Paris — denn von den Uebeln, durch welche die Bevölkerung einer belagerten Stadt unvermeidlich heimgesucht wird, weiß jene Proklamation nichts — desto mehr aber für den Feind, den Herr Gambetta demnächst durch den Regen und die Kälte des Winters vernichtet sieht. Nach den Schlachten von Wörth und Metz sahen die Pariser ihre Rettung in der Cholera, die, wie sie wissen wollten, das deutsche Heer bereits decimire oder doch demnächst decimiren würde: dennoch steht dasselbe heute vor Paris. Die schrecklichen Leiden in Folge der Witterung werden es gleichfalls nicht hindern, nach Paris hineinzukommen. Es ist unglaublich thöricht, auf solche Eventualitäten hin Kombinationen zu gründen, die tief in das Wohl und Wehe einer ganzen Nation einschneiden. Als die russische Regierung ihre Truppen immer weiter vor den Franzosen zurückweichen ließ und ihr Land bis Moskau dem Feind und zuletzt diese Stadt selbst den Flammen Preis gab, mochte sie allerdings auch die vernichtende Härte des Winters mit in Anschlag gebracht haben, die ja in jenen Klimaten ein ungleich treuerer Bundesgenosse ist, als im schönen Frankreich — die Basis für ihre Entschlüsse aber war nicht auf einen so unberechenbaren Faktor, wie es die Witterungsverhältnisse sind, begründet, sondern auf dem ewigen, unwandelbaren Gesetz von Zeit und Raum. Zeit und Raum waren die Gegner, denen Frankreichs große Armee erliegen mußte. Lag daher den Entschließungen der russischen Regierung damals die bestimmte Erkenntniß eines unumstößlichen Gesetzes zu Grunde, so fehlt eine solche der Handlungsweise der französischen Machthaber vollkommen; sie wollen den Kampf bis zur Vernichtung fortgesetzt haben, ohne daß sie die dazu nöthigen Mittel, namentlich eine organisirte und disciplinirte Armee haben; sie wollen die furchtbarste Verwüstung tief in das Land hineingetragen haben, ohne zu bedenken, daß sie und ihr Volk zumeist darunter leiden.

Während Gambetta in seiner Proklamation voll phrasenhafter Uebertreibungen und zweifellosester Unwahrheiten die Zukunft von dem Ungefähr der blinden Leidenschaften und dem Spiel des Zufalles unabhängig macht, zieht Graf Bismarck in seinem Rundschreiben die Zukunft der Bewohner von Paris in Erwägung; ohne irgendwie der Leidenschaft oder dem Zufall ein entscheidendes Gewicht beizulegen, schreibt er jener ein furchtbares Mene Tekel an die Wand: „Hunderttausende der Bewohner von Paris werden dem Hungertode erliegen.“ Ein furchtbares Wort, gerade deshalb, weil es, weit davon entfernt, eine leere Phrase zu sein, die volle Wahrheit ausspricht, die auf der Erkenntniß absolut richtiger und unwandelbarer Gesetze begründet ist, welche die Franzosen verletzt haben, und deren Konsequenzen sie, wenn nicht rechtzeitig noch die Besinnung ihnen zurückkehrt, rettungslos ver-

fallen sind. Die einfache Klarheit, man möchte fast sagen, die selbstverständliche Richtigkeit aller Folgerungen in der Denkschrift des Grafen Bismarck verleiht ihr eine ungleich größere Wirksamkeit als alle Phrasen der Gambetta'schen Proklamation. Hier die Wahrheit, dort die Lüge, dort aber auch die Verantwortlichkeit für das so frevelhaft heraufbeschworene Schicksal, dem Hunderttausende entgegengehen.

14. Oktober 1870.

Die Zustände in Frankreich gestalten sich in bedenklichster Weise und zeigen, wie gewaltig schnelle Fortschritte der Zersetzungsprozeß im Körper der französischen Nation macht. Nur wenige Tage noch trennen uns von dem Termin, an welchem die Wählerschaft Frankreichs an die Wahlurne treten sollte, um die Constituante zu wählen, deren rasches und entschiedenes Eingreifen allein der nächsten Zukunft einige Stabilität zu geben vermag, allein Niemand vermag zu sagen, ob am 16. die Wahlen stattfinden werden, oder nicht. Die Regierung in Tours schreibt die Wahlen aus, die Regierung in Paris verbietet sie; Herr Gambetta „fliegt" im buchstäblichen Sinne des Worts aus der eingeschlossenen Hauptstadt nach Tours, um eine Verständigung mit den Trägern der Regierung zu ermöglichen; davon, daß eine solche erfolgt, ist indessen noch nichts berichtet worden, im Gegentheil, wir hören nur, daß die Meinungen der Herren Cremieux und Laurier sehr weit von denen des Herrn Gambetta abweichen. Jedenfalls ist eine positive Zurücknahme des Wahlerlasses der Regierung in Tours noch nicht erfolgt, es scheint vielmehr nach einem so eben eingegangenen Telegramm zu urtheilen, als ob selbst innerhalb der Pariser Regierung in Bezug auf diesen Punkt sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten beständen: Uneinigkeit zwischen Paris und Tours, Uneinigkeit in Paris selbst über die wichtigste Angelegenheit, welche die derzeitigen französischen Machthaber beschäftigen kann. Wäre ein solcher Zustand schon immer bedenklich für ein Land und eine Nation in der Lage des heutigen Frankreich, so erhält derselbe noch eine ganz andere Tragweite dadurch, daß die ultraradikalen Parteien den Augenblick günstig befinden, um ihren Plänen durch Anwendung von Gewaltmitteln die Ausführung zu sichern.

Wir haben schon gemeldet, daß einer der Führer dieser Radikalen, Flourens, an der Spitze von 5 Bataillonen bewaffneter Nationalgarde, der Regierung das Programm seiner Partei „überreicht hat", ein Benehmen, das die Erinnerung an die Zustände unmittelbar vor der Herrschaft der Jakobiner während der ersten Revolution lebhaft wachruft. Wie dies Programm beschaffen, ist zur Zeit noch nicht bekannt, allein die Vorgänge in anderen Städten Frankreichs, in Lyon, Marseille, Auxerre 2c. 2c. zeigen zur Genüge, daß es sich um nichts anderes als um die Verwirklichung der sozialdemokratischen Ideen in krassester Form, als ersten Schritt dazu um die Herstellung der so-

genannten revolutionären Gemeinden handelt, in welchen dem Pöbel und seinen Führern die Herrschaft übertragen wird. Gleichzeitig wie in Paris treten dieselben Erscheinungen an dem andern Sitz der Regierung, in Tours, auf: auch hier macht sich plötzlich, nach der Ankunft des Herrn Gambetta, das Verlangen nach Gründung der revolutionären Gemeinden geltend, und die Dinge kommen so weit, daß, während auf wenige Meilen Entfernung von Tours die mühsam zusammengelesenen Reste der französischen Armee geschlagen werden, die republikanische Regierung sich genöthigt sieht, zum Schutze gegen ihre radikalen „Freunde“ militärische Vorkehrungen zu treffen. Man sieht, Herr Gambetta und seine Anhänger in Paris wie in Tours arbeiten schnell und ohne jede schwächliche Anwandlung einer wahrhaft patriotischen Rücksicht auf die Zustände im Lande, an der Verwirklichung ihrer Parteipläne. Es giebt nichts lehrreicheres, nichts was geeigneter wäre, den Parteiegoismus dieser Radikalen erkennen zu lassen, als diese Vorgänge in Frankreich; wir empfehlen ihr Studium auch unseren deutschen Mitbürgern, welche an dem widerlichen Gebahren dieser französischen Universalrepublikaner sehen mögen, wie vollständig ihnen und ihren Gesinnungsgenossen inner- wie außerhalb Frankreichs jeder ächte Patriotismus, jede wahre Freiheitsliebe mangelt: ihnen gilt nur das Parteiinteresse, das unter allen Umständen und mit allen Mitteln der brutalsten Gewalt zur Geltung gebracht werden soll. Gambetta und Rochefort scheuen vor einem Staatsstreich so wenig zurück wie Louis Napoleon und seine Akolythen.

Eine ganz besondere Rolle spielt inmitten dieses Wirrwarrs Garibaldi; seine Ankunft in Tours scheint das Signal für die radikale Partei gewesen zu sein, ihre Ansprüche geltend zu machen. Sie weiß, daß Garibaldi, jeglichen selbständigen Gedankens bar, ein sehr brauchbares Werkzeug in den Händen einer politischen Partei ist; Garibaldi als Oberbefehlshaber der irregulären Truppen würde ihr die ersprießlichsten Dienste leisten können. Dieser „Biedermann“ selbst hat natürlich gar kein Verständniß für die halb lächerliche, halb traurige Rolle, die er in den Händen der Gambetta, Rochefort und Genossen spielt. Er ist in der That, wie wir ihn bereits bezeichneten, der republikanische Ritter von der traurigen Gestalt, der, einem schattenhaften Ideal nachjagend, überall mit der sittlichen und rechtlichen Ordnung in Konflikt geräth und sich in die jämmerlichsten Widersprüche verwickelt. Wir Deutsche hätten, wenn irgend ein Volk, Ursache, entrüstet zu sein, über das Verhalten des trefflichen Nizzarden, allein die Ironie, welche darin liegt, daß Garibaldi an der Spitze päpstlicher Zuaven in Verbindung mit einem Bazaine gegen uns zu Felde ziehen will, denen sein Vaterland Venedig und Rom verdankt, ist zu groß, als daß man anders, wie mit Lachen den Irrfahrten dieses modernen Don Quixote zusehen könnte, zumal er nicht im Stande ist, uns auf dem militärischen Gebiet, das zunächst in Rede steht, Schwierigkeiten zu bereiten.

Von rein politischem Standpunkt aus ist seine Betheiligung an dem Kampfe Frankreichs gegen Deutschland sogar ein erfreulicher Fortschritt zur Klärung der Verhältnisse überhaupt, insofern als selbst die republikanischen Gesinnungsgenossen Garibaldi's unter uns aus seinem Verhalten erkennen können, wenn sie die Wahrheit sehen und zugeben wollen, daß Deutschlands edelste und gerechteste Bestrebungen von den „Helden" der internationalen Demagogie in der äußersten Weise mißachtet und bekämpft werden.

17. Oktober 1870.

Die Lüge und die durch diese bedingte sittliche Entartung Frankreichs bildete zum wesentlichen Theil die Ursache des Sturzes des Kaiserreichs. Als am 4. September die Republikaner die Leitung der Geschicke des französischen Volkes in die Hand nahmen, konnte man annehmen, daß die Männer, welche auf den Trümmern des durch deutschen Muth und deutsche Kraft zu Boden gestreckten Kaiserreichs die Republik begründen wollten, sich klar bewußt sein würden, daß, wenn unter allen Regierungsformen für die republikanische zumal die höchste Wahrhaftigkeit und die höchste Sittlichkeit die unerläßlichste Vorbedingung einer gedeihlichen Entwicklung, dies für die gegenwärtige französische Republik in noch erhöhtem Maße der Fall ist, welche gleichzeitig die Heilung des Volkes von den im Innern wuchernden Krebsschäden und seine Erhebung gegen einen siegreichen Feind herbeiführen soll.

Die Thatsachen zeigen, daß diese Annahme eine durchaus irrige gewesen: die Republik ist an die Stelle des Kaiserreichs getreten, allein die Herrschaft der Phrase, der Lüge dauert unverändert fort. Auf dem Gebiete der militärischen wie der diplomatischen Aktion, in der innern wie in der auswärtigen Politik, zeigen die republikanischen Machthaber dieselbe Verblendung, denselben Hochmuth wie das Kaiserreich und seine Träger. In den Noten, Proklamationen und militärischen Berichten findet sich keine Spur einer nüchternen objectiven Betrachtung der Lage und der Ereignisse, keine Spur der Selbsterkenntniß, welche die einzige Quelle der moralischen Regeneration für das einzelne Individuum wie für die Völker ist, keine Spur der endlichen Erkenntniß des frevelhaften Unrechts, das Frankreich gegen Deutschland begangen, und der sittlichen Nöthigung, dies Unrecht zu sühnen. Der Krieg, zu welchem Deutschland die Waffen in die Hand gezwungen worden sind, in dem es die herrlichsten Siege mit den kostbarsten Opfern erkauft hat, nur um seine höchsten nationalen Güter vor der freventlichen Raubluft der Nachbarn, sicher zu stellen, den es zu endigen bereit ist, sobald ihm die nöthige Sicherheit gegen die Wiederkehr ähnlicher Angriffe gewährt wird, diesen Krieg stellen die französischen Machthaber ihrem Volke als einen Eroberungskrieg hin, in welchem die heiligsten Güter der Civilisation gefährdet seien: sie

stempeln ihn zu einem Prinzipienkrieg zwischen Republik und Monarchie, zu einem Racenkampf zwischen den Völkern germanischer und lateinischer Abstammung.

Aber in einem Punkte wenigstens ist die bunte Gesellschaft, welche sich in Tours versammelt und den Sitz der französischen Regierungsfiliale zu dem Hauptquartier der internationalen Demagogie gemacht hat, offenherziger. Die „Befreiung Frankreichs", die Vernichtung der deutschen Heere ist das geringste Ziel, was sie erstreben: für sie gilt es, die Ziele zu verwirklichen, welche auf den Kongressen der internationalen Demagogie aufgestellt worden sind. Castelar hat diese in einer in Tours gehaltenen Rede sehr drastisch dahin zusammengefaßt: Begründung „der republikanischen Brüderschaft" zwischen Frankreich, Spanien, Portugal, Italien, den lateinischen Republiken, welche die wahren Ideen von Freiheit, Brüderlichkeit und Gleichheit darstellen und die sicheren Garantien des allgemeinen Friedens sind; „Vernichtung der Fürsten und ihrer Descendenten." Die Deutlichkeit dieser Sprache läßt nichts zu wünschen übrig. Eine Handvoll politischer Abenteurer glaubt den Augenblick gekommen, um auf Kosten des schwer heimgesuchten französischen Volkes, auf Kosten unserer eigenen Nation, politische Probleme verwirklichen zu können, welche den sittlichen und rechtlichen Anschauungen beider Völker durchaus zuwider sind, indem sie eine Gewaltherrschaft begründen, die im krassesten Widerspruch mit den Grundsätzen wahrer Freiheit, von vornherein dem französischen Volke jede Möglichkeit abschneidet, seine Stimme hören zu lassen in der furchtbaren Situation, in der es sich befindet. Nach den entsetzlichen Erfahrungen, die Frankreich in diesem Sommer gemacht, verlangt das Volk in dringendster Weise nach der Herstellung des Friedens: allein, in dem Augenblick, wo es diesen Wunsch formuliren könnte, würde es auch zugleich das Verlangen aussprechen, von den Männern befreit zu werden, welche ihm ihre Herrschaft aufgedrängt haben und denen es sich in einem Augenblick leidenschaftlicher Erregung gefügt. Diesen aber gilt ihre Herrschaft, die Herrschaft ihrer Partei, ungleich höher als das Wohl des Vaterlandes, sie fordern die Fortsetzung des Krieges mit allen Mitteln, weil eben nur der Krieg die Möglichkeit dieser Herrschaft gewährt. Schwer wird auf diesen Männern dereinst die Verantwortlichkeit für ihre Thaten lasten: denn von ihnen nicht minder wie von den Napoleoniden werden die Völker für diese Politik der Lüge und Gewaltthätigkeit volle Rechenschaft fordern. Vergebens sind alle trügerischen Behauptungen, als führe Deutschland einen Eroberungskrieg, als sei der Kampf, in dem Deutschland das Blut seiner edelsten Söhne stromweis fließen sieht, nichts als ein „tollgewordener Pangermanismus", als „eine Saturnalie der Gewalt", wie Louis Blanc, mit V. Hugo in eklem Phrasengeklingel wetteifernd, sich auszudrücken beliebt. Das französische Volk unfähig, der Lüge sich zu erwehren, mag sich vielleicht durch derartige Vorspiegelungen noch einmal

zu neuen blutigen Opfern hinreißen lassen. Allein auch sie werden vergeblich sein und über jene politische Abenteurer, welche die Lüge heilig sprechen, weil sie im Dienste der Republik steht, wird die Geschichte, die mit unerbittlicher Strenge die Konsequenzen aus den Handlungen der Völker zieht, zur Tagesordnung übergehen, über diese Abenteurer, vielleicht auch über Frankreich selbst, wenn es nicht versteht, sich von der Herrschaft des Lügengeistes freizumachen.

18. Oktober 1870.

Das deutsche Volk hat den achtzehnten Oktober lange Jahre hindurch als einen nationalen Festtag gefeiert, in dankbarer Erinnerung an die Heldenthaten seiner Väter und in der zuversichtlichen Hoffnung, daß das Werk der nationalen Einigung, zu welchem in der großen Zeit der deutschen Befreiungskämpfe der Grundstein gelegt worden, der schönen Vollendung entgegenreifen und früher oder später die Söhne unseres Vaterlandes wirklich ein einig Volk von Brüdern sein würden. Am 18. Oktober 1813 war dies bei Weitem nicht der Fall: Der „Tag aller Deutschen", wie späterhin der Tag der Schlacht bei Leipzig genannt worden ist, sah Deutsche gegen Deutsche im Kampf und auch nachher noch stand der dem Gebote des I. Napoleon folgende Süden dem Norden unseres Vaterlandes feindlich gegenüber. Dennoch hatte die volksthümliche Auffassung des Tages von Leipzig das Rechte getroffen: wenn auch damals noch äußerlich ein tiefer Riß durch unser Volk ging, geistig hatte sich die ganze Nation gegen die fremde Gewaltherrschaft erhoben und begrüßte den siegreichen Ausgang der Völkerschlacht als die verheißungsvolle Verkündigung einer Zeit neuen Aufschwungs, neuer Größe für unser Vaterland. Zwar wurden viele der hochfliegenden Erwartungen, welche die damalige Generation hegte, nicht erfüllt; vielfach trat an die Stelle der zuversichtlichen Hoffnung mißmuthiger Zweifel und bittere Verhöhnung der jugendlich naiven Illusionen, welche man in den Tagen der Erhebung gehegt. Der Zeit der gewaltigen Anspannung war allerdings eine Zeit nicht blos scheinbarer Erschlaffung gefolgt, welche für die Entwickelung Deutschlands von unersetzlichem Nachtheil zu werden drohte. Allein aus den harten Prüfungen der Kriegsjahre hatte das deutsche Volk das Bewußtsein seiner nationalen Zusammengehörigkeit davongetragen, das ihm in den dynastischen und religiösen Zwistigkeiten der früheren Jahrhunderte fast vollständig verloren gegangen war. Dies Bewußtsein konnte ihm nicht mehr genommen werden, um so weniger als der glänzende Aufschwung des deutschen Geistes auf allen Gebieten der Wissenschaft und der Kunst dasselbe kräftig erstarken ließ und ihm hier die freie Bethätigung ermöglicht wurde, deren es auf dem Felde politischer Thätigkeit ermangelte. Das deutsche Volk hatte deutsch fühlen, deutsch denken gelernt, gegenüber dem Jammer der Zustände in Deutschland während der vorhergehenden Jahrhunderte ein mächtiger unendlicher Fortschritt,

der den Einsichtigen als die Morgenröthe einer schönen Zukunft gelten durfte. Denn das Volk, welches im Empfinden und Denken sich selbst gefunden hat, muß dahin gelangen, auch die äußere hemmende Hülle zu zerbrechen und auf dem Gebiet der That die nationale Einheit zu bekräftigen. Unsern Zeitgenossen ist bekannt, mit welchen Schwierigkeiten die Vollziehung dieses letzteren Prozesses in dem Leben unseres Volkes zu kämpfen hatte, Schwierigkeiten, welche allerdings zum wesentlichen Theil gerade durch solche Eigenthümlichkeiten unsres nationalen Charakters hervorgerufen wurden, in denen die beste Garantie für die Erhaltung der kräftigen Frische unsres nationalen Lebens liegt. Heute indessen dürfen wir die freudige Hoffnung mit Zuversicht aussprechen, daß diese Schwierigkeiten, welche den Abschluß des Entwickelungsprozesses hinderten, beseitigt sind, und daß kein Hemmniß mehr der Bethätigung unserer nationalen Einheit entgegensteht. Unser Volk denkt und fühlt nicht nur deutsch — die erhabenen Ereignisse, die zu erleben uns vergönnt gewesen, sagen mit beredtestem Munde, daß wir auch deutsch zu handeln gelernt haben, daß Deutschland sich ganz wiedergefunden hat, und von den Alpen bis zur Nordsee, von dem Rhein bis zum Memel als ein Volk dasteht, einig an Haupt und Gliedern in der Liebe zum Vaterland, stark in den Waffen, fest durch die edelste Zucht des Geistes, welche allein die wahre Größe der Nationen bestimmt. Das begeisternde Traumbild, für welches unsere Väter todesmuthig in den Kampf gezogen, heute ist es eine herrliche lebensvolle Wahrheit geworden. Wenn wir mit gerechtem Stolz auf die Thaten unserer Generation blicken, so ziemt doch vor Allem den Männern der Dank des Volkes, welche vor 57 Jahren uns gelehrt haben, das Vaterland in reinster, edelster Selbstlosigkeit zu lieben und zu ehren.

Der damals begonnene Entwickelungsprozeß der deutschen Einigung ist heute abgeschlossen: von Innen heraus hat sich unser Volk die ihm gebührende Stellung errungen, in welcher ihm heute die staunenden Nationen huldigen. Aber schwerer noch ist es, eine solche Stellung zu behaupten, als sie zu gewinnen, und gerade die Geschichte der Gegenwart gibt in dieser Beziehung Lehren von einem furchtbaren Ernste. Die alte Lehre: Lerne vom Feinde, mag von dem siegreichen Deutschland wohl beherzigt werden; wir haben gesagt, weil wir mit dem Ernst der reinen Vaterlandsliebe, der Wahrheit und sittlichen Kraft in den Kampf traten gegen eitlen Uebermuth, gegen die Lüge und geistige wie sittliche Zuchtlosigkeit. Deutschland wird den Sieg nur behaupten können, so lange sein Volk sich den Besitz jener Eigenschaften erhält, so lange es festhält an der Sittlichkeit im bürgerlichen Leben, an der selbstlosen Hingebung dem Staate gegenüber, an der Ehrfurcht vor Gott.

Vom 18. Oktober bis 22. November 1870.

Rundschreiben des Grafen Chaudordy. — Waffenstillstandsgerüchte und die französische Presse. — Fall von Metz. — Weiteres zum Waffenstillstand. — Grérys über die Lage Frankreichs. — Englands Stellung zum Waffenstillstand. — Die französische Klage über Verrätherei. — Fortsetzung der Waffenstillstandsverhandlungen. — Abbruch derselben. — Rundschreiben Favres über die Verhandlungen in Versailles. — Replik des Grafen Bismarck. — Bericht Thiers' über seine Sendung in das deutsche Hauptquartier. — Pariser Presse.

22. Oktober 1870.

Die der Feder des Herrn v. Chaudordy entflossenen Aktenstücke verdienen beachtet zu werden, weniger ihres positiven Inhalts wegen, als vielmehr weil sie in vollendeter Weise die engen und beschränkten Auffassungen ausdrücken, die während der Dauer des Konflikts mit Frankreich überall entgegengetreten sind, wo es auf Großartigkeit und Schärfe in den Auffassungen ankam. Wie die Generalität, wie die Verwaltung, so auch die Diplomatie — nirgends eine Spur geistiger Bedeutendheit, nirgends eine Idee, ja nirgends selbst die Spur einer gründlichen, ernsten und wahrheitsliebenden Bildung. Wie die Bulletins der französischen Generale, die Proklamationen der Minister, so bilden auch die Cirkulardepeschen des Herrn von Chaudordy ein trauriges Gewebe von geschraubten Sophismen, von Unwahrscheinlichkeiten und Widersprüchen. Das Thema des Herrn von Chaudordy ist, den Nachweis der Friedensliebe zu liefern, welche Frankreich gegen Deutschland bethätigt hat; um diesen Nachweis zu besorgen, vertieft er sich in eine historische Auseinandersetzung, die von Unrichtigkeiten wimmelt, so sehr er auch bemüht ist, seine Darstellung auf ein verhältnißmäßig kleines Gebiet zu beschränken, und die ganze französische Geschichte seit Heinrich II., welcher die Bisthümer Metz, Toul und Verdun dem deutschen Reich entfremdete, mit dem einen Satz abfertigt: „der Eroberungskrieg war damals — d. h. bis zur Revolution — ein Gebrauch der Monarchien." Als ob er es zur Zeit der französischen Republik nicht gewesen wäre! Statt diesen Satz hinzustellen, der gegenüber den Eroberungen der französischen Republik in Deutschland, Belgien, Holland gar keine Berechtigung hat, würde Herr v. Chaudordy wohl gethan haben, die Geschichte der französischen Politik während der ganzen neuern Zeit von einem erhabenen Standpunkte aus zu betrachten und sich die Axiome zu vergegenwärtigen, welche seit der Thronbesteigung Heinrichs IV., d. h. seit der Beendigung der religiösen Bürgerkriege in Frankreich, für diesen Staat ebensowohl unter den Bourbonen, wie unter der Republik, und unter den Napoleons maßgebend gewesen sind, und welche gerade in der Opposition des letzten gesetzgebenden Körpers noch die entschiedensten Anhänger besaßen. Die Erwerbung der sogenannten natürlichen Grenzen Frankreichs bildete das eine, die Schädigung Deutschlands durch Begünstigung der

inneren dynastischen und religiösen Zwistigkeiten das andere dieser Axiome, welche seit den Tagen Sully's und des „guten Königs Heinrich" allen französischen Herrschern und Staatsmännern, den Richelieus, wie den Siéyès, den Talleyrands wie den Thiers, selbst einem Lamartine als Richtschnur für ihre Politik gedient haben.

Man kann mit voller Bestimmtheit sagen, daß kaum ein anderer moderner Staat mit der gleichen Konsequenz und ohne Rücksicht auf die Aenderungen in der Regierungsform an der Durchführung dieses seines traditionellen Programms gearbeitet hat, wie dies Frankreich gegenüber Deutschland gethan. Ganz kann sich auch Herr v. Chaudordy dieser Erkenntniß nicht verschließen. Zwar sagt er von der französischen Politik nach 1789, daß seit jener Zeit Frankreich weniger die Völker zu beherrschen, als zu erleuchten gesucht habe, allein er muß selbst einräumen, daß die Republik über dies Ziel hinaus fortgerissen wurde, und obwohl er im Anfang seiner Depesche in der Geschichte Frankreichs während der letzten hundert Jahre den Beweis für seine These finden wollte, daß Frankreich Deutschland gegenüber keine Eroberungsgedanken habe, so ist ihm doch auch dieser Zeitraum noch zu weit und er der Geschichte der ersten Republik und des ersten Kaiserreiches gegenüber genöthigt, die Grenzen noch enger zu ziehen und sich auf die Geschichte der letzten fünfzig Jahre zu berufen, um die Friedfertigkeit Frankreichs nachzuweisen. Auch hier bleibt er indessen den Beweis vollständig schuldig: allerdings sind in dieser Zeit Kriege zwischen Deutschland und Frankreich nicht verzeichnet, allein der Grund dafür, daß dies nicht der Fall, lag vielmehr in den veränderten Verhältnissen in Deutschland, das durch die Bundesverfassung wenigstens vor der Wiederkehr der Zustände im 18. und 17. Jahrhundert gesichert war, als in den friedlichen Gesinnungen Frankreichs, die durch die Vorfälle im Jahre 1840 genügend gekennzeichnet worden, als Herr Thiers ganz ebenso wie die Herren Ollivier und Gramont durch einen Krieg gegen Deutschland die Dynastie konsolidiren wollte.

Die Behauptung des Herrn v. Chaudordy, daß die französische Politik gegenüber Deutschland eine friedfertige gewesen, ist vollständig hinfällig. Nicht besser steht es um den zweiten Theil seiner These, daß das französische Volk durchaus nicht den ihm vorgeworfenen Ehrgeiz und die Eroberungsgelüste besäße. Hier wird Herr v. Chaudordy sogar von einer wahrhaft herzerfreuenden Naivetät, indem er der Behauptung, die Friedfertigkeit des Volkes habe das Kaiserreich gezwungen, zu erklären, daß es den Frieden bringe, unmittelbar den Satz folgen läßt: „Aber das Kaiserreich bedurfte des militärischen Prestiges und suchte es auf." Es ist kaum möglich, sich in harmloserer Weise zu widersprechen, denn von zweien eines; entweder das französische Volk war wirklich friedliebend, dann war die Politik des Kaiserreichs ein großer Fehler, oder das Kaiserreich wußte, daß seine Erhaltung nur möglich sei, wenn es den chauvinistischen Neigungen der Nation Rech-

nung tragen würde. Welcher von beiden Schlüssen der richtige ist, brauchen wir deutschen Lesern nicht erst zu sagen: uns allen ist es ja noch in lebhaftester Erinnerung, wie der Senat und der gesetzgebende Körper, wie die ganze Presse Frankreichs, wie die ganze Bevölkerung, nicht bloß in der Hauptstadt, sondern in den kleinsten Provinzialflecken, den Krieg gegen Preußen mit Jubel begrüßt hat. Diesen Kundgebungen will nun Herr von Chaudordy allerdings keine Bedeutung beigemessen haben; er bezeichnet die „Erklärungen einiger Schriftsteller und die lärmenden Manifestationen einer exaltirten Menge", als „isolirte Handlungen", und führt ihnen gegenüber die Berichte der Präfekten an, aus denen hervorgehe, daß in vielen Departements Besorgnisse und Widerwille gegen den Krieg ausgesprochen worden seien, daß daher „das Land den Krieg angenommen, und ihn nicht angerufen habe." Eine bedenklich auf Schrauben gestellte Vertheidigung der friedlichen Tendenzen des französischen Volks. Wie! Der Krieg gegen Deutschland wird auf einen Grund hin erklärt, den Herr v. Chaudordy selbst nicht für gerechtfertigt erklärt, auf einen Grund hin, dessen Frivolität die Entrüstung der ganzen sittlichen Welt erregte, und das „friedliebende französische Volk" nimmt keines der ihm zu Gebote stehenden Mittel wahr, um seine Friedensliebe zu bethätigen? Es protestirt nicht einmal in der Presse, in der Kammer zu Gunsten seiner Friedfertigkeit, es läßt sich sogar gefallen, daß Presse und Kammer in der schamlosesten Weise den Krieg predigen, ja die wahre öffentliche Meinung, welche jenen Krieg nach Hrn. v. Chaudordy nicht wollte, nichtswürdig fälschen? Es nimmt den Krieg an, obschon es ihn nicht gerufen! Nun, gerade gegen die „Friedensliebe" eines solchen Volkes, Herr v. Chaudordy, sind vor Allem Garantien nöthig. Einen einmal abgestraften Raufbold kann man laufen lassen, er wird sobald nicht wiederkehren, aber gegen einen Sklaven, der gegen seinen Willen auf das Geheiß seines Herrn zu den Waffen greift, gegen den sind die äußersten Vorsichtsmaßregeln nöthig. Der Besitz von Elsaß ist ein besserer Schutz, als diese negative Friedensliebe Frankreichs, von der Herr v. Chaudordy der Welt erzählt, und die so wenig stichhaltig ist, daß Herr v. Chaudordy, der jeden Theil seines Rundschreibens mit einer köstlichen Naivetät abzuschließen liebt, selbst sagt: „Welches Volk läßt sich übrigens nicht leicht beim ersten kriegerischen Ruf hinreißen?" Also war doch das Volk hingerissen bei dem Gedanken an den Krieg, trotz der Berichte der Präfekten! O Herr v. Chaudordy!! Aber Preußen hatte den Krieg gewollt: „Hatte es nicht seit 4 Jahren Alles gethan, um zu diesem Ziele zu gelangen?" fragt der französische Diplomat, und leitet damit seine Betrachtungen über den dritten Theil seiner These ein, daß nicht Frankreich, sondern Preußen, die Politik von Blut und Eisen, die Ruhe Europa's bedrohe.

Es gehört ein erstaunlicher Grad von Keckheit dazu, um gegenüber der Mäßigung, welche Preußen bewiesen, als im Jahre 1866

Frankreich die bekannten Kompensationen forderte, als im Jahre 1867 Frankreich Luxemburg wünschte, als im Jahre 1868 Frankreich vermittelst der Eisenbahnangelegenheit sich in Belgien einzunisten trachtete, als im Jahre 1869 der Bau der Gotthardtbahn Herrn Kerartry zu dem Ausruf hinriß: „lieber heute als morgen den Krieg mit Preußen", diesen Staat der Kriegspolitik zu beschuldigen Jahr für Jahr seit 1866, seitdem das neue Deutschland erstanden, dessen Aufgang in den Tuilerien mit „patriotischen Beklemmungen" empfunden wurde, während seine Existenz von der demokratischen Opposition stets obenan auf dem Register der Sünden des Kaiserreichs gegen Frankreich gesetzt ward, hat Frankreich gesucht, Preußen vor das Dilemma einer Demüthigung oder des Krieges zu bringen. Und als im Jahre 1870 der Krieg kam, hatte Frankreich ihn seit langer Zeit vorbereitet, freilich aber in seinem eitlen Hochmuth ihn als eine militärische Promenade angesehen und deshalb es versäumt, die ersten 14 Tage so zu benutzen, wie es die verspäteten deutschen Rüstungen gestattet hätten. Es waren das bange Tage für jedes deutsche Herz, und damit sie nicht wiederkehren, namentlich, da Frankreich schwerlich später dieselben Fehler machen wird, wie im gegenwärtigen Feldzug, ist es unerläßlich nothwendig, daß Deutschland eine Abgrenzung erhalte, welche es gegen die Ueberraschungen des „friedlichen" Frankreichs sichert. Auch hier läßt übrigens die Naivetät des Herrn von Chaudordy nichts zu wünschen übrig, der gelegentlich der Rückforderung von Elsaß und Lothringen die geistvolle Bemerkung macht: „Man sieht in der That nicht recht ein, in wiefern Deutschland besser vertheidigt wäre, indem es seine Grenze weiter hinausschiebt. Im Falle eines Einfalles würde das occupirte Land das von Deutschland annektirte Land sein und das Theater der Feindseligkeiten würde einfach von einer Provinz in die andere getragen werden." Herr von Chaudordy übersieht vollständig, daß mit dem Erwerb des Elsaß einmal unsere Grenzen gegen Frankreich hin geschlossen sind, während jetzt Süddeutschland dem Eindringling offen liegt, so daß die Möglichkeit seiner Vertheidigung durch Preußen angezweifelt worden ist. Mit ungeheuren Opfern ist der Gegenbeweis geführt worden, allein Deutschland zieht es doch vor, diese Opfer fernerhin zu sparen, indem es den Schutz der natürlichen Mauern zwischen Deutschland und Frankreich ausnutzt. Dann aber ist es für den Fall eines abermaligen französischen Angriffs unendlich wichtig für Deutschland, daß es seine Heere sofort in das Herz Frankreichs senden kann, wenn es genöthigt wird, zum vierten Male gegen Paris zu marschiren.

Der Versuch des Herrn von Chaudordy, in dem ersten seiner beiden Aktenstücke eine Rechtfertigung Frankreichs zu geben, ist, wie wir gezeigt zu haben glauben, vollständig verfehlt gegenüber den thatsächlichen Verhältnissen. Beklagenswerther als dieses Aktenstück, dessen ganze Reflektionen ja wesentlich retrospektiver Natur sind, ist die zweite

Note, weil in derselben nicht allein die Beschränktheit der gegenwärtigen französischen Machthaber, sondern was viel schlimmer ist, ein vollständiger Mangel an gesundem und wahrhaft moralischem Urtheil zu Tage tritt. Selbst abgesehen von der Lüge, daß Graf Bismarck Herrn Jules Favre erklärt habe, er wolle Frankreich zu einer Macht zweiten Ranges herabdrücken — was bekanntlich nicht der Fall gewesen — so zeigt die hier gelegentlich der Frage der Gebietsabtretungen abgegebene Meinung der Regierung von Tours, den sehr bedenklichen Umstand, daß dieselbe für die Faktoren wahrer moralischer Größe und wirklicher Gesundheit einer Nation gar kein Verständniß hat. Der Satz des Herrn von Chaudordy

> „Was eine Macht durch eine Territorialvergrößerung gewinnt, welche sie mit Zustimmung eines plötzlich mächtig gewordenen Staates erlangt, ist von geringerer Bedeutung und gleicht oft nicht den Mangel an Sicherheit, welcher daraus für sie entspringt, aus. Durch eine gewaltige Eroberung, die ihm ein feindlicher und in Zukunft drohender Sieger auferlegt, verliert diese Macht zugleich ihr moralisches Prestige, ihre materielle Kraft und ihre Ruhe."

enthält einen Trugschluß, der um so beklagenswerther ist, als er an dieser Stelle ausgesprochen, nothwendig die Geister in Frankreich verwirren muß, indem sie dahin geführt werden, in den äußeren Verhältnissen Frankreichs, nicht in seiner inneren Gesundheit den Grademesser für die Kraft und die Bedeutung der Nation zu sehen, und vor Allem in der Verschließung gegen die Erkenntniß, daß eine Sühne für ihr friedensbrecherisches Vorgehen unerläßlich sei, bestärkt werden. Daraus aber, daß die französische Regierung zu solchen Sophismen ihre Zuflucht nimmt, dürfte vielleicht nicht mit Unrecht der Schluß gezogen werden, daß in der That die französische Nation nicht mehr die Gesundheit besitzt, um den Verlust einer Provinz ertragen und aus dieser mehr mordlischen als thatsächlichen Schmälerung ihrer Macht neue Kräfte gewinnen zu können. Eine Regeneration Frankreichs, wie sie Preußen nach dem Jahre 1806 durchzuführen vermochte, würde danach unmöglich, der vollständige Verfall Frankreichs unvermeidlich erscheinen.

24. Oktober 1870.

Es bestätigt sich durchaus, daß Waffenstillstandsverhandlungen in Anregung gebracht worden sind. Telegramme aus Tours und namentlich aus Wien konstatiren, daß England den Kriegführenden den Abschluß eines Waffenstillstandes angerathen hat, um den Zusammentritt der französischen Nationalversammlung zu ermöglichen, welche allein die moralische Verantwortlichkeit des Friedensschlusses auf sich nehmen könne. Graf Granville hat gleichzeitig den Wunsch ausgesprochen, von den neutralen Mächten bei diesem Schritte unterstützt zu werden; östreichischer Seits ist man diesem Wunsche gefolgt, und scheint überhaupt der Ansicht zu sein, daß dieser Versuch einen Erfolg haben werde.

Londoner — angeblich vollständig verbürgte — Mittheilungen der „Indep. Belge“ gehen noch weiter: ihnen zufolge sind nicht blos Verhandlungen über einen Waffenstillstand im Gange, es seien vielmehr direkte Friedensverhandlungen zwischen den Generalen Bazaine und Trochu einerseits und dem Grafen Bismarck andererseits geführt worden, welche bereits bis zur Unterzeichnung der Dokumente gediehen waren, als Graf Bismarck den Einmarsch der Deutschen in Paris als alleinige materielle Garantie des Vertrages verlangte und Trochu nun die Unterzeichnung nicht wagte. So bemerkenswerth diese Mittheilungen des belgischen Blattes sind, namentlich im Zusammenhang mit der noch keineswegs genügend aufgeklärten Reise des General Boyer von Metz nach Versailles und von Versailles nach London, so müssen wir sie doch zunächst auf sich beruhen lassen. Möglich ist es, daß, gegenüber der verworrenen, Frankreichs Zukunft vollständig auf das Spiel setzenden Politik der Herren Gambetta, Favre, Rochefort und Genossen, das militärische Element, vertreten durch die Generale Trochu und Bazaine, sich entschließt, die Gewalt an sich zu reißen und direkt wegen Herstellung des Friedens zu unterhandeln; allein gegenwärtig scheinen die Verhältnisse in Frankreich für eine solche Lösung noch nicht reif zu sein, der jedenfalls eine weitere Niederlage der „Armeen“, welche Gambetta aus der Erde zu stampfen bemüht ist, vorausgehen müßte. Erst dann würde die Friedenspartei in Frankreich hinlänglich erstarkt sein, um direkte Verhandlungen mit dem Sieger zu ermöglichen.

Anders verhält es sich mit den Waffenstillstandsverhandlungen, welche England in Uebereinstimmung mit den neutralen Mächten angerathen hat. Die Ursache, warum dieselben sich im gegenwärtigen Augenblick zu diesem Schritte entschlossen haben, ist wohl darin zu sehen, daß die Periode verhältnißmäßiger Ruhe, welche den ersten Abschnitt der Belagerung von Paris ausgefüllt hat, abgelaufen ist. Die deutscher Seits erforderlichen Anstalten, um energische Angriffe auf die Forts und die Stadt Paris unternehmen zu können, sind vollendet: große Kämpfe, furchtbare Zerstörungen, entsetzliches Elend der Bevölkerung von Paris sind schon in den nächsten Tagen unvermeidlich, wenn es nicht heute noch gelingt, einen Waffenstillstand zu ermöglichen. Die Erkenntniß der ungeheuren Gefahren, die trübe Erfahrung, welche die französischen Machthaber gelegentlich der nutzlosen Ausfälle aus Paris und der Niederlagen an der Loire gemacht haben, können es denkbar erscheinen lassen, daß auf französischer Seite Neigung zum Abschluß eines Waffenstillstandes vorhanden ist, der, auch ohne zum Abschluß des Friedens zu führen, große Vortheile für Frankreich bedingen würde, da er ihm eine Zeit der Ruhe zur weiteren Organisation seiner Streitkräfte, zur Beschaffung von Geldmitteln und Einberufung der Constituante, zur Regelung und Konsolidirung der tief erschütterten Verhältnisse im Innern bieten würde, während gleichzeitig ein Stillstand in den mit großen Anstrengungen vorbereiteten militärischen

Operationen für die deutsche Heeresleitung mit Nachtheilen aller Art verbunden sein würde. Dennoch liegen bis jetzt keine Anzeichen vor, welche es für wahrscheinlich gelten lassen könnten, daß man in Tours einen Waffenstillstand annehmen wird. Alle Willensäußerungen der französischen Machthaber haben in den allerletzten Tagen den Abschluß eines Waffenstillstands auf Grund der Forderungen, welche Graf Bismarck in seiner Unterredung mit J. Favre in Ferrières gestellt, für unmöglich erklärt. Eine soeben erst veröffentlichte Bekanntmachung der Pariser Regierung meldet, daß ein zweiter Versuch, den der amerikanische General Burnside zur Herstellung einer Waffenruhe gemacht, resultatlos geblieben ist, weil die Pariser Regierung hartnäckig daran festhielt, die Bedingungen, welche dieselben, wie die in Ferrières gestellten, waren: Aufrechterhaltung der militärischen Stellung, also der selbstverständliche Ausschluß der Verproviantirung von Paris und Nichtbetheiligung der Bewohner von Elsaß und der neugebildeten Moseldepartements an den Wahlen zur Constituante, als gegen ihre Ehre verstoßend, zurückzuweisen.

Deutscher Seits wird man auch diesmal, wie stets in diesem Kriege, bemüht sein, die unerläßlichen Forderungen einer wahrhaft patriotischen und umsichtigen Politik mit den Wünschen einer weisen Humanität in Einklang zu bringen und statt das englische Ansinnen zurückzuweisen, bereitwillig auf Unterhandlungen eingehen, die indessen doch nur dann zu einem Ziele führen können, wenn französischer Seits nicht nur jene so äußerst maßvollen Forderungen erfüllt, sondern auch gleichzeitig Friedenspräliminarien zugestanden und für die Erfüllung derselben Garantien geleistet werden. Die Sprache des offiziellen Blattes der Pariser Regierung und die mit maßloser Leidenschaft geschriebene jüngste Cirkulardepesche des Herrn Favre lassen es kaum zweifelhaft erscheinen, daß man in Tours wie in Paris heute wie vor vier Wochen nicht die maßvollen Waffenstillstundsbedingungen, geschweige denn die unerläßlichen Friedenspräliminarien acceptiren wird.

25. Oktober 1870.

Aus Wien, wo man plötzlich ein ungemein lebhaftes Interesse an dem Zustandekommen des Waffenstillstandes zur Schau trägt, geht uns heute die Mittheilung zu, daß die Regierungsfiliale in Tours die englischen Vorschläge wegen eines Waffenstillstandes im „Prinzip“ gebilligt habe und Herr Thiers, nachdem er sich mit der Centralregierung in Paris verständigt, mit dem Grafen Bismarck in Verhandlung treten werde. Welcher Art die englischen Vorschläge sind, darüber verlautet auch heute noch nichts, und es ist daher zur Zeit noch unmöglich, ihre Tragweite und die von der Regierung zu Tours „im Prinzip“ ausgesprochene Billigung derselben zu würdigen. Bedeutet diese prinzipielle Billigung nichts, als daß man in Tours bereit ist, auf einen

Waffenstillstand zum Zweck der Wahl der Konstituante einzugehen, so ist damit sehr wenig, eigentlich gar nichts gesagt, denn die Vortheile einer Waffenruhe im gegenwärtigen Augenblicke sind ganz ausschließlich auf französischer Seite. Nur wenn das Zustandekommen der Waffenruhe zugleich die Billigung der für die sich daran anreihenden Friedensverhandlungen maßgebenden Prinzipien in sich schließt, ist die Geneigtheit der französischen Machthaber zu Verhandlungen beachtenswerth. Im deutschen Hauptquartier wird man sicherlich kategorisch auf dieses Zugeständniß und auf die Bewilligung von Garantien für die Aufrechterhaltung derselben, d. h. auf Einräumung einer entsprechenden militärischen Position bestehen.

Die ungemeine Rührigkeit, welche die neutralen Mächte in dieser Waffenstillstandsangelegenheit plötzlich entwickeln — auch der Kaiser von Rußland scheint nach den neuesten Nachrichten in dieser Richtung thätig — haben wir schon dadurch zu erklären gesucht, daß dieselben es angezeigt erachten, vor dem Bombardement von Paris einige Schritte zur Abwendung dieses Unheils von der französischen Hauptstadt gethan zu haben, damit ihnen nachher nicht der Vorwurf gemacht werden könne, theilnahmslose Zuschauer dieses mächtigen Ereignisses gewesen zu sein. Es scheint, daß in der That die ernste Mahnung, welche Graf Bismarck in seinem Rundschreiben vom 10. Oktober an die französischen Machthaber gerichtet hat, auch den Neutralen zu Herzen gegangen ist, und ihnen den Glauben gegeben hat, auch ihre Verantwortlichkeit sei bei den furchtbaren Folgen, die der Bundeskanzler als unausbleiblich bezeichnete, im Spiele. Diese Anschauung ist gewiß nicht zu tadeln, allein hoffentlich haben die Neutralen ihr einen besonders entschiedenen Ausdruck im französischen Lager gegeben. Denn dort allein ist man in der Lage, durch Bethätigung einer friedlichen Gesinnung und unbefangene Erkenntniß des Ernstes der Situation Abhilfe schaffen zu können. Zur Ehre der Neutralen muß wenigstens angenommen werden, daß sie keinen Versuch gemacht haben, im deutschen Hauptquartier den französischen Anschauungen, wie sie bisher ihren offiziellen Ausdruck in den Rundschreiben der Herren v. Chaudordy und Jules Favre gefunden, Geltung zu verschaffen. Wie maßlos dieselben sind, werden unsere Leser aus dem Cirkular Favres vom 18. Oktober, erkennen: in demselben überbietet Herr Favre noch seine früheren Leistungen, indem er nicht bloß die Behauptung aufrecht erhält, Preußen wolle Frankreich zu einer Macht zweiten Ranges herunterdrücken, sondern erklärt, deutscher Seits werde die Vernichtung Frankreichs erstrebt, es handle sich um Sein oder Nichtsein für dasselbe, wenn es in die Abtretung der drei von Preußen geforderten Departements willige. Eine solche Sprache richtet sich selbst; das siegreiche Frankreich hat zu allen Zeiten, auch im italienischen Kriege, Landesabtretungen Seitens der besiegten Gegner bei den Friedensverhandlungen in erste Linie gestellt, es hat von

Deutschland Landesabtretungen nach dem Kriege von 1866 gefordert und den gegenwärtigen Krieg mit der ganz unverholen ausgesprochenen Absicht, die Rheingrenze zu erwerben, begonnen: das besiegte Frankreich wird sich einer Behandlung nach denselben Grundsätzen fügen müssen.

Sache der Neutralen ist es, die Nichtigkeit und Thorheit solcher Anschauungen, wie sie Jules Favre entwickelt, den französischen Machthabern klar zu machen, und ebenso die grundfalschen Ideen zu bekämpfen, welche Herr v. Chaudordy in seinem neuesten Cirkular entwickelt, in welchem er die Belagerung von Paris als ein „Verbrechen" bezeichnet, dessen Verantwortlichkeit Deutschland zu tragen habe. Die Widersinnigkeit einer solchen Behauptung ist geradezu ekelerregend: Frankreich macht Paris zu einer Festung und glaubt sich den Folgen dieser Maßregel dadurch entziehen zu können, daß es dieselben für ein „Verbrechen" erklärt! Wenn Victor Hugo und Louis Blanc in ihren Proklamationen solche Faseleien vorbringen, so kann man darüber lachen; in einer Staatsschrift ernster Männer, oder doch solcher, die dafür gehalten werden wollen, ziemt sich derartiges nicht. Wollen die Neutralen wirklich einen Einfluß zu Gunsten des Friedens ausüben, so werden sie, wie gesagt, für eine logische und nüchterne Auffassung der Sachlage in Tours und Paris Sorge tragen müssen; sonst thäten sie besser, sich einer Vermittlung zu enthalten, die Deutschland am Ende doch mit einer Frage nach dem Rechte der Neutralen zu einer solchen Einmischung beantworten könnte. Als der Krieg begann, konnten sie sich nicht entschließen, ein Veto gegen Frankreichs friedensbrecherisches Vorgehen auszusprechen und dadurch die Kriegsgefahr zu beseitigen; allein ist Deutschland in den Kampf gegangen, allein hat es gesiegt. Auch als Frankreichs Feldarmeen niedergeschlagen waren, fanden die Neutralen keine Zeit zur Vermittlung, im Gegentheil, England zog es vor, den Franzosen Waffen und Munition gegen uns zu liefern und mit oberflächlichen Redensarten diese „neutrale" Haltung zu beschönigen. Heute nun glaubt es die Stunde zu Vermittlungen gekommen? sich selbst dazu berechtigt? So wenig rühmlich Englands Haltung in dem ganzen Verlauf des Konfliktes, so wenig geschickt die Politik Lord Granvilles gewesen, an die Möglichkeit, daß England auch in Versailles, nicht in Tours allein einen Druck zur Erzielung des Waffenstillstandes ausüben könne, können wir trotz alledem noch nicht glauben.

26. Oktober 1870.

Zur Waffenstillstandsfrage liegen keine neuen Momente von Bedeutung vor, namentlich wird der Mangel an authentischen Mittheilungen, wie weit denn eigentlich das englische Kabinet in seinen Vorschlägen gegangen sei, schmerzlich empfunden. Die Kenntniß der augenscheinlich gethanen Schritte würde allein ein Urtheil über die

größere oder geringere Wahrscheinlichkeit eines günstigen Resultates ermöglichen. Mehrfach wurde in der Presse Zweifel an der Richtigkeit der Angabe, daß das englische Kabinet in dieser Sache vorgegangen sei, laut, und nach einem Telegramm der „Kölnischen Zeitung" aus Berlin vom 24. Oktober soll auch der dortigen englischen Botschaft nichts von der englischen Intervention bekannt gewesen sein. Es handelt sich indessen hier wohl kaum um etwas anderes, als um ein Spiel mit Worten: eine Intervention im strengsten Sinne des Worts wird die englische Diplomatie allerdings nicht unternommen haben, da sie sonst der Schwierigkeit kaum entgehen könnte, Partei für oder gegen den Einen oder Andern der kriegführenden Mächte zu ergreifen, aber man wird von London aus auf die Nothwendigkeit, eine Constituante zu wählen, aufmerksam gemacht und sich bemüht haben, einen Waffenstillstand zur Vornahme dieser Wahlen zu ermöglichen. Man hat in London geglaubt, dies um so eher thun zu dürfen, als in Frankreich selbst der Wunsch immer lebhafter wird, aus der unmöglichen Situation herauszukommen, in welche die Kopflosigkeit und leidenschaftliche Verblendung der republikanischen Machthaber das Land gestürzt haben. Diese Wünsche haben bereits einen sehr positiven und ganz formellen Ausdruck erhalten; wie nämlich die „Indep. Belge" aus Tours vom 20. Oktober erfährt, hat sich am selben Tage Herr Grevy, der bekannte republikanische Abgeordnete und Batonnier des Advokatenstandes von Paris, welcher sich eines großen Ansehens erfreut, mit einigen Mitgliedern der Linken und des linken Centrums und mit der schriftlichen Autorisation von vielen anderen versehen — man spricht von einigen sechzig Notabilitäten der republikanischen Partei — zu Herrn Gambetta begeben und ihm die Lage Frankreichs etwa in folgenden Worten zu Gemüthe geführt: „Frankreich wünscht den Frieden; Deutschland will ihn ebenfalls, und Herr v. Bismarck weigert sich nicht, ihn abzuschließen. Aber er will nur mit einer regelmäßigen Regierung unterhandeln, und er hält die Regierung der nationalen Vertheidigung nicht für eine solche. Andererseits gestatten weder die Bedingungen, unter welchen Sie an die Gewalt gekommen, noch das Unternehmen, mit dem Sie sich vor aller Welt betraut haben, selbst wenn Herr v. Bismarck darein willigen sollte, Sie als de facto Regierung anzuerkennen, Ihnen die Bedingungen, welche er zulassen könnte, selbst wenn sie unter seinem (Bismarck's) Gesichtspunkte gemäßigt sein sollten, anzunehmen. Wir befinden uns daher in einer Sackgasse, und es giebt nur ein Mittel, aus derselben herauszukommen, nämlich das, sofort die Wahlen vorzunehmen und eine Nationalversammlung einzuberufen, aus deren Schoos eine legitime Regierung hervorgehen wird, mit welcher Preußen unterhandeln kann." Zur Unterstützung seiner Behauptung und, um die zahlreichen Einwendungen Gambetta's zu widerlegen, hätte dann Grevy noch hinzugefügt: „Herr v. Bismarck hat offiziösen Vermittlern erklärt, daß er die Wahlen in den besetzten

Provinzen nicht verhindern werde. Wir werden in einem Monate keine besseren Bedingungen erlangen, aber in einem Monate werden einige Tausend Menschen mehr umgekommen und Frankreich noch mehr zu Grunde gerichtet sein. Endlich ist es, damit wir Hilfsgenossen in Europa finden, nothwendig, daß die Regierung Frankreichs von den hauptsächlichsten Mächten anerkannt werde."

Die Bedeutung dieser Manifestation ist nicht zu verkennen, und in der That als der erste Schritt der Rückkehr zu einfachen und gesunden Anschauungen zu begrüßen, welche eine unerläßliche Voraussetzung für die Inangriffnahme von Friedensverhandlungen sind. Den Herren Gambetta und Kératry — welcher eben noch in Bordeaux erklärte, „Bazaine sei nicht mehr in Metz cernirt, sondern cernire die preußische Armee vor Metz" (sic!!) — mag der Schritt des Herr Grevy sehr wenig angenehm gewesen sein, allein sie scheinen sich gefügt zu haben. Vielleicht — Gewisses liegt darüber noch nicht vor — ist diese Manifestation nicht ohne Vorwissen der englischen Regierung erfolgt, welche im Anschluß an sie den Abschluß des Waffenstillstandes befürwortete. Ob dieser Waffenstillstand eintreten wird, hängt, wie wir dies zu wiederholten Malen hervorgehoben, wesentlich davon ab, daß man sich in Tours und Paris das Prinzip der deutschen Friedensbedingungen, die Länderabtretung, aneignet. Das „Journal de St. Petersb." hebt zwar auch in seiner neuesten Nummer hervor, daß die Friedensfrage nicht mit der Frage betreffend die Waffenruhe vermengt werden dürfe; gegenwärtig liege nur die letztere vor, und zwar handele es sich darum, den Zusammentritt einer Versammlung in Frankreich zu ermöglichen, welche alsdann die Friedensfrage zu prüfen habe. Dieser Standpunkt ist indessen nicht der richtige und so ganz ausschließlich den französischen Interessen günstig, daß er kaum im deutschen Hauptquartier gebilligt werden kann. Handelte es sich nur um die Wahl einer Konstituante, so würde ein einfacher Waffenstillstand genügen, allein wie die Sachen heute liegen, wo jeder Tag den französischen Streitkräften neue Männer und — Dank der englischen Neutralität — neue Waffen zuführt, wo jeder Tag die Kriegstüchtigkeit dieser Streitkräfte in Paris und den Provinzen stärkt, während die unseren Armeen gestellten Aufgaben täglich schwieriger werden, würde ein Waffenstillstand, der nicht zugleich über die Friedensbedingungen im Prinzip stipulirte, eine große Benachtheiligung der deutschen Interessen sein.

27. Oktober 1870.

Die von uns ausgesprochenen Ansichten über die Motive und Ziele der englischen Waffenstillstandswünsche bestätigen sich: das britische Kabinet hat dieselben ganz allgemein formulirt und sich darauf beschränkt, die Nothwendigkeit einer Wahl der Konstituante zu betonen, indem es dabei hauptsächlich im Auge hatte, seine Verantwortlichkeit

wegen der in Paris bevorstehenden Verwüstungen zu degagiren. In diesem Sinne schreibt auch die Wiener „Korrespondenz Warrens“: „England hat nicht im Entferntesten die Absicht kundgegeben, spezielle Bedingungen für den abzuschließenden Frieden aufstellen zu wollen. Die neutralen Mächte wollen ihre bisherige Stellung auch fernerhin behaupten; sie üben bloß eine civilisatorische Pflicht aus, indem sie den Vorschlägen des englischen Kabinets ihre Unterstützung leihen. Im Uebrigen überlassen sie selbstverständlich den Kriegführenden die Verantwortung für die Wege, welche denselben einzuschlagen gefällt.“ Nach derselben Quelle hatte am 25. Oktober Thiers bereits den Geleitsschein empfangen, welcher ihm gestattet, sich in das königliche Hauptquartier nach Versailles zu begeben. Ist diese Angabe richtig, so sind demnächst Nachrichten über die Ankunft des Unterhändlers im Hauptquartier zu erwarten. Die Wahl Thiers' bedeutet allerdings, daß die französischen Machthaber den von Jules Favre eingenommenen Standpunkt in den Verhandlungen nicht mehr für den richtigen halten, allein noch scheint der französische Größenwahnsinn keineswegs so weit ausgetobt, daß sie die Berechtigung der deutscherseits nothwendig zu stellenden Forderungen anerkennen könnten. Ist es auch lächerlich, wenn die Kaiserin „vom sicheren Port“ aus in englischen Blättern erklären läßt, sie halte Verhandlungen für unmöglich, so lange der Feind auf französischem Boden stehe und die geringste Gebietsabtretung fordere, so zeigt doch die Sprache der in Frankreich selbst erscheinenden Zeitungen noch immer, in welch' kolossalen Täuschungen man sich dort bewegt. So sagt zum Beispiel die „Patrie“ am 21. Oktober: „Wenn man im Princip und in absoluter Weise festhält, daß es sich nicht um erniedrigende Bedingungen handelt, so kann Frankreich mit Ehren und mit mehr Autorität als am Tage nach der Kapitulation Napoleons darüber diskutiren. Wir haben in der That heute das Recht, zu sagen, daß wir mit Entschlossenheit und mit Ehren das Feld halten, und daß die Vertheidigung von Paris dem Könige von Preußen dies blutige Prestige verlieren gemacht hat, welches ihm die drei aufeinanderfolgenden und unbestreitbaren Triumphe von Forbach, Reichshofen und Sedan gegeben hatten. Möge Europa daher reden, aber vor Allem sich an dieses erinnern: Frankreich verlangt nicht den Frieden, aber es kann ihn vielleicht annehmen.“ Danach also ist das Uebergewicht der deutschen Waffen beseitigt und der Friede nur ein Gnadenakt Frankreichs! So erklärt auch ferner der „Constitutionnel“, anknüpfend an die Worte des Grafen Bismarck, daß Frankreichs Ehre nicht anders beschaffen sei, als die Ehre anderer Völker, dies für durchaus unrichtig, da Frankreichs Ehre ihm niemals irgendwelche Gebietsabtretungen gestatte. Vor allem aber bezeichnend ist es, daß selbst der ausgesprochenermaßen den Deutschen unfreundlich gesinnte Pariser Berichterstatter der „Daily News“ erklärt, die Ueberspannung der Franzosen sei so groß, daß die Einnahme von Paris unbedingt erforderlich

sei, um sie zur Erkenntniß ihrer Niederlage zu bringen! Unter dem Drucke eines solchen bornirten Wahnsinns wird auch Herr Thiers im deutschen Hauptquartier nichts ausrichten können, da er keine Konzessionen zu bringen vermag, welche den begründeten Forderungen Deutschlands einigermaßen gerecht werden.

Daß man im deutschen Hauptquartier durchaus nicht Willens ist, sich durch diplomatische Konzessionen um die Früchte bringen zu lassen, welche das Schwert errungen, ist mit voller Sicherheit anzunehmen. Die heutige Nummer der „Prov. Corr." konstatirt zudem ausdrücklich, daß im Hauptquartier der früher behauptete Standpunkt unverrückt festgehalten wird. Sie sagt: „Man darf kaum wagen, sich großen Hoffnungen in Bezug auf das Gelingen des Waffenstillstandsversuchs hinzugeben, da noch alle Kundgebungen der augenblicklichen Machthaber in Frankreich bis in die letzte Zeit hinein erkennen lassen, wie weit dieselben davon entfernt sind, die Gesichtspunkte anzuerkennen, von welchen bei allen ernstlichen Friedensanbahnungen, mithin auch bei Waffenstillstandsverhandlungen auszugehen sein wird. Graf Bismarck hat diese unabweislichen Gesichtspunkte im voraus klar und bestimmt bezeichnet, und es ist kein Grund anzunehmen, daß nach der inzwischen nothwendig gewordenen Fortsetzung des Krieges und nach den dabei errungenen weiteren Erfolgen unserer Waffen ein Abgehen von jenen im nationalen Interesse gestellten Forderungen zulässig erscheinen sollte. Wohl aber hat der Fortgang des Krieges wie die Annäherung an die letzten Ziele desselben, die Verhandlungen über einen bloßen Waffenstillstand ungemein erschwert; denn insofern der Waffenstillstand nicht schon die politischen Bürgschaften des künftigen Friedens selbst in sich trägt, würde er um so mehr die militärische Bürgschaft gewähren müssen, daß durch seine Bewilligung nicht die Erfolge beeinträchtigt werden, deren baldige Erreichung wir gegenwärtig vor Paris ebenso wie vor Metz und auf allen anderen Gebieten des Kriegsschauplatzes mit Zuversicht in Aussicht nehmen dürfen. Es ist kaum anzunehmen, daß die jetzigen Machthaber Frankreichs ihre Auffassungen und Stimmungen in kurzer Zeit so sehr gewandelt haben sollten, um in dieser Beziehung die Berechtigung und Nothwendigkeit unserer Forderungen im Wesentlichen anzuerkennen. Aus diesen Gründen ist es schwer, an einen Erfolg der wohlgemeinten Schritte Englands zu glauben. Die Regierung in Tours hat allerdings die gegebene Anregung benutzt, um neue Unterhandlungen anzuknüpfen, und die Wahl des Herrn Thiers zum Unterhändler scheint dafür zu sprechen, daß man sich wenigstens von der Unmöglichkeit der Festhaltung des Standpunktes, welchen vor Kurzem Jules Favre vertreten hat, überzeugt habe. Es bleibt jedoch abzuwarten, inwieweit die provisorische Regierung fähig und bereit ist, das Gewicht der vollzogenen Thatsachen und der darauf begründeten Forderungen rückhaltlos anzuerkennen und in Waffenstillstandsbedingungen zu willigen, welche uns die Sicherheit

gewähren, daß der wohlverdiente Friedenspreis uns nicht verkümmert werden könne."

28. Oktober 1870.

Die Waffenstillstandsfrage gestaltet sich jetzt, wo die Quellen über die Beurtheilung derselben etwas reichlicher fließen, mehr und mehr entsprechend unsern Anschauungen, insoferne als es sich herausstellt, daß die neutralen Mächte wesentlich nur deshalb einen Waffenstillstand vorgeschlagen haben, weil sie es angezeigt erachteten, noch einmal ihre Stimme zu erheben, ehe das letzte Stadium des Krieges, das Bombardement von Paris begonnen.

So heißt es in einem als authentisch bezeichneten Exposé des „Journals de St. Petersbourg" über die Verhandlungen der neutralen Mächte, betreffend das Zustandekommen eines Waffenstillstandes: Als die neutralen Mächte sich unter einander verpflichteten, aus ihrer den Kriegführenden gegenüber eingenommenen Stellung nicht herauszutreten, ohne vorherige gegenseitige Mittheilung, war es die einstimmige Absicht derselben, eine günstige Gelegenheit zur Beendigung des Kampfes zu ergreifen. Eine solche war nur vorhanden, wenn die Vermittelung von beiden Seiten gefordert wurde. Als sich Favre in das Hauptquartier begab, ließen die neutralen Kabinette ihre Verwendung eintreten, um ihm den Weg dorthin zu erleichtern. Die kaiserliche Regierung trug ihrerseits dazu bei, indem sie die Erklärung abgab, daß die faktische Regierung in Frankreich gegenwärtig die einzig mögliche sei. Das preußische Memorandum über die eventuelle Aushungerung von Paris veranlaßte einen neuen Ideenaustausch unter mehreren neutralen Kabinetten. Mehrseitig trat der Wunsch hervor, etwas zu thun, um den Kriegführenden annehmbare Friedensbedingungen vorzuschlagen. Das kaiserliche Kabinet glaubte nicht an die Zweckmäßigkeit dieses Weges, da durch die Art der Vermittelung selbst eine schiedsrichterliche Stellung geschaffen wurde, welche ohne materielle Unterstützung unfruchtbar bleiben mußte. Die Kriegführenden mußten allein die Friedensbedingungen debattiren. Indessen konnten die neutralen Mächte die in Ferrières abgebrochenen Unterhandlungen wieder ermöglichen, durch den Vorschlag eines Waffenstillstandes behufs Zustandekommens einer Nationalversammlung, welche allein über die Fortdauer des Krieges oder über den Friedensabschluß entscheiden könne. Nachdem diese Erwägungen Zustimmung gefunden hatten, schlug das Londoner Kabinet einen Waffenstillstand vor, welcher Vorschlag von sämmtlichen neutralen Mächten unterstützt wurde.

Inzwischen hat sich auch herausgestellt, was von der angeblichen prinzipiellen Zustimmung der Regierung in Tours zu dem Waffenstillstandsvorschlag zu halten ist. Nach einer Mittheilung der „Indep. Belge" aus Tours vom 26. bleibt nämlich die dortige Regierung dabei, keine Bedingungen bei dem Abschlusse eines Waffenstillstandes zu-

zulassen, welche irgendwelche Territorialabtretung in sich schließen könnte.

Was unter solchen Umständen Thiers, der sich von Tours nach Paris und Versailles begeben hat, im Hauptquartier erreichen will, ist schwer verständlich; dort wird man ihn höchstens eine Abschrift der Kapitulation von Metz in die Hand gedrückt und mit derselben nach Paris zurückgesendet haben.

Die „reiche" Metz, wie die Stadt zur Zeit der deutschen Herrschaft genannt wurde, die nie im Kriege eingenommene jungfräuliche Festung ist in unseren Händen, die stärkste Armee Frankreichs hat vor dem siegreichen Feinde die Waffen gestreckt: großartig, von kolossalen Dimensionen, wie alles in diesem Feldzuge, ist auch dieser neueste Erfolg unserer Waffen. Freilich sind in den letzten Wochen Hunger und Krankheit uns wirksame Bundesgenossen gewesen, allein auf den mit edelstem Heldenblut so reich getränkten Schlachtfeldern von Metz, Mars la Tour und Gravelotte ward bereits das Loos über die Festung und die Armee geworfen: ihre Zukunft war nur noch eine Frage der Zeit, freilich keiner Zeit der Ruhe, sondern der unermüdlichsten, härtesten Arbeit für unsere Krieger, die in ihren Stellungen vor Metz im Kampfe mit den auch dem kühnsten Soldaten widerlichsten Feinden, den heimlich heranschleichenden Krankheiten, mit bitteren Entbehrungen die größte militärische Tugend, die Disziplin, neben heldenmüthiger Tapferkeit in herrlichster Weise bekundet haben. Es ist etwas Großes um das niemals rückwärts schauende Vorstürmen in offener Feldschlacht, aber fast größer noch ist das ruhige Ausharren, Gewehr bei Fuß, in solchen, allen Fährnissen des Krieges gleichmäßig ausgesetzten Stellungen. Die tapferen Kämpfer dort haben gestern einen unvergleichlichen Tag des Triumphes gefeiert, für den ihnen das Vaterland den vollen Dank entgegenbringt.

Die militärische Bedeutung der Uebergabe von Metz und der Kapitulation der Armee Bazaine's ist zunächst nicht in der Schwächung der französischen Vertheidigungskräfte zu suchen, trotz der ungeheuren Ziffer von 130,000 kriegstüchtigen Männern, welche in deutsche Gefangenschaft gerathen sind; dieses Heer war ja längst ein für die Vertheidigung Frankreichs werthlos gewordener Faktor. Die große Wichtigkeit liegt vielmehr darin, daß nunmehr ein werthvoller Theil der deutschen Streitkräfte zur Aufnahme der Offensive frei und in die Lage gebracht worden ist, die gemeinschaftlichen Operationen mit den anderen deutschen Heeren, welche durch die Einschließung von Metz seit 10 Wochen unterbrochen waren, wieder aufnehmen zu können. Eine Armee von nahe an 200,000 Mann tritt von Metz ihren Vormarsch in das Innere von Frankreich an, um, die Trümmer der auseinandergesprengten alten, die noch ungeübten in der Bildung begrif-

fenen neuen Truppen Frankreichs vor sich hertreibend, die Zerschmetterung unseres Gegners zu vollenden. Die militärische Situation, so günstig sie auch schon vorher für uns gewesen, hat nunmehr eine Gestalt erhalten, welche das baldige Ende des Krieges mit Sicherheit erwarten läßt. Auch die leidenschaftlichsten Anhänger des Krieges in Paris und Tours müssen nunmehr die Nutzlosigkeit eines ferneren Widerstandes erkennen; so mächtig auch die Verblendung ist, welche die Gemüther in der Hauptstadt umstrickt, die Kunde von dem Fall von Metz wird voraussichtlich eine nachhaltige Wirkung auch dort äußern und sie zu einer nüchternen Beurtheilung ihrer Lage und ihrer Aussichten zwingen. Die Hoffnung ist wenigstens nicht unberechtigt, daß mit Metz auch das festeste Bollwerk von Paris gefallen ist und die Dinge dort schneller noch, als man bisher erwarten durfte, einer Entscheidung entgegenreifen.

Welches das Loos von Metz sein wird, ob es im Friedensschluß bei Frankreich verbleiben, ob es an Deutschland zurückfallen wird, ist noch unbestimmt und eine Frage, die reiflicher, ernster Prüfung bedarf. Gewichtige Gründe sprechen dafür, daß das neue Deutschland sich nicht mit dem Besitz eines Landstriches belaste, der, jenseits der deutschen Sprachgrenze gelegen, in Folge einer dreihundertjährigen Verwälschung jede innere und äußere Gemeinschaft mit dem Stammlande verloren hat. Nicht minder gewichtige Gründe fordern, daß im Interesse der Sicherheit Deutschlands gegen französische Raublust wie Straßburg auch Metz, dieser andere Schlüssel zu unserem Vaterlande, dem Feinde genommen und für Deutschland eine militärische Position von unvergleichlicher Stärke gewonnen werde. Der Verlust von Metz leitete für Deutschland die Periode der inneren Zerrüttung und Uneinigkeit, der Beraubungen, des Zerfalles ein. Es ist ein trauriges Bild, was vor unsren Augen emporsteigt, wenn wir die Geschichte von Metz, welche bis zur Mitte des XVI. Jahrhunderts so enge mit der Geschichte Deutschlands verbunden war, verfolgen.

Wie in einem Mikrokosmus spiegelt sich in ihr wieder, was den Untergang deutscher Macht und Größe herbeigeführt hat: die Uneinigkeit der Fürsten, welche in ihrem eigensüchtigen Streben über das Gelingen der eigenen Pläne das Wohl des Ganzen vergaßen, die Parteizwistigkeiten in der Bürgerschaft und — der alte Feind, der nie gefehlt, wo es galt Deutschland zu schwächen — die überwiegende Macht des vaterlandslosen Ultramontanismus, dem Frankreich ein sichererer Beschützer als Deutschland erschien — sie haben Metz im Jahre 1552 dem Feinde ausgeliefert, wie sie von da an Deutschland selbst zum Tummelplatz fremder Machtpolitik werden ließen.

Jetzt hat Deutschland sich selbst, wie nie seit jener Zeit, wiedergefunden: Fürsten und Volk stehen einmüthig da, zur Vertheidigung der Freiheit, Unabhängigkeit und Ehre Deutschlands entschlossen: nach ruhmvollen, mächtigen Siegen ist Metz in die Hände der Deutschen

gegeben. Möge, wenn sie dauernd in unseren Besitz zurückgekehrt, die alte Reichsstadt ein Pfand sein dafür, daß Deutschland auf immer gebrochen hat mit jenen Feinden, denen es damals unterlegen und die es heute zu Boden gestreckt hat. Dann werden die blutigen Opfer, die wir vor Metz gebracht, in Wahrheit nicht vergebens gebracht sein. Auch die geistige Wiedererwerbung der entfremdeten Stadt dürfte sich leichter vollziehen, als vielfach angenommen wird, und die Furcht hinfällig sein, als bedinge der Besitz von Metz eine Reihe blutiger Kriege. Die wuchtigen Schläge, welche das einige Deutschland ausgetheilt, werden so lange unvergessen bleiben, als Deutschland sich selbst nicht wieder vergißt.

29. Oktober 1870.

Wir erwähnten gestern, daß die Regierung in Tours entschlossen sei, bei dem Abschluß eines Waffenstillstandes keine Bedingung zuzulassen, welche irgend welche Territorialabtretung in sich schließen könnte. Neuere Nachrichten über den Gang der Verhandlungen und über die von den französischen Machthabern eingenommene Haltung in dieser Angelegenheit sind nicht eingegangen, doch geben die in telegraphischen Auszügen vorliegenden Meinungsäußerungen der französischen Blätter einigen Aufschluß über die in gewissen Kreisen der dortigen Bevölkerung herrschenden Ansichten; setzen wir gleich hinzu, daß dieselben dem Waffenstillstand, dem Frieden nicht günstig sind. Es erneuert sich heute, am Vorabend des Bombardements von Paris, dieselbe Erscheinung, wie am Vorabend des Ausbruchs des Krieges, daß eine in der Anbetung Frankreichs und unter der entsittlichenden Herrschaft der Phrase großgewordene Presse in wüsten Deklamationen den Krieg ohne irgend welche Berücksichtigung des unendlichen Unheils, welches dadurch über Frankreich heraufbeschworen wird, fordert, und das eitle, unwissende Volk durch die Erinnerung an das längst dahingeschwundene „Prestige", durch die Verkündigung erfundener Siegesnachrichten und die Prophezeiung eines unfehlbaren Sieges zu neuen Kraftanstrengungen zu reizen sucht, welche doch kaum mehr als bloße Zuckungen sind. Die französische Presse, welche, mit wenigen Ausnahmen, zum überwiegenden Theil die Versunkenheit der heutigen französischen Generation verschuldet, ist auch nach den großen Krisen, welche dies Land durchgemacht hat, unverändert dieselbe, wie in den Julitagen; sie hat nichts gelernt und nichts vergessen. Ueberall tritt dieselbe Anmaßung, dasselbe hochmüthige Pochen auf die „unerschöpflichen Hilfsmittel" Frankreichs, dieselbe Verlogenheit, dieselbe schimpfliche Herabwürdigung des Gegners, und trotz aller Anmaßung und aller Siegesfanfaronaden dasselbe Haschen nach jedem Strohhalm, der Rettung bieten könnte, hervor. Die Beurtheilung der Waffenstillstandsfrage bietet davon manches Beispiel. So trägt die „Corresp. Havas" den von englischer Seite gemachten Waffenstillstandsvorschlägen ein ächt republikanisches Mißtrauen

entgegen: „Die Republikaner", sagt dies würdige „Organ der öffentlichen Meinung", „argwöhnen eine verborgene Falle in diesem Vorschlage und fragen sich, ob der Waffenstillstand nicht dem Sieger zum größeren Vortheil gereiche als dem Besiegten. Ein Zeichen von Sympathie für Frankreich ist darin nicht zu erblicken. So lange die preußischen Armeen keinem Hindernisse auf ihrem Marsche begegnen, so lange man glauben konnte, daß sie eines zu Boden geschlagenen Volkes leicht Herr werden könnten, haben die neutralen Mächte kein Lebenszeichen von sich gegeben und die Barbaren des Nordens nach Belieben schalten lassen. Jetzt aber, wo Frankreich sich erholt. wo auf allen Punkten ihm Vertheidiger erstehen, sich organisiren, wo die Republik sich anschickt, eine glänzende Revanche an den eingedrungenen Horden zu nehmen, welche von Krankheiten dezimirt und vom Siegen ermattet sind, jetzt will die europäische Diplomatie zwischen dem in Verlegenheiten befindlichen Preußen und dem sich erhebenden Frankreich sich ins Mittel legen. Die Wahrheit ist, daß Paris die feindlichen Horden in Respekt hält, daß Preußen seine Chancen abnehmen, Frankreich die seinigen wachsen sieht. Was können wir aus diesen Thatsachen anders schließen, als daß Preußen den Frieden nothwendiger braucht als Frankreich?"

Wäre der Wahnsinn nicht auch dort beklagenswerth, wo er zum Blödsinn wird, so könnte man in der That herzlich lachen über diese Deklamationen gegen die „nordischen Barbaren" über die unübertreffliche Prahlerei, daß „Preußen den Frieden nothwendiger brauche als Frankreich"! Aber die „Corr. Hav." wird vom „Siecle" noch übertroffen: dies Blatt, welches den Anschauungen der Gambetta und Genossen am nächsten steht, spricht es unumwunden aus: „Nicht aus Freundschaft für Frankreich, sondern aus Sympathie für Preußen begehrt jetzt Europa zu interveniren, man muß dieses Anerbieten also zurückweisen", um dann nach den leidenschaftlichsten Schmähungen gegen die europäischen Fürsten und das monarchische Europa mit der folgenden Diktion zu schließen: „Wir haben genug gelitten, um noch fernere paar Monate leiden zu können. Weg mit allen Unterhändlern für preußisches Interesse! Nur ein Krieg bis auf's Messer vermag uns eine eklatante Revanche, einen ruhmvollen Frieden und eine ewige Republik zu bieten." Die „France" ihrerseits spricht sich kaum minder energisch gegen jeden „erniedrigenden Frieden" aus, der, wie Europa und England begreiflich finden würden, unmöglich sei. Doch greift dies Blatt begierig nach jedem Schimmer einer Einmischung der neutralen Mächte und meint: „Die Schritte der Neutralen hinsichtlich des Waffenstillstandes beweisen, daß Europa aufhört, ein gleichgiltiger Zuschauer der Ereignisse zu sein."

Diese Proben französischer Journalistik ließen sich um viele vermehren; die gegebenen werden indessen genügen, um zu zeigen, wie weit zunächst noch dieser leider nur zu einflußreiche Theil der politi-

schen Welt in Frankreich davon entfernt ist, dem Friedensbedürfniß des Volkes Rechnung tragen zu wollen. Dennoch scheint es, daß allmälig sich vielleicht eine Gegenstimmung auch in der Presse bilden wird. Der „Siecle" zeigt an, daß sich eine Friedenspartei in Tours mit Thiers, Grévy, Guyot-Montpayroux, Wilson, Lefevre-Pontalis als Führern und einem Journale, betitelt „La Constituante", zur Vertretung ihrer Interessen gebildet hat. Wenn der „Siecle" diese Friedenspartei als „orleanistisch" bezeichnet, so hat dies wohl zunächst nur den Zweck, die Tendenzen derselben zu verdächtigen, um so den Bestrebungen nach Herstellung des Friedens, welche den Sturz der Männer des „Siecle" unbedingt nach sich ziehen würde, entgegen zu arbeiten. Es ist übrigens mit Bestimmtheit anzunehmen, daß der Fall von Metz in dieser Richtung beachtenswerthe Folgen nach sich ziehen wird; jedenfalls bietet derselbe in Verbindung mit den englischen Waffenstillstandsvorschlägen der Friedenspartei eine günstige Möglichkeit, einen starken Druck auf die Regierungsmänner auszuüben. Es würde uns nicht überraschen, wenn unter dem Druck dieses Ereignisses die im Keim bereits erkenntlichen Meinungsverschiedenheiten in kürzester Zeit eine große Bedeutung erhielten.

1. November 1870.

Verrath ist heute die Losung der republikanischen Machthaber Frankreichs; für Alles, was sich dort zuträgt, kennen sie nur die eine Ursache: Verrätherei. Verrath hat uns die Schlachten von Weißenburg und Wörth, von Metz und Sedan gewinnen lassen, Verrath die Reihe stattlicher Festungen den deutschen Waffen überliefert, Verrath uns nach Paris und Orleans geführt, Verrath Metz und die Armee Bazaine's in unsere Hände gegeben. Der Ueberlegenheit des Gegners, der durch die Tapferkeit und Disziplin seiner Truppen, durch seine ausgezeichnete Bewaffnung und die umsichtige Benutzung derselben, durch seine geniale Strategie die Streitkräfte Frankreichs vernichtet, seine Festungen überwunden hat, der Unmöglichkeit, über eine gewisse Zeit hinaus eine Menge von fast 250,000 Mann innerhalb einer Festung zu erhalten, kann französischer Hochmuth keine Rechnung tragen. Für ihn haben weder die Gesetze der Logik noch der Natur Geltung: ihre unvermeidlichen Konsequenzen sind ihm die Folgen unnatürlicher Ursachen. Die kriegerische Ehre der Nation ist aus jenen Niederlagen unversehrt hervorgegangen, aber der äußere Schimmer, das „Prestige", ist gebrochen worden: statt zu prüfen, in wie fern sich darin nur eine gerechte Sühne für eine ungerechtfertigte Anmaßung, das strenge Walten der sittlichen Weltordnung vollzieht, welche den Machtkreis einer Nation nach dem Verhältniß ihrer realen Kräfte, ihrer physischen und moralischen Gesundheit bemißt, glaubt man in Frankreich die Reihe der Niederlagen durch rein persönliche Momente, durch die feile Gesinnung, durch Verrätherei der Führer erklären zu können. Man

vergißt, daß diese Beschuldigung mehr wie alle verlornen Schlachten die nationale Ehre besudelt, denn sie bildet den Maßstab für die Beurtheilung des moralischen Niveaus, auf dem sich die Gesammtheit des Volkes befindet. Während der Belagerung von Straßburg war General Uhrich der Heros der neuerstandenen französischen Republik: nach dem Falle der Festung ward er des feigen Verraths beschuldigt; „unser ruhmreicher Bazaine" nannte Jules Favre in seinem Rundschreiben den Feldherrn der Rheinarmee; als verbrecherischen Verräther brandmarkt ihn heute Gambetta in seiner Proklamation. Noch ist General Trochu der Mann des Tages: aber wir wissen ganz genau, an welchen Pranger sein Name geschlagen werden wird, wenn auch die Hauptstadt ihrem unvermeidlichen Schicksal erlegen ist. Ist es bedauerlich, wenn die leichturtheilende Menge in Zeiten des nationalen Unglücks solche Anklagen gegen unglückliche Generale und Staatsmänner erhebt, so ist es widerlich, wenn die Machthaber das Urtheil des Volkes geflissentlich irreleiten, und das System der Lüge und Verdächtigung in Augenblicken fortsetzen, wo dem Volke die volle Wahrheit geboten werden muß, weil nur diese die Rettung schaffen kann.

Daß freilich das französische Volk selbst nicht mit jenem System bricht, daß es immer von Neuem wieder der Lüge Glauben schenkt, zeigt, wie sehr es solcher Machthaber würdig ist, und macht es zum Genossen der Schuld, welche es allein in so furchtbarer Weise büßt. Seine Führer werden der Strafe entgehen. Für sie ist es ein Leichtes, die emphathischen Betheuerungen des Luftreisenden Gambetta wahrzumachen und „sich niemals zu ergeben, so lange wir noch einen Zoll unseres geheiligten Bodens unter unseren Sohlen haben." Nicht so für die Bevölkerung, welche mit tausend sichtbaren Banden mit dem Lande verknüpft ist, und ihre Häuser vom Feuer verzehrt, ihre Aecker unbestellt, ihre Habe vernichtet sieht in dem Kampf, den sie weder für ihre Ehre, noch für ihre Unabhängigkeit kämpft, denn beide sind nicht von uns bedroht. Die Bevölkerung wird indessen, trotz aller Phrasen Gambetta's und trotz der Versicherung Garibaldi's, dem fahrenden Ritter im Dienste der Lüge, daß „wir den Feldzug mit einem brillanten Schlußeffekt beendigen werden", zur Erkenntniß ihrer Lage kommen. Doch scheinen sie heute in der That noch ziemlich weit von jenem Augenblicke entfernt, und neue Opfer, neue Vernichtung unvermeidlich.

Hinsichtlich des Waffenstillstandes liegen einige interessante Mittheilungen vor, welche sich indessen weniger auf das Zustandekommen desselben, als vielmehr auf die Motive beziehen, welche die neutralen Mächte veranlaßt haben, ihn vorzuschlagen. Die „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlicht eine sehr ausführliche Analyse der Note, welche das englische Kabinet zur Befürwortung seines Vorschlags nach Berlin gerichtet hat. Sie entspricht vollständig unserer früher geäußerten Voraussetzung, daß vorzugsweise der Wunsch, in keiner Weise irgend

welche Verantwortlichkeit für das Schicksal von Paris zu tragen, der bestimmende Moment gewesen ist.

In Tours äußert man sich nach wie vor sehr hoffärtig diesem Vorschlage gegenüber: man habe den Waffenstillstand weder gewünscht, noch verlangt, und könne ihn nur bewilligen, wenn dadurch in Nichts das bekannte Favre'sche Programm — kein Zoll Land, kein Stein von Frankreichs Festungen — modificirt würde. Was unter solchen Umständen eigentlich Herr Thiers in Versailles will, ist unverständlich; dort wird man ihm, wenn er solche Willensäußerungen der Männer von Tours auskramt, nur anworten können, was die „Nordd. Allg. Ztg." auf jene englische Note erwidert, daß nämlich der König von Preußen bereit sei, auf einen Waffenstillstand zur Wahl der Konstituante einzugehen, daß die Regierung der nationalen Vertheidigung aber diese Wahl nicht wolle und daher nichts übrig bleibe, als die Erzwingung eines uns passenden Friedens durch die Gewalt der Waffen, gleichviel was daraus für Paris resultirt.

4. November 1870.

Es ist schwer, ja unmöglich, sich von der Tragweite der gestrigen Waffenstillstandsnachrichten Rechenschaft zu geben: es ist ebensowohl denkbar, daß wir heute am Schluß des Krieges stehen, wie daß morgen bereits der Telegraph uns die Nachricht von dem Beginn der Angriffe auf Paris bringt. Unter solchen Umständen ist es natürlich nicht angezeigt, irgend welche Konjekturen über die größere oder geringere Wahrscheinlichkeit der einen oder anderen Eventualität anzustellen; die Krisis ist in ein Stadium getreten, in welchem jeder Augenblick die Entscheidung bringen kann.

Nach den telegraphischen Mittheilungen der „Times" soll Herr Thiers auf der englischerseits vorgeschlagenen Basis wegen eines Waffenstillstandes unterhandeln. Es verdient beachtet zu werden, daß eine förmliche Basis für den Waffenstillstand englischerseits gar nicht aufgestellt worden ist: die englische Regierung hat sich beschränkt, aus Motiven der Humanität und der Theilnahme an dem Geschick zweier ihr befreundeter Nationen die Waffenruhe zum Zweck der Wahl der Constituante vorzuschlagen, unter welchen Modalitäten diese Waffenruhe einzutreten hätte, darüber hat man in London sich nicht weiter ausgelassen.

Hr. Thiers wird daher, wenn jene Nachricht richtig ist, in Versailles nur über einen Waffenstillstand pure et simple verhandeln, durch welchen den militärischen Operationen nur in sofern Einhalt geboten würde, als jeder direkte Akt der Feindseligkeit untersagt ist.

Im deutschen Hauptquartier hat man, wie es scheint, einen andern Standpunkt eingenommen: Graf Bismarck hat Herrn Thiers einen Waffenstillstand von 25tägiger Dauer auf der Basis des militärischen status quo angeboten; es würde demnach also nicht bloß jeder unmittel-

bar feindselige Akt ausgeschlossen sein, sondern überhaupt die militärische Situation ganz unverändert so erhalten bleiben, wie sie jetzt ist, d. h. keine Verstärkung der Armee, keine Waffensendung, keine Errichtung von Befestigungswerken und Aehnliches eintreten können. Zweifelhaft darf bei einem solchem Waffenstillstand die Frage erscheinen, ob bei der Aufrechterhaltung des militärischen status quo die Verproviantirung von Paris für den entsprechenden Zeitraum von 25 Tagen mit inbegriffen ist oder nicht. Diese Frage ist selbstverständlich von größter Wichtigkeit, denn wie die militärischen Verhältnisse sich nach dem Fall von Metz gestaltet haben, würde ein Waffenstillstand auf der Basis des status quo abgeschlossen werden können, ohne erhebliche Gefährdung der deutschen Interessen, wenn die Verproviantirung von Paris ausgeschlossen bleibt. Dagegen ist nicht zu verkennen, daß durch ein Abkommen, welches Paris in die Möglichkeit versetzt, sich 25 Tage länger halten zu können, den deutschen Heeren, welche dadurch in die Lage kämen, die Operation erst mitten im Winter aufzunehmen, erhebliche Opfer auferlegt würden.

Wie auch neben den Waffenstillstandsaussichten sich die Friedensaussichten gestalten mögen, so viel steht fest, daß das Entgegenkommen, welches Graf Bismarck in den Verhandlungen über die Waffenruhe gezeigt hat, ein neuer schlagender Beweis der friedliebenden, versöhnlichen Politik ist, welche im deutschen Hauptquartier verfolgt wird. Es ist in der That etwas Großartiges um die Bereitwilligkeit, mit welcher der siegreiche Gegner, der in der Lage ist, über die Geschicke Frankreichs nach Gutdünken entscheiden zu können, die Hand dazu bietet, daß das Volk, welches uns den Krieg bereitet hatte, in die Lage versetzt werde, selbst über Krieg oder Frieden zu entscheiden, und ein glänzenderer Beweis der edlen Mäßigung und der wahrhaften Friedensliebe Deutschlands nicht möglich. Die neutralen Mächte werden unzweifelhaft dieser Haltung, die wohl geeignet ist, manches Mißtrauen im Keime zu ersticken, ihre unbedingte Anerkennung nicht versagen. Wie aber wird sich Frankreichs Regierung verhalten, der Graf Bismarck zum dritten und letzten Male die sibyllinischen Bücher bietet? Ueber die Intentionen der Regierungsmänner selbst liegen keine authentischen Mittheilungen vor. Die Haltung der jenen Männern nahe stehenden Presse berechtigt indessen noch nicht zu der Annahme, daß die Verblendung, welche dieselben befangen hält, verschwunden sei. Am 29. Oktober noch erklärte der Moniteur in einem Artikel über den Waffenstillstand: „Den Frieden, aber einen Frieden, der durch seine Großartigkeit nur erlaubt, zu vergessen; den dauerhaften Frieden, nicht eine bloße Waffenruhe“; die „France“ suchte, ganz in Uebereinstimmung mit der Erwartung, die Graf Bismarck in seiner Note an den Grafen Granville ausgesprochen, nachzuweisen, daß die Waffenstillstandsvorschläge nicht ein Akt der Humanität seitens der Neutralen seien, sondern eine durch die Mission des Herrn Thiers erzielte Droh-

ung gegen Deutschland. Nach ihrer Anschauung soll der Waffenstillstand nichts mit dem Frieden zu thun haben.

Die jüngsten Auslassungen dieser Blätter lauten nicht anders; so betont der „Constitutionell“ ausdrücklich, daß die von Thiers vorgeschlagenen Waffenstillstandsbedingungen keine politischen Bestimmungen, ebensowenig eine Klausel enthalten, bezüglich der Einberufung der Constituante. Eine solche würde das Recht Preußens zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs in sich schließen. Wohl aber würde durch stillschweigendes Uebereinkommen die Möglichkeit geboten werden, die Ansichten des Landes zu Rathe zu ziehen. — Der „Moniteur“ bespricht die jetzige Lage Frankreichs und schließt seine Betrachtungen mit den Worten: „Fahren wir fort in der Vertheidigung der Integrität unseres Gebietes, unserer nationalen Unabhängigkeit.“

Geben diese Auslassungen die Anschauungen der Regierungsmänner wieder, so ist allerdings an eine Annahme des Vorschlags, den Graf Bismarck gemacht, nicht zu denken. Wird derselbe verworfen, so ist, wie man wohl annehmen darf, zu erwarten, daß mit schonungslosester Energie, wenn nicht jene Männer selbst, so doch das Land zur Erkenntniß des Charlatanismus einer solchen Politik gebracht wird.

5. November 1870.

An Stelle von Nachrichten über den weiteren Verlauf der Waffenstillstandsverhandlungen liegen Mittheilungen über den Ausbruch von Unruhen in Paris vor, welche einen sehr ernsten Charakter gehabt zu haben scheinen. Diese Vorfälle müssen, wie es scheint, in Zusammenhang gebracht werden mit den Waffenstillstandsverhandlungen. Letztere dürften den ultraradikalen Elementen als eine geeignete Handhabe erschienen sein, um die Menge gegen die Regierung der nationalen Vertheidigung zu fanatisiren und die revolutionäre Kommune an ihre Stelle zu setzen. Die Deklamationen über den Verrath Bazaine's haben danach schnell ein lautes Echo in Paris gefunden, wo der Pöbel und seine Führer nur allzubereit waren, die Saat reifen zu lassen, welche die Herren Gambetta und Genossen gesäet haben, als sie in allen Ereignissen nur die Wirkung der Verrätherei erkannt haben wollten. Sobald sie selbst in die Lage kommen würden, dem Zwang der Umstände Rechnung tragen zu müssen, mußte — das war unzweifelhaft — sich an ihnen selbst rächen, was sie in ihrer heillosen Verblendung gegen andere gesündigt haben. Schneller noch als wir erwartet haben, hat sich diese Vergeltung vollzogen: nicht einmal die Uebergabe von Paris war erforderlich, um die Herren Trochu, Favre und Genossen des Verraths beschuldigen zu lassen, die bloße Kunde von Waffenstillstandsverhandlungen genügte bereits! Die Vorgänge, deren Schauplatz Paris am 31. Oktober und in der Nacht zum 1. November gewesen, müssen die Entscheidung der Dinge dort einer Krisis entgegentreiben. Die Regierungsmänner scheinen dem Waffenstillstand nicht abgeneigt, und dürfen darin, wie aus dem

Verhalten der Nationalgarde hervorgeht, auf die Unterstützung der besitzenden Klassen rechnen. In wie ferne auch die Arbeiterbevölkerung diese Anschauung theilt, dürften die nächsten Tage bereits ergeben haben, da nach Angabe der Brüsseler Blätter die Regierung direkt an das Volk appellirt und von demselben eine neue Bestätigung ihrer Vollmachten gefordert hat. Allein selbst wenn, wie wir dies hoffen, die Stimme der Vernunft in Paris die Oberhand erhält, und demgemäß die Verhandlungen über den Waffenstillstand zu einem Abschluß geführt werden, ist es doch fraglich, ob nicht die Pariser Vorgänge in den Provinzialhauptstädten wiederholt werden, ob nicht z. B. in Lyon und Marseille, wo die Autorität der Regierungsmänner von Tours und Paris keineswegs unbedingt anerkannt ist, die Giltigkeit des Waffenstillstandes in Abrede gestellt, in Widerspruch mit seinen Stipulationen militärische Vorkehrungen getroffen werden. Es ist indessen augenblicklich noch nicht an der Zeit, eingehend auf die durch solche Eventualitäten bedingten Verwicklungen hinzuweisen, da der Waffenstillstand selbst noch keineswegs abgeschlossen ist.

7. November 1870.

Die Waffenstillstandsverhandlungen, deren Ergebniß die ganze Welt mit gerechtfertigter Spannung entgegensieht, scheinen noch zu keinem Resultate geführt zu haben: der sonst so redselige Telegraph, welcher uns aus Versailles die Wegnahme von zwei Luftballons durch preußische Husaren meldet, weiß nicht einmal zu berichten, ob Herr Thiers noch im deutschen Hauptquartier verweilt, oder ob er in die Hauptstadt zurückgekehrt ist, geschweige denn, wie beschaffen die Bedingungen sind, an deren Erfüllung Graf Bismarck die Bewilligung des Waffenstillstandes geknüpft hat. Dennoch läßt sich nicht verkennen, daß unter dem Druck der jüngsten Ereignisse auf französischer Seite die Neigung zu einer Beendigung der Feindseligkeiten wesentlich gestiegen ist. Zwar tönt hier und dort das alte Geschwätz weiter fort, das den Friedensschluß auf Kosten der Integrität des Landes für Verrath erklärt, zwar dekretirt Herr Gambetta — wir wissen nicht mehr, zum wievielsten Male — daß alle waffenfähigen Männer von 20 bis 40 Jahren zu den Fahnen eilen, daß je hunderttausend Einwohner eine Batterie aufbringen sollen, allein die Manifestationen im friedlichen Sinne sind ungleich zahlreicher. Mit wenigen Ausnahmen sind die Journale innerhalb wie außerhalb Paris dem Waffenstillstand und dem Friedensschluß günstig gestimmt, der Rücktritt des Diktators Gambetta selbst wird für unvermeidlich angesehen und mehrfach das Gerücht von seiner Abreise zur Armee — die Einen nennen die Loirearmee, die Andern die Armee von Lyon — verbreitet. Es ist selbstverständlich, daß sich hinter dieser Abreise zur Armee der Austritt Gambetta's aus der Regierung verbergen würde, wie denn auch Rochefort bereits aus der in Paris verbliebenen Regierungsabtheilung ausgeschieden ist. Eine

solche Reinigung der Regierung von den Vertretern der extremen Richtungen ist die natürliche Folge der ultrarevolutionären Bewegungen, welche gleichzeitig in Paris und fast allen bedeutenden Provinzialstädten Frankreichs ausgebrochen sind, und die, wenn auch ihr Verlauf in der Hauptstadt ein unblutiger gewesen zu sein scheint, in Marseille, Toulouse, Perpignan zu heftigen Unordnungen Veranlassung gegeben haben. In Lyon und St. Etienne soll die rothe Fahne niedergeworfen sein, nicht so in Marseille, wo ein vollständiger Terrorismus herrscht. Die Siege der rothen Demokratie im Süden Frankreichs rücken die Frage näher, auf welche wir neulich bereits hingewiesen, die Frage nämlich, was dann zu geschehen habe, wenn der mit Tours und Paris vereinbarte Waffenstillstand von den Gewalthabern im Süden nicht gebilligt werde. Damit übrigens kein Zug in dem Bilde der vollständigen Auflösung fehle, welches Frankreich heute bietet, treten neben den radikalen Erhebungen im Süden, im Westen legitimistische Bewegungen in den Vordergrund. Ohne Zweifel würde es für eine kräftige Regierung eine nicht allzu schwere Aufgabe sein, diese verschiedenartigen Elemente wieder zu binden, allein die einsichtigen französischen Patrioten können unmöglich die großen Gefahren verkennen, welche Frankreichs Zukunft aus diesem Auflösungsprozeß erwachsen werden, wenn nicht durch die Beendigung des Krieges die Möglichkeit gegeben wird, eine starke Regierung zu begründen.

8. November 1870.

Die sinnreiche Fabel von den sibyllinischen Büchern dürfte in der neuesten Geschichte Frankreichs eine Bestätigung finden. Drei Mal sind den französischen Machthabern aus dem deutschen Hauptquartiere Waffenstillstandsvorschläge gemacht worden, von einer Milde, die in Deutschland hier und da als zu weit gehend gemißbilligt, den europäischen Mächten die ungetheilte Anerkennung unserer Mäßigung und Friedensliebe abnöthigte; drei Mal hat die französische Regierung sich geweigert, diese Bedingungen zu erfüllen, obwohl dieselben in den eben resultatlos verlaufenen Verhandlungen eine noch mildere Fassung als früher erhalten hatten. Selbst die in Tours erscheinenden französischen Blätter räumen dies ein, wenn auch in ihrer Weise; so sagt die „France“: „es handle sich jetzt gar nicht mehr um so arrogante Forderungen (sic!), wie in Ferrières.“ In der That ist man deutscher Seits bis in die letzte Stunde zu einer Abschwächung der in den Unterhandlungen mit Jules Favre aufgestellten Forderungen in sofern bereit gewesen, als auch die Betheiligung des Elsaß und Lothringens an den Wahlen zur Constituante, wenn auch unter gewissen Reserven, zugestanden und von einer Einräumung besonderer militärischer Positionen Abstand genommen werden sollte. Man schlug deutscher Seits den Abschluß des Waffenstillstandes auf der Basis des militärischen status quo, selbstverständlich mit Ausschluß einer erneuten Verprovian-

tirung von Paris, vor, Bedingungen, welche der Ehre Frankreichs keineswegs zu nahe traten, den Interessen des Landes aber einen außerordentlichen Vorschub leisteten, so weit dies möglich war, ohne die berechtigten Interessen Deutschlands geradezu zu verletzen. Es scheint, daß, durchaus entsprechend den Erwartungen, welche Graf Bismarck in seiner Antwort an den Grafen Granville ausgesprochen, diese Mäßigung und das Entgegenkommen im deutschen Hauptquartier französischer Seits als ein Zeichen der Schwäche aufgefaßt worden ist. Schon der Umstand ist charakteristisch in dieser Beziehung, daß das „Journal off.“, indem es die ersten Schritte des Herrn Thiers in dieser Angelegenheit erwähnt, behauptet, der Vorschlag des Waffenstillstandes sei aus der gemeinschaftlichen Initiative der vier neutralen Großmächte, England, Rußland, Oestreich und Italien hervorgegangen, und eine Folge des tiefen Eindrucks, den die Vertheidigung von Paris in Europa gemacht habe. Es ist dies bekanntlich durchaus falsch, denn es haben weder die genannten Staaten in Bezug auf den Waffenstillstand eine gemeinschaftliche Initiative ergriffen, noch ist das leitende Motiv, welches das englische Kabinet zu seinem Vorschlag bewogen hat, in der Bewunderung der Vertheidigung von Paris, sondern vielmehr in dem Wunsche zu suchen, dieser Stadt die unausbleiblichen Leiden einer Eroberung, dem Lande die furchtbaren Opfer einer nutzlosen Fortsetzung des Krieges zu ersparen.

Es ist im höchsten Grade bezeichnend, daß die französische Regierung statt sich von den wirklichen Motiven Rechenschaft zu geben, in den Vorschlag des Waffenstillstandes eine den kriegerischen Leistungen der Nation dargebrachte Huldigung sieht. Sobald man sich in Paris und Tours auf diesen Standpunkt stellte, war es unzweifelhaft, daß die Verblendung weit genug gehen würde, um auch die gemäßigtsten Forderungen als unannehmbar erscheinen zu lassen. So ist es denn auch geschehen: statt sich an dem Waffenstillstand auf der Basis des militärischen status quo und an der Genehmigung genügen zu lassen, daß die Wahlen selbst in den okkupirten französischen Departements sollten vollzogen werden können, hat man in Paris die Gegenforderung aufgestellt, daß die Stadt während des Waffenstillstandes neuen Proviant beziehen könne, und damit jede Möglichkeit der Waffenruhe, jede Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs für die nächste Zeit abgeschnitten, denn da durch eine solche Kräftigung der Vertheidigungsfähigkeit von Paris die militärische Lage der Dinge selbstredend zu unserem Nachtheil in erheblichem Maße verändert worden wäre, konnte von einer Erfüllung dieser Forderungen unsererseits keine Rede sein. Herr Thiers, der selbst den Frieden um jeden Preis für allein den Interessen Frankreichs entsprechend halten soll, ist daher aus Versailles unverrichteter Sache heimgereist und den Kanonen der deutschen Cernirungsarmee ist es nunmehr anheim gegeben, die tollhäuslerische Verblendung der Franzosen, als sei unser Mitleiden Schwäche, in ihrer ganzen Haltlosigkeit

klar zu legen. Von Neuem wird Frankreich, namentlich Paris, von den Greueln des Krieges heimgesucht werden. Wir haben vom militärisch-politischen Standpunkt aus keine Ursache, dies zu beklagen, denn eine dauernde Befestigung des Friedens, die werthvollste Errungenschaft dieses Krieges, ist nur möglich, wenn den Franzosen die Nichtigkeit ihrer hochmüthigen Prätensionen, des Glaubens an ihr „Prestige", in Folge dessen ihnen eine ausgezeichnetere Stellung als allen anderen Völkern gebühre, die Illusion, daß Paris ein unangreifbares Heiligthum der Menschheit sei, das nicht wie andere Festungen behandelt werden dürfe, zur klaren Erkenntniß gebracht worden ist.

Noch besteht dieser französische Größenwahnsinn, wie die letzten Verhandlungen von Neuem zeigen, in voller Blüthe, ebenso wie vor dem Ausbruch dieses Krieges, und es kann selbst zweifelhaft erscheinen, ob schon nach dem Fall von Paris die Ernüchterung eintreten wird. Sollte dies aber auch selbst dann nicht der Fall sein, so wird Deutschland, nachdem es Besitz von der Hauptstadt ergriffen, noch ungleich mehr in der Lage sein, als bisher, dem französischen Volke seine gänzliche Zerschmetterung fühlbar und es für lange Zeit hinaus unschädlich zu machen. Vom sittlichen und allgemein menschlichen Standpunkt aus ist die nunmehr zur absoluten Nothwendigkeit gewordene Fortsetzung des Krieges im höchsten Grade bedauerlich, um somehr als, wie die Sachen jetzt liegen, der Krieg einen andern, ungleich verderblicheren Charakter erhält: nicht mehr ein durch bestimmte Gesetze geregeltes Duell, wird er zum Racenkampf, zum Kampf bis aufs Messer, in welchem die auf beiden Seiten herrschende Erbitterung zu den furchtbarsten Mitteln greifen läßt. Indem die Gewalthaber der Republik abermals die dargebotene Hand zurückgewiesen haben, haben sie an dem eigenen Volke, an der ganzen Menschheit ein verabscheuungswürdiges Verbrechen begangen, das sie allein zu verantworten haben. Nur ein Mann wird es ihnen Dank wissen, daß sie in ihrem Wahnsinn unendliches Unheil über ihr Land heraufbeschwören; der Mann von Sedan, wie Herr Gambetta sich ausdrückt. Die vollkommene Auflösung, welcher die Herren Gambetta und Konsorten Frankreich entgegenführen, kann nicht anders als der Idee des Kaiserreichs zum Heil gereichen, das heute schon in keiner Beziehung mehr den Vergleich mit der Republik zu scheuen braucht, und, wenn die Verhältnisse Frankreichs sich in der unvermeidlichen Weise entwickeln, sehr bald in den Augen der großen Mehrzahl der Franzosen einen glänzenden Kontrast zu dem bilden wird, was die Republikaner aus Frankreich gemacht haben.

9. November 1870.

Ein gestern Abend noch eingegangenes Telegramm meldete, daß man im deutschen Hauptquartier, nachdem die Waffenstillstandsverhandlungen gescheitert, den Vorschlag gemacht habe, die Regierungen in Paris und Tours möchten auch ohne Waffenstillstand die Wahlen zur

Constituante ausschreiben, deren Vornahme in aller Freiheit in allen okkupirten Theilen Frankreichs deutscher Seits gestattet werden würde. Auch dieser Vorschlag ist abgelehnt worden. Es ist unmöglich, einen schlagenderen Beweis für den ernsten Willen zu geben, von dem man im deutschen Hauptquartier beseelt ist, der französischen Nation die Möglichkeit einer freien Entscheidung über die Frage, ob Krieg oder Frieden, in dieser gewaltigen Krisis zu geben. Dieser letzte Vorschlag des Grafen Bismarck aber ist von einer Bedeutung, die durch voraussichtlich nicht mehr ferne Ereignisse erst vollkommen beleuchtet werden wird, weil sich in demselben nicht nur die Friedensliebe auf deutscher Seite, sondern die Absicht ausspricht, so weit als es irgend möglich, in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten Frankreichs zu interveniren. Jules Favre hat in seinen Noten, wie in seiner Unterredung mit dem Grafen Bismarck wiederholt anerkannt, daß die „Regierung der nationalen Vertheidigung zur völkerrechtlichen Vertretung der Nation nicht berechtigt, daß nur eine Constituante diese Kompetenz zu verleihen im Stande sei." Vergeblich sind alle Versuche deutscher Seits gewesen, um durch die Ermöglichung des Zusammentritts der Constituante der gegenwärtigen französischen Regierung die Stellung zu verschaffen, kraft welcher sie eine kompetente, völkerrechtlich anerkannte Vertretung der Nation werden kann. Die Regierung der nationalen Vertheidigung hat angeblich gegen die bessere Ueberzeugung ihrer einzelnen Mitglieder nur auf den Willen des Generals Trochu die ihr gebotene Möglichkeit zur Ausfüllung der Lücken in ihrer Kompetenz zurückgewiesen: man wird sich daher nicht wundern dürfen, wenn nunmehr deutscher Seits die Möglichkeit, mit anderen Faktoren zu verhandeln, ernsthaft in Erwägung gezogen wird, nachdem sich so offenkundig herausgestellt, daß die gegenwärtigen französischen Machthaber weder Willens noch qualificirt sind, im Namen der französischen Nation zu verhandeln.

Welche Beweggründe den General Trochu zu seinem Widerspruch gegen den Abschluß eines Waffenstillstandes bewogen haben, welche Momente die übrigen Mitglieder der Pariser Regierung veranlaßt haben, sich ihm zu fügen und dadurch der Sache der Republik einen empfindlichen Streich zu versetzen, bedarf um so mehr der Aufklärung, als die gesammte Presse von Paris — mit Ausnahme der rothen Blätter — sich für den Waffenstillstand ausgesprochen habt. Das „Journal de Paris" sagt sogar: „Ein Waffenstillstand ist für uns weit vortheilhafter, als für die deutsche Armee. Würden wir ihn zurückweisen, so bewiesen wir damit nur, daß wir noch nichts gelernt haben, daß wir Alles wieder vergessen, und daß wir gerade so blind, als es das kaiserliche Gouvernement an dem Tage war, wo es an Preußen den Krieg erklärte, ohne dazu weder militärisch noch politisch vorbereitet gewesen zu sein." Und der „Temps" preist den Waffenstillstandsvorschlag als „das einzige glückliche Faktum seit Sedan"; „es

sei noch kein materieller, aber ein moralischer Sieg." Ist letztere Auffassung nur erklärlich, wenn man bedenkt, daß, wie wir gestern hervorgehoben, in Paris vielfach die entgegenkommende Haltung im deutschen Hauptquartier als ein Zeichen der Schwäche angesehen wird, so spricht sich doch in diesen Auslassungen immerhin eine ungleich rationellere Beurtheilung der französischen Verhältnisse, als in dem Beschluß der Regierung aus.

Wie tief gewurzelt übrigens die Anschauung war, als sei der Waffenstillstandsantrag nicht aus der Rücksicht auf die Schwäche Frankreichs, sondern aus einem Gefühl der Bewunderung für die Vertheidigung von Paris hervorgegangen, ergiebt sich recht klar aus der Proklamation, welche General Trochu am 1. November an die pariser Nationalgarde gerichtet hat, um die Regierung gegen den Vorwurf des Verraths zu vertheidigen. Es heißt in derselben:

„Endlich wurde der von den neutralen Mächten plötzlich gemachte Waffenstillstandsvorschlag gegen alle Wahrheit und Gerechtigkeit als das Vorspiel einer Kapitulation ausgelegt, während derselbe eine Ehrenbezeigung für die Haltung der pariser Bevölkerung und die Hartnäckigkeit ihrer Vertheidigung war. Dieser Antrag ist ehrenvoll für uns. Die Regierung stellte selbst die Bedingungen, welche ihr würdig und fest erschienen. Sie stipulirte eine Dauer von wenigstens 25 Tagen, die Verproviantirung von Paris während dieser Zeit, das Recht der Abstimmung bei den Wahlen der Nationalversammlung für die Bürger aller französischen Departements. Es war ein großer Unterschied zwischen diesen Waffenstillstandsbedingungen und denen, welche der Feind uns früher gemacht hatte: 48 Stunden effektive Dauer und einige sehr beschränkte Beziehungen mit der Provinz für die Vorbereitung der Wahlen; keine Verproviantirung; einen festen Platz als Pfand; die Nichttheilnahme der Bürger des Elsasses und Lothringens an der Abstimmung für die nationale Vertretung. An den heute in Vorschlag gebrachten Waffenstillstand knüpfen sich andere Vortheile, von denen sich Paris Rechenschaft ablegen kann, ohne daß es nöthig ist, sie hier aufzuzählen."

In der belgischen und französischen Presse dauert die Polemik über die Frage, ob Bazaine ein Verräther gewesen sei oder nicht, fort. Gegen den Marschall treten namentlich zwei Ankläger auf, ein Offizier der Mobilgarde, Valcourt, und ein Divisionsgeneral Bisson. Die Angaben beider Offiziere sind sehr umfangreich, ohne indessen irgend welche sichere Anhaltspunkte für ihre Behauptungen zu geben. Wir werden Gelegenheit haben, auf diese Anschuldigungen zurückzukommen.

11. November 1870.

Obwohl die Erfolge, die Herr Favre durch seine bekannten Noten über die Zusammenkunft mit dem Grafen Bismarck in Ferrières davongetragen, nicht gerade bedeutend gewesen sind, so ließ sich doch mit Bestimmtheit erwarten, daß derselbe aus den eben resultatlos verlaufenen Verhandlungen zwischen Herrn Thiers und dem Bundeskanzler Veranlassung zu einem neuen diplomatischen Rundschreiben nehmen würde, um abermals Preußen des Uebermuths, des Friedensbruches, der Eroberungs- und Mordlust, der Ehrlosigkeit, kurz, der ganzen

Skala politischer Verbrechen mit dem falschen Pathos des französischeu Advokaten anzuklagen. Diese Erwartung hat Herr Favre nicht getäuscht, er hat sie sogar übertroffen, nicht blos, weil der Wuthausbruch, mit dem der Wortführer der französischen Regierung die wahrlich von einer großartigen Mäßigung zeugende Haltung der deutschen Sieger beantwortet, in der That maßlos ist, sondern weil das Aktenstück in höherem Grade noch, als die früheren Schriftstücke der provisorischen Regierung, Unwahrheiten, Entstellungen und lächerliche Drohungen zu einer wahrhaft ergötzlichen Höhe aufthürmt.

Dieser Darstellung gegenüber erscheint es zunächst geboten, kurz die thatsächlichen Verhältnisse zu rekapituliren: die Note des Grafen Bismarck, welche auf die furchtbaren Folgen hinwies, die das von der französischen Regierung befolgte System der Verödung der Umgegend von Paris und der Vernichtung der Kommunikationsmittel unausbleiblich für die in Paris eingeschlossene Bevölkerung auch nach der Kapitulation haben müsse, bewog das englische Kabinet, bevor die Operationen gegen Paris begönnen, einen Versuch zu machen, ob es nicht möglich sei, wenigstens für so lange einen Waffenstillstand herbeizuführen, bis durch die Wahl einer konstituirenden Versammlung Frankreich selbst in die Lage gebracht werde, über Krieg oder Frieden zu entscheiden. Deutscher Seits wurde dieser Vorschlag, der zunächst von Oestreich, später auch von Italien befürwortet ward, angenommen und für die Bewilligung eines Waffenstillstandes von 25 Tagen Bedingungen aufgestellt, deren Milde die friedliebenden Gesinnungen im deutschen Hauptquartier in der unzweideutigsten Weise erkennen ließen. Obwohl die militärische Situation äußerst günstig für unsere Waffen war, günstiger noch als zur Zeit der ersten Verhandlungen in Ferrières, forderte man in Versailles weit weniger als in jenen Septembertagen: von der Forderung einer Einräumung wichtiger befestigter Stellungen war keine Rede, wohl aber erklärte man sich bereit, auch im Elsaß und in Deutsch-Lothringen wie in den andern okkupirten Landestheilen die Wahlen zur Constituante vornehmen zu lassen, unter der einzigen Bedingung, daß der militärische status quo nicht geändert, mit andern Worten, daß die militärischen Kräfte keiner der kriegführenden Nationen in irgend welcher Weise, also auch nicht durch die Erhöhung der in Paris befindlichen Proviantvorräthe, während der Dauer der Waffenruhe vermehrt würden. Diesem von der ganzen Welt gekannten Sachverhalte gegenüber entblödet sich Herr Favre nicht, den europäischen Kabineten die lügenhaftesten Erzählungen aufzutischen. Falsch ist seine Darstellung von dem Ursprung der Waffenstillstandsbedingungen, welche er als ein Verlangen Europa's darstellt; falsch ist seine Behauptung, daß Preußen das Zusammentreten einer Nationalversammlung zurückgewiesen habe, indem es eine unbillige Bedingung darangeknüpft habe, während man im Hauptquartier zu Versailles sogar bereit gewesen ist, auch ohne formellen Waffenstillstand die Wahlen

zur Nationalversammlung vornehmen zu lassen. Eine Lüge ferner ist es, wenn Herr Favre sagt, daß Preußen durch die Verwerfung des Waffenstillstands eine, persönlichen Interessen zu gute kommende Politik verfolge, eine Politik, die Herr Favre an einer andern Stelle als nur auf die Befriedigung des Ehrgeizes des leitenden Staatsmannes gerichtet, bezeichnet. Wie weit Graf Bismarck davon entfernt gewesen ist, gerade in den Waffenstillstandsverhandlungen eine Politik persönlicher Interessen zu befolgen, zeigt am Besten das Mißbehagen, welches überall in Deutschland zu Tage trat auf die Nachricht von den milden Bedingungen, welche der leitende Staatsmann dem Gegner gestellt habe.

Eine Lüge ist es, wenn Herr Favre weiter behauptet, Preußen wolle nicht nur die französische Armee, sondern die französische Nation vernichten, indem es Paris den Schrecken der Hungersnoth Preis gäbe: die Milde, mit welcher die deutschen Heerführer und Truppen das französische Volk überall behandeln, wo man ihnen nicht mit Akten der Feindseligkeit entgegentritt, zeigt zur Genüge, daß man deutscher Seits gar nicht daran denkt, „die französische Nation zu vernichten." Wenn aber Paris dem Hungertode preisgegeben wird, so ist das wahrlich nicht die Folge deutscher Grausamkeit, sondern die Folge der Thorheit jener, welche, indem sie eine Stadt wie Paris zur Festung machten, unwiderruflich über dieselbe das Schicksal aller Festungen im Kriege heraufbeschworen haben, es ist die Folge des verbrecherischen Wahnsinns jener, welche das Elend der in jener Festung eingeschlossenen Bevölkerung auch für die Zeit nach der Uebergabe noch steigerten, indem sie die Verwüstung der Umgegend anordneten. Lüge, nichts als Lüge, könnte man füglich als Motto jener Note voransetzen und dieselbe der allgemeinen Verachtung einfach preisgeben, da solche Lügen sich und ihre Urheber am besten selbst richten. Zwei Punkte verdienen indessen eine kurze Beleuchtung: der eine ist die Aeußerung Favre's, das Volk von Paris habe durch ein imposantes Votum die Regierung der nationalen Vertheidigung legitimirt, welche dadurch in den Augen Europa's die Weihe des Rechts erhalten habe. Es scheint angemessen, gegen diese kühn Europa in's Antlitz geschleuderte Behauptung Protest einzulegen. Das Votum der Pariser Bevölkerung hat die gegenwärtige Regierung in gar keiner Weise zu legitimiren vermocht. Dieselbe bleibt nach wie vor, was sie seit dem 4. September gewesen, ein in durchaus eigenmächtiger Weise eingesetztes Vertheidigungskomite, das völkerrechtlich nicht zur Vertretung der französischen Nation qualifizirt ist, so lange nicht die konstituirende Vertretung Frankreichs ihr diese Qualifikation gegeben.

Der andere Punkt ist das in dem Rundschreiben Favres hervortretende Bestreben, den Argwohn der europäischen Mächte gegen Deutschland anzustacheln, einmal, indem es Preußens Politik als im Interesse der Erhaltung der eigenen Macht auf die Vernichtung der französischen Nation gerichtet schildert, dann, indem er die angeblich durch Preußens

Hochmuth herbeigeführte Beseitigung der Waffenstillstandsproposition als eine den europäischen Mächten zugefügte Beleidigung, als ein warnendes Beispiel der dunklen Pläne darstellt, welche Preußen gegen das übrige Europa im Schilde führe, und nach der Besiegung Frankreichs vollenden werde. Man sieht, Herr Favre hält seine Note ganz im Stil einer Advokatenrede: erst die Vertheidigung des Klienten, dann die Anschwärzung des Gegners; aber der Ruhm, dessen Favre sich als Advokat erfreut — ein Ruhm, den seine Thätigkeit als Minister der auswärtigen Angelegenheiten übrigens bereits bedenklich gefährdet hatte — wird durch diesen Theil seines Plaidoyers nicht gerettet werden; eine auf schwächeren Füßen stehende Argumentation ist kaum denkbar, und sie wird in allen europäischen Kabinetten mit einem kühlen Achselzucken aufgenommen werden, ebenso wie die Berufung auf das Zeugniß der Nationen und die Armeen jener Mächte. Es ermangeln diese Phrasen vielleicht nicht eines gewissen Pathos, jedenfalls aber war es von höchster Ungeschicktheit, den Regierungen den Vorwurf zu machen, ihre Handlungsweise entspräche nicht den Anschauungen ihrer Armeen und ihrer Völker.

Alles in Allem genommen hat der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten mit seinem Rundschreiben sich selbst eine arge Niederlage zugefügt, denn nichts diskreditirt den Staatsmann mehr, als offenkundiges Lügen und taktlose Ungeschicktheit. Allein man muß zu seiner Entschuldigung nicht aus dem Auge verlieren, daß Herr Favre eben kein Staatsmann, sondern ein Advokat ist, in welcher Eigenschaft er freilich den alten Satz nicht hätte vergessen dürfen, daß auch der beste Advokat die schlechte Sache nicht zu einer guten machen kann.

12. November 1870.

Kennt einer von unseren Lesern das Gefühl, welches jeden erfaßt, der nach dem Gespräch mit einem Wahnsinnigen in die Lage kommt, mit dem Arzte zu sprechen? und nach den leidenschaftlichen Deklamationen eines überreizten krankhaften Verstandes einmal wieder die Stimme der gesunden Vernunft hört? Man hatte im Verkehr mit dem Wahnsinnigen, nach seinen Behauptungen, Folgerungen und Schlüssen, gegenüber den vergeblichen Versuchen, ihm ein gesundes Verständniß zu eröffnen, fast den Glauben an die eigne geistige Gesundheit verloren und war sich bewußt, daß ein längerer Verkehr mit dem Kranken uns selbst krank machen würde. Ein unendlich wohlthuendes Gefühl des Behagens, der Beruhigung aber bemächtigt sich unser, wenn wir wieder in den Verkehr mit gesund organisirten Wesen, mit Menschen treten, die richtig sehen und richtig urtheilen. Dieselbe Empfindung bereitet uns, nachdem wir gestern das Favre'sche Rundschreiben über die gescheiterten Waffenstillstandsverhandlungen gelesen, die Lektüre der Note, welche Graf Bismarck in derselben Veranlassung an die Gesandten des

norddeutschen Bundes gerichtet hat. Mit der ihm in seltenem Maße eigenen Klarheit und Präcision der Sprache faßt der Bundeskanzler die wesentlichen Momente seiner Besprechungen mit Herrn Thiers zusammen; die im deutschen Hauptquartier gestellten Bedingungen werden in kurzen und schlagenden Worten zusammengestellt und begründet, die Unzulässigkeit des Ansinnens der Pariser Regierung nachgewiesen und endlich der Schluß gezogen, daß der Verlauf der Verhandlungen zeige, wie es den jetzigen Machthabern in Frankreich von Anfang an nicht Ernst damit gewesen sei, die Stimme der französischen Nation durch freie Wahl einer Constituante zum Ausdruck gelangen zu lassen, und wie sie auf die Verhandlungen nur eingegangen seien, um den neutralen Mächten, auf deren Unterstützung sie hoffen, nicht eine abweisende Antwort zu geben.

Die ernste Aufrichtigkeit, welche jede Zeile dieses Aktenstücks durchdringt, macht einen wahrhaft wohlthuenden Eindruck gegenüber den Favre'schen Fieberphantasien. Sicherlich wird in allen europäischen Kanzleien vollständig der so glänzend geführte Beweis gewürdigt werden, daß die leitenden Persönlichkeiten im deutschen Hauptquartier in ihrer Bereitwilligkeit, die Herstellung des Friedens zu ermöglichen, bis an die äußerste Grenze der Konzessionen gegangen sind, indem sie eine der früheren Forderungen Frankreichs, die Wahlen auch in den okkupirten Theilen des Landes vornehmen und Vertreter von Elsaß und Lothringen in die Constituante berufen zu können, trotz der so wesentlich zum Vortheil Deutschlands gestalteten Situation bewilligten, und indem sie schließlich auch sich bereit erklärten, die Wahlen selbst ohne Waffenstillstand vor sich gehen zu lassen. Nicht weniger klar erhellt aus jenen Verhandlungen neben der Friedensliebe der deutschen Regierungen ihr ernster Wille, die richtig verstandene Ehre Frankreichs nicht zu kränken und sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes zu enthalten. Man hat sich in Paris dieser Erkenntniß verschlossen, und wird nun die Folgen tragen müssen.

16. November 1870.

Der Bericht des Herrn Thiers, der sich durch seine staatsmännische Ruhe und objektive Fassung sehr vortheilhaft von der bekannten Note Jules Favre's unterscheidet, ist zwar insoferne augenblicklich von geringerer Bedeutung, als er wesentlich schon bekannte Sachen noch einmal konstatirt, allein einige Punkte in demselben verdienen doch hervorgehoben zu werden. So scheint Herr Thiers anfänglich in seinen Verhandlungen mit dem Grafen Bismarck den Waffenstillstandsvorschlag als eine Einmischung der neutralen Mächte angesehen zu haben, eine Voraussetzung, die der Bundeskanzler sofort korrigirt hat, und wie schon gelegentlich der Favre'schen Note von uns hervorgehoben worden ist, mit vollem Rechte. Ferner ist es von Bedeutung, daß auch Herr Thiers die Kompetenz der gegenwärtigen französischen Machthaber zu

gültigen Verhandlungen nicht anerkennt, da er als Ziel des Waffenstillstandes ausdrücklich die Konstituirung einer regelmäßigen Regierung anerkennt, mit der in gültiger Weise verhandelt werden könne. Vor Allem wichtig ist es, daß nach den Angaben Thiers' Graf Bismarck sich ausdrücklich gegen jede Einmischung in die innern Angelegenheiten Frankreichs verwahrt hat. Grade von Seiten der Machthaber in Tours und Paris war ihm diese Absicht zugeschoben und dieselbe im Interesse kriegerischer Agitationen ausgebeutet worden. Was die Mittheilungen des Herrn Thiers über die Verhandlungen hinsichtlich der Verproviantirung von Paris betrifft, so haben dieselben jetzt ein weiteres Interesse nicht mehr, um so weniger, als außerhalb Frankreichs kaum eine Stimme in Europa laut geworden ist, welche nicht die Zulässigkeit und volle Begründung der deutschen Forderung anerkannt hätte.

Wie Jules Favre, so wendet sich auch Herr Thiers am Schluß seiner Auseinandersetzungen zu den neutralen Mächten und fordert sie zu Zeugen dafür auf, daß man französischerseits ihren Rathschlägen die gebührende Würdigung habe angedeihen lassen. Es kann dies füglich auf sich beruhen bleiben, da die Verwerfung des Vorschlags, die Wahlen auch ohne Waffenstillstand vornehmen zu lassen, in bündigster Weise zeigt, daß man in Paris von vornherein den Waffenstillstand nicht gewollt hat, weil man sich nicht der Gefahr aussetzen wollte, durch die Konstituante gestürzt zu werden. Wenn Herr Thiers schließlich nur das Kaiserreich, nicht die französische Nation des Fehlers beschuldigt, den Frieden gebrochen zu haben, so setzt er sich damit in einen eklatanten Widerspruch mit der Wahrheit. Das französische Volk wie das französische Kaiserreich wollten den Krieg mit Deutschland, sie hielten ihn für unvermeidlich; Herr Thiers selbst wollte ihn und sprach sich, nach eigenem Eingeständniß, in seiner bekannten Julirede nur deshalb gegen den Krieg aus, weil Frankreich nicht genügend gerüstet sei. Nach Thiers' Anschauung ist der einzige Fehler des französischen Volkes der, die Existenz des Kaiserreichs ertragen zu haben. Mag sein, daß auch hier Frankreich eine große Schuld trägt, obschon Herr Thiers, der eifrigste Verfechter des ersten, nicht am Wenigsten Theil hat an der Wiederherstellung des zweiten Kaiserreichs. Wenn aber Herr Thiers in seinem Bericht sagt: „Allerdings ist es ein großer und kaum gut zu machender Fehler, wenn sich ein Land eine solche Regierung giebt und ihr seine Geschicke ohne selbständige Kontrole anvertraut", so scheint uns dies ein zweischneidiger Satz, da er auch die gegenwärtigen Verhältnisse in Frankreich in treffendster Weise beleuchtet und verurtheilt.

21. November 1870.

Während Herr Thiers in seinem Bericht über die gescheiterten Waffenstillstandsverhandlungen wenn auch mit weniger Feuer, aber doch

mit derselben Hartnäckigkeit wie Herr Favre die Unannehmbarkeit der im deutschen Hauptquartier gestellten Bedingungen nachzuweisen bemüht ist, scheint in dem besseren Theil der pariser Presse ein wesentlicher Umschlag der Stimmung eingetreten, und der wohl längst im Stillen genährte Wunsch nach Frieden mächtig genug geworden zu sein, um einen Ausdruck in den Aeußerungen der öffentlichen Blätter finden zu können. Das Hauptquartier ist durch die wiederholte Wegnahme der „Ballonpost" in den Besitz zahlreicher Pariser Zeitungen vom 7. bis 12. November gelangt, welche, obwohl viele von ihnen noch während der Verhandlungen des Herrn Thiers eine äußerst kriegerische Sprache geführt hatten, schon am Tage nach der Rückkehr des greisen Staatsmannes aus Versailles, sich in entschiedenster Weise gegen die Regierung wegen der Verwerfung des Waffenstillstandes aussprechen, und die sofortige Berufung einer Volksvertretung verlangen. Mit längst bekanntem Hochmuth hatte die pariser Regierung der Bevölkerung der Stadt angezeigt, daß sie „ihre Bedingungen gestellt" habe, auf welche man aber in Versailles nicht eingegangen sei. In sehr entschiedener Sprache rügten verschiedene pariser Blätter, namentlich „Vérité" und „Patrie" „diesen Trompetenstoß, einen solchen Ton eitler Prahlerei" und halten der Regierung diese anmaßliche Sprache vor, welche jeder Tag minder gerechtfertigt erscheinen lasse; die Regierung dürfe, wenn das Heil des Landes ihr mehr gelte, als ihr eigener Ruhm, bei der Niederlage nicht eine Haltung affektiren, die selbst im Falle des Sieges gemäßigten und verständigen Leuten zu hochmüthig erscheinen würde. Sehr richtig bemerkt die „Patrie": „Die Regierung hat jede Unterhandlung mit einem Ultimatum eröffnet, und um sich desto gewisser in den Kreisen des Popilius, die sie selber zog, fest zu bannen, hat sie damit begonnen, jedes der Ultimatums, die sie dem Feinde stellte, an allen Mauern der Hauptstadt anzukleben. Es ist hübsch, sich mit erhabenen Redensarten zu schmücken und Angesichts des ganzen Weltalls zu rufen: „Weder dies, noch das!" Aber nur unter der Bedingung, daß der Feind nicht auf alle diese erhabenen Redensarten antwortet, indem er mit aller Ruhe erst dies und dann das sich nimmt. Es giebt eine gewisse Art, Bedingungen zu stellen, es giebt Trompetenstöße nach Römermanier, die selbst einem Sieger nicht gestattet sind, der ernstlich unterhandeln und zu einem Abschlusse kommen will." Wie die Haltung der Regierung überhaupt, so wird namentlich auch das famose Rundschreiben des Herrn Favre in der pariser Presse mit großer Schärfe getadelt.

Neben dieser negirenden Kritik der von der Regierung verfolgten Politik fehlt es in den Pariser Blättern indessen — und dieser Umstand ist noch ungleich bemerkenswerther — nicht an positiven Vorschlägen über das, was nunmehr zu thun sei, welche zum Theil wenigstens auf den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes und die Herstellung des Friedens, fast sämmtlich auf die Einberufung einer Volks-

vertretung dringen. Herr Edmond About, der seiner Zeit bekanntlich zu den schlimmsten Schürern der gallischen Kriegswuth gehörte, erklärt am 9. November jede Fortdauer des Widerstandes für unmöglich, er findet die Forderung der Verproviantirung von Paris als Bedingung eines Waffenstillstandes ganz unvernünftig; ja, er dankt Herrn v. Bismarck, daß er den Parisern es nicht ermöglicht habe, einen zuletzt doch unnützen Widerstand um einen oder zwei Monate zu verlängern. Er wünscht, daß die Feindseligkeiten nicht eingestellt werden, daß aber während ihres ungehinderten Fortgangs eine Konstituante erwählt werde, einerlei wie, die in 24 Stunden den Frieden würde unterzeichnen müssen, wenn sie nicht wolle, daß zwei Millionen Pariser des Hungertodes stürben. Herr Jules Favre könne freilich, ohne meineidig zu erscheinen, nicht einen Friedenstraktat unterzeichnen, der nothgedrungen die Abtretung des Elsasses und Lothringens enthalten werde; er müsse daher durch einen andern Minister der auswärtigen Angelegenheiten ersetzt werden.

Selbst Louis Blanc, der zwar weder den Waffenstillstand noch die Einberufung der Konstituante will, weil er, der Gegner des „göttlichen Rechts der Könige", fürchtet, sie könne das „göttliche Recht der Republik" mißachten und sich für eine andere, als die republikanische Staatsform aussprechen, schlägt vor, König Wilhelm möge die Feststellung der Friedensbedingungen einem Schiedsgericht überlassen, das aus zwei Republiken (den Vereinigten Staaten und der Schweiz) und zwei beliebigen Monarchieen bestände, deren Wahl Herr Blanc edelmüthig dem Grafen Bismarck überläßt. So albern dieser Vorschlag auch ist, so ist doch immerhin beachtenswerth, daß selbst Louis Blanc die Möglichkeit von Friedensverhandlungen mit dem Feinde, obwohl derselbe noch auf dem Boden Frankreichs steht, nicht von der Hand weist. Im Gegensatz zu Louis Blanc will Herr Renan einen achttägigen Waffenstillstand für die Ernennung einer Nationalversammlung, deren Wahl auch während der Fortdauer der Feindseligkeiten stattfinden könne. Die Vertreter des französischen Volkes würden sich, nach der Idee Renan's, sofort in einer beliebigen Stadt der Provinz versammeln, die Abgeordneten von Paris würden per Luftballon hinreisen und diese Versammlung entschiede dann Alles mit souveräner Machtvollkommenheit.

Dieser Plan scheint, wenigstens in seinen Grundzügen, die allgemeine Zustimmung der Pariser Presse zu finden. Im Einzelnen werden allerdings vielfache abweichende Vorschläge gemacht, in der Hauptsache aber wird der Plan Renan's festgehalten. Das „Paris-Journal" z. B. schlägt vor, man solle „Generalstände" (Etats généraux) bilden, die aus den in allen Departements bestehenden Generalräthen in solcher Art hervorgingen, daß von jedem der Departements die fünf jüngsten und die fünf ältesten Generalräthe, also 900 an der Zahl, zu „Generalständen" zusammenträten, um die Geschicke des Landes zu ordnen.

Ein anderer Vorschlag lautet dahin, daß ein Plebiszit im ganzen Lande sofort mit Ja oder Nein über die Frage abstimmen sollte: Wollen wir den Frieden unter den von Deutschland gestellten Bedingungen? Fiele die Antwort verneinend aus, so wisse man, daß die Provinzen wirklich ernsthaft entschlossen seien, den Krieg bis auf's Aeußerste fortzuführen, fiele sie aber bejahend aus, so würde die hinterdrein zu wählende Nationalversammlung unzweifelhaft den Frieden bestätigen.

Diese Auslassungen der Pariser Presse sind allerdings nur der Ausdruck einer unendlich schnell wechselnden Stimmung und zunächst hervorgerufen durch den empfindlich gesteigerten Mangel an Nahrungsmitteln und das Ausbleiben der versprochenen Ersatzarmee. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß nach der Kunde von dem Erfolge der französischen Waffen bei Orleans selbst diejenigen Blätter, welche die Unmöglichkeit des Widerstandes nachgewiesen hatten, plötzlich die entgegengesetzte Ansicht vertreten haben werden. Allein mit nicht geringerer Sicherheit darf man annehmen, daß der Wunsch nach dem Aufhören der Feindseligkeiten und nach einem friedlichen Ausgleich in gesteigertem Maße laut werden wird, sobald man in Paris die Gewißheit erhalten haben wird, daß die Versuche der Loirearmee, sich der Hauptstadt zu nähern, definitiv gescheitert sind, und die deutschen Truppen immer tiefer in das Innere des Landes eindringen. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß, sobald diese Erkenntniß der schon jetzt von den Qualen des Hungers heimgesuchten Bevölkerung von Paris gekommen, nicht blos die Kapitulation der Hauptstadt erfolgen, sondern auch eine mächtige Friedenspartei sich bilden wird, welche, schon jetzt vorhanden, nur aus Furcht vor dem Terrorismus der Gewalthaber, nicht wagt offen und entschieden hervorzutreten. Nicht blos in den Pariser, auch in den in der Provinz erscheinenden Blättern fehlt es nicht an Symptomen, welche andeuten, daß die Bevölkerung der Departements sich nicht länger durch die trügerischen Illusionen, welche die Regierungsmänner verbreiten, täuschen lassen wolle: „Die Republikaner wollen, um die Republik zu retten, das Land hinopfern; retten wir für das Land, was noch zu retten ist, und sollte die Republik darüber zu Grunde gehen". Das ist die Formel der Opposition in der Provinz, gegen welche die Herren Gambetta und Genossen allerdings mit Energie zur Zeit noch einschreiten, die indessen bald ihre Stimme so laut erheben dürfte, daß die Regierung ihr wird Rechnung tragen müssen. Als Herr Thiers durch Etampes fuhr, um sich nach Versailles zu begeben, begrüßten ihn die Volksmengen dort mit dem lauten Ruf: „Wir wollen den Frieden." In wenig Wochen, glauben wir, wird dieser Ruf durch das ganze Frankreich wiederhallen.

Vom 22. November bis 31. December 1870.

Eröffnung des Norddeutschen Reichstags. — Deutscher Kaiser. — Ansprache des Königs Wilhelm an die Adreßdeputation des Reichstags in Versailles.

25. November 1870.

Die Thronrede, durch deren Verlesung gestern die außerordentliche Session des norddeutschen Reichstags eröffnet worden ist, bedarf kaum eines Kommentars, so einfach, klar und scharf abgegrenzt ist dieselbe nach Form und Inhalt. Gewaltige Ereignisse, wie sie Deutschland größer nie erlebt, haben den Zusammentritt der vornehmsten parlamentarischen Körperschaft Deutschlands nothwendig gemacht; ungeheure Siege sind auf blutgetränkten Schlachtfeldern erfochten, diplomatische Vereinbarungen von segensreichster Bedeutung abgeschlossen worden. Europa, die ganze Welt blickt mit Staunen, mit Ehrfurcht auf die Macht, welche von Wenigen nur geahnt, so plötzlich mitten im Kontinent gleichsam neu erstanden ist, und lauscht mit Spannung den Worten, mit welchen die Berathungen, wie sie wichtiger kaum eine andere gesetzgebende Versammlung je geführt, eröffnet worden. Der Großartigkeit des Augenblicks entspricht vollkommen die gestern verlesene Rede in ihrer vornehmen Schlichtheit, welche alle phrasenhaften, rhetorischen Floskeln, die anderswo unter ähnlichen Verhältnissen nicht gespart worden wären, verschmäht. Wo solche Thaten geschehen, so wichtige Entscheidungen in Kürze bevorstehen, reichen Worte nicht aus; die größte Einfachheit der Sprache allein ist hier dem hohen Ernst der Situation, der Würde des Reichstags und einer Politik angemessen, welche so Großartiges geleistet hat. Aber diese in solchem Augenblick wahrhaft imponirende Einfachheit wird ihren Eindruck nirgendswo verfehlen, weder im Herzen des deutschen Volkes, das blendendes Phrasengeklingel nie zu täuschen vermocht, noch im Auslande, das keinen Augenblick darüber im Zweifel sein wird, wie die klare und schlichte Sprache der Thronrede der Ausdruck des kräftigen Machtbewußtseins ist, das sich unser Volk endlich wiedererworben hat. Sie ist die Sprache einer Regierung, einer Nation, die, ihrer Kraft und ihrer redlichen Absichten bewußt, weiß, was sie will und nicht mehr sagt, als was sie zu thun vermag, aber auch unter allen Umständen thun wird.

Was die einzelnen Punkte der Thronrede betrifft, so sind es wesentlich drei, welche einer nähern Prüfung unterzogen werden können: zunächst die offene Anklage, welche gegen die derzeitigen französischen Machthaber ausgesprochen wird, daß dieselben statt den wahren Interessen ihres Vaterlandes Rechnung zu tragen, es vorziehen, die Kräfte desselben in einem aussichtslosen Kampfe zu opfern und gerade dadurch bewirken, daß auch künftighin eine Sicherung des Friedens zwischen den beiden Nachbarvölkern wenig wahrscheinlich erscheint. Die Thronrede giebt dieser Ueberzeugung mit Bedauern Ausdruck, ein Bedauern,

das in ganz Deutschland in vollem Maße vorhanden ist, denn unser Volk ist durchaus frei von den chauvinistischen Neigungen, welche unserem besiegten Gegner so verderblich geworden sind. Es will den Frieden und verabscheut die blutige und zerstörende Kriegführung, zu der uns nicht blos das Verhalten der rasch wechselnden Regierungen Frankreichs, sondern die französische Nation selbst zwingt, aber es weiß, daß es für lange Zeit hinaus die Faust am Degenknopfe halten muß, bereit das Schwert zu ziehen, sobald abermals frecher Uebermuth unseren Frieden zu vernichten droht. Und es ist gut, daß man auch jenseits des Rheins, wo unsere Heere die schwierige Aufgabe erfüllen, die Franzosen von ihrem Größenwahnsinn zu heilen, keinen Augenblick darüber im Unklaren bleibe, daß das friedfertige und friedliebende Deutschland zu allen Zeiten bereit sein wird, sich die köstlichsten Schätze, seine nationale Ehre und Unversehrtheit, zu erhalten.

In Bezug auf die Bedingungen, unter welchen Frankreich jederzeit den Frieden erhalten kann, bestätigt die Thronrede, daß dieselben wesentlich darauf hinauslaufen müssen, unserem Lande die Grenzen zu geben, welche französische Eroberungspolitik uns geraubt hat. Deutschland führt einen Vertheidigungskrieg und seine Bedingungen verfolgen dem entsprechend auch nur die wohlverstandenen Interessen einer Defensivstellung. Die glänzenden Luftbilder von einer Wiederherstellung des deutschen Reichs in seinen früheren Umfang sind von den deutschen Staatsmännern wie vom deutschen Volke als gefährliche Täuschung erkannt worden. Nicht das fordern wir von Frankreich, worauf uns die Geschichte der Vergangenheit ein Recht geben könnte, sondern was die Gegenwart und die Zukunft als einen nothwendigen Besitz im wirklichen Interesse Deutschlands erheischen. In dieser Beziehung ist die Erklärung der Thronrede von großer Tragweite, da sie Angesichts Europa's zum ersten Male die Stellung offiziell feststellt, welche die deutschen Regierungen in dieser Frage einnehmen. Voraussichtlich wird diese unumwundene Auslassung in Frankreich einen neuen Zornesausbruch erregen, und vielleicht hier und da einiges Kopfschütteln der neutralen Mächte bewirken, allein es ist sehr erfreulich, daß nunmehr jede Zweideutigkeit, die in dieser Beziehung noch herrschen konnte, beseitigt ist. Das nicht französische Ausland wird sich dem so entschieden bezeichneten Standpunkt der deutschen Regierungen in dieser Frage zu akkomodiren wissen und Frankreich selbst voraussichtlich in nicht allzuferner Zeit zu der Erkenntniß kommen, wie überaus maßvoll die Bedingungen sind, durch welche Deutschland bereit ist, den ihm aufgezwungenen Krieg zu beendigen, in welchem es die schmerzlichsten Opfer für seine Vertheidigung gebracht hat.

Mit ganz besonderer Genugthuung wird überall in unserem Vaterlande die Stelle der Thronrede begrüßt werden, welche sich auf die Herstellung eines festeren Bandes zwischen dem Süden und Norden, als völkerrechtliche Verträge, bezieht. Das große Werk, an

welchem die edelsten Männer unseres Volkes seit Jahrhunderten gearbeitet haben, oft getragen von den besten Hoffnungen, leider öfter noch niedergedrückt von bitteren Enttäuschungen, naht sich seiner endlichen Vollendung. Die Herstellung eines auf einheitlicher Basis konstituirten deutschen Bundes wird, wie wir hoffen, in wenig Wochen vollendet sein, und, wenn auch vielleicht manches noch Stückwerk, damit doch das deutsche Staatsgebäude in seinen Umfassungsmauern so weit hergestellt sein, daß der innere Ausbau getrost der friedlichen Arbeit der nächsten Jahre überlassen werden kann.

Der Reichstag des norddeutschen Bundes wird an diesen Arbeiten keinen Theil haben: seine Aufgabe ist erfüllt, sobald er durch die Annahme der Verträge, die ihm bezüglich der Vereinigung des norddeutschen Bundes mit Baiern, Würtemberg, Baden und Hessen vorgelegt worden, den neuen Bund mitgeschaffen hat. Allein in der Geschichte unseres Vaterlandes wird ihm für alle Zeiten eine hervorragende Stelle gesichert sein: seiner wahrhaft patriotischen Thätigkeit, welche auf allen Gebieten des politischen und socialen Lebens in unserem Lande anregend und fördernd gewirkt hat, verdankt Deutschland nicht zum geringsten Theil die ruhmvolle Entwickelung der Gegenwart und die, so Gott will, segensreiche Gestaltung der Zukunft.

6. Dezember 1870.

Ein deutscher Kaiser! So soll also aus den gewaltigen Siegen dieses Jahres, welche Deutschlands Stämme in herrlicher Einigkeit über den alten Feind erfochten haben, ein neues deutsches Kaiserthum emporsteigen, als edelstes Symbol der nicht nur im Kampfe bewährten, sondern auch für die staatliche Arbeit des Friedens festgeschlossenen Einigung der deutschen Nation. Wir heißen dieses Kaiserthum deutscher Nation aus vollem Herzen hoch willkommen, nicht aus romantischer Vorliebe für die historische Tradition, nicht aus bloßem Wohlgefallen an dem stolzen Titel, der künftig das Haus der Hohenzollern schmücken soll, sondern weil uns die Neuschöpfung des deutschen Kaiserthums die richtige Signatur für die Bedeutung der großen Umgestaltung erscheint, welche sich in unserm Vaterlande vollzogen hat. Seit den Augusttagen des verhängnißvollen Jahres 1806, in welchen das alte morsch gewordene römische Reich deutscher Nation in Trümmern gegangen ist, hat sich das deutsche Volk wiederfinden gelernt. In harten Leiden und Kämpfen, in Enttäuschungen und Schmerzen bitterster Art hat es im Norden und im Süden das in dem Jahrhunderte langen Ringen nach der Partikularherrschaft der Fürsten verlorene Bewußtsein der nationalen Gemeinsamkeit sich erworben und festgehalten. Aus dem bunten Conglomerat des ehemaligen deutschen Reichs ist ein Nationalstaat hervorgegangen, einheitlich gestaltet in seiner Volks-

vertretung, in seinem Heer, in seiner Flotte und seiner diplomatischen Vertretung.

Wie in allen diesen Richtungen das partikularstaatliche Wesen vor dem großen nationalen Gedanken zurückgetreten ist, so auch das Partikularfürstenthum, indem es selbst einen deutschen Fürsten über sich gestellt hat als die Spitze und den berufenen Vertreter des Nationalstaats. Es ist in hohem Grade wichtig und der ungetheiltesten Anerkennung würdig, daß gerade von den Landesfürsten selbst die Initiative zu der Schöpfung des neuen Kaiserthums ausgegangen ist. Sie haben durch diese Initiative wesentlich dazu beigetragen, daß dem neuen deutschen Bunde der nationale Charakter gewahrt und jeder Neigung zu einer Auffaugung des Ganzen durch einen Theil vorgebeugt werde, und, indem sie dem mächtigsten ihrer Genossen die Kaiserkrone bieten, bewirkt, daß der monarchische Gedanke in dem Volke lebendig bleibe. Es ist von nicht geringer Bedeutung, in einer Zeit, wie die unsrige, welche an ungesunden und unvolksthümlichen Problemen der Staatsweisheit krankt, einen dem Bewußsein des Volkes entsprechenden Gedanken zu segensreicher Wirksamkeit neu gekräftigt zu haben.

Das neue deutsche Kaiserthum wird, wenn es, wie wir hoffen, im Gegensatz zu dem römischen Kaiserreich deutscher Nation seine Aufgabe in der Pflege der nationalen Freiheit, der nationalen Interessen erkennt und zu lösen weiß, für unser Vaterland eine Periode des Friedens und der glücklichen Entfaltung des deutschen Geistes auf allen Gebieten der nationalen, wie der allgemein menschlichen Thätigkeit bedeuten. Ju diesem Sinne heißen wir nochmals dasselbe willkommen und sind gewiß, daß mit uns alle übereinstimmen, welche die Größe, die Freiheit und den Frieden für unser Vaterland erstreben.

21. Dezember.

Als in den heißen Julitagen in ganz Deutschland die Herzen hoch und voll schlugen, gegenüber der mit der furchtbaren Plötzlichkeit eines Hochsommergewitters hereingebrochenen kriegerischen Katastrophe, als am 17. Juli eine Deputation des norddeutschen Reichstags sich zum König Wilhelm begab und ihm in einer Adresse Zeugniß ablegte von dem ernsten und festen Willen des Volks für Deutschlands Ehre, Freiheit und Unversehrtheit den gewaltigen Kampf zu wagen — damals ahnte Niemand, daß kaum 5 Monate später, am 17. Dezember, eine Deputation derselben ersten parlamentarischen Körperschaft den König inmitten des feindlichen Landes aufsuchen würde, um dem siegreichen deutschen Feldherrn den Dank des Volkes und die Bitte auszusprechen, er möge auf sein greises Haupt die deutsche Kaiserkrone setzen, das glanzvolle Symbol der so herrlich erstandenen und bewährten Macht der deutschen Nation.

Mächtige Ereignisse haben wir in dem kurzen Zeitraum der jüngsten fünf Monate staunend erlebt, nicht das geringste unter ihnen aber

ist diese Begrüßung des Königs Wilhelm durch die Reichstagsdeputation in jener Stadt, die, wie keine andere Stadt Frankreichs verwachsen ist mit historischen Ueberlieferungen aus der Zeit der größten Erniedrigung, der größten Ohnmacht Deutschlands. In Versailles, dieser Schöpfung des XIV. Ludwig, unter dessen Herrschaft das deutsche Reich der Tummelplatz fremdländischer Begehrlichkeit ward und dem deutschen Volke das Bewußtsein seiner nationalen Zusammengehörigkeit verloren ging, hat das neue Deutschland seine Weihe erhalten. Dies neue Deutschland ist hervorgegangen aus der Kraft und selbstlosen Thätigkeit des deutschen Volkes, das einen mächtigen Stützpunkt fand in dem preußischen Staate, dessen Entwickelung in eben jene Zeit des höchsten Glanzes des Frankreichs Ludwigs XIV. fällt. Vergeblich waren damals die Anstrengungen des großen Kurfürsten, Deutschland zu sichern vor den räuberischen Angriffen mächtiger Nachbarn; aber was er hoffnungsvoll gesprochen, ist heute in Erfüllung gegangen: aus seinem Geschlecht ist der Rächer erstanden, der unser Volk auf eine kaum geahnte Stufe der Macht und des Ansehens erhoben hat, und unter dessen Schutz den deutschen Staaten eine Zeit des Friedens und der Freiheit, eine Zeit glänzenden Aufschwungs in allen Gebieten des Volkslebens bevorsteht. Allein nicht blos, weil sich dort ein so gewaltiger Akt der Sühne in der Geschichte zweier Nationen vollzogen hat, ist es von Bedeutung, daß das neue deutsche Reich in Versailles begründet worden ist: der Name dieser Stadt ist wie mit der Geschichte einer gewaltthätigen Politik gegen fremde Völker, ebenso auch eng verbunden mit den Traditionen des absoluten Königthums. Und auch in dieser Beziehung, meinen wir, vollzieht sich eben dort jetzt ein Akt der Sühne. Jene Stätte, die gewissermaßen die Verkörperung des stolzesten Wortes ist, welches königlicher Uebermuth gesprochen, das „l'état cest moi", ist wie kaum ein anderes Fleckchen dieser Erde, befähigt, in der Brust jedes Fürsten das Verständniß für die Nichtigkeit königlicher Allmacht zu schärfen. Zerfallen ist die Macht und das Ansehen der Bourbonen, vernichtet das napoleonische Kaiserreich, fluchbeladen stehen beide in der Geschichte da, weil ihnen die dynastischen Interessen mehr galten, als die unveräußerlichen Rechte der Völker. Diese Sprache, welche heute die Steine des Versailler Schlosses reden, kann nicht ungehört verhallen an dem, der berufen ist, des neuen deutschen Reiches Kaiser zu sein. In der edlen Bescheidenheit, die den schönsten Zug in seinem Charakter ausmacht, kann König Wilhelm nicht vergessen, daß sein großes Werk auf Dauer nur so lange rechnen kann, als das Wort Friedrichs II. maßgebend für die Fürsten seines Hauses bleibt: „Der König ist der erste Diener des Staates."

Am Jahreswechsel $18^{70}/_{71}$.

Mit ernstem Dank ziemt es heute, den Blick aufwärts zu heben zu Dem, der die Geschicke der Völker lenkt, und in dem scheidenden

Jahre so sichtlich seine Hand über uns gehalten hat. Wie wenig andere, ist das Jahr 1870 von großartiger Bedeutung gewesen, nicht allein für unsere Nation, sondern für die ganze Menschheit. In den furchtbaren Kämpfen, die unsere tapferen Heere geschlagen, ist die Einigkeit und Größe unseres Vaterlandes neuerstanden, sind die höchsten Ziele nationalen Strebens in solchem Maße erfüllt worden, wie es die edelsten Geister unseres Volkes, so hoffnungsfreudig und siegesgewiß sie auch in die Zukunft blickten, nicht zu ahnen wagten. Als in den schwülen Sommertagen plötzlich das Gewitter heraufzog und Frankreichs Kaiser und Volk den längst geplanten Angriff auf Deutschlands Ehre und Unabhängigkeit mit frechem Uebermuth begannen, fand die Furcht zwar keinen Widerhall in der Brust des deutschen Patrioten, allein sorgenvoll richtete sich sein Blick nach dem Norden wie nach dem Süden unseres Vaterlandes. Wird dort die Kraft und hier der gute Wille sein, ernstlich den drohenden Gefahren mit jener Einmüthigkeit zu begegnen, welche die Vorbedingung ist für die siegreiche Zurückweisung des frechen Feindes? Wird der Norden in der That vermögen, seine schützende Hand über den Süden zu halten und werden im Süden Regierungen und Volk die trügerischen Rathschläge falscher Freunde zurückweisen in der Erkenntniß, daß, wenn je, so jetzt die Stunde gekommen war, zu zeigen, daß die bitteren Erfahrungen der letzten Jahrhunderte nicht unbeachtet geblieben, daß Deutschland gelernt hatte, dem Feinde einheitlich geschlossen gegenüberzutreten? Unvergeßlich sind diese Augenblicke sorgenvoller Erwartung, unvergeßlich aber auch die Augenblicke der herrlichsten Erfüllung, als Deutschlands Regierungen und Deutschlands Volk sich wie ein Mann gegen den übermüthigen Gegner erhoben, und ihn in einer nie unterbrochenen Reihe unerhörter Siege zu Boden streckten. Auf den mit Strömen edelsten deutschen Heldenblutes getränkten Schlachtfeldern Frankreichs hat das deutsche Volk dem Bewußtsein seiner nationalen Einheit einen gewaltigen, erhebenden Ausdruck gegeben und als köstlichen Siegespreis sich die staatliche Einigung gewonnen, die ihm die Bürgschaft giebt für die segensreiche Gestaltung seiner Zukunft. Welche Gefahren, welche Kämpfe auch unserem Vaterlande beschieden sein mögen, dem Jahre 1870 dankt es eine Kräftigung des nationalen Geistes, die es vor der in unserer Geschichte leider nicht selten erschienenen Gefahr sichert, daß das deutsche Volk den Glauben an sich und damit sich selbst verliert. Das Jahr 1870 hat uns zu Deutschen gemacht und uns die Kraft gegeben, Deutsche zu bleiben.

Wie es der alte Fluch erheischt, der auf der Menschheit lastet, hat dieser große Gewinn furchtbare Opfer gefordert; überall im Vaterlande, im Pallast wie in der Hütte herrscht Trauer und Schmerz um die theuersten Häupter, mit denen nicht nur Glück und Freude, sondern oft selbst die dürftige Möglichkeit des Daseins geschwunden ist. In tiefem Schmerz zieht sich das Herz zusammen bei dem Gedanken an

das ungeheure Weh, welches die gewaltige Katastrophe dieses Jahres dem Einzelnen gebracht, allein es findet seinen Trost, seine Erhebung in dem Bewußtsein, daß die Opfer, welche der Einzelne beklagt, dem Vaterlande gebracht sind, ja, noch mehr, der ganzen Menschheit. Denn, und in den großen Hinterlassenschaften des scheidenden Jahres erscheint uns diese die größte, nicht für das Vaterland allein hat Deutschland gesiegt, es hat der Menschheit den schönsten Triumph gewonnen, indem es ihr den Glauben wiedergegeben hat an die höchsten Güter, an die Sieghaftigkeit von Wahrheit, Recht und Sittlichkeit. Kaum in irgend einer andern weltgeschichtlichen Katastrophe ist das ewige Walten der höchsten Gerechtigkeit in gleich erschütternder Weise zu Tage getreten als in den Kämpfen dieses Jahres. In nothgedrungener Abwehr des übermüthigsten Angriffs griff unser Volk zu den Waffen gegen einen Gegner, dessen Macht jahrhundertelang die Geschicke Europa's bestimmt hatte. Aber schon in den ersten Wochen zeigte sich, daß die glänzende Schale nur einen faulen Kern verhüllt hatte. Noch vor dem Kampfe selbst hatte die innere Unsittlichkeit, die Lüge, die Korruption die Thatkraft des Feindes gelähmt, aber nicht das Kaiserreich allein, wie vielfach gesagt worden ist, die französische Nation selbst, krankte und krankt noch heute an dem Mangel jeder höheren wahrhaft sittlichen Anschauung, welche allein die Lebensfähigkeit der Nationen bedingt und ihren Anstrengungen die Spannkraft verleiht, welche die Bürgschaft des Erfolgs in Kämpfen ist, die auf ein höheres Ziel als die bloße Befriedigung des Größenwahnsinns gerichtet sind. So gerecht unser Zorn, so vermögen wir doch nicht ohne Trauer auf das anwidernde Schauspiel zu blicken, welches Frankreich, das republikanische nicht minder als das kaiserliche Frankreich, heute bietet, weil wir weit davon entfernt sind, die Verdienste dieser Nation um die Entwickelung der Menschheit zu unterschätzen oder zu verkennen. Unser schmerzliches Empfinden wird durch den Umstand noch gesteigert, daß, in so anerkennenswerther Weise sich auch die Vaterlandsliebe der Einzelnen in der gegenwärtigen furchtbaren Krisis bethätigt, doch kein Moment vorhanden ist, welches eine Hebung des sittlichen Niveaus in der Gesammtheit jener Nation erkennen ließe. Die Vaterlandsliebe allein besitzt nicht die Kraft, den Läuterungsprozeß in dem Körper eines Volkes zu vollziehen, der nur die Folge der gleichmäßigen Bethätigung aller Faktoren im sittlichen Leben der Nation sein kann. Daher das grauenvolle Schauspiel, daß Zersetzung und Auflösung die ganze Nation erfaßt haben, während einzelne Individuen mit vollster Hingebung sich einer fälschlich national genannten Idee opfern, die nichts ist als der Ausfluß der maßlosen Selbstüberhebung, dieser Wurzel der verhängnißvollen Entwickelung, die Frankreich genommen hat. Wohin man auch den Blick in Frankreich wendet, nirgends, weder auf politischem noch auf sozialem Gebiete, macht sich die Spur einer heilsamen Einkehr in sich selbst, das Streben nach lauterer Er-

kenntniß der Wahrheit, die Sehnsucht nach den ewigen Gütern des sittlichen Lebens bemerkbar. Beurtheilen wir diese Erscheinung nur mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, so haben wir keine Ursache, sie zu beklagen, denn sie ist die sicherste Bürgschaft für die Herstellung und Erhaltung des ersehnten Friedens, da sie ein untrügliches Symptom der Zerrüttung und dauernden Ohnmacht unseres Gegners ist. Von einem allgemeineren Standpunkt aus, der neben der Gegenwart auch der Vergangenheit und Zukunft Rechnung trägt, wird das voraussichtliche Hinsiechen eines der vornehmsten Kulturstaaten nicht ohne ein Gefühl tiefer Trauer in Erwägung gezogen werden können, auch wenn sein Fall um so strahlender die großen und glänzenden Eigenschaften unseres eigenen Volkes erscheinen läßt.

Als der Krieg ausbrach wiesen wir darauf hin, wie über Deutschland sich die Jugendsonne einer herrlichen Zukunft erhöbe, während über Frankreich die bleichen Schatten des Todes lagerten: Heute am Jahreswechsel mag es uns gestattet sein, an die Bestätigung dieses Wortes durch die Ereignisse der letzten Monate zu erinnern. Unser ist der Sieg, unser ist das Leben, aber nur so lange, als das deutsche Volk nicht die Lehre vergißt, welche das scheidende Jahr in so gewaltiger Weise verkündet, daß nur das selbstlose Streben nach Wahrheit der Nation die Kraft der Sittlichkeit, welche Siege giebt und Siege behaupten läßt, dem einzelnen Bürger aber die Lauterkeit und den Adel der Gesinnung schafft, die uns in dem vielbetrauerten Leiter unseres Staatswesens, diesem wahrhaft deutschen Manne, so glänzend vorgeleuchtet haben.*)

Vom 1. Januar bis 18. Januar 1871.

Politik der französischen Regierung. — Publikation der Verfassung des deutschen Bundes. — Gambetta. — Pontuskonferenz. — Diplomatische Aktenstücke.

3. Januar 1871.

Wir haben der „Times" eine Korrespondenz aus Bordeaux entlehnt, welche den gewaltthätigen und egoistischen Charakter der französischen Regierungspolitik in schärfster Weise beleuchtet. Das Wohl des Landes, welchem die sinnlose Kriegführung der Herren Gambetta und Genossen Wunden schlägt, die in Jahrzehnten nicht vernarben können, so unerschöpflich auch die Hilfsquellen Frankreichs sein mögen, gilt diesen Herren nichts: sie kämpfen nicht für das Vaterland, sie kämpfen nur für die Republik, für die Herrschaft ihrer Partei. Ihre Politik unterscheidet sich in nichts von der des Kaiser-

---

*) Der Weimarische Staatsminister v. Watzdorf starb am 15. September 1870.

reichs: sie ist gleich eigennützig in ihren Endzwecken und ebenso gewissenlos in der Anwendung der Mittel, die zur Erlangung ihrer Ziele geeignet erscheinen, und die in diametralem Gegensatz stehen zu den Grundsätzen wahrer Freiheit, als deren Vertreter par excellence die Republikaner aller Länder, vor Allem aber die Republikaner Frankreichs zu gelten lieben. Giebt es einen schärferen Widerspruch zu dem ersten Grundsatz der Demokratie, daß das Volk selbst die Regierung führen soll, als die Diktatur des Herrn Gambetta und seiner Kollegen in Bordeaux, welche seit Monaten täglich Verordnungen und Gesetze in Masse erlassen, die auf das Tiefste in das Wohl und Wehe der Bevölkerung einschneiden, ohne daß dem Volke irgend welche Möglichkeit einer direkten Betheiligung gestattet würde? Vergebens werden die dringendsten Wünsche laut, daß in der einen oder andern Weise eine Volksvertretung gebildet werden möge. Mit rücksichtslosestem Terrorismus schreiten die Organe des Herrn Gambetta gegen Jeden ein, der seine Stimme in dieser Beziehung erhebt: unter dem Vorwand, daß die kriegerischen Operationen die Wahlen nicht gestatten, hat Herr Gambetta nicht nur die deutscher Seits zum Zwecke der Vornahme der Wahlen gemachten Vorschläge, sondern auch die Wünsche des Landes selbst zurückgewiesen. In der letzten Zeit ist er noch weiter gegangen, um jede Möglichkeit, das Volk, und nicht die gegenwärtigen Machthaber allein zum Herrn der Geschicke Frankreichs zu machen, zu hintertreiben. Vielfach ist bekanntlich von französischen Stimmen darauf hingewiesen worden, daß, um der Unerträglichkeit der gegenwärtigen Verhältnisse ein Ende zu machen, und an Stelle einer aus der Straßenemeute hervorgegangenen Regierung mit ganz unvollständiger Kompetenz, eine geordnete, staats- und völkerrechtlich fest begründete Regierung zu bilden, es zweckmäßig sei, aus den Generalräthen der Departements eine Volksvertretung zu bilden. Diese Generalräthe sind aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen, und dürfen, wenn sie auch nicht gerade sehr wirksame Organe im Dienste einer auf gesunder Decentralisation beruhenden provinziellen Autonomie sind, doch sehr wohl als eine Vertretung der Bevölkerung gelten, zumal in den Wahlen zu denselben die Tendenzen der Bevölkerung sich ungleich selbständiger geltend machten, als in den Wahlen zum gesetzgebenden Körper.

Allerdings ist im gegenwärtigen Augenblick die Gefahr vorhanden, daß eine aus den Generalräthen gebildete gesetzgebende Versammlung sich in entschiedener Weise gegen die Parteipolitik des Herrn Gambetta und Genossen ausspreche, daß der lebhafte Wunsch nach Herstellung des Friedens und der Widerwille gegen die Republik dort einen mächtigen Ausdruck finden und zu einer Beseitigung der gegenwärtigen Regierung führen könnte. Eine solche Möglichkeit paßt natürlich nicht in den Kram Gambetta's, der, wie alle zelotischen Parteimänner, das Heil nur in der von ihm vertretenen Idee sieht und die

Franzosen mit Feuer und Schwert zu Republikanern stempeln will. Um jeder ähnlichen Eventualität vorzubeugen, hat Gambetta im Verein mit seinen Kollegen durch einen Federzug die Generalräthe einfach aufgelöst, in seiner Art ein Staatsstreich, der hinter manchem anderen Staatsstreich, über welchen die braven Republikaner diesseits, wie jenseits des Rheins nicht verfehlen würden, ihr Anathema auszusprechen, auch nicht um eines Stecknadelkopfes Breite zurückbleibt. Aber man hat in Bordeaux sich nicht an der Auflösung der Generalräthe genügen lassen, sondern ist noch einen Schritt weiter gegangen. Im Dekret vom 25. Dezember heißt es: „Die Generalräthe werden durch Departementalkommissionen ersetzt, die aus so vielen Mitgliedern bestehen werden, als es Kantone im Departement giebt: sie werden von der Regierung auf den Vorschlag der Präfekten instituirt.“ Die Departementalkommissionen, welche an die Stelle der Generalräthe treten, werden also nicht von der Bevölkerung gewählt, sie werden von der Regierung ernannt, welche auf diese sehr einfache Weise die Verwaltung des Departements von ihren Kreaturen besorgen läßt. Dem Volke ist sonach die letzte Möglichkeit einer selbständigen Willensäußerung abgeschnitten! Das ist die Freiheit der dritten französischen Republik, das die Achtung vor der Selbstverwaltung, welche jene Männer, die heute in der französischen Regierung sitzen, früher predigten, und die sie heute mit Füßen treten in majorem gloriam der republikanischen Staatsverfassung! Sollte man diese Lehren nicht auch in Deutschland beherzigen, wo es auch Männer giebt, die nach den republikanischen Freiheiten à la Gambetta gelüsten?!

5. Januar 1871.

Durch die am letzten Tage des scheidenden Jahres erfolgte Publikation der neuen Verfassung des deutschen Bundes ist dieselbe mit dem 1. Januar 1871 in Kraft getreten und das deutsche Reich eine staatsrechtlich festgestellte Schöpfung geworden, wenn auch zur Zeit noch ein wichtiges Glied des neuen Bundes, Baiern, fehlt, und es sogar zweifelhaft erscheinen kann, wann die Ergänzung des Bundes durch den Hinzutritt dieses Staates eine vollständige werden wird. Daß diese Ergänzung in einer längeren oder kürzeren Frist stattfinden wird, dafür leistet indessen der ernste Wille des Königs und der Regierung, wie des Volkes in Baiern volle Bürgschaft; trotz der Bemühungen der Führer der „Patrioten“, wie sich dort die vaterlandslose Partei benennt, ist sogar die Möglichkeit keineswegs ausgeschlossen, daß die Majorität der gegenwärtigen Kammer in der entscheidenden Stunde auf ihre Opposition verzichtet, und den Beitritt zu der neuen deutschen Verfassung ausspricht, ohne die Regierung zu der Auflösung und zur Ausschreibung von Neuwahlen zu zwingen, über deren Resultat sich Niemand in Baiern, selbst die Patrioten nicht, täuscht.

Mit dem deutschen Reich ist auch die deutsche Kaiserwürde staats-

rechtlich neu begründet worden auf einer Basis von solcher Macht und Größe, wie sie die deutsche Kaisergeschichte seit den Tagen der Hohenstaufen nicht mehr gekannt. Diese große Umwandlung in den deutschen Verhältnissen ist mit einer gewissen Nüchternheit, einfach durch die amtliche Verkündigung, vollzogen worden, ohne jenen Glanz, der sonst staatsrechtliche Akte von solcher Wichtigkeit auch äußerlich zu umgeben pflegt. Es ist dies geschehen in Folge des ausdrücklichen Willens des Königs Wilhelm, die Krone des Reichs erst dann auf sein greises Haupt zu setzen, wenn sie alle Glieder umfassen, und wenn dem Kriege der Friede gefolgt sein werde. Die deutsche Kaiserkrone, zuletzt zwar auf blutigen Siegesfeldern gewonnen, soll ein Symbol des Friedens sein und als solches von allen Völkern, nicht bloß von Deutschland, freudig begrüßt werden.

Herr Gambetta hat, eben so wenig wie der frühere Machthaber in Frankreich in seinen besseren Tagen, den ersten Tag des neuen Jahres vorübergehen lassen, ohne eine Ansprache zu halten, die sich zwar nicht an Diplomaten und hohe Würdenträger des Staates und der Kirche, sondern an die republikanische Bevölkerung von Bordeaux richtete, welche natürlich dem Diktator zujubelte, obwohl er in seiner Rede mancherlei sagte, was einem wahrhaft freiheitsliebenden Mann ernste Bedenken erregen mußte. Charakteristisch ist für die neueste französische Republik und ihre gegenwärtigen Machthaber, daß sie als ihre Grundlage die öffentliche Meinung bezeichnen, während gerade in der Republik die alleinige Stütze der Regierung die Achtung der Gesetze, auch selbst im Fall eines Konfliktes mit der öffentlichen Meinung, sein soll. Nur auf dem Boden des Gesetzes kann die Freiheit blühen, eine Freiheit, für die freilich Herr Gambetta eben so wenig wie seine Zuhörer ein Verständniß haben, denn als Freiheit gilt ihnen die Willkür, so lange sie selbst Herrscher, als Unfreiheit jede Unterordnung unter das Gesetz. Nichts zeigt dies klarer, als die wunderbare Aeußerung Gambetta's, daß die Sprache wie der Gedanke in der neuen französischen Musterrepublik frei sein solle, doch nur bis zu jener verhängnißvollen Grenzscheide, wo Worte und Gedanken sich in Entschlüsse und Thaten verwandeln. Diese Grenze ist äußerst dehnbar und stellt es ganz der Willkür der jedesmaligen Machthaber anheim, die öffentliche Meinung durch Zwangsmittel aller Art nach ihrem Sinne zu beugen.

Herr Gambetta geht denn auch demgemäß, natürlich zur Freude seiner republikanischen Freunde, vor, indem er jeden Versuch einer Meinungsäußerung, die nicht mit den von der unfehlbaren Regierung gepredigten Grundsätzen übereinstimmt, schonungslos unterdrückt. Vor wenigen Tagen erschien in Tours eine Schrift „La Crise“, deren Verfasser die gegenwärtige Regierung als eine illegale bezeichnet, welche nur zur Verschlimmerung der Situation beitrage; wenn nicht mit ihr, so müsse Frankreich gegen diese Regierung auftreten und sich selbst in den Besitz und die Ausübung seiner unveräußerlichen Rechte setzen.

„Wenn Frankreich", so schließt der ungenannte Verfasser, „nicht die Energie hat, die Anarchie und die Diktatur zurückzuweisen, so wird es alle Uebel erdulden, welche die Folgen einer solchen Situation sind. Wir werden den Feind auf unserem Gebiete, auf der anderen Seite den Bürgerkrieg und über dies Alles Preußen sehen, welches, unsere Verlegenheiten benutzend, nach dem endlichen Siege uns den größten aller Schimpfe anthun wird, in dem von ihm besetzten Theile des Landes mit einer Regierung seiner Wahl zu unterhandeln. Wir werden dann das Kaiserreich im Norden, die republikanische Anarchie im Süden und vielleicht sogar die legitimistische Monarchie in der Bretagne haben." Sofort ordnete Herr Gambetta die Beschlagnahme der Schrift an. Das ist die Freiheit der Presse im republikanischen Frankreich!

16. Januar. 1871.

Obwohl bis in die letzte Zeit hinein das britische Kabinet sich von der ihm eigenthümlichen ängstlichen Rücksichtnahme auf Frankreich auch in der Pontusfrage leiten ließ, so daß das Zusammentreten der Konferenz fraglich erscheinen konnte, da Earl Granville meinte, ohne Frankreichs Betheiligung sei eine solche Berathung nicht möglich, so ist nach den gegenwärtig vorliegenden Nachrichten der Zusammentritt der Konferenz nunmehr entschieden. Morgen, am 17. Januar, soll die erste Sitzung stattfinden, gleichviel ob Frankreich aus seinem Schmollwinkel hervorgetreten ist und einen Vertreter sendet, oder nicht. Wir haben schon früher darauf aufmerksam gemacht, daß vielleicht nichts geeigneter sein würde, der Bevölkerung Frankreichs die Nichtigkeit ihrer arroganten Präsumptionen, welche die Ursache des gegenwärtigen Krieges waren und sind, klar zu machen, als die praktische Beweisführung, daß Europa seine Angelegenheiten auch ohne Frankreich führen kann; wir würden daher den Zusammentritt der Konferenz freudigst begrüßen, wenn nicht gleichzeitig Veranlassung zu dem Argwohn gegeben wäre, daß das englische Kabinet, dessen „wohlwollende Neutralität" unsere Truppen auf den französischen Schlachtfeldern kennen gelernt haben, in der Diplomatenversammlung einen erneuten Versuch machen werde, um auf Deutschland einen Druck zu Gunsten Frankreichs auszuüben. Die Sprache der englischen Blätter läßt kaum noch einen Zweifel an dem Vorhandensein eines solchen Planes zu. Die „Times" bespricht wiederholt die Nothwendigkeit, dem Kriege Einhalt zu thun, und führt aus, daß gerade England als die am meisten in Betracht kommende neutrale Macht Schritte Behufs Herbeiführung einer Vermittelung thun müsse; auch die übrigen Blätter sprechen sich in ähnlichem Sinne aus. Wir sind weit davon entfernt, einer unnöthigen Verlängerung des Krieges, dessen Dauer uns mit dem tiefsten Schmerze erfüllt, wünschen oder befürworten zu wollen. Allein wie die Verhältnisse liegen ist es unerläßlich nothwendig, daß durch die Beendigung des Kampfes eine vollständig klare Situation geschaffen werde, d. h.,

daß das französische Volk sich wirklich vollkommen und unumwunden als besiegt fühlt und anerkennt. Nur wenn in solcher Weise thatsächlich dem französischen Volke die Nichtigkeit seines Größenwahnsinnes bewiesen wird, der die Quelle dieses und anderer Kriege gewesen, welche Frankreich begonnen, ist die Dauer friedlicher Verhältnisse möglich. Eine Intervention auswärtiger Mächte, welche wesentlich in einem auf Deutschland ausgeübten Druck bestehen würde, kann nicht anders als neubelebend auf die französische Anmaßlichkeit wirken: Frankreich würde sich nie als besiegt ansehen, sondern in jedem Vermittelungsversuche nur ein Zeichen der Freundschaft Europas erblicken und demgemäß handeln, in dem berechtigten Vertrauen, daß die europäischen Mächte, die Frankreich jetzt der verdienten Strafe für den übermüthig vom Zaune gebrochenen Krieg entziehen möchten, ihm auch später dieselbe sträfliche Nachsicht zu Gute kommen lassen würden. Die neutralen Mächte mögen nicht vergessen, daß bereits der Ausbruch dieses Krieges, den sie zu verhindern vermocht hätten, ihnen eine schwere Verantwortlichkeit auferlegt hat; eine Parteinahme für Frankreich am Schluß des Kampfes würde diese Verantwortlichkeit bedeutend steigern.

Auf Frankreich und auf Frankreich allein dürfen die neutralen Mächte einen Druck im Interesse der Wiederherstellung des Friedens ausüben, wenn sie wirklich etwas Erspießliches, nicht eine allgemeine Erbitterung schaffen wollen. Wie es scheint, ist in Frankreich die Stunde einem solchen Unterfangen günstig.

Nach den Brüsseler Blättern ist das Wort „Waffenstillstand“ in Aller Munde; man sucht nach Führern einer großen Friedenspartei in Paris und außerhalb demselben. „Siecle“ und „Gironde“ greifen schon auf's Heftigste Picard an, weil er im Bunde mit den Generalen La Roncière, Vinoy und Bellemare sich den Friedensideen zuneige. Diese Bestrebungen würden selbstverständlich an Intensität und Macht gewinnen, wenn sie einen Anhalt fänden an den neutralen Mächten, denen sich hier die Möglichkeit zu einer großen und segensreichen Politik biete.

Die Sprache der Note, in welcher Graf Bismarck die frechen Auslassungen des Herrn v. Chaudordy über die völkerrechtswidrige Handlung der deutschen Heere in Frankreich geradezu vernichtet, ist so energisch, die Beweisführung so unumstößlich, daß es überflüssig ist, diesem Aktenstück noch ein Wort hinzuzusetzen. Ein anderes Aktenstück liegt heute im Auszug vor: die Protestnote der Pariser Regierung gegen das Bombardement von Paris. Dieser Protest stützt sich zumeist auf zwei Argumente: es sei völkerrechtswidrig Privatgebäude zu bombardiren und vor dem Bombardement müsse der belagerte Platz davon benachrichtigt werden. Handelte es sich nicht um eine Sache von so furchtbarem Ernste, man wäre versucht, über diese neue Thorheit der französischen Regierung zu lachen, welche immer wieder von Neuem für Frankreich eine Ausnahmestellung fordert. Als die offene Stadt Saar-

brücken bombardirt wurde, illuminirte Paris: heute, wo Paris bombardirt wird, soll dies ein Akt des Vandalismus sein! Die großen logischen Denker, deren sich Frankreich rühmt, würden sich dieser Logik ihrer Epigonen ernstlich schämen.

Vom 19. Januar bis 30. Januar 1871.

Kaiserproklamation in Versailles. — Favres Rundschreiben über die Stellung der französischen Vertheidigungsregierung zur Pontuskonferenz. — Schreiben des deutschen Kaisers an die deutschen Fürsten. — Pontuskonferenz. — Eintreffen Favres in Versailles. — Verhandlungen daselbst. — Fall von Paris. — Uebertritt der französischen Ostarmee über die schweizer Grenze.

20. Januar 1871.

Die Neubegründung des deutschen Kaiserthums, welche staatsrechtlich mit der Veröffentlichung der Bundesverfassung am 31. Dezember 1870 vollzogen war, ist durch die Ansprache, welche Kaiser Wilhelm I. am 18. Januar an das deutsche Volk gerichtet hat, auch äußerlich zu einem Abschluß gebracht worden. Ganz nach dem altgermanischen Brauch haben an jenem Tage die deutschen Krieger ihren Heerführer auf den Schild gehoben und dem Kaiser gehuldigt inmitten des feindlichen Landes, gegenüber der festen Hauptstadt des alten Erbfeindes, an einer Stätte, deren Ueberlieferungen an die tiefsten Demüthigungen unsres Volkes anknüpfen, an Demüthigungen, die nun endlich ausgeglichen sind. Deutschland führt den Kampf heute ebensowenig gegen das napoleonische Kaiserreich, wie gegen die französische Republik, es führt ihn gegen „Ludwig XIV.“, d. h. gegen jene verhängnißvolle Politik, welche Frankreich zum politischen Mittelpunkt Europa's zu machen bestrebt war, und dieser Nation den Gifttrank reichte, in welchem sie seit Hunderten von Jahren sich berauscht hat, bis sie vollständig das Unterscheidungsvermögen für Recht und Unrecht verlor und in jenen Größenwahnsinn verfiel, der das berüchtigte Wort Ludwigs XIV. „Car tel est mon plaisir“ zur Richtschnur für die Politik nicht des Herrschers allein, sondern des ganzen Volkes nehmen ließ. Diese dünkelhafte Willkürherrschaft, die Frankreich seit den Tagen des XIV. Ludwig erstrebt hatte, sie ist heute zerbrochen und es ist eine wahrhaft erhebende Vergeltung, daß gerade an jener Stelle, wo diese Willkürherrschaft in das Leben trat, die Erneuerung des deutschen Kaiserreichs erfolgt ist, das in Allem einen so entschiedenen Gegensatz bildet zu den Traditionen der französischen Politik aller Regierungen. Nichts liegt unsrem Volke ferner als jene elende Ländergier, jene ehrgeizigen Bestrebungen nach einer Universalherrschaft, zu deren Befriedigung so oft Frankreich die Waffen gegen seine Nachbarstaaten

ergriffen hat. Was Deutschland will, ist die friedliche Behauptung seiner nationalen Grenzen, damit es ungestört fortarbeiten könne an dem großen Kulturwerk der Menschheit im Großen wie im Kleinen; es will die Freiheit im eigenen Lande, wie es die Freiheit der andern Völker achtet; aber es will auch die unbedingte Achtung seiner Rechte, für deren Anerkennung es zu allen Zeiten energisch einzutreten wissen wird, so Gott will, mit demselben Erfolge, wie in den ruhmvollen Kämpfen der Gegenwart. Friede und Freiheit zu schützen — das ist die erhabene Mission, welche dem deutschen Kaiserthum geworden ist, und die es erfüllen wird, nicht obwohl, sondern weil es in Waffen geboren ist, denn nur das Volk ist wahrhaft frei, das sich selbst zu schützen versteht; nur das Volk wird wahrhaft den Frieden schätzen, dessen Söhne selbst im Krieg die Waffen führen. Nicht feile Miethlingstruppen, nicht Prätorianer, das Volk in Waffen hat den deutschen Kaiser auf den Schild gehoben! Es liegt darin das Charakteristische des großen weltgeschichtlichen, die Herzen aller Vaterlandsfreunde mächtig ergreifenden Aktes, das diesem deutschen Kaiserthum seinen ganz eigenen Stempel aufdrückt.

An dem Kaiserthum hatte immer das deutsche Volk gehangen; stets schlug sein Herz hoch und voll bei der Erinnerung an jene glorreiche Vergangenheit. In den Zeiten des durch den Kampf kirchlicher und dynastischer Interessen herbeigeführten Verfalls der deutschen Macht und der deutschen Wohlfahrt, in den Zeiten der tiefsten Noth und Unfreiheit, die über unser Vaterland gekommen, wendete das Volk den sehnsüchtigen Blick auf jene mächtigen Kaisergestalten des Mittelalters, welche ihm als das Symbol erschienen der eigenen Größe, Stärke und Wohlfahrt. Oeffnen werde sich dereinst der Kyffhäuser — so dachte und dichtete der romantische Sinn unseres Volkes — hervortreten werde der Kaiser Barbarossa und geendet sein die Noth des uneinigen, zerrissenen Volkes, das die Eifersucht der Fürsten sich selbst entfremdet und zum Gegenstand der ewigen Begehrlichkeiten beutegieriger Nachbarn gemacht hatte. Nun ist das deutsche Kaiserthum dem Volke wiedergegeben, aber freilich ist es anders gekommen, als in jenen romantischen Träumen. In Jahre langer mühseliger Arbeit hat das deutsche Volk sich das Kaiserthum gewonnen, in Kämpfen voll Blut und Schweiß ist es zur Wahrheit geworden, weil das deutsche Volk sich selbst wieder eine Wahrheit geworden war. Erst als die Nation über die engen Schranken, die kleinliche Staatskunst errichtet hatte, sich erhoben und das volle Bewußtsein seiner unauflöslichen Einheit wiedergewonnen und bethätigt hatte, erst dann war es möglich, das Symbol dieser Einheit in dem goldenen Reifen der deutschen Kaiserkrone wiederherzustellen. Heute strahlt diese Krone in dem herrlichen Glanze, der ihr erhalten bleiben wird, so lange das deutsche Volk sich nicht selbst verliert, sondern festhält an den fundamentalen Stützen jedes

gesunden Staatswesens, an der selbstlosen Treue, an der Zucht, an der Ehrfurcht vor dem Gesetz.

21. Januar 1871.

Das Rundschreiben, welches Herr Jules Favre über die Theilnahme Frankreichs an der Pontuskonferenz in die Welt geschickt hat, ist ein Aktenstück, welches ebensowohl formell durch die Einschachtelung seines Briefwechsels mit dem englischen Minister Grafen Granville, als materiell durch die Verquickung der Betheiligung Frankreichs an jener Konferenz mit dem Bombardement von Paris im höchsten Grade abnorm ist. Die sehr einfache Sachlage, daß die französische Regierung als Unterzeichnerin und Garantin der Verträge von 1856 zur Theilnahme an der Konferenz eingeladen, und daß für den Fall einer Theilnahme Jules Favre's an der Konferenz diesem durch englische Vermittelung ein Passirschein durch die deutschen Linien angeboten worden, genügt dem Advokat-Staatsmann nicht, der den Traditionen seines Berufes getreu sofort die Attitude des Vertheidigers im Prozeß annimmt und Europa mit einer Fluth von wässerigen Phrasen überströmt, die alles Mögliche besagen, nur das Eine nicht, worauf es ankommt: ob nämlich Herr Favre zur Konferenz kommen wird, oder nicht. Daß Frankreichs Theilnahme an jener Konferenz unerläßlich ist, bildet den Ausgangspunkt des Favre'schen Erguſſes: er selbst, seine Kollegen in Paris, die Regierungsdelegation in Tours, alle sind einig darin, daß die englische Einladung nicht abgelehnt werden dürfe, allein statt demgemäß einfach zu schreiben, daß der Minister selbst oder irgend ein Vertreter sich in London einfinden würde, schweift Herr Favre auf ganz andere Gebiete ab, indem es ihm plötzlich einfällt, diese Einladung zur Pontuskonferenz mit der Stellung des republikanischen Frankreichs zu den europäischen Mächten in Verbindung zu bringen, und sie zu bezeichnen als „einen verspäteten Anfang der Gerechtigkeit als eine Verpflichtung, von der man sich nicht mehr lossagen kann". Man sieht, Herr Favre hat nicht übel Lust, dem französischen Volk, für welches die ganze Note eigentlich berechnet ist, die ganz konventionelle Aufforderung, Frankreich möge an der Konferenz theilnehmen, als einen Akt der Sympathie der europäische Mächte für diese Nation hinzustellen! Ja, Herr Favre geht noch weiter, indem er die Einladung nicht nur als ein Symptom dafür bezeichnet, daß auch den andern Nationen die Sache Frankreichs als die gerechte Sache erscheine, sondern sich und dem französischen Volk verspricht, in London diese Sache vor einem äußerst wohlwollenden Tribunal vertheidigen zu können.

In der Konferenz, welche sich einfach mit einem ganz bestimmten Punkte des Pariser Vertrags von 1856 befassen soll, will Herr Favre seine Stimme erheben, um „die Prinzipien zu vertheidigen, welche Frankreichs Unabhängigkeit und Würde sicher stellen." Herr Favre

weiß so gut, wie irgend wer, daß diese Prinzipien mit der Zahl der Schiffe, die Rußland auf dem schwarzen Meere zu halten berechtigt ist, gar nichts zu schaffen haben, und daß solche Abschweifungen von der Tagesordnung nicht einmal in einer parlamentarischen, geschweige denn in einer diplomatischen Versammlung gestattet sind. Allein was verschlägt ihm das? Seine Absicht ist nur, das französische Volk in dem Wahne zu erhalten, daß die neutralen Mächte ihm günstig gestimmt sind und jede Gelegenheit benutzen werden, um für Frankreich einzutreten. In dem Streben, das französische Volk in dieser Weise gröblich zu täuschen, geht Herr Favre so weit, in seiner Note ausdrücklich zu betonen, daß das Programm der französischen Regierung sich nicht geändert habe, und daß Europa, da es diese Regierung eingeladen, sehr wohl wisse, wie dieselbe den Willen und die Pflicht habe, das Programm aufrecht zu erhalten. Der Franzose, der dieses Favre'sche Aktenstück liest, kann, wie man sieht, nicht anders folgern, als daß Europa vollständig den Standpunkt der französischen Regierung, weder einen Stein der Festungen noch einen Zoll breit Landes abzutreten, theilt; er wird dadurch natürlich sich zur Fortsetzung des Widerstandes ermuthigt fühlen. Eine solche Täuschung ist beklagenswerth im Interesse des irregeleiteten französischen Volks; im höchsten Grade schuldig aber sind jene, welche sie absichtlich hervorgerufen haben.

Man sollte zwar meinen, die Täuschung könne nicht lange anhalten; die Vorspiegelungen Favre's müßten gleich bei Beginn der Konferenz auch dem blödesten Auge als durchaus nichtig erscheinen. Indessen hat Herr Favre sich dadurch zu schützen gewußt, daß er sein Erscheinen in der Diplomatenversammlung trotz der Vortheile, die er sich und dem französischen Volk davon versprochen, von dem Aufhören des Bombardements von Paris abhängig macht. Er erreicht dadurch zweierlei: einmal entzieht er sich der Gefahr, sein elendes Lügengewebe durch die die französischen Ansprüche ablehnende Haltung der Konferenzmitglieder zerrissen zu sehen, weiter aber gewinnt er die Gelegenheit, die er auf der Konferenz nicht gehabt hätte, sich über das Bombardement zu äußern und gleichzeitig glauben zu machen, England theile auch in dieser Frage den Standpunkt des Herrn Favre! Man sieht, an advokatorischen Finessen fehlt es dem französischen Staatsmann nicht, allein dies schmäliche System von Fälschungen, welche schließlich nur auf den Betrug des eigenen Clienten hinauslaufen, ist geradezu widerlich in solchen Augenblicken, wie Frankreich sie jetzt durchmacht und in welchen das Heil nur von der Erkenntniß der Wahrheit kommen kann.

Was das Bombardement von Paris betrifft, so hat Herr Favre sich nicht auf diese Note allein beschränkt, um seiner heuchlerischen Entrüstung darüber Worte zu geben, sondern auch inner- wie außerhalb Frankreichs in einem Aktenstück protestirt. Wie schon früher erwähnt, wird hier das Bombardement von Paris als fluchwürdig

bezeichnet, weil dasselbe vorher nicht angekündigt worden und weil Privatgebäude überhaupt nicht bombardirt werden dürften. Was die erstere Behauptung betrifft, so ist dieselbe geradezu wahnsinnig: seit vier Monaten ist die Belagerung von Paris im Gange, seit vier Monaten bombardiren die Pariser Forts französische Ortschaften, wie St. Cloud, Sevres u. s. w. unaufhörlich, ohne daß es den französischen Befehlshabern eingefallen ist, das Bombardement der Bevölkerung jener Orte anzukündigen, die ihre Rettung von sicherem Untergang nur den Deutschen verdanken, welche sie aus ihren gefährdeten Häusern entfernten. Und heute, wo deutscherseits die nämliche Operation vorgenommen und das befestigte Paris mit Bomben beworfen wird, soll Deutschland sich gegen die Bestimmungen des Völkerrechts versündigen! Als sich Paris zu seiner heroischen Vertheidigung bereit erklärte, mußten wenigstens die augenblicklichen Gewalthaber die volle Schwere der sich daraus ergebenden unvermeidlichen Konsequenzen kennen und es steht ihnen und ihrem Heroismus wahrlich übel an, wenn sie sich jetzt, wo die Folgen fühlbar werden, darüber beklagen! Nicht besser verhält es sich mit der anderen Behauptung, daß Privatgebäude nicht bombardirt werden dürften. Die französische Kriegsgeschichte weist unzählige Beispiele auf, daß französische Befehlshaber zu allen Zeiten dieses Gesetz, wenn es wirklich vorhanden wäre, mit Füßen getreten haben. Aber es ist gar nicht einmal vorhanden, wie dies der französische Protest selbst einräumt, indem er erklärt, daß, um die großen Centren der Bevölkerung vor den Gefahren des Krieges zu schützen, dieselben meist für offene Städte erklärt werden. Eine schärfere Verurtheilung der Befestigung von Paris ist gar nicht denkbar, aber da die Regierung der nationalen Vertheidigung selbst diese Befestigungen als das Centrum des Widerstandes ansieht und angesehen haben will, so ist es natürlich, daß der Gegner sich in jeder Weise bemüht, denselben zu brechen. Paris ist keine offene Stadt — es muß nun das Loos des Krieges über sich ergehen lassen. Dagegen zu protestiren, zeigt ebenso wenig Muth wie Verstand. Ungleich gerechtfertigter als der Protest der Regierung ist unstreitig der Protest des Direktors des Jardin des plantes. Derselbe lautet: „Der durch Edikt des Königs Ludwig XIII. vom 3. Januar 1620 gegründete „Jardin des plantes médicales“, der am 23. Mai 1794 das „Musée d'histoire naturelle“ geworden ist, wurde in der Nacht vom 8. auf den 9. Januar 1871 unter der Regierung Wilhelms I., Königs von Preußen, als Graf von Bismarck Kanzler war, von der preußischen Armee bombardirt. Bis dahin war er von allen Parteien und von allen nationalen und fremden Regierungen respektirt worden. — Paris, den 9. Januar 1871. E. Chevreul.“

Die Affen und Tiger des Herrn Chevreul hatten wenigstens eine Vertheidigung nicht beabsichtigt, wenn sie auch Herr v. Girardin seinerzeit in die Reihen der Vertheidiger von Paris einstellen wollte.

24. Januar 1871.

Das Schreiben, welches der deutsche Kaiser an die deutschen Fürsten und freien Städte gerichtet hat, um ihnen die Annahme der Kaiserwürde mitzutheilen, ist eine erneute Manifestation der Politik des Friedens, welche das neue Kaiserreich zu verfolgen gedenkt. Die drei glücklichen Kriege, welche das heute an der Spitze Deutschlands stehende Preußen in rascher Reihenfolge geführt hat, haben im Auslande und hier und da auch von einzelnen Parteien in Deutschland selbst die Verdächtigung laut werden lassen, das neue Reich werde einen vorzugsweise kriegerischen Charakter tragen und seine Macht mehr in der Kraft des Schwertes als in den Werken des Friedens suchen. Wer ein volles Verständniß für den deutschen Nationalcharakter und für die militärischen Institutionen unseres Vaterlandes besitzt, wird über die Irrigkeit solcher Ansichten nicht einen Augenblick im Unklaren sein: der Deutsche ist kein Eroberer und grade die schönsten Seiten in der deutschen Wehrverfassung, die Eigenthümlichkeiten, durch welche die großartigen Erfolge unserer Waffen möglich geworden sind, sichern uns davor, in der blutigen Unterjochung fremder Völkerschaften eine unserer würdige Aufgabe zu sehen. Das Volk in Waffen wird zu allen Zeiten muthig und opferbereit für die Wahrung seiner heiligsten Rechte einstehen, aber niemals das feile Werkzeug bei einem frevlen Angriff auf die Rechte anderer Völker sein. Demnach sind die so klaren und entschiedenen Worte freudig zu begrüßen, in denen der deutsche Kaiser auf's Neue es ausspricht, daß die Kaiserkrone auf dem Haupt der Hohenzollern keine Aufnahme der Machtansprüche bedinge, welche unserem Vaterlande in früheren Jahrhunderten so verhängnißvoll geworden, sondern daß das deutsche Reich ein Reich des Friedens und segensreicher Arbeit auf dem Gebiete der inneren Politik sein werde.

Dies deutsche Reich, dem eine so hohe Aufgabe geworden, steht nunmehr äußerlich und innerlich als ein in sich abgeschlossenes Ganze da, seitdem auch die Vertretung des bairischen Volkes die Verträge genehmigt hat, welche das Fundament des deutschen Bundes bilden. Nach heftigen und langen Kämpfen ist diese Genehmigung ertheilt worden, nach Kämpfen, die nicht zu bedauern sind, weil sie auch ihrerseits viel zu der Klärung der Ueberzeugungen des bairischen Volkes beigetragen haben, welche die unerläßliche Vorbedingung ist für die Gedeihlichkeit der gemeinsamen Arbeit, zu der alle deutschen Stämme berufen sind. Die letzten sechs Monate bilden einen glänzenden Abschnitt in der Geschichte Baierns, dessen König und Volk auf dem Schlachtfelde, wie im Berathungssaale stets die volle Erkenntniß ihrer Pflichten gegen sich und gegen Deutschland in umfassendstem Maße bethätigt haben.

Für den 24. Januar ist die zweite Sitzung der Pontuskonferenz angesetzt, welcher weniger des Gegenstandes der Berathung wegen mit Spannung entgegengesehen wird, als um der Frage willen: wird Herr

Jules Favre seinen Sitz in derselben einnehmen und wie werden sich die Beziehungen zwischen ihm, dem Vertreter einer förmlich nicht anerkannten Regierung und den Vertretern der anderen Mächte gestalten? Die von Herrn Favre in seiner Note über die Begegnung mit dem Grafen Bismarck selbst zugestandene mangelhafte Kompetenz der französischen Regierung der nationalen Vertheidigung ist bereits vom Bundeskanzler in einem Schreiben an Herrn Favre mit vieler Schärfe betont worden, nachdem der derzeitige französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten in seiner Note vom 12. Januar über seine Betheiligung an der Pontuskonferenz Aeußerungen gethan, die ebensowohl mit der Kompetenz dieser Konferenz, als mit der Qualifikation der französischen Regierung zu ihrer Beschickung in schneidendem Widerspruche stehen. In jener Note bezeichnete Herr Favre bekanntlich die an die Regierung der Nationalvertheidigung erlassene Aufforderung zur Theilnahme an der Berathung als einen Schritt, „welcher mit der Autorität des öffentlichen Rechtes den Regierungswechsel heiligt", mit anderen Worten, diese Einladung kam nach der Auffassung Jules Favres einer formellen Anerkennung der französischen Regierung gleich. Sehr richtig macht dem gegenüber Graf Bismarck in seinem Schreiben an Favre darauf aufmerksam, daß davon gar keine Rede sein könne, und daß er daher, zumal Herr Favre gleichzeitig seine Absicht ausgesprochen habe, auf der Konferenz Fragen zur Erörterung zu bringen, die nichts mit dem Gegenstande der Berathung zu thun hätten, nicht in der Lage sei, durch Verabfolgung des nachgesuchten Geleitscheins seinerseits den von Herrn Favre von vornherein eingenommenen Standpunkt zu sanktioniren. Seitens des Bundeskanzlers sind die ungebührlichen Prätensionen Frankreichs sofort und mit vollem Recht in die richtigen Schranken gewiesen worden. Noch liegen keine authentischen Mittheilungen darüber vor, ob Herr Favre die — allerdings etwas sarkastischen — Rathschläge des Grafen Bismarck befolgt hat und in Paris geblieben ist, oder ob er in Ermangelung des diplomatischen Geleitscheines mit einem militärischen Passepartout ausgerüstet nach London gegangen ist.

Wie der „Köln. Ztg." berichtet wird, sollen übrigens außer Graf Bernstorff noch mehrere andere Bevollmächtigte angewiesen worden sein, auf der Londoner Konferenz die Verhandlung von Fragen außerhalb des vorgezeichneten Programms keineswegs zuzulassen.

Es ist daher anzunehmen, daß Herr Favre innerhalb der Konferenz nicht die gewünschte Gelegenheit finden wird, seine Diatriben gegen Deutschland zu schleudern. Dagegen scheint ihm von Seiten der in England lebenden Franzosen, der Irländer und einiger von republikanischen Ideen erfüllten Engländer die Gelegenheit zu Reden auf der Straße bereitet werden zu sollen. Wenigstens wurden Anstalten getroffen, den französischen Minister mit einigen Demonstrationen zu begrüßen, deren Spitze gegen Deutschland gerichtet sein sollte; nament-

lich versprach man sich seitens der „Entrepreneure“ viel von einem Umzug, in welchem auch Matrosen der bei Rouen von unseren Truppen versenkten Schiffe mit einer beschmutzten brittischen Flagge paradiren sollten, welche die Inschrift führt: „In den Schmutz getreten durch König Wilhelm und Bismarck.“ Man darf füglich gespannt sein, ob diese Demonstrationen in dem „neutralen“ England zu Stande kommen werden oder nicht und ob Herr Favre, wenn dem Staatsmann im auswärtigen Amte die Gelegenheit nicht geboten wird, wirklich das Volk in den Straßen haranguiren wird!

26. Januar 1871.

Mit harrender Ungeduld blickt heute die Welt nach Versailles und Paris, begierig, von dort die Kunde zu vernehmen, welche den Fall der Festung und damit das Ende des Krieges, der seit sechs Monaten wüthet, melden soll. Doch möchten wir vor Illusionen warnen, als ob heute oder morgen schon die Kapitulation von Paris zu erwarten wäre. Gewiß darf die Nachricht von dem Eintreffen Jules Favre's in Versailles mit Kapitulationsanträgen nicht nur als der Anfang des Endes, sondern als das Ende selbst bezeichnet werden. Der Mangel an Vorräthen, die Erkenntniß der Unfähigkeit, durch Ausfälle eine Verbesserung der Lage herbeiführen zu können, die Wirkung des Bombardements — alle diese Faktoren müssen in den letzten Tagen einen mächtigen und unwiderstehlichen Druck auf die Bevölkerung und auf die Regierung in Paris ausgeübt haben, da sie Jules Favre bewogen haben, sich nach Versailles zu begeben, und in eigener Person die Kapitulationsvorschläge zu überbringen, eine Demüthigung, die seinem Hochmuthe große Opfer gekostet haben wird und eigentlich nur erklärlich ist dadurch, daß Jules Favre sich in Illusionen bewegt, die Niemanden täuschen können, als ihn selbst. Zur Erklärung seines Schrittes wird er sich selbst wie den deutschen Staatsmännern und Generälen gegenüber die Gebote der Menschlichkeit geltend machen: der Wunsch Paris zu schonen, nicht die Erkenntniß von der Unhaltbarkeit der Stellung, wird von ihm als das Motiv der Kapitulationsanerbietungen bezeichnet werden, und ebenso wird ihm dieser Fall der Festung nicht als das Ende des Krieges erscheinen, sondern er in dem Glauben Beruhigung finden, daß auch nachher der Krieg fortgesetzt und das Programm der Regierung aufrecht erhalten werden könne. Daß diese Annahmen eitel Täuschung sind, bedarf keiner Erläuterung; Paris fällt und muß fallen, weil es weder länger Widerstand leisten, noch Entsatz aus den Provinzen erwarten kann, und mit dem Fall von Paris fällt auch der Zauber, der bisher die Gemüther in Frankreich blendete und sie zur Fortsetzung eines nutzlosen Widerstandes verlockte. Daß General Trochu jene Illusionen nicht theilt, beweist sein Rücktritt von der Regierung; er sieht die Unmöglichkeit ein, dem Schicksal zu entgehen, und verzichtet auf die Ausführung eines Programmes, das er, auf

falsche Voraussetzungen gestützt, aufgestellt hatte. Anders die Herren Favre und Gambetta; sie fahren fort, andere, vielleicht auch sich selbst zu betrügen; sie sehen das Unvermeidliche nicht, sie wollen es nicht sehen, und gehen noch immer von Voraussetzungen aus, die jeder Berechtigung entbehren. Es zeigt sich dies gerade in den Bedingungen, die Jules Favre an die Uebergabe von Paris geknüpft hat, und die darauf hinauslaufen, der Armee von 500,000 Mann, welche Paris in seinen Mauern zählt, den freien Abzug mit Waffen u. s. w. zu sichern.

Es ist selbstverständlich, daß diese Forderung, die nur darauf berechnet ist, der französischen Feldarmee ein außerordentlich zahlreiches, gut bewaffnetes und gut ausgerüstetes Material zur weiteren Fortsetzung des Krieges zuzuführen, um so weniger erfüllt werden kann, als es sich eben nur um wenige Tage handelt, innerhalb welcher auch der letzte Widerstand, dessen Paris fähig ist, gebrochen sein wird. Demnach wird Jules Favre nach Abweisung dieser Forderung nach Paris zurückkehren und, auf die „deutschen Barbaren" die Verantwortlichkeit für die Greuel der Belagerung wälzend, von Neuem die Fortsetzung des Widerstandes predigen, bis die zwingende Macht der Verhältnisse, vielleicht nach einem abermaligen blutigen Kampfe, weitere trügerische Täuschungen über die wirkliche Lage der Dinge nicht mehr gestattet. Wir glauben daher, daß nicht heute oder morgen, wohl aber in allernächster Zeit uns die ersehnte Kunde kommen wird, daß Paris gefallen ist.

Welche Vorgänge inzwischen noch in Paris selbst stattfinden mögen, ob es nicht schließlich dort noch zu blutigen Kämpfen zwischen der Bevölkerung selbst kommen wird, das entzieht sich natürlich der Berechnung.

27. Januar 1871.

Die offiziellen Berichte aus Versailles erwähnen, wie leicht begreiflich, nichts davon, daß im deutschen Hauptquartier Unterhandlungen über die Kapitulation von Paris gepflogen werden. Erst wenn vollendete Thatsachen vorliegen, wenn die Verhandlungen zu gutem Ende geführt oder gescheitert sind, ziemt es jenen Bülletins, Mittheilungen zu geben, deren zu frühe Veröffentlichung auf den Verlauf der Verhandlungen nachtheilig einwirken dürfte. Inzwischen sind die englischen Blätter und ihre Korrespondenten in Versailles nicht verpflichtet, solche Rücksichten zu beobachten; über London verlautbaren daher die meisten der bis jetzt vorliegenden Nachrichten über den Verlauf der Verhandlungen und den Inhalt der deutscherseits gestellten Bedingungen. Die gestern dem „Daily Telegraph" entnommenen Angaben über die letzteren mögen der Wahrheit ziemlich nahe kommen, doch sind sie bis jetzt zu wenig verbürgt, als daß eine nähere Prüfung derselben angezeigt erschiene. Dagegen verdient wohl hervorgehoben zu werden, daß nach jenen Mittheilungen es fast scheinen könnte, als bestehe in Versailles die Absicht mit der Kapitulation von Paris auch zugleich

den Abschluß des Friedens zu verbinden, mit andern Worten, die Kapitulation der Vertheidigungsregierung nicht anzunehmen, bevor sie nicht die unsrerseits aufzuerlegenden Bedingungen für den Friedensschluß genehmigt hat. In welcher Weise eine solche Verbindung zweier an sich nicht in unmittelbarem Connex stehenden Fragen thatsächlich durchgeführt werden könnte, erscheint uns nicht verständlich; abgesehen von dem einen Hinderniß, daß die Regierung der nationalen Vertheidigung eine doppelte ist und daß die Regierungsabtheilung in Bordeaux schwerlich die der Regierungsabtheilung in Paris auferlegten Bedingungen genehmigen, sondern zunächst auch nach dem Fall der Hauptstadt an der Fortsetzung des Krieges festhalten würde, so würde, wollte man im Hauptquartier zu Versailles Friedensverhandlungen mit Jules Favre führen, Graf Bismarck sich in einem vollständigen Widerspruch mit seinen bisherigen Anschauungen verwickeln. Die sehr mangelhafte Kompetenz der Vertheidigungsregierung zu völkerrechtlichen Akten ist wiederholt und so sehr mit Recht vom Reichskanzler hervorgehoben worden, daß jetzt mit Favre über Frieden nicht verhandelt werden kann, so lange nicht eine französische Volksvertretung jene Regierung vollständig sanktionirt hat. Wir glauben daher den Mittheilungen der englischen Blätter, soweit sie die deutscherseits aufgestellten Forderungen berühren, einen entschiedenen Zweifel entgegensetzen zu müssen. Was den Verlauf der Verhandlungen betrifft, so geht aus denselben keineswegs mit Klarheit hervor, ob die Verhandlungen noch fortgesetzt werden oder nicht, ob Jules Favre nach Paris gegangen ist nach dem Abbruch derselben oder um sich in Picard und Dorian Gefährten zu weiteren Verhandlungen zu holen.

Wie dem auch sei — daß selbst im ersteren Falle die Verhandlungen über die Kapitulation von Paris jedenfalls nur auf kurze Zeit vertagt sein können, haben wir bereits gestern hervorgehoben, und wird vollständig durch die Nachrichten aus Paris, die übrigens sehr bemerkenswerther Weise seit dem 22. Januar ausgeblieben sind, bestätigt. Der Fall der Hauptstadt ist ein nahe bevorstehendes Ereigniß und damit auch die Beendigung des Krieges, allerdings nicht in der oben erörterten Weise, wohl aber deshalb, weil einmal durch das Freiwerden der jetzt zur Belagerung von Paris verwandten Truppen unsere militärische Stellung eine so überaus mächtige und günstige wird, daß der Versuch, den Widerstand fortzusetzen, geradezu Wahnsinn wäre, dann aber, weil mit der Eroberung von Paris der Nation das Element genommen wird, welches den zähen bisher geleisteten Widerstand bedingte. Den Provinzen gilt der Widerstand, den Paris leistet, für eine Bürgschaft, daß es noch gelingen könne, den Feind zu besiegen; sie fühlen sich selbst dadurch zu Anstrengungen veranlaßt, welche eine Unterstützung von Paris bezwecken. Sobald Paris gefallen, verlieren diese Faktoren voraussichtlich ihre Bedeutung; die Bevölkerung wird sich dann nicht länger besonneneren Anschauungen verschlie-

ßen und die längst hier und da offen zu Tage tretenden, theils auch noch latenten, dem Abschluß des Friedens günstigen Strömungen einen unwiderstehlichen Druck auf die Männer ausüben, welche augenblicklich das Heft in Händen haben, damit endlich eine autorisirte gesetzliche Regierung hergestellt werde. Nur durch diesen Prozeß von Innen heraus ist der Abschluß des Friedens zu erzielen, und wir zweifeln nicht, daß sehr bald sich die Symptome mehren werden, welche den schnellen Verlauf dieses Prozesses ankündigen.

30. Januar 1871.

Paris ist gefallen! Die Welt wußte längst, daß diese mächtige Feste nach dem unabänderlichen Gesetz, daß jede belagerte auch eine eroberte Stadt ist, wenn nicht von außen Hilfe gebracht werden kann, fallen mußte, und unter den Belagerten selbst wird mancher auf Paris die Worte des griechischen Sängers anzuwenden gewußt haben: „Einst wird kommen der Tag, da die heilige Ilios hinsinkt.“ Dieser Tag, der ungeduldig ersehnte, ist gekommen! Zu Boden gestreckt liegt Paris, nachdem sein Widerstand gebrochen, schneller, als wir selbst in den letzten Tagen noch gehofft. Ueberall in Deutschland werden bei dieser gewaltigen Nachricht die Herzen mächtig schlagen, voll ehrfürchtiger Dankbarkeit für den Leiter der Geschicke der Völker, welcher unsere Waffen so sichtlich gesegnet hat, voll inniger Liebe für die Söhne unseres Vaterlandes, Führer und Soldaten, welche mit unvergleichlicher Tapferkeit und Todesverachtung, mit einer wahrhaft erhabenen Ausdauer und Disziplin, wie in den offenen Feldschlachten, so unter den Mauern von Paris dem Feinde stets siegreich die Stirne geboten haben. Ehre und Preis sei ihnen, deren Heldenthaten das deutsche Volk zu allen Zeiten im Herzen tragen wird.

Paris ist gefallen! Der frevelhafte Uebermuth der Stadt, welche mehr wie das ganze übrige Frankreich zusammen die Schuld hat an dem furchtbaren Kriege, der so unendlichen Jammer über Tausende und Hunderttausende von Familien gebracht, ist gebrochen. Als vor sechs Monaten unter dem denkbar nichtigsten Vorwande Frankreich uns den Krieg erklärte, dröhnten die Mauern der Stadt wieder von dem lauten Beifallsjauchzen der Pariser Bevölkerung, welche mit widerlichem Cynismus im Voraus die Waffenthaten ihrer Heere, die Demüthigung, die Beraubung Deutschlands feierte. Von Paris aus ward die Kriegswuth geschürt, von Paris aus das Zeichen gegeben zu jenen nichtswürdigen Mißhandlungen unserer Landsleute, die im Vertrauen auf die Ehre und das Rechtlichkeitsgefühl des französischen Volkes, auf seine vielgepriesene Gesittung und Civilisation dort Raum für eine ehrenvolle Thätigkeit gesucht hatten. Die furchtbare Vergeltung ist nicht ausgeblieben; sie vollzieht sich in um so ergreifenderer Weise noch dadurch, daß in dem letzten entscheidenden Augenblicke die Bevölkerung jener Stadt die Waffen gegen sich selbst richtet; nicht genug des kost-

baren Blutes, das im Kriege vergossen worden, werden die Straßen von Paris noch gefärbt mit dem Blute von Franzosen, das von Franzosen vergossen wird. Ein furchtbares Bild bieten diese letzten Zuckungen der zu Boden gestreckten Stadt. Statt ernst und würdevoll dem unvermeidlichen Schicksal entgegenzugehen, und wirklich wie ein Held zu sterben, verzehrt die Bevölkerung den letzten Rest ihrer Kraft und ihres moralischen Muthes in Straßenkämpfen.

Wir haben nie den Widerstand zu bewundern vermocht, den Paris unseren Heeren geleistet: wahrhaft großartig war nur, daß es gelungen ist, eine ungeheure Stadt so mit Vorräthen zu versehen, daß sie Wochen- und Monatelang dem Feinde widerstehen konnte. Es war vorauszusehen, daß, sobald wirkliche Noth und wirkliche Gefahr sich bemerkbar machten, die Neigung zu ferneren Kämpfen erlahmen würde. So ist es denn auch gekommen; die Offensivstöße der Belagerer sind noch immer erst nur aus weiter Ferne möglich und von verhältnißmäßig untergeordneter Wirkung, allein die Vorräthe sind erschöpft, und somit zugleich die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung von Paris. Wie ganz anders tapfer hat sich nicht Straßburg vor wenigen Monaten gezeigt, das den Entbehrungen und Gefahren bis zum Aeußersten getrotzt hat. Wir mögen nicht den zu Boden liegenden Feind schmähen, allein gegenüber der phrasenhaften Verherrlichung, welche der heroische Widerstand von Paris gefunden hat und noch weiter in den Annalen Frankreichs finden wird, ist es schon heute die Pflicht, darauf hinzuweisen, wie die Vertheidigung von Paris der moralischen Größe entbehrt. Paris ist gefallen! und damit auch das größte Ziel, die Wiederherstellung des Friedens, in greifbare Nähe gerückt. Wir glauben nicht, daß die gegenwärtigen Machthaber in Frankreich, die Herren Gambetta und Genossen in Bordeaux, sofort auf die weitere Fortsetzung des Krieges verzichten werden, allein sicherlich wird dieser letzte Schlag der Nation selbst die Nothwendigkeit des Friedensschlusses zu klarer Erkenntniß bringen und sie lehren, daß nur ein Verzicht auf weiteren Widerstand Frankreich vor gänzlichem Ruin retten kann. So dürfen wir wohl auf baldige Einstellung der Kämpfe, auf die Vereinbarung eines Friedensvertrages rechnen!

Der Fall von Paris unterscheidet sich von den Kapitulationen der anderen französischen Festungen in diesem Kriege dadurch, daß eine Sonderung der Stadt und der Befestigungen eingetreten ist: die Forts von Paris sind den Siegern überantwortet und von diesen sofort besetzt worden, die Stadt dagegen wird von den Truppen der Sieger nicht besetzt. Auf diesen Punkt ist in den Unterhandlungen Seitens des Hrn. Favre ein gewisses Gewicht gelegt worden. Anfänglich soll er den freien Abzug der Garnison hinter die Loire vorgeschlagen haben; dort sollte dieselbe entwaffnet und gegen die Verpflichtung, binnen einer bestimmten Zeit nicht gegen Deutschland zu dienen, entlassen werden. Aus leicht begreiflichen Gründen konnte dieser Vorschlag keine Berück-

sichtigung im deutschen Hauptquartier finden. Der andere Punkt, welchen Favre mit ganz besonderer Energie aufrechterhielt, galt der Verhinderung des Einmarsches der deutschen Truppen in Paris. Sachlich ist dieser Einmarsch ohne Bedeutung; der Widerstand von Paris ist vollständig gebrochen, die Armee — mit Ausnahme der seßhaften Nationalgarde — also auch die mobilisirte Nationalgarde, ist kriegsgefangen und streckt vor dem Sieger die Waffen, welcher die Forts besetzt und vollständig Herr von Paris ist. Die Niederlage von Paris kann, wie man sieht, nicht größer sein, und der Einmarsch unserer Truppen würde dieselbe nicht größer machen. Allein die auf das Aeußerliche gerichtete Individualität des französischen Volkes wird oft tiefer verletzt durch eine äußere Demüthigung, als durch materielle Niederlagen; seine Eitelkeit wird daher vielleicht in dem Umstand, daß der Sieger nicht einen Triumphzug durch die Straßen von Paris halten wird, einen Trost finden, der es, so abgeschmackt das auch klingen mag, die Bitterkeit ernster und großer Verluste leichter ertragen läßt. Es ist überflüssig, über derartige Verschrobenheiten in den Charakteren der Völker psychologische Betrachtungen anzustellen; wo sie einmal vorhanden sind, ist es weise, mit ihnen als mit gegebenen Thatsachen zu rechnen, und wir finden es durchaus richtig und der höchsten Anerkennung werth, daß man im deutschen Hauptquartier sich selbst überwunden und dem geschlagenen Feind diese goldene Brücke gebaut hat, um so mehr, als sie für uns thatsächlich mit keiner Gefährdung unserer militärischen Stellung verbunden ist, wohl aber uns bedeutende politische Vortheile bietet. Denn nicht allein, daß diese Schonung der französischen Nationaleitelkeit voraussichtlich von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung für den Abschluß des Friedens sein dürfte, so zeigt die Mäßigung, welche wir hier bewiesen, den neutralen Mächten unsere stete Bereitwilligkeit, nach Kräften den besiegten Gegner zu schonen, sie zeigt vor Allem, daß wir in der Durchführung dieses Krieges nicht die Befriedigung militärischen Ehrgeizes, sondern ein hohes sittliches Ziel, die siegreiche Vertheidigung unseres Vaterlandes erstrebten, daß unsere Brüder und Söhne aus Patriotismus, nicht aus Chauvinismus, Soldaten, Helden sind. Mit Recht werden unsere tapferen Krieger schmerzlich empfinden, daß ihnen der Einzug in Paris nicht gewährt wird, daß nicht auch äußerlich die Demüthigung dieses Gegners, dessen Niederwerfung edles deutsches Blut in Strömen gekostet hat, vollendet wird. Ein französischer Feldherr würde seinen Schaaren nicht den Triumphzug durch die feindliche Hauptstadt, welche Monate lang Widerstand geleistet, verwehren dürfen: der deutsche Kaiser kann es, weil er nicht von kriegerischem Dünkel berauschte Söldlinge befehligt, sondern die Blüthe des Volkes, Männer, von denen jeder Einzelne weiß, daß er im Dienst des Vaterlandes steht, der nicht nur Opfer der kriegerischen Hingebung, sondern auch der Selbstüberwindung fordert.

Die Waffenstillstandsbedingungen gehen, wie es scheint, von dem Grundsatz aus, daß die Armeen ihre Stellungen behalten. Schwierigkeiten dürften hier nur durch die Stellungen der Garibaldiner, der Armee Bourbaki's und der Verhältnisse von Belfort entstehen; auf diesem Theile des Kriegsschauplatzes sind die Figuren des militärischen Schachspiels so durcheinander geschoben, daß die Abgrenzung der Positionen keine leichte sein dürfte.

Ungleich wichtiger als die Regelung der militärischen Verhältnisse für die Dauer des Waffenstillstandes sind die Arbeiten auf politischem Gebiete, welche während dieser verhältnißmäßig kurzen Spanne Zeit ausgeführt werden müssen. Die Wahlen zur Constituante sind sofort einzuleiten, da die Versammlung noch in der ersten Hälfte des nächsten Monats in Bordeaux zusammentreten soll, um die französische Regierung zu konstituiren und die Friedensbedingungen zu votiren. Ob über diese zwischen dem Grafen Bismarck und Herrn Jules Favre irgend welche Abmachungen stattgefunden haben, erhellt zur Zeit nicht aus den über die Versailler Verhandlungen vorliegenden Mittheilungen. Die Annahme dürfte indessen wohl gerechtfertigt sein, daß über die Friedenspräliminarien ein bindendes Abkommen erzielt worden ist, soweit Herr Favre und die von ihm vertretene französische Regierung der Nationalvertheidigung dazu berechtigt ist.

Es führt uns dies auf eine andere Frage: wie wird sich die Regierungsabtheilung in Bordeaux, wie die französische Bevölkerung den Versailler Verhandlungen gegenüber verhalten? Noch ganz vor kurzem — immerhin allerdings vor den Niederlagen Chanzy's, Faidherbe's und Bourbaki's — hat Gambetta seinen festen Entschluß erklärt, auch nach dem Fall von Paris auf den Krieg nicht zu verzichten. Noch am 27. Januar ließ die Regierungsabtheilung in Bordeaux erklären, daß sie an die Einleitung von Verhandlungen zwischen Paris und Versailles nicht glauben könne, und sie davon nicht benachrichtigt worden sei. Aus Bordeaux vom 28. Januar meldet dann allerdings ein Telegramm der „Indep. belge", daß die Nachrichten über die zwischen Graf Bismarck und Jules Favre geführten Kapitulationsverhandlungen die Mitglieder der Regierungsabtheilung in Bordeaux wie ein Blitzstrahl getroffen haben. Gambetta hätte nach der Angabe der „Independance" sofort seine Entlassung eingereicht. Eine weitere Bestätigung dieser Mittheilung ist bis jetzt noch nicht eingegangen. In Bordeaux selbst soll nach andern Nachrichten eine große Aufregung herrschen, die sich in den verschiedenartigsten Manifestationen ausspracht. Es ist nicht recht erkenntlich, ob die Bevölkerung der Regierung günstig oder feindlich gestimmt ist. Doch glauben wir, daß sich vollkommen bestätigen wird, was wir gerade in den letzten Tagen mehrfach ausgesprochen, daß nämlich der Fall von Paris die Friedensströmung in Frankreich zum Durchbruch bringen wird. Auch der Korrespondent der „Wiener Presse" schreibt bereits vom 21. aus Bor-

deaux: „Die Stellung der Regierungsmänner, so ehrlich und aufreibend thätig sie auch weiter amtiren, wird immer unsicherer, der Boden entschwindet ihnen immer mehr unter den Füßen und bald werden sie ganz und gar Leuten ähnlich sein, die mit der Balancirstange auf der allerdünnsten Leine wandeln. Von den Ereignissen schwindelnd hoch hinaufgetrieben, werden sie nun auf einer Seite zum Nachgeben, zum Frieden gedrängt, auf der andern Seite zur blutrothen Fahne hinübergerufen. Unter sich sehen sie aber dem Imperialismus immer mehr Boden gewinnen; denn die Devise: „„„Sicherung der Ruhe, des Friedens und des Eigenthums““" ist heute gerade wie im Jahre 1852 wieder mächtig genug geworden, um auf diesen Grundlagen hin einen raschen Umschwung herbeizuführen."

Der Fall von Paris, der Waffenstillstand, die Beschäftigung mit den Wahlen werden diesen Umschwung vollends beschleunigen.

2. Februar 1871.

Es ist den Armeen des republikanischen Frankreich wesentlich ebenso ergangen, wie den Armeen des Kaiserreichs: sie haben in Paris ihr Metz und an der schweizer Grenze ihr Sedan gefunden! Der Uebertritt der Truppen Bourbaki's in der Stärke von 80,000 Mann über die schweizer Grenze läßt sich sehr wohl mit den ewig denkwürdigen Vorgängen bei Sedan vergleichen; zwar sind dieselben allerdings der Kriegsgefangenschaft entgangen, allein sie sind zum Weiterkampf unfähig geworden. Dieses Ereigniß, welches den gegenwärtigen Abschnitt des deutsch-französischen Krieges in ebenso glänzender Weise abschließt, als er vor wenigen Monaten eröffnet worden ist, wird viel zu der weiteren Ernüchterung der Bevölkerung Frankreichs auch in den bisher nicht vom Kriege unmittelbar berührten Gegenden beitragen, und einen großen Einfluß auf die Friedensverhandlungen ausüben. Die Unfähigkeit zu fernerem Widerstande ist durch die großartigen Erfolge der deutschen Waffen im Monate Januar dem französischen Volke so unwiderleglich bewiesen worden, daß heute noch den Krieg à outrance predigen nichts anderes heißt, als Frankreich zum Selbstmord aufstacheln. Hat doch das Land allein an Kriegsgefangenen verloren: 400,000 Mann, die sich in Deutschland, über 250,000 Mann (ohne Nationalgarde), die sich in Paris befinden; gegen 20,000 Mann sind in Belgien internirt und 80,000 Mann in der Schweiz: der Verlust an Kriegsgefangenen und Internirten allein beträgt daher gegen 800,000 Mann. Bringt man die Zahl derer in Anrechnung, welche durch Tod, Verwundung und Krankheit unfähig geworden sind, zur Vertheidigung des Landes mitzuwirken, so ergiebt sich, wie ungeheure Opfer an Menschen dieser Krieg von Frankreich gefordert hat und wie eine Fortsetzung desselben nicht möglich ist, ohne das Land dem vollständigen Untergange entgegenzuführen.

Nach der Beseitigung der Bourbaki'schen Armee wird sich die

deutsche Südarmee ohne Verweilen gegen Garibaldi wenden, der im Jubel über seine scheinbar erfolgreiche Vertheidigung von Dijon, es ganz übersehen hat, daß der Vorstoß der deutschen Truppen gegen ihn nur darauf berechnet war, ihn dort festzuhalten und an ihm die Hauptmasse unserer Streitkräfte zur Verwendung gegen Bourbaki vorüberzuführen. Dieser Plan ist, wie der Erfolg lehrt, vollständig gelungen. Garibaldi hat allerdings mit einer verhältnißmäßig großen Ueberzahl, 30—35,000 Mann, gegen eine Division des 2. (pommer'schen) Armeekorps, Erfolge erzielt, die indessen durchaus nicht die Bedeutung hatten, die ihnen die französischen Berichte anfänglich beimaßen, und die namentlich in strategischer Beziehung wahre Pyrrhussiege waren. Garibaldi wird voraussichtlich bereits zu dieser Erkenntniß gekommen sein und die unter den gegenwärtigen Verhältnissen stark exponirte Stellung in Dijon räumen. Alsdann wird voraussichtlich auch hier der Waffenstillstand eintreten und nur noch Belfort Gegenstand kriegerischer Operationen bleiben: doch scheint auch der Fall dieser Festung als nahe bevorstehend angesehen werden zu können.

Von vor Paris wird der „Times" gemeldet, daß die französische Regierung sich in ihren Berechnungen bezüglich der Zeit, für die der noch vorhandene Proviant ausreichen sollte, um 8 Tage geirrt hat; es dürfte hierdurch wahrscheinlich die Noth sehr erheblich gesteigert werden, umsomehr als die Wiederherstellung des Eisenbahnverkehrs mit Paris mindestens eine Woche in Anspruch nimmt. Dieser Umstand hat den Kaiser Wilhelm zu einem wahrhaft großartigen Schritt Veranlassung gegeben: auf seinen Befehl sind 3 Millionen Rationen der deutschen Armeen zur Linderung des ungemein großen Nothstandes nach Paris gesandt worden. Dieser Befehl gereicht dem Edelmuth des Kaisers zur höchsten Ehre, seine Ausführung nicht minder den Leistungen der deutschen Verpflegungsbeamten, welche im Stande sind, so große Vorräthe, ohne die Interessen der deutschen Truppen zu schädigen, dem Feinde abzugeben.

III. Abtheilung.

Vor dem Frieden.

3. Februar bis 1. März 1871.

Zustände in Frankreich. — Proskriptionslisten Gambetta's. — Protest des Grafen Bismarck. — Französische Wahldekrete. — Hervortreten der Orleans. — Rücktritt Gambettas. — Eröffnung des englischen Parlamentes. — Zusammentritt der französischen Nationalversammlung. — Garibaldi nach Caprera. — Kapitulation von Belfort. — Pariser Wahlen. — Friede? — Thiers. — Unterzeichnung der Friedenspräliminarien. — Die Friedenspräliminarien. — Einmarsch in Paris.

3. Februar 1871.

Frankreichs Leiden scheinen, so furchtbar sie auch sind, ihren Höhepunkt noch nicht erreicht zu haben. Kaum ist in dem Krieg, welcher über das Volk so entsetzliches Unheil gebracht, ein wenigstens momentaner Stillstand eingetreten, so erhebt auch schon die Zwietracht im Innern mächtig ihr Haupt und eine Art republikanischer Doppelregierung, wie sie an dem Mark der südamerikanischen Staaten zu zehren pflegen, gehört nicht zu den unmöglichen Erscheinungen in dem beklagenswerthen Lande, wenn nicht rechtzeitig die wahrhaft patriotisch gesinnten Männer einschreiten und die Diktatur vernichten, die dem Volke mit dem ganzen Fanatismus eines verblendeten Parteistandpunktes aufgedrängt werden soll. Es schien anfänglich, als habe Gambetta Angesichts der Entscheidung, die in Paris gefallen, darauf verzichtet, seine agitatorische Thätigkeit, welche Frankreich so unendlich viel Blut und Geld gekostet, fortzusetzen; er selbst gesteht zu, daß er die Absicht gehabt, seine Vollmachten zurückzugeben. Allein, umringt von den Anhängern der extremsten radicalen Richtung, welche nicht Frankreichs Sache, sondern nur die ihrer Partei, häufig nicht einmal diese, sondern nur ihr eigenes Wohl im Auge haben, ist er von diesem Vorsatz zurückgekommen: in einer Proklamation ruft er von Neuem das Volk zu den Waffen, um die Fremden zu vertreiben. Dies Aktenstück, das nur als das Werk eines Tollhäuslers gelten kann, verurtheilt sich selbst; wenigstens verdienen die Schmähungen, in welchen sich Hr. Gambetta gegen die deutschen „Barbaren" in dem Augenblick ergeht, in welchem die-

selben mit ihrem Brode den Hunger der Bevölkerung von Paris stillen, nur Verachtung. Wohl aber ist es von Bedeutung, daß Gambetta in dieser Proklamation sich in einen ausgesprochenen Gegensatz zu der Pariser Regierung stellt, welche er des Waffenstillstandes wegen!! der „sträflichen Leichtfertigkeit" anklagt, daß Gambetta, während Jules Favre in Versailles mit anerkennenswerther Selbstaufopferung dahin arbeitet, dem Lande den Frieden wiederzugeben, die Fortsetzung des Krieges à outrance predigt. Es liegen hierin die Keime eines Zerwürfnisses, das für Frankreich im höchsten Grade verhängnißvoll werden muß, wenn es der Partei, der Gambetta ein willkommenes Werkzeug ist, gelingt, in der nächsten Zeit einigen Einfluß zu behaupten. Schon beim Beginn der letzten Krisis verlautete, daß Gambetta sich im Stillen mit den Anhängern der rothen Republik, welche in Lyon, Marseille, Toulouse und anderen Städten des Südens ihr Unwesen treiben, verständigt habe, um gegebenen Falls an ihrer Spitze sich gegen die gemäßigten Republikaner zu wenden. Das jetzt erlassene Manifest scheint in der That der erste Schritt in dieser Richtung zu sein.

Im Lande selbst, namentlich in den Nord-. Ost- und Westprovinzen gewinnt indessen die Friedensströmung täglich an Bedeutung: der Ruf, mit welchem Jules Favre von den Einwohnern Versailles' begrüßt wurde: la paix! la paix! er klingt fast in allen Blättern wieder, die nicht unter dem Drucke der Parteiherrschaft stehen. Ja, in Bordeaux selbst, an dem Orte, an welchem Gambetta seine Diktatur des Wahnsinns zu begründen strebt, fehlt es nicht an Stimmen, welche seine militärische und finanzielle Wirthschaft in rücksichtsloser Weise beleuchten. So bemerkt die „France" gelegentlich des Widerstandes, den Gambetta bei seiner Anwesenheit in Lille predigte: „Das Land hat die Fortsetzung des Krieges gegen einen starken Feind gewollt, der es erniedrigen und demüthigen will, aber es will nicht, daß dieser Nationalkrieg fortgesetzt werde, als wenn derselbe ein persönlicher Krieg wäre und als wenn jeder Andere weniger bei dem Siege interessirt wäre als unsere Regierenden. Verwechseln wir doch nicht den Zweck mit den Mitteln und mit den Anordnungen, deren man sich bedient, um dasselbe zu erreichen." Es folgt eine Anklage gegen die Gambetta'sche Kriegführung und gegen die Diktatur eines einzelnen, der Schwäche unterworfenen Mannes, dessen Irrthümer Fehler werden, und mehr als dies, „weil sie eine ganze Nation an den Abgrund bringen." In jetziger Lage habe das Land das Bedürfniß, genau zu wissen, wie es mit ihm stehe, was zu seiner Rettung geschehe und wie seine Hilfsquellen verwendet werden; zumal in Geldangelegenheiten sei noch mehr wie in andern Dingen das helle Tageslicht die erste Bedingung. Wir sind nicht geneigt, den Werth solcher Auslassungen zu überschätzen, immerhin aber haben sie doch eine Bedeutung, insoferne sie zeigen, daß Gambetta nicht mehr gefürchtet wird. Man darf daraus vielleicht die Hoffnung schöpfen, daß, wenn er zu einem Wider-

stand nicht bloß gegen Deutschland, sondern auch gegen die Pariser Regierung auffordert, die Bevölkerung ihm nicht mehr folgen wird.

Wie sich indessen diese Verhältnisse demnächst auch gestalten mögen, schon jetzt zeigen sie, wie scharfsichtig deutscherseits gehandelt worden ist, als man in Versailles davon Abstand nahm, die Pariser Regierung zu vernichten. Hätte Graf Bismarck die Wünsche Favre's einfach verworfen, Paris sofort besetzt, die dortige Regierung zu Gefangenen gemacht, so wäre voraussichtlich die Diktatur Gambetta's sofort hergestellt gewesen, der Friedenspartei in Frankreich aber hätte der feste Halt gefehlt, den ihr die Pariser Regierung jetzt und in den Verhandlungen der Constituante zu Bordeaux bieten wird.

Die Wahlen für diese Constituante sind ausgeschrieben nach dem Wahlgesetz des Jahres 1849. Leider zeigt sich indessen auch bei dieser Gelegenheit, wie weit entfernt die Franzosen von dem Verständniß für wahre Freiheit sind, und wie sehr jede Partei, welche sich der augenblicklichen Macht erfreut, nur danach strebt, sich in diesem Besitz zu erhalten. Wie niemals seit dem Jahre 1789 könnte Frankreich am 8. Februar in der Lage sein, ein wahrhaft freies Votum abzugeben und zu zeigen, auf welcher Seite seine eigentlichen Sympathieen sich befinden, ob auf Seite der Republik, oder des monarchisch-konstitutionellen Königthums oder des Kaiserreichs. Die Beeinflussungen der Wahlen durch wenig scrupulöse Beamten, durch die Agenten der Parteien wären leicht zu beseitigen, zumal da, wo diese Wahlen unter dem Schutze deutscher Truppen vor sich gehen. Allein statt wirklich Frankreich einmal zum Herrn seines Geschickes zu machen, weiß auch die republikanische Regierung nichts besseres zu thun, als von vornherein förmliche Proskriptionslisten solcher Männer aufzusetzen, die, weil sie dem Kaiserreich gedient, oder zu dessen Anhängern gehört haben, nicht in die Constituante gewählt werden dürfen. Man sieht, die Regierungen in Frankreich bleiben sich alle darin gleich, daß sie den ersten Grundsatz jeder Freiheit, welcher den Schutz der eigenen Rechte nur aus der Achtung vor den Rechten Anderer herleitet, in gröblichster Weise mißachten.

6. Februar 1871.

Die Zustände in Frankreich werden immer verwickelter: es fehlt nicht viel, und jenes Land ist ein Chaos. Die vollständigste Auflösung scheint alle Kreise ergriffen zu haben: weder im Norden noch im Süden sind feste Elemente vorhanden, die als Stützen einer neuen staatlichen Ordnung in Anschlag gebracht werden könnten; was heute noch etwas gilt, hat morgen vielleicht schon allen Werth verloren. Vor allem ist in Bordeaux selbst eine wahre Hexenwalpurgisnacht; dort scheinen Gambetta und seine Anhänger das volle Oberwasser gewonnen zu haben und es ist leicht begreiflich, daß unter solchen Verhältnissen die wahnwitzigsten Spekulationen an der Tagesordnung sind,

wie Erklärung der rothen Republik, Bildung eines Wohlfahrtsausschusses aus den radikalsten Elementen, absolute Diktatur Gambetta's. Aehnlich haben sich die Verhältnisse in andren Städten des südlichen Frankreichs gestaltet, namentlich in Marseille, Lyon, Grenoble und Toulouse, in welcher letzteren Stadt eine Volksversammlung die Pariser Regierung für unwerth des ferneren Vertrauens des Volks erklärte und Gambetta aufzufordern beschloß, ein Sicherheitskomité zur Rettung der Republik und zur Fortsetzung des Krieges bis auf's Messer einzusetzen. Diese Sprache findet in Bordeaux, wo Gambetta längst vorgearbeitet und über einen wesentlichen Theil der Presse, wie über den Pöbel der Stadt verfügt, eine sehr günstige Aufnahme. Schon am 30. Januar hatte dort eine Versammlung auf Anregung Gambetta's beschlossen: 1) Aufrechterhaltung der Gewalt in den Händen Gambetta's; 2) Krieg bis zum Aeußersten; 3) sofortige Einberufung eines Wohlfahrtsausschusses nach Bordeaux, der von den republikanischen Komité's der Departements zu ernennen ist.

Gambetta selbst hat inzwischen ganz die Haltung des Diktators angenommen und bewegt sich in einem vollständigen Gegensatz zu der Pariser Regierung. Allerdings berichten die Blätter in Bordeaux von ernsten Scenen, die zwischen Gambetta und Cremieux einer-, Simon und Fourichon andererseits stattgefunden haben sollen, allein ohne jede Rücksicht auf die Ansichten und Pläne seiner Kollegen erläßt Gambetta Erlasse an die Präfekten, in denen er sie auffordert, nur solche Abgeordnete wählen zu lassen, welche für die Fortsetzung des Krieges sind, und besteht auf Ausführung seines Befehls, durch welchen alle diejenigen nicht wählbar sein sollen, welche, sei es als Minister, Staatsräthe, Senatoren oder als offizielle Kandidaten, dem Kaiserreiche gedient haben. Die prinzipielle Unzulässigkeit solcher Proskriptionslisten ist bereits von uns beleuchtet worden: sie sind der Ausfluß einer Willkürregierung, wie sie selbst unter dem Kaiserreich unerhört war, aber sie widersprechen auch den thatsächlich gegebenen Rechtsverhältnissen, da nach dem Wortlaut der zwischen Jules Favre und dem Grafen Bismarck abgeschlossenen Konvention die Wahlfreiheit ausdrücklich stipulirt war und die Pariser Regierung demgemäß ihre Wahlordnungen getroffen hatte. Indem Gambetta diese seine Verordnung aufrecht erhält, schlägt er der Pariser Regierung ins Gesicht und provocirt eine Einmischung der deutschen Machthaber in die inneren Angelegenheiten Frankreichs, da diese für die strikte Ausführung der Ausführung der Konvention gleichfalls verpflichtet sind.

Graf Bismarck hat demgemäß bereits gehandelt, indem er Gambetta darauf aufmerksam gemacht hat, daß Wahlen, bei denen zahlreiche Klassen französischer Bürger von dem Recht gewählt zu werden, ausgeschlossen sind, nicht diejenigen Rechte erlangen können, welche die Waffenstillstandskonvention ihnen sonst zuerkennt. Gambetta hat diesen Protest des Reichskanzlers mit folgendem Zusatz bekannt gemacht: „Wir

sagen, daß Preußen zur Befriedigung seines Ehrgeizes auf eine Versammlung rechnete, in welche, Dank der Kürze der Fristen, sowie der materiellen Schwierigkeiten jeder Art, Komplicen und Begünstiger abgesetzter, mit Preußen verbündeter Dynastien hätten eintreten können. Das von der Delegation der Regierung zu Bordeaux unter dem 31. d. M. erlassene Ausschließungsdekret vereitelt diese Hoffnungen. Der Anspruch des preußischen Ministers, sich in die Zusammensetzung einer französischen Volksvertretung einmischen zu können, ist die glänzendste Rechtfertigung der Seitens der Regierung der Republik ergriffenen Maßregel. Die Lehre wird nicht verloren sein für diejenigen, welche ein Gefühl für die nationale Ehre haben." Diesen Zusatz hat Gambetta allein unterzeichnet; seine Kollegen in Bordeaux haben wohl gerechtes Bedenken getragen, ihre Namen gleichfalls unter ein Aktenstück zu setzen, das einmal den Widerspruch mit den Anordnungen der Pariser Regierung aufrecht erhält, ferner aber auch der Republik selbst ein bedenkliches Prognostikon stellt. Denn kann wirklich die angebliche Hoffnung des Grafen Bismarck, daß aus den Wahlen Anhänger des Kaiserreichs hervorgehen würden, nur durch solche Willkürmaßregeln hintertrieben werden, so ist der Rückschluß gerechtfertigt, daß die Republik sehr wenige Anhänger zählt und nur durch Gewaltmaßregeln aufrecht erhalten werden kann.

Auch Herrn Favre scheint Graf Bismarck von seinem Protest gegen die Wahlmanöver Gambetta's Kenntniß gegeben zu haben. Die Antwort, welche derselbe Namens der Pariser Regierung ertheilt hat, stellt allerdings eine Aufhebung der von Gambetta angeordneten Wahlbeschränkungen in Aussicht, allein bis jetzt ist derart nichts geschehen, und die Befürchtung sehr wohl begründet, daß es der Pariser Regierung an der Energie fehlen werde, um gegen die diktatorischen Gelüste Gambetta's einzuschreiten. Es ist im höchsten Grade charakteristisch für das heutige Frankreich, daß es eben nur von einer Diktatur zur andern zu taumeln vermag, und es durchaus an Männern fehlt, welche den bürgerlichen Muth haben, die Gewaltherrschaft, mag sie nun unter der Firma Napoleon oder Gambetta ausgeübt werden, zu brechen. Schwerlich würde eine große Zahl derer, die heute Gambetta zujubeln, der Pariser Regierung ihre Beistimmung versagen, wenn sie es wagte, energische Maßregeln gegen letzteren zu ergreifen. Wie die Sachen heute zu liegen scheinen, ist es nicht unmöglich, daß es Gambetta gelingt, die Pariser Regierung auf die Seite zu schieben und die Wahlen im Sinne des Krieges zu leiten. Die furchtbaren Folgen, welche sich daraus für Frankreich ergeben würden, sind unabsehbar.

7. Februar 1871.

Die gestern von uns geäußerte Ansicht, es werde bei der Schlaffheit, mit welcher die Pariser Regierung sich der Delegation in Bor-

deaux, d. h. Gambetta gegenüber benimmt, diesem gelingen, sich in dem Besitz der Regierungsgewalt zu behaupten, findet in den heute vorliegenden Nachrichten eine Bestätigung. Eine Bekanntmachung der Delegation in letzterer Stadt wirft der Pariser Regierung ganz offen den Handschuh hin, indem sie ihr erklärt, sie habe durch ihre lange Einschließung in Paris die Fühlung mit der öffentlichen Meinung des Landes verloren, ja sie sei eigentlich gegenwärtig im Zustande der Kriegsgefangenschaft! Es heißt das nicht mehr und nicht weniger als Herr Gambetta erklärt die Pariser Regierung für unfähig, weiter die Regierungsgeschäfte zu verwalten und nimmt für sich und die Schattenmänner ihm zur Seite allein die Regierungsgewalt in Anspruch. Die Diktatur Gambetta's ist damit wenn nicht formell, so doch thatsächlich ausgesprochen und damit darüber auch nicht der leiseste Zweifel herrschen könne, erklärt die Delegation im weiteren Verlauf der Bekanntmachung, daß sie ihr Wahldekret vom 31. Januar unbedingt aufrecht erhalte, dasselbe Wahldekret, welches Jules Favre als durchaus unzulässig und dessen Aufhebung er dem Grafen Bismarck gegenüber als selbstverständlich bezeichnet hatte. In diesen Dekreten sind bekanntlich von der Wählbarkeit ausgeschlossen alle, welche vom 2. Dezember 1851 bis zum 4. September 1870 die Funktionen von Ministern, Senatoren, Staatsräthen und Präfekten angenommen haben, sowie diejenigen, „welche bei den legislativen Wahlen, die vom 2. Dezember 1851 bis zum 4. Dezember 1870 stattgefunden, offizielle Kandidaturen angenommen haben und deren Namen auf den Listen der Kandidaten figuriren, welche von den Präfekten den Wählern empfohlen worden sind und deren Namen vom offiziellen „Moniteur" mit den Bezeichnungen Regierungskandidat, Verwaltungskandidat oder offizieller Kandidat veröffentlicht worden sind.

Daß die Zahl derer eine sehr große ist, welche durch einen Federstrich des Herrn Gambetta ihres ersten und vornehmsten Bürgerrechts beraubt werden, leuchtet ein, sobald man erwägt, daß die Bestimmungen dieses Dekrets auf einen Zeitraum von fast 20 Jahren zurückgreifen. Aber das Dekret schließt nicht allein eine große Zahl französischer Bürger von der Wählbarkeit aus, sondern versagt auch den hervorragendsten Kapacitäten des Landes den Eintritt in die Nationalversammlung, welche über die Zukunft Frankreichs entscheiden soll, Männern, welche keineswegs mit den Imperialisten gewöhnlichen Schlages verwechselt werden dürfen, sondern fast allen Parteien angehören und dem Kaiserreich sich zugewendet hatten, als dasselbe liberale Anwandlungen zeigte, weil sie in einer Versöhnung des Kaiserreichs mit der Freiheit eine Bürgschaft für die Erhaltung der öffentlichen Ordnung erblickten. Man braucht nur die Namen des Marquis Talhouet, des Grafen Daru, Buffet und anderer Männer, welche dem Tiers parti des letzten Gesetzgebenden Körpers angehört haben, und durch Herrn Gambetta ebenfalls geächtet worden sind, zu nennen, um

sich darüber klar zu werden, daß die Bestimmungen jenes Dekrets darauf berechnet sind, nicht bloß die Napoleonische Partei aus der Kammer ferne zu halten, sondern aus derselben alle Elemente auszuschließen, welche nicht der ultraradikalen Partei angehören und als die Vertreter des französischen Bürgerstandes gelten können. In diesen Kreisen ist die Erkenntniß von der Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände, von der Nothwendigkeit des Friedens allgemein verbreitet; von den Vertretern dieser Kreise würde das empörende Regime eines Gambetta in politischer wie in finanzieller und militärischer Beziehung sachgemäß und mit Schärfe beleuchtet werden. Hat doch Herr Gambetta bereits gelegentlich der von ihm eigenmächtig dekretirten Auflösung der Generalräthe die Wucht der Opposition empfunden, welche ihm in diesen Kreisen gemacht werden kann. Um einer solchen Opposition nicht auch in der Nationalversammlung zu begegnen, hat Herr Gambetta, der Republikaner, zu dem einfachen Mittel seiner parlamentarischen Proskriptionslisten gegriffen und damit der wahren Freiheit eine Ohrfeige gegeben, die, so sollte man wenigstens meinen, überall den freiheitliebenden Männern einen fühlbaren Beweis von den Segnungen des republikanischen Parteiregiments geben sollte.

Allein selbst mit diesen Proskriptionslisten glaubt Herr Gambetta seinen Sieg noch nicht genügend gesichert: indem er die Führer aus der Kammer ausgeschlossen, verdrängt er auch die Wähler von der Wahlurne, denn es ist selbstverständlich, daß die Wähler, welche die Männer ihrer Partei nicht wählen dürfen, an dem Wahlakte selbst keinen Theil nehmen. Damit aber durch eine solche Wahlenthaltung nicht das Resultat der Wahlen in Frage gestellt werden könne, bestimmt Herr Gambetta weiter: Die Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten — welches auch die Zahl der eingeschriebenen Wähler sein möge — werden zu Volksrepräsentanten in der Nationalversammlung proklamirt. Die großen Parteien in Frankreich können nicht wählen, weil ihren Führern die Wählbarkeit entzogen ist, es genügt also die Betheiligung verschwindend kleiner ultraradicaler Minoritäten, um den Anhängern Gambettas die Thüren zur Nationalversammlung zu öffnen. So versteht man in Bordeaux Wahlfreiheit, so die Bestimmung des Volkes über sein Schicksal! Die Republikaner im übrigen Europa müssen wahrlich über ihre Gesinnungsgenossen in Bordeaux erröthen! In England wenigstens scheint dies der Fall zu sein. Fast alle Blätter dort, selbst die Organe, welche neuerdings stark für Gambetta und die Republik geschwärmt haben, wie „Daily News“ und „Spektator“, und solche, die gegen Deutschland wüthen, wie der „Standard“ verurtheilen das Verfahren in entschiedenster Weise.

Herr Jules Favre, dem eine gewisse Aehnlichkeit mit Heinrich von Gagern nicht abzusprechen ist, sieht diesem Verfahren, wie es scheint, mit Gemüthlichkeit zu: seine Energie scheint in den Versailler Verhandlungen so vollständig erschöpft, daß er nicht einmal mehr die Kraft

zu dem Versuch wenigstens besitzt, den von ihm selbst unterzeichneten Stipulationen Anerkennung zu verschaffen. Diese Stipulationen bedingen ausdrücklich, daß die Nationalversammlung frei gewählt sein soll: sie ist es nicht, wenn nach dem Dekret Gambettas verfahren wird. Graf Bismarck hat dies bereits hervorgehoben, sicherlich wird der Reichskanzler es bei diesem bloßen Protest kaum bewenden lassen, sondern die vollen Konsequenzen aus jenem Vertragsbruch ziehen, dessen sich die französische Regierung schuldig macht, indem er es für unthunlich erklären dürfte, mit einer auf diese Weise gepreßten Vertretung Frankreichs über Krieg und Frieden zu verhandeln. Ein solches Verfahren würde jedenfalls durchaus korrekt sein. Gewiß hat es deutscher Seits nicht an ernsten Mahnungen gefehlt, welche Herrn Jules Favre in diesem wichtigen Augenblick ertheilt worden sind, damit er in vollständiger Kenntniß der Lage der Dinge handle und sich vollkommen klar bewußt werde, daß von dem Verhalten der Pariser Regierung in diesem Moment es abhängt, ob dem so friedensbedürftigen Frankreich die Segnungen des Friedens zu Theil werden sollen, oder ob am 20. Februar Paris besetzt und weitere kriegerische Operationen wieder aufgenommen werden sollen. Bis jetzt, wir wiederholen es, fehlt es der Pariser Regierung gänzlich an der Energie, die sie im Interesse ihres Vaterlandes, ihrer Ehre und Vertragstreue gegenüber den frechen Agitationen Gambetta's zu entwickeln gehalten ist.

Daß man in Frankreich und namentlich in Paris mehr und mehr an der Lebensfähigkeit der Republik zweifelt, die jedenfalls bei einer weiteren Fortsetzung des Krieges — dafür bürgen die Zustände und Schicksale der Bourbaki'schen Armee — sehr bald zusammenbrechen würde, zeigt der Umstand, daß die Agitationen im orleanistischen Interesse immer unverhüllter zu Tage treten. Wir haben unlängst der Proklamation des Herzogs von Aumale, in welcher er zwar auch seine Ergebenheit gegen die Republik betheuert, aber doch sehr ungenirt von den Vorzügen der konstitutionellen Monarchie seines Vaters spricht, Erwähnung gethan; heute liegt auch eine Proklamation des Prinzen von Joinville vor, in welcher er an sein Gesuch um Aufhebung des Verbannungsdekretes erinnert, an die Schritte, die er gethan, um Frankreich während des Krieges zu dienen, an seine Verhaftung, und ein Mandat fordert, um dem Lande in der Versammlung zu dienen, die zu Beschlüssen von so ernster Bedeutung berufen ist. Sehr bezeichnend aber ist es, daß das „Journal des Debats" bereits den Augenblick für die orleanistische Thronkandidatur selbst gekommen hält. In seiner Nummer vom 2. Februar führt das Blatt aus, daß die Republik für Frankreich nicht lebensfähig sei und daß die einzige Hoffnung des Landes auf der Familie Orleans beruhe.

8. Februar 1871.

Die Pariser Regierung hat sich ermannt und die Annullirung des monströsen Gambetta'schen Wahldekrets vom 31. Januar ausgesprochen. In Folge jenes Schrittes hat Gambetta in einem Rundschreiben an die Präfekten seinen Rücktritt aus der Regierung der nationalen Vertheidigung erklärt und sein Ministerium niedergelegt. Der Umstand, daß diese ganz in offiziellem Tone gehaltene Nachricht gleichzeitig aus Bordeaux und Versailles gemeldet wird, läßt keinen Zweifel an ihrer Richtigkeit zu, zumal die Verhältnisse zwischen Bordeaux und Paris, zwischen Gambetta und der Pariser Regierung sich so zugespitzt hatten, daß eine Katastrophe unvermeidlich war. Entweder die letztere hielt unbedingt fest an den Verpflichtungen, die sie Deutschland und Europa gegenüber in der Konvention von Versailles übernommen und untersagte Gambetta seine fortgesetzte Agitation gegen dieselbe oder sie selbst trat vor jener Diktatur zurück. Die erstere Eventualität ist in glücklicher und wie wir gegenüber dem anfänglich ziemlich kopflosen Auftreten der Pariser Regierung hinzusetzen müssen, in für uns überraschender Weise eingetreten, und damit eine wesentliche Kräftigung der friedlichen Hoffnung erfolgt. Wenn wir auch dahingestellt sein lassen müssen, in wie weit jene Nachrichten richtig sind, welche melden, daß mit der Konvention von Versailles gleichzeitig ein Verständniß über die Grundzüge der Friedensbedingungen zwischen dem Reichskanzler und Herrn Favre vereinbart worden sei, so steht doch so viel fest, daß die Pariser Regierung sich der Erkenntniß von der Nothwendigkeit des Friedens nicht verschließt und daß wesentlich nur Gambetta die Fortsetzung des Krieges wollte. Durch seinen Rücktritt wird die Regierung in dieser wichtigen Frage die innere Einheit erlangen, die unerläßlich nothwendig ist, und sie namentlich in den Stand setzt, den auf Herstellung des Friedens gerichteten Wünschen der Bevölkerung in Frankreich als fester Stützpunkt dienen zu können.

Im Norden, Westen und Osten dieses Landes ist die Sehnsucht nach dem Frieden, wie es scheint, eine ganz allgemeine; es fehlte sogar nicht an einzelnen Kundgebungen, welche sich nicht nur gegen die Fortsetzung des Krieges, sondern überhaupt gegen die diktatorische Politik Gambetta's aussprachen, dennoch — und es ist dies eine beklagenswerthe, aber durchaus natürliche Folge der gänzlichen Unselbstständigkeit der Franzosen in politischen Dingen — wurde die Bevölkerung durch die kriegswüthigen Ukase Gambetta's eingeschüchtert und wagte, in Ungewißheit, welche Strömung innerhalb der zwieträchtigen Regierung den Sieg davon tragen würde, nicht, ihrem Verlangen einen allgemeinen und entschiedenen Ausdruck zu geben. Trotzdem in einer Stadt des nördlichen Frankreichs die Behörde sich gegen das Wahldekrets Gambetta's ausgesprochen hatte, hielt sie es doch für angezeigt, die Namen solcher Kandidaten, welche nach jenem Dekret nicht wähl-

bar sein sollten, zu streichen! Durch den Rücktritt Gambetta's ist nun solchen höchst gefährlichen Schwankungen ein Ende gemacht worden, und man darf überzeugt sein, daß in den nördlichen, westlichen und östlichen Departements die Wahlen ein der auf Herstellung des Friedens gerichteten Thätigkeit der Regierung günstiges Resultat ergeben werden. Aber auch im Süden wird diese Reinigung der Regierung von einem so vollständig disparaten Element, wie Gambetta, nicht ohne beträchtliche Folgen bleiben. Im Süden fast noch mehr als im Norden ist der Franzose zur unbedingten Unterordnung unter die Regierung geneigt, und viele, die bisher theils aus Respekt vor Gambetta als Mitglied der Regierung, theils aus Furcht vor dem Terrorismus der ultraradikalen Partei sich auf seine Seite gestellt hatten, werden schleunigst in das andere Lager übergehen. Im Ganzen darf man daher den heutigen Wahlen in Frankreich ein günstiges Ergebniß prognosticiren, wenn es andererseits auch ungerechtfertigt wäre, wollte man mit dem Rücktritt Gambetta's die ganze Partei derjenigen, welche den Krieg à outrance wollen, als beseitigt ansehen. Ein Theil des Einflusses, den Gambetta auf die Bevölkerung in Bordeaux und im Süden überhaupt ausübt, ist ihm auch nach seinem Ausscheiden aus der Regierung sicherlich geblieben, nachdem es ihm in der letzten Zeit gelungen war, jene leicht erregbaren Naturen so zu fanatisiren, daß es die in Bordeaux eingetroffenen Mitglieder der Pariser Regierung noch am 4. nicht einmal wagten, sich öffentlich zu zeigen, daß für den 4. Februar sogar ein Kongreß der republikanischen Komité's in Frankreich in Aussicht genommen war, welcher dem von Gambetta beabsichtigten Wohlfahrtsausschuß als Stütze dienen sollte. Ob Gambetta in der Erkenntniß, daß ein fernerer Widerstand unnütz sei und nur zum Bürgerkriege führen könne, von der Ausführung dieser Pläne Abstand genommen, oder ob er nunmehr, nachdem sein Bruch mit der Regierung offen erfolgt ist, sie verwirklichen und einen Versuch zum Sturz jener machen wird, ist abzuwarten. Letztere Eventualität erscheint uns unwahrscheinlich, doch glauben wir, daß er jedenfalls in der Nationalversammlung als Führer der Opposition gegen die Pariser Regierung noch eine bedeutende Thätigkeit entwickeln wird.

Von den Wahlprogrammen, welche uns gegenwärtig aus Paris und dem Norden Frankreichs vorliegen, befaßt sich keines mit der Frage, unter welchen Bedingungen der Frieden zu schließen sei — und es erscheint uns dies als ein Beweis, daß man dort an dem Zustandekommen des Friedens nicht zweifelt — sondern die Frage, welche Regierungsform Frankreich sich zu geben habe, wird ausschließlich behandelt. Namentlich ist dies der Fall in dem Programme, welches das Pariser Komité aufgestellt hat. Dasselbe spricht sich für die Aufrechterhaltung der republikanischen Institutionen aus. Doch lassen einige Namen der Mitglieder dieser Komité's namentlich der des Präsidenten Dufaure, annehmen, daß die Verwandlung der republikanischen Insti-

tutionen in eine konstitutionelle Monarchie unter einem Orleans, nicht eben auf große Schwierigkeiten stoßen würde.

10. Februar 1871.

Aus einigen der großen Provinzialstädte Frankreichs, wie Bordeaux und Lille, liegen bereits Nachrichten über den Verlauf des Wahltages vor, an welchem die Ruhe dort nicht gestört worden ist. Aus Paris und aus den Städten des Südens sind solche Mittheilungen noch nicht eingegangen, doch dürften auch hier schwerlich Störungen stattgefunden haben. Das Ergebniß der Wahlen, welches man in Deutschland wie in Frankreich mit gleicher Ungeduld erwartet, wird erst in den nächsten Tagen bekannt gemacht werden können. Daß dasselbe ein dem Frieden wesentlich günstiges sein dürfte, ist mit um so größerer Zuversicht anzunehmen, als sich mehr und mehr herausstellt, daß die in Bordeaux unter der Herrschaft Gambetta's verbreiteten Nachrichten über die Stärke und Bedeutung derjenigen Partei, welche unter allen Umständen den Krieg will, sehr übertrieben waren. Der Telegraph und die Presse in Bordeaux befanden sich vollständig in den Händen der Gambettisten, und es ist selbstverständlich, daß sie diese nicht mit der Freisinnigkeit geleitet, welche die demokratischen Parteien als höchstes Ziel aufstellen, so lange sie sich in der Opposition befinden, die sie aber mit Füßen treten und in schnödester Weise verläugnen, sobald sie die Macht in Händen haben. Die edlen Republikaner in Bordeaux gestatteten den dortigen Zeitungen nicht den Abdruck der Dekrete der Pariser Regierung, veröffentlichten aber in Depeschen die übertriebensten Nachrichten über die ihren Plänen günstigen Manifestationen der Bevölkerung. So handelten sie nicht bloß in Bordeaux, sondern überall, wo ihre Creaturen die Leitung der Departements in Händen hatten. Im Departement der Basses-Pyrenées z. B. ließ der republikanische Präfekt den Blättern durch den Polizeikommissar verbieten, irgend eine Depesche der „Agentur Havas" zu veröffentlichen, da die den Präfekten zugeschickten amtlichen Depeschen allein autorisirt wären, in Umlauf zu kommen. Nach den Gründen dieses Verbotes befragt, antwortete der Polizeikommissar, der Präfekt wünsche dies so und das müsse genügen. Der Präfekt, der so Louis XIV. im Kleinen spielte, war Herr A. de la Forge, der früher als Redakteur des „Siècle" oft theoretisch die volle Freiheit der Presse vertheidigt hatte, in der Praxis aber ärger dagegen sündigte, als die Präfekten des Kaiserreichs selbst. Ueberhaupt gehört zu den bedeutsamsten Erscheinungen der Krisis, die Frankreich gegenwärtig durchmacht, die brutale Nichtachtung jedes Rechtes und der obersten Grundsätze jeder wahren Freiheit, welche von den radikalen Elementen dort mit einem widerwärtigen Cynismus zur Schau getragen wird und die wohl geeignet ist, auch dem deutschen Volk über die Freiheitsliebe unserer Radicalen,

die eine so innige Freundschaft für ihre Gesinnungsgenossen jenseits des Rheins hegen, die Augen zu öffnen.

In Folge der Maßregelung der Presse in Bordeaux durch den Anhang des Herrn Gambetta kommt erst jetzt ein Dekret zur allgemeinen Kenntniß, dessen Publikation Herr Jules Simon am 4. Februar vergeblich verlangte, ein Dekret der Pariser Regierung, durch welches Herr Jules Simon „für den unvorhergesehenen Fall, daß die Delegation sich den Erlassen und Anordnungen der Regierung der Nationalvertheidigung widersetzen sollte, mit der unumschränktesten Vollmacht bekleidet wird, um dieselben zur Ausführung bringen zu lassen."

Man hatte also in Paris die Möglichkeit, daß Gambetta sich sträuben werde, vorausgesehen, und seine Beseitigung beschlossen. Gleichzeitig und in Folge der ihm übertragenen Vollmacht sprach Herr Simon in einem weiteren Dekret die Aufhebung des Gambetta'schen Wahlerlasses vom 31. Januar aus. Auch dies Dekret ward von den Gambettisten vollständig ignorirt. In den Tagen vom 4. bis zum 6. Februar scheint Gambetta in der That entschlossen gewesen zu sein, der Pariser Regierung entschiedenen Widerstand zu leisten. Inzwischen mochte sich der junge Diktator jedoch wohl davon überzeugt haben, daß er selbst in Bordeaux nicht auf eine genügende Unterstützung zählen durfte, da die von seinen Freunden ins Leben gerufenen Demonstrationen nicht den erwarteten Anklang fanden, und so entschloß er sich zu seinem Rücktritt aus der Regierung. Diese Umstände, die sich erst jetzt, nachdem die Gambettistischen Aufschneidereien enthüllt worden, konstatiren lassen, zeigen, daß die Kriegsfanatiker weniger Anklang finden, als früher angenommen werden durfte und rechtfertigen unsere Erwartung, daß das Ergebniß der Wahlen den Abschluß des Friedens wesentlich erleichtern werde.

11. Februar 1871.

Wie nicht anders zu erwarten, sind auch die heute vorliegenden Nachrichten über die Wahlen in Frankreich sehr verworren und wenig geeignet, die Erwartungen über das Endergebniß zu fixiren. Die Beurtheilung der bis jetzt vorliegenden Angaben wird noch erschwert durch die verschiedenen Bezeichnungen, welche den Kandidatenlisten der einzelnen Parteien gegeben werden: wir hören von einer Kandidatenliste des nationalen Komité's, von einer monarchischen, von einer republikanischen Kandidatenliste, ohne daß die Tendenzen, welche durch diese Kandidaten vertreten werden, klar und bestimmt formulirt werden. Namentlich in Bezug auf die große Hauptfrage, welche das hauptsächliche Interesse der Deutschen an jenen Wahlen bedingt, in Bezug auf die Frage: Krieg oder Frieden? sind jene Bezeichnungen vollständig unzutreffend. Aber auch in Bezug auf die Stellung der einzelnen Parteien zu der Frage der Ordnung der inneren Verhältnisse Frankreichs geben sie keinen genügenden Aufschluß. Welches sind die Ziel-

punkte des nationalen Komite's, dem z. B. im Departement du Nord der Sieg zugesprochen wird? Ist seine Kandidatenliste identisch mit der monarchischen, für welche sich eine Majorität von zwei Dritteln der Wähler ausgesprochen hat? Ferner, welche Monarchie wird von den Kandidaten dieser Liste erstrebt; die Regierung Heinrich V., der Orleans oder das Kaiserreich? Welches Ziel endlich verfolgt die republikanische Partei? Ist sie aus Anhängern Favres, der die Republik und den Frieden, ist sie aus Anhängern Gambetta's gebildet, der die Republik und den Krieg will? Alle diese Fragen werden durch die Nachrichten über die Ergebnisse der Wahlen hervorgerufen; sie zu beantworten, ist zur Zeit nicht möglich, doch scheint immerhin angenommen werden zu dürfen, daß national und monarchisch die gemäßigteren zum Frieden geneigten, republikanisch dagegen die den Krieg bis zur gänzlichen Vernichtung Frankreichs fordernden Parteien bezeichnet. Ist diese Annahme richtig, so scheint erwartet werden zu dürfen, daß die Majorität der Nationalversammlung dem Abschluß des Friedens geneigt sein wird.

Das englische Parlament ist am 9. Februar durch die Königin mit einer sehr umfangreichen Rede eröffnet worden. Es ist bedauerlich, daß diese Rede nicht eben geeignet ist, die Mißstimmung gänzlich zu beseitigen, welche unleugbar in Deutschland gegen England herrscht. Als im Hochsommer 1870 Frankreich den Vorwand zum Kriege gegen Deutschland buchstäblich bei den Haaren herbeizog, konnte die englische Regierung an der Spitze der neutralen Mächte durch eine energische Einsprache gegen die frivole Politik des Kaiserreichs den Ausbruch des Kampfes hintertreiben. Die neutralen Mächte, England an ihrer Spitze, zogen es vor, sich ängstlich abzuwenden und in der Ueberzeugung, daß das mächtige Frankreich auch diesmal den Sieg an seine Fahnen heften werde, spendete uns England eine Sympathie von äußerst zweifelhaftem Werthe. Sobald die Macht der deutschen Waffen das kaiserliche Frankreich in den Staub gestreckt, schien dem englischen Kabinet die Stunde gekommen, um theils durch diplomatische, theils durch sehr wenig diplomatische Mittel auf die Entschließungen des deutschen Hauptquartiers, auf den Fortgang der Feindseligkeiten, auf das Bombardement von Paris, auf die Feststellung der Friedensbedingungen zu wirken: Alles natürlich im Interesse der reinsten edelsten Menschlichkeit, das England bekanntlich in allen seinen Kriegen, in Spanien, wie in China und Indien als Richtschnur gedient hat! Daß inzwischen die englischen Geschäftsmänner und Waffenfabrikanten die Gelegenheit benutzten, um die französische Republik mit Waffen, Munition, Kohlen und anderem Kriegsmaterial zu versehen, dafür konnte freilich das englische Kabinet nichts. Die deutsche Lang- und Gutmüthigkeit schenkte den stets zur Mäßigung ermahnenden Vorstellungen des englischen Kabinets die gebührende Berathung: sie unter-

handelte im September mit Herrn Favre, sie verzögerte das Bombardement von Paris, sie gewährte dem kapitulirenden Paris die maßvollsten Bedingungen, ja, als im Orient die Gefahr einer Krisis plötzlich die Ruhe Englands zu bedrohen schien, war es im deutschen Hauptquartier, in welchem das englische Kabinet die Hilfe fand, welche einen glücklichen Ausgang der Krisis ermöglichte. Unter solchen Umständen durfte die Erwartung nicht zu hoch gegriffen erscheinen, daß das englische Kabinet in der Eröffnungsrede an das Parlament zwar nicht der versöhnlichen und entgegenkommenden Haltung Deutschlands in freundschaftlichen Worten gedenken — das wäre ja mit der englischen „Neutralität“ unvereinbar gewesen — doch aber sich der Andeutungen enthalten werde, als ob der Ausgang des zwischen zwei großen Völkern ausgefochtenen Kampfes eine Sache der europäischen Mächte sei, welche doch den Ausbruch nicht zu verhüten gewagt hatten. Indem die englische Thronrede die Hoffnung ausspricht, es werde zu einem Frieden kommen, der die Billigung Europa's finden könne, beanspruchte sie für die neutralen Mächte, i. e. für England in erster Linie, ein Recht auf Prüfung des deutsch-französischen Friedensschlusses. Ein solches Recht steht keiner Macht, auch England nicht, zu, und die Erwähnung desselben, welche von wenig freundschaftlichen Gesinnungen für Deutschland zeugt, wird sicherlich nicht einen guten Eindruck in unserem Lande gemacht haben. Es sei indessen nicht unerwähnt, daß die Stelle der Thronrede, in welcher der Veränderung der staatlichen Verhältnisse Deutschlands und der Neubegründung des deutschen Kaiserreichs Erwähnung geschieht, in entgegenkommender Weise der Festigkeit und Unabhängigkeit Deutschlands und der dadurch gesteigerten Stetigkeit der europäischen Staatsverhältnisse gedenkt, wobei denn ununtersucht bleiben mag, ob die Ankündigung einer Reorganisation der militärischen Verhältnisse Englands als Folge des gegenwärtigen Krieges, nicht als der Ausdruck eines ganz unberechtigten Mißtrauens gegen Deutschland zu gelten hat.

Die Gemeindebehörden von London haben 50,000 Franks zur Unterstützung von Paris votirt. Wir gönnen diesen Beweis von Sympathie der Bevölkerung der französischen Hauptstadt herzlich und hoffen, daß die englischen Waffen- und Munitionshändler dem Beispiel folgen werden, wie ja auch die Wucherer dem verarmten Geschäftsfreund eine Unterstützung nicht vorenthalten.

13. Februar 1871.

Die beginnende Woche ist für Frankreich von entscheidender Bedeutung; allerdings werden im Laufe derselben die Verhandlungen über Krieg oder Frieden nicht soweit gefördert werden können, daß am Schluß der Woche bereits eine definitive Entscheidung gegeben sein wird, aber jedenfalls wird bis dahin durch die Gruppirung der Deputirten innerhalb der Constituante und durch die einleitenden Verhand-

lungen über die große Frage das Terrain so weit geklärt sein müssen, daß über die Verlängerung des Waffenstillstandes im deutschen Hauptquartier entschieden werden kann. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß eine Verlängerung der Waffenruhe, die am 19. Mittags abläuft, in Versailles nur dann bewilligt werden wird, wenn ernste Garantien französischer Seits für die Annahme der deutschen Friedensbedingungen gegeben werden. Welche Garantien die Grafen Bismarck und Moltke fordern, ist zur Zeit nicht bekannt, doch läßt sich wohl annehmen, daß hierüber ein Abkommen mit den gegenwärtigen Machthabern in Frankreich gelegentlich der Versailler Verhandlungen erzielt worden ist.

Für gestern war der Zusammentritt der Constituante in Bordeaux anberaumt. Wie der Telegraph meldet, hatten sich in den letzten Tagen der Wahl bereits zahlreiche Abgeordnete, namentlich aus dem Norden Frankreichs, in jene Stadt begeben, so daß eine Verzögerung in dem Beginn der Thätigkeit der Versammlung kaum zu erwarten sein dürfte. Wie diese Thätigkeit geordnet werden soll, läßt sich zur Zeit noch nicht ermessen: früheren Nachrichten zufolge hatte die Regierung der nationalen Vertheidigung die Absicht, sofort nach dem Zusammentritt der Versammlung ihr Mandat der Nation zurückzugeben, doch läßt sich nicht verkennen, daß ein solches Verfahren, welches zunächst die Konstituirung einer provisorischen Regierung bedingen würde, die Inangriffnahme der Verhandlungen über die Friedensfrage in bedenklicher Weise verzögern müßte. Richtiger wäre es jedenfalls, wenn die Regierung, welche die Vertheidigung des Landes übernommen, die Geschäfte fortführt bis zur Erledigung der mit der Vertheidigung im innigsten Zusammenhang stehenden Friedensfrage.

Was das Ergebniß der Wahlen betrifft, so liegen heute über dasselbe zahlreiche Nachrichten vor, die indessen keineswegs einen Gesammtüberblick ermöglichen: Richtung und Stimmung der Deputirten wird sich erst nach der Eröffnung der Verhandlungen in großen Zügen fixiren lassen. Die Pariser Wahlen, über deren Ausgang offizielle Angaben noch nicht vorliegen, sind nach den Mittheilungen einzelner Blätter äußerst radikal ausgefallen: von den Männern der Regierung ist außer Gambetta und Dorian keiner gewählt geworden.

Die Proklamation, welche Napoleon von Wilhelmshöhe aus an das französische Volk gerichtet hat, ist äußerst maßvoll gehalten und läßt die Person des Kaisers fast ganz vor dem Schicksal Frankreichs zurücktreten. Ausdrücklich erklärt Napoleon die Rechte nicht in Anspruch nehmen zu wollen, die ihm durch vier Plebiszite übertragen worden waren, doch bezeichnet er sich als den wahrhaften Repräsentanten der Nation, bis das Volk in regelmäßiger Weise seinen Willen kundgethan haben werde, und indem er eine aus der Volkssouveränetät entsprungene, über dem Egoismus der Parteien stehende Regierung als die einzige Rettung Frankreichs bezeichnet, weist er nicht undeutlich auf das napoleonische Kaiserreich als die einzige zulässige Regierung

hin. Für sich scheint Napoleon, das ist der Eindruck, den die Proklamation auf uns gemacht, Frankreich nicht zu beanspruchen, dagegen aber seinem Sohn seine Rechte offen erhalten zu wollen.

In Nizza haben, wie es scheint, nicht unerhebliche Ruhestörungen stattgefunden: die italienische Partei, welche die Wiedervereinigung Nizza's mit Italien erstrebt, hat die Wahlen zu energischen Demonstrationen in dieser Beziehung benutzt. Auch ist es ihr gelungen, ihre Kandidaten für die Constituante durchzubringen. An der Spitze derselben steht Garibaldi und es ist wahrlich keine üble Satyre auf die an Widersprüchen so reiche Haltung desselben, daß er, der eben erst für die eine und untheilbare Republik Frankreich den Degen gezogen und in seinen Tagesbefehlen gegen Deutschland gewüthet hat, von seinen engeren Landsleuten unter dem Rufe: Es lebe Deutschland! zum Deputirten gewählt wird, mit dem ausdrücklichen Mandat, Nizza von der französischen Republik loszulösen. Wie sich Giuseppe Garibaldi in dieser mißlichen Situation benehmen wird, bleibt abzuwarten.

Wir haben bereits darauf aufmerksam gemacht, daß das englische Kabinet Neigung verräth zu einer Einmischung in die deutsch-französischen Friedensverhandlungen. Das Brüsseler Blatt „Echo du Parlement" meldet nunmehr, England wolle Preußen veranlassen, die Friedensbedingungen einem Schiedsgericht der Neutralen vorzulegen; diese sollten dann die Aufrechterhaltung der Stipulationen garantiren; ein europäischer Kongreß sei wahrscheinlich.

Nach anderen Nachrichten soll das Verlangen, die Neutralen zu den Friedensverhandlungen heranzuziehen, von der französischen Nationalversammlung ausgesprochen werden und Seitens Englands Unterstützung finden. Jedenfalls ist es bemerkenswerth, daß Gladstone in der Adreßdebatte des Unterhauses mit Nachdruck erklärt hat, die englische Regierung habe sich niemals dazu bekannt, daß der Krieg lediglich die Kriegführenden angehe; seine Wirkungen könnten nicht auf diese allein beschränkt werden und es könnte eine Zeit kommen, wo der Ausdruck der Meinung der Neutralen nützlich werden würde. Es berechtigt dies die Annahme, daß das englische Kabinet Pläne verfolgt, welche Deutschland nicht eben freundlich aufnehmen dürfte, schon deshalb nicht, weil durch solche Velleitäten Englands die Franzosen in ihrer Hartnäckigkeit nur bestärkt werden dürften. Will England wirklich den Frieden, so ist es seine Pflicht, Frankreich auf die Nutzlosigkeit ferneren Widerstandes aufmerksam zu machen, nicht aber Illusionen zu nähren, die nur dahin führen können, daß der Krieg fortgesetzt wird. Die englische Thronrede und die Auslassungen der englischen Minister sind, wir wiederholen es, in dieser Hinsicht nicht glücklich.

14. Februar 1871.

Die Eröffnung der französischen Constituante hat am Sonntag in Bordeaux stattgefunden. Nur die kleinere Hälfte der Deputirten

war anwesend, und es dürften, bis die Versammlung vollständig und die Wahlakten eine Prüfung der Richtigkeit der Wahlen gestatten, noch einige Tage verfließen. Es geht indessen aus den Verhandlungen des ersten Tages hervor, daß man in der richtigen Erkenntniß der Dringlichkeit der zu lösenden Fragen nicht geneigt ist, die Zeit mit Formalien hinzubringen, sondern eine schleunige Inangriffnahme der so überaus wichtigen Berathungsgegenstände erstrebt. Im Allgemeinen wird nach der Ansicht französischer Blätter die Versammlung einen wesentlich konservativen Charakter haben: den Monarchisten und Gemäßigtliberalen wird die Majorität im Gegensatz zu den Republikanern zugeschrieben, ein Umstand, der namentlich durch die, trotz des ihr ungünstigen Wahlgesetzes von 1849 starke Betheiligung der Landbevölkerung an den Wahlen erklärt wird. Diese konservative Majorität wird voraussichtlich den Frieden votiren und es darf immerhin als ein günstiges Zeichen angesehen werden, daß die Organe der Regierung sich bemühen, die Constituante gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen, als werde sie den Frieden um jeden Preis wollen. Es läßt dies sichere Schlüsse auf die friedfertigen Gesinnungen der Majorität thun. Auch die Monarchie dürfte in der Versammlung über die größte Zahl von Stimmen verfügen, d. h. die Monarchie in der Theorie: in Bezug auf die praktische Durchführung der monarchischen Regierungsform werden sich allerdings Orleanisten, Legitimisten und Imperialisten gegenüberstehen, und es erscheint daher nicht unmöglich, daß zunächst die republikanische Regierungsform beibehalten wird. Auf Dauer wird dieselbe freilich kaum rechnen können, denn grade die republikanische Partei ist durch den Zwiespalt zwischen den Anhängern Favre's und Gambetta's, in welchem ganz abgesehen von der Friedensfrage selbst auch der prinzipielle Gegensatz zwischen den gemäßigten und den radikalen Republikanern seinen Ausdruck findet, zerfallen, und dürfte als die von allen Parteien am meisten geschwächte aus der großen Krisis hervorgehen, in der sich Frankreich befindet.

Ein für die künftige Gestaltung der Verhältnisse in Frankreich wichtiger Zwischenfall ist durch die Wahl des Herzogs von Aumale und des Prinzen von Joinville zu Deputirten geschaffen worden. Nach dem Wahldekret sind diese Prinzen, wie alle Mitglieder der Prätendentenfamilien, nicht wählbar. Doch haben die Wähler des Departements La Manche den Prinzen von Joinville als ersten Abgeordneten (mit 97,000 Stimmen), die des Departements der Oise den Herzog von Aumale als zweiten Abgeordneten gewählt. Die Wahlkommission im Departement La Manche zählte zwar die Stimmen, proklamirte aber den höchstbezifferten unter den in der Minorität gebliebenen Kandidaten. In Folge dessen sind Seitens der Wähler Proteste nach Bordeaux abgegangen. Im Departement der Oise wird ähnlich verfahren worden sein und die Konstituante daher zunächst in die Lage kommen, über die Prinzipienfrage zu beschließen, ob jene Ausschließung

der ehemaligen französischen Herrscherfamilien zulässig war, gleichzeitig aber wird ihr Votum auch den größeren oder geringeren Grad ihrer Sympathien für die Orleans erkennen lassen.

16. Februar 1871.

Nur wenige Tage noch trennen uns von dem Endtermin des Waffenstillstandes, doch scheint in der That die freudige Annahme berechtigt, daß der Kampf nicht wieder beginnen, und, nachdem auch Belfort auf die weitere Vertheidigung verzichtet, überall die Feindseligkeiten eingestellt sein werden. Ein baldiger Friede wird, so darf man hoffen, dem Vaterlande seine Söhne zurückgeben, unserem Volke aber die ersehnte Gelegenheit, die Wunden, die der gewaltige Krieg auch dem Sieger geschlagen hat, zu heilen durch rege Thätigkeit in allen Gebieten des friedlichen bürgerlichen Lebens. Die Gesammtheit der gestern noch eingegangenen Nachrichten ist diesen Aussichten günstig: aus Paris wird über London gemeldet, daß die Vorverhandlungen über den Friedensschluß beendet, und der Entwurf des Friedenstraktates mit den Grafen Bismarck und Moltke festgestellt sei. Ist diese Nachricht richtig, so werden, sobald die Constituante in Bordeaux ihre Bevollmächtigten gewählt hat, die definitiven Friedensverhandlungen beginnen, die indessen nur eine formale Bedeutung haben dürften. Anders verhält es sich mit den Verhandlungen im Schooße der Constituante selbst, welche über den Friedensvertrag in letzter Instanz abzustimmen hat. Die Möglichkeit ist hier nicht ausgeschlossen, daß der Vertrag verworfen wird, weniger, weil von einer Fortsetzung des Krieges irgend welches Heil zu erwarten wäre, als weil noch immer die Illusion viele Franzosen befängt, eine Intervention Europa's werde, wenn die Friedensbedingungen zu hart befunden würden, auf Deutschland einen Druck ausüben. Die französischen Generale scheinen gegenwärtig den Volksvertretern gegenüber nicht länger zurückgehalten zu haben mit dem unumwundenen Eingeständniß, daß die militärische Situation eine Fortsetzung des Krieges nicht gestatte. Um so bedauerlicher wäre es, wenn Seitens der europäischen Diplomatie das französische Volk in den grausamen Irrthum gewiegt würde, eine Intervention der Neutralen werde Frankreich den wohlverdienten Folgen seiner friedensstörerischen Politik entziehen. Leider läßt sich nicht verkennen, daß wenigstens Englands Haltung zweideutig genug ist, um eine solche Illusion nicht ganz gegenstandslos erscheinen zu lassen. Die englischen Blätter, Pamphlete aller Art führen eine Deutschland so feindliche Sprache, daß es kein Wunder wäre, wenn sie Frankreich in seiner Hartnäckigkeit bestärkte, zumal, wie wir mehrfach bereits hervorgehoben haben, die Auslassungen der englischen Regierung weit davon entfernt sind, die Unzulässigkeit einer Einmischung in die deutsch-französischen Friedensverhandlungen einzuräumen. Wenn das englische Kabinet die deutsche Regierung auffordert, ihm die beabsichtigten Friedensbedingun-

gen mitzutheilen, so kann dies nur in diesem Sinne gedeutet werden, daß England für sich das Recht in Anspruch nimmt, in jene Verhandlungen hineinzureden, ein Recht, das ihm deutscher Seits schwerlich zuerkannt werden dürfte, nachdem England es verabsäumt, rechtzeitig und an der rechten Stelle den Frieden mit dem ganzen Einfluß zu predigen, über den es im Rathe der europäischen Mächte verfügt.

Welche Beweggründe die öffentliche Meinung und die Regierung in England bewegen, so demonstrativ um die Gunst Frankreichs zu werben und sich in einen fast feindlichen Gegensatz zu Deutschland zu stellen, ist schwer zu sagen. Daß wirklich eine rein platonische Liebe zu Frankreich die Triebfeder sein könne, ist kaum anzunehmen: sie stände jedenfalls in einem höchst befremdlichen Gegensatz zu den Traditionen der englischen Politik, welche ihre Freundschaft stets mit ihrem Vortheil zu verbinden verstand. Unmöglich aber kann es die Furcht vor der „Eroberungssucht Preußens“ sein, vor der Möglichkeit, daß Deutschland die Weltherrschaft Englands auf dem Meere angreifen werde. Der Gedanke, daß England, wie es die Vernichtung des übermächtigen ersten französischen Kaiserreichs stets mit zäher Konsequenz verfolgt habe, nun auch, wenn es nicht seine ganze staatliche Bedeutung verlieren wolle, mit gleicher Zähigkeit auf den Sturz des deutschen Kaiserreichs hinarbeiten müsse — dieser Gedanke, der vielfach als der Kern der englischen Anschauungen bezeichnet wird, ist so unsinnig, so falsch in seinen Voraussetzungen, daß wir vollständig an dem so gerühmten good sense der Engländer verzweifeln müßten, wenn er anderswo als bei den Bewohnern von Bedlam gefunden würde. Vielleicht aber geht man am richtigsten, wenn man das Motiv für die Parteinahme Englands für Frankreich in der Befürchtung sucht, letzteres werde sich durch eine Beeinträchtigung der englischen Handelsinteressen dafür rächen, daß England ihm in seinem Unglück die kühle Gleichgiltigkeit der Neutralität zeige. Der englisch-französische Handelsvertrag ist am 1. Februar allerdings nicht gekündigt, allein seine Giltigkeit ist nur für ein weiteres Jahr verlängert worden. Die Gefahr eines handels-politischen Bruches zwischen beiden Ländern ist daher noch offen, und dieser Umstand darf, wenn nicht als das ausschließliche, so doch gewiß als ein höchst maßgebendes Moment für die Haltung Englands angesehen werden. Gleichzeitig aber liegt darin auch die Bürgschaft dafür, daß Englands Freundschaft für Frankreich nicht ihren platonischen Charakter verlieren werde. Sicherlich wird die englische Presse noch viel Tinte in der Bekämpfung Deutschlands verbrauchen, manches bittere Wort noch im Parlament über die deutsche Politik fallen, allein an eine ernstliche Einsprache gegen die Friedensbedingungen, die Deutschland seinem besiegten Gegner auferlegt, ist kaum zu denken, um so weniger, als England selbst anerkennen muß, daß die deutsche Regierung bei der Feststellung der Friedensbedingungen eine Mäßigung gezeigt hat, von der die englische Politik bis jetzt kein Beispiel bietet.

Garibaldi kehrt nach Caprera heim: es ist gut, daß von Zeit zu Zeit auch in den konfusesten Köpfen die Erkenntniß des allein Richtigen Platz greift. Garibaldi's Abtritt von der Bühne in Frankreich ist nicht eben glänzend, allein immer noch ehrenvoller für ihn als sein Erscheinen auf derselben. Wir gönnen ihm auf seiner Ziegeninsel die Ruhe, wir gönnen ihm selbst, daß er seine Ruhe mit Romanschreiberei ausfülle, vorausgesetzt, daß wir sie nicht lesen sollen. Seine Tagesbefehle genügen uns vollständig zur Würdigung seiner schriftstellerischen Verdienste.

17. Februar 1871.

Die Kapitulation von Belfort, welche unter sehr ehrenvollen Bedingungen für die seit drei Monaten sich so tapfer vertheidigende französische Garnison erfolgt ist, hat noch vor dem 19. Februar den letzten Punkt französischen Gebiets in unsere Hände gebracht, der für Friedensverhandlungen von Bedeutung ist. Mit Belfort ist, abgesehen von dem Felsennester Bitsch, der gesammte Elsaß im Besitz Deutschlands und unsere Stellung dadurch für die Berathung der Friedensbedingungen so klar und fest präcisirt, wie es nur gewünscht werden kann. Inzwischen ist der Waffenstillstand selbst verlängert worden; statt am 19. Februar erreicht er erst am 24. Februar sein Ende und zwar ist diese Frist, nur deshalb so kurz gegriffen, weil die französischen Rüstungen im Süden und namentlich die Einberufung der Altersklasse von 1872 zu dem Argwohn berechtigen, daß hinter der angeblich friedlichen Gesinnung der französischen Constituante sich kriegerische Pläne verbergen. Ob wirklich diese Rüstungen bedeutend sind, können wir nicht beurtheilen; daß aber trotz der abmahnenden Stimmen der französischen Heerführer selbst die Verblendung der französischen Deputirten die Wiederaufnahme des Krieges planen könnte, obwohl sein schneller und furchtbarer Verlauf zum Nachtheile Frankreichs unzweifelhaft ist, können wir trotz aller Beweise von der vollständigen Unzurechnungsfähigkeit des französischen Volkes nicht annehmen. Wir finden daher in der Kürze der Frist, um welche der Waffenstillstand verlängert worden ist, keineswegs eine Veranlassung zu Befürchtungen in Betreff der möglichen Wiederaufnahme der Feindseligkeiten. Eine solche Verlängerung war zur Abwickelung der Verhandlungen nothwendig; daß sie kurz bemessen worden, ist gerade im Interesse des Friedens freudig zu begrüßen. Denn nur, wenn die Herren in Bordeaux stets von Neuem darauf hingewiesen werden, daß sie es mit einem entschlossenen Gegner zu thun haben, werden sie sich zur Beschleunigung der Verhandlungen und zur Annahme der unerläßlichen Friedensbedingungen entschließen.

Das Endergebniß der Pariser Wahlen, welches nunmehr vorliegt, ist ein trauriger Beweis mehr für die vollständige Verkommenheit der Bevölkerung jener Stadt in politischer Beziehung. Es bildet ein wür-

diges Seitenstück zu den widerlichen Scenen, welche sich in den ersten Tagen vor und nach Ausbruch des Krieges dort abspielten. Wie damals die Hauptstadt vollständig unter der Herrschaft der hohlen, aber volltönenden Phrasen stand, mit welchen die Minister des Kaiserreichs die Kriegswuth anzufachen bemüht waren, so steht sie heute unter der Herrschaft ultraradikaler Wortführer. Aber diese Erscheinung ist heute noch ungleich widerwärtiger als im Sommer vorigen Jahres; denn damals konnte Paris an die Macht seiner Nation glauben und war trunken in einem anticipirten Siegesrausch. Heute sind alle Illusionen verschwunden und die nüchternste Anschauung, welche nur danach strebt, daß der Hunger gestillt werde, beherrscht die Bevölkerung der Stadt. Die für uneinnehmbar gehaltenen Befestigungswerke sind in den Händen des Feindes, vor den Thoren stehen die deutschen Heerschaaren, während die eigenen Soldaten waffenlos in den Straßen umherirren, und die Stadt selbst ihr Lösegeld dem Sieger zahlt: statt indessen den ganzen furchtbaren Ernst dieser Situation zu ermessen, statt in einem Augenblick ruhigen Nachdenkens so nahe liegenden Schlüsse nicht bloß auf das Nutzlose, sondern auf das Verbrecherische der Fortsetzung des Krieges zu ziehen, wendet die Bevölkerung der Stadt ihr Ohr den wahnwitzigen Aeußerungen der radikalen Parteiführer zu, welche den Krieg bis auf's Aeußerste fordern, und beschimpft mit erbärmlicher Niedrigkeit die Männer, welche in ernster Würdigung ihrer patriotischen Pflicht den Kampf geführt haben, so lange sie glaubten, ihn mit Aussicht auf Erfolg führen zu können, die Hauptstadt aber retteten, als jede Aussicht auf eine günstige Wendung verschwunden war. Wir haben aufmerksam den Charakter von Paris während dieser Krisis beobachtet, allein nirgendswo ist uns ein Zug von wahrhafter Größe, von moralischer Würde entgegengetreten. Nicht einmal die äußere Würde hat es sich zu erhalten gewußt. So sehr der Franzose, und namentlich der Pariser, es liebt, in Schauspieler-Attitüden vor der Welt aufzutreten, diesmal hat er sich nicht einmal als guter Schauspieler gezeigt, überall war er nur ein Jahrmarktsgaukler der allergewöhnlichsten Art. Diese Erscheinung markirt den tiefen Verfall der Nation, deren moralischer Ruin, wie das „Siècle" richtig bemerkt, nicht weniger schrecklich ist, als ihr materieller. Dies republikanische Blatt selbst kann Angesichts des eklen Schauspiels, das Paris heute bietet, indem es seine besten Bürger schmäht, und dem albernen Phrasengeklingel demagogischer Charlatane nachläuft, nicht umhin, zu sagen: „Wie sich Raubvögel auf die blutigen Reste der Schlachtfelder stürzen, so eilen die giftigen Mäuler herbei, sich auf noch aufrecht stehende Männer stürzend, zerfleischen und besudeln sie und bieten unseren Augen das Schauspiel der Orgie der Beschimpfungen, welche danach strebt, die Orgie der Kanone zu erreichen." Daß freilich die Ursache dieser Erscheinung nicht von gestern datirt, sondern in der alles verneinenden, an alles Ehrwürdige und Erhabene mit frechen

Händen tastenden Irreligiosität zu suchen ist, welche die französische Opposition seit 80 Jahren dem Volke durch Presse und Literatur tief eingeimpft hat, das wagt der „Siècle“ nicht sich selbst zu sagen. Die Früchte einer bösen Vergangenheit reifen erst jetzt, doch bieten sie, wie wir fürchten, heute Frankreich erst den Vorgeschmack seiner Zukunft.

21. Februar 1871.

Die Frage: wird in dieser Woche noch das Friedenswerk zum frohen Abschluß kommen? schwebt natürlich auf allen Lippen, doch ist es nicht möglich, dieselbe mit einiger Sicherheit zu beantworten. Allerdings fehlt es in den Vorgängen zu Bordeaux und in Frankreich überhaupt nicht an Symptomen, welche anzeigen, daß das Bedürfniß nach Frieden ein allgemein tief empfundenes ist. Die Wahl Thiers' zum Haupt der Regierung, die Bildung des neuen Ministeriums zur Mehrzahl aus den Männern, welche die Kapitulation von Paris unterzeichnet haben in der Erkenntniß der Nutzlosigkeit eines ferneren Widerstandes, die Art und Weise endlich, wie hauptsächlich auf Veranlassung von Herrn Thiers der Protest Kellers gegen die Abtretung von Elsaß und Deutsch-Lothringen parlamentarisch beseitigt worden ist, die Sprache der Mehrzahl der französischen Zeitungen, welche zwar unablässig von Rache und Wiedervergeltung schwatzen, aber doch eingestehen, daß augenblicklich der Frieden eine unabweisbare Nothwendigkeit sei — Alles das zeigt, daß das Verlangen nach Frieden in Frankreich mächtig zum Durchbruch gekommen ist. Unter gewöhnlichen Verhältnissen würde der Abschluß des Friedens daher nicht zweifelhaft sein: allein sobald Frankreich ins Spiel kommt, muß auch mit dem Abnormsten gerechnet werden und die Möglichkeit, daß diese Nation, obwohl sie am Ende ihrer Kräfte angekommen und, wie die Uebersicht ihrer noch vorhandenen Streitkräfte zeigt, vollständig unfähig ist, den deutschen Armeen, wenn sie sich über die Loire ergießen sollten, einen Augenblick Widerstand zu leisten, dennoch nicht auf die deutschen Friedensbedingungen eingeht, ist, das Wenigste gesagt, nicht undenkbar. Es sei nöthig, der fremden Okkupation ein Ende zu machen, nöthig ein muthig verhandelter, aber ehrenvoller Friede, hat Thiers in der Nationalversammlung erklärt. Gerade in diesen Worten aber liegt eines der bedenklichsten Momente der Situation. So oft haben französische Staatsmänner und Publizisten versichert, die Ehre Frankreichs sei anders beschaffen, als die Ehre anderer Nationen, daß die Befürchtung nahe liegt, das französische Volk theile diese an und für sich höchst alberne Anschauung, und werde den Friedensbedingungen trotz alledem und alledem seine Zustimmung verweigern, weil es dieselben für unverträglich mit seiner Ehre hält. Ernstlich ist dies durchaus nicht der Fall: die Zahlung der Kriegskosten und die Abtretung zweier Deutschland geraubter Provinzen bedingt durchaus keine weitere Schädigung der

Ehre Frankreichs, als sie Frankreich selbst anderen Nationen nach einem unglücklichen Kampfe auferlegt hat. Im gegenwärtigen Augenblick ist vielmehr Frankreich noch in der Lage, seine Ehre sich vollständig unversehrt zu erhalten, indem es nach dem unglücklich geführten Kampfe in der letzten Stunde frei über sein Schicksal entscheidet; indem Frankreich, wenn auch mit Opfern jetzt Frieden schließt, bleibt es Herrin seines eigenen Geschickes. Anders, wenn es noch einmal den Krieg herausfordert und seinen wahnwitzigen Widerstand so lange fortsetzt, bis es, vollständig vernichtet, zu den Füßen des Siegers liegt. Heute kann Frankreich unterhandeln, in wenigen Wochen nach Erneuerung des Kampfes, würde es sich auf Gnade und Ungnade dem Sieger ergeben müssen, und seine Rettung nicht sich selbst, sondern unserer Großmuth und der Fürbitte fremder Mächte verdanken. Ein normal gearteter Verstand würde nicht einen Augenblick darüber zweifelhaft sein, auf welcher Seite in diesem Dilemma die Wahrung der Ehre zu finden ist. Allein, wie bereits gesagt, das Anormale darf bei einer Erwägung der Handlungsweise der Franzosen nicht außer Acht gelassen werden, wenn wir auch überzeugt sind, daß ein solcher Verstandesmensch, wie Thiers, keinen Augenblick in Zweifel sein kann, daß die Pflicht von ihm, als Haupt der gegenwärtigen französischen Regierung fordert, das Unvermeidliche zu thun, ehe es zu spät ist.

22. Februar 1871.

Ueber London kommt uns heute die Nachricht, daß der Abschluß des Friedens als gesichert anzusehen sei und der Waffenstillstand bis zum 1. März verlängert werde. Während des Verlaufs des Krieges haben sich die auf dem Wege über England publicirten Nachrichten so oft als die wohlbegründeten Vorläufer wichtiger Ereignisse bewährt, daß wir gern bereit sind, dieser englischen Nachricht Vertrauen zu schenken, doch müssen wir vor allzusanguinischen Auffassungen warnen und bemerken, daß auch heute noch wie gestern eine positive Unterlage für die Sicherheit des demnächstigen Friedensschlusses fehlt. Tritt in der That eine Verlängerung des Waffenstillstandes ein — und hierüber werden wir nicht lange mehr ohne Nachricht bleiben können — so ist allerdings anzunehmen, daß in Betreff der Friedenspräliminarien eine Verständigung erzielt worden ist; sonst würde aus den gestern bereits angefügten Gründen jede Verlängerung der Waffenruhe eine so bedeutende Schädigung unserer Interessen bedingen, daß man in Versailles unter keinen Umständen darauf eingehen dürfte. Fehlt es aber an positiven Bestätigungen unserer Hoffnungen auf die Herstellung des Friedens, so haben sich doch die Symptome gemehrt, welche dieser Eventualität günstig sind. Wir verzeichnen als solche zunächst die Berufung süddeutscher Diplomaten in das Hauptquartier. Aus München ist Graf Bray, aus Karlsruhe Minister Jolly am 20. Februar nach Versailles gereist, um an den Friedensverhandlungen, welche bekannt-

lich heute, Mittwoch, und zwar wie einige Blätter wissen wollen, in dem südlich von Paris gelegenen Städtchen Sceaux beginnen sollen, Theil zu nehmen. Die Berufung dieser Herren in das Hauptquartier deutet an, daß man dort gegründete Aussicht auf eine schleunige Abwickelung des Friedensschlusses zu haben glaubt. Ein anderer Umstand, der anzeigen würde, daß die französischen Regierungsmänner in der That die ernstlichste Absicht für den Frieden haben, darf wohl darin gefunden werden, daß weder Herr Favre noch Herr Thiers sich in Versailles resp. in Sceaux in Unkenntniß der deutschen Friedensbedingungen einfinden. Es scheint als feststehend angesehen werden zu dürfen, daß Ersterer am 17. aus Versailles diese Bedingungen mit nach Paris gebracht und in einer langen Berathung seinen Kollegen mitgetheilt hat. Auch Herr Thiers kannte daher jene Bedingungen, als er die Leitung der Regierung übernahm. Seine Aeußerungen über die Nothwendigkeit, Frieden zu schließen, und über die Reorganisation Frankreichs nach erfolgtem Friedensschluß, erhalten dadurch eine gesteigerte Bedeutung. Und ebenso ist die Bildung des Ministeriums, das die Herstellung des Friedens als seine Aufgabe bezeichnet, aus Männern, die bereits mit den Bedingungen bekannt waren, eine weitere Bürgschaft für die Nachgiebigkeit der französischen Regierung. Fraglicher erscheint die eventuelle Haltung der Nationalversammlung in Bordeaux: doch versichert heute der Telegraph auch von dieser, daß die Majorität den Frieden wolle und sicherlich kennt ein alter parlamentarischer Praktikus wie Thiers die Art und Weise, wie französische Versammlungen dieser Art zu behandeln sind, zur Genüge, um sicher zu sein, daß dieselbe, wenn er ihr das Friedensinstrument vorlegt, ihm zustimmen wird. Die Erwägung, daß einer Verwerfung der Friedenspräliminarien der Rücktritt Thiers' und seines Ministeriums folgen, damit aber von Neuem das revolutionäre Chaos in Frankreich beginnen würde, — diese Erwägung allein dürfte hinreichen, die konservative Majorität dem Friedensvertrage zu gewinnen.

Auch die Bildung des Funfzehnerausschusses, welcher den französischen Bevollmächtigten in den Friedensverhandlungen zur Seite stehen soll, ist ein wirksames Mittel, um die Majorität der Nationalversammlung von vornherein für das Resultat jener Verhandlungen zu gewinnen und auf sie einen nicht unwesentlichen Theil der Verantwortlichkeit abzuwälzen. Allerdings wird es auch im günstigsten Falle nicht an leidenschaftlichen Reden in Bordeaux fehlen. Schon weil Gambetta den Deputirtensitz für Straßburg angenommen hat, und er thun wird, was in seinen Kräften steht, um Lärm zu schlagen. Ihm werden natürlich die Herren Victor Hugo, Louis Blanc, Pyat und Konsorten tüchtig sekundiren, inner- wie außerhalb des Sitzungssaales, allein ohne Erfolg, wenn nicht zwei Momente vielleicht die Majorität der Versammlung in selbstbetrügerische Illusionen einwiegen. Einmal die Annahme, Deutschland habe eigentlich den Frieden noch nöthiger als Frankreich

und dann die Hoffnung auf eine Intervention der Neutralen, namentlich Englands. Die erstere Behauptung wird namentlich von den radikalen Blättern mit der schamlosesten Verlogenheit verbreitet, und es ist bei der entsetzlichen Unwissenheit der Franzosen und ihrer Leichtgläubigkeit nicht unmöglich, daß sie einen größeren Eindruck erzielen, als im Interesse des Friedens wünschenswerth ist. Was die Intervention der Neutralen betrifft, so sollte man allerdings meinen, daß nach dem Ausgang der Debatte des englischen Unterhauses über die Politik der Regierung in dem deutsch-französischen Kriege diese Hoffnung Frankreich genommen sein müsse, allein die Politik des Londoner Kabinets ist eine so zweideutige und unklare, daß es nicht verwunderlich wäre, wenn derartige Illusionen, namentlich die Idee eines europäischen Friedenskongresses, nach wie vor den Verstand der französischen Deputirten verdunkeln. Daß in dieser Beziehung die englischen Staatsmänner durchaus nicht mit der nothwendigen Offenheit operiren, geht aus einer Mittheilung der „Köln. Ztg." hervor, welche folgendes sagt:

„Während Englands Vertreter überall erklärt hatten, daß die englische Regierung die Konferenz über die im Wesentlichen erledigte Pontusaffaire vor Eröffnung des Parlaments abzuschließen wünsche, hat England neuerdings die Konferenz, angeblich wegen Frankreichs Abwesenheit, fortwährend verlängert, wahrscheinlich um neben der Konferenz, deren Programm andere Angelegenheiten ausschließt, einen europäischen Kongreß über die Friedensfrage vorzubereiten."

Wir hoben neulich bereits hervor, daß der Kern der auffälligen Unfreundlichkeit Englands gegen Deutschland in den Befürchtungen für den englisch-französischen Handelsvertrag zu suchen sein dürfte. Daß diese Befürchtungen nicht ungegründet, ist allerdings nicht zu verkennen; gerade Thiers hat zu allen Zeiten sich als ein Gegner des Freihandels betheiligt, und seine Ernennung hat bereits eine gewisse Agitation zu Gunsten der Abschaffung des Handelsvertrages hervorgerufen. An der Spitze der Blätter welche denselben angreifen, steht der „Moniteur". Derselbe sieht darin, daß fast alle Mitglieder der früher in Paris gebildeten Komite's der Ligue nationale du travail zu Abgeordneten gewählt wurden, den deutlichen Beweis, daß Frankreich auf dem Wege des Schutzzollsystems wieder zum Wohlstande und durch ihn zu Reichthum und Macht gelangen will, und er hofft, daß unter der neuen Verwaltung, an deren Spitze Thiers stehen werde, das staatsökonomische Regime wieder an das Ruder kommt, welches derselbe von jeher vertheidigt hat. Unter solchen Umständen ist es allerdings möglich, daß die Herren der Manchesterschule, welche in England jetzt regieren, Alles versuchen, um von Thiers die Aufrechterhaltung des Handelsvertrags zu erlangen.

25. Februar 1871.

Die Verhandlungen zwischen dem Grafen Bismarck und Herrn Thiers nehmen, wie es scheint, einen fortdauernd günstigen Verlauf, so daß nach Pariser Telegrammen für heute schon die entscheidende Konferenz anberaumt werden konnte. Da gestern bereits die Vorlage an die Nationalversammlung gemacht werden sollte, so kann in der heutigen Konferenz es sich wohl nur noch um die definitive Unterzeichnung der Friedenspräliminarien handeln. Aus Bordeaux vom gestrigen Tage wird sogar gemeldet: „Die Friedensbedingungen beiderseitiger Bevollmächtigter sind festgestellt, den einzigen Streitpunkt bilden noch die Garantien für die Kriegskostenentschädigung, welcher wahrscheinlich im Laufe des Tages beigelegt wird. Der Traktat kann noch Abends paraphirt werden.“ Wir lassen indessen dahin gestellt sein, in wie weit diese Angaben sowohl wie die englischen richtig sind. Auf eine endgiltige Nachricht ist vor morgen kaum zu hoffen.

Am Tage nach dem Ausbruch des Krieges theilten wir unseren Lesern die Kassandrarede mit, in welcher Thiers sich gegen den von französischer Seite so freventlich herbeigeführten Kampf aussprach — nicht, weil er die Ungerechtigkeit desselben verabscheut hätte, sondern weil er das napoleonische Verfahren für ungeschickt, Frankreich für nicht vorbereitet genug hielt. Heute, wir dürfen hoffen am Tage vor dem Schluß dieses Krieges, steht in erster Linie die Rede, welche derselbe Staatsmann in Bordeaux bei dem Antritt seines Amtes als Haupt der französischen Regierung gehalten hat. Diese Rede ist ungleich friedlicher, als wir nach den telegraphischen Auszügen annehmen durften: mit sehr klaren Worten und großer Beredtsamkeit spricht Thiers aus, daß es absolut nothwendig sei, den Frieden mit dem siegreichen Gegner zu schließen: „Frieden machen, reorganisiren, den Kredit erheben, die Arbeit beseelen — dies ist die einzig mögliche, in diesem Augenblicke allein begreifliche Politik.“ Niemand wird diesen Worten des Herrn Thiers, in welchen er die Grundzüge seines Programms zusammenfaßt, seinen Beifall versagen, und wenn, wie es in der That scheint, die nächsten Tage, vielleicht schon Stunden, uns die freudige Nachricht bringen werden, daß es dem französischen Staatsmanne gelungen ist, den ersten Theil dieses Programms auszuführen, so darf Thiers die volle, ungetheilte Dankbarkeit des französischen Volkes in Anspruch nehmen. Indem er in einem Augenblick, in welchem Frankreich, vom Feinde in ehrlichem Kampfe niedergeworfen, sich durch die Fortsetzung dieses Krieges und durch den Bürgerkrieg vollständig zu vernichten drohte, diesem Volke den Frieden gegeben und die Möglichkeit eröffnet hat, die Wunden zu heilen, die ihm weniger der Feind, als die eigne Zuchtlosigkeit geschlagen, hat Thiers viel mehr für Frankreich gethan, als irgend einer seiner Herrscher und Staatsmänner in den letzten Jahrhunderten. Indem jene in der Befriedigung der Launen dieses genial angelegten, aber auch mit allen Fehlern

und Lastern der Genialität behafteten Volkes das Mittel zur Erlangung und Behauptung ihrer eignen Ziele sahen, haben sie die Entsittlichung und den Verfall der Nation vorbereitet, welche in der gegenwärtigen Krisis ihren Höhenpunkt erreicht haben: an Thiers tritt nun die Aufgabe heran, den Geboten der Pflicht in Frankreich die gebührende Achtung zu verschaffen und diesem Volke die Selbstüberwindung zu lehren, der es vollständig entfremdet ist, ihm die sittliche Gesundheit wiederzugeben, ohne welche ein nationales Leben nicht möglich ist. Wird das neue Oberhaupt des französischen Staates dieser Aufgabe gewachsen sein? Wir wünschen es mehr als wir es glauben. Thiers selbst ist in gewissem Maße die Inkarnation jenes Franzosenthums voll Selbstüberhebung und Anmaßung, das in der äußeren Machtstellung der Nation, in der „Gloire" die höchsten Ziele einer nationalen Politik sieht.

Wie kaum ein anderer Staatsmann Frankreichs in den letzten 40 Jahren, hat Thiers den Kultus der kriegerischen Großthaten dieser Nation betrieben, und unablässig die Eifersucht geschürt, mit welcher Frankreich jede Kräftigung und jeden Fortschritt in der Entwickelung der Nachbarnationen beobachtete. Zumal Deutschland gegenüber ist er zu allen Zeiten der Vertreter einer Politik gewesen, welche unsern nationalen Hoffnungen und Bemühungen im höchsten Grade feindlich gewesen ist. Seine Reden, die er nach 1866 im Gesetzgebenden Körper gehalten, athmen alle denselben Geist der Erbitterung und des Hasses gegen Deutschland; sie tragen einen großen Theil der Schuld an dem Ausbruch jenes wahnsinnigen Chauvinismus, der der französischen Kriegserklärung im Sommer v. J. vorherging, denn sie hatten der für solche Dinge so leicht empfänglichen Nation unausgesetzt die Erniedrigung Frankreichs in der gesteigerten Machtstellung Deutschlands, gezeigt. Als Thiers die Geister, die er selbst beschworen, nicht mehr bändigen konnte, protestirte er gegen den Krieg, aber, wie gesagt nicht aus sittlichen Gründen, nicht weil er den furchtbaren Frevel verdammte, der die beiden größten Kulturvölker der Welt mit den Gräueln des Krieges bedrohte und die Gemeinsamkeit edler Interessen in Strömen von Blut ertränkte, sondern weil er die Arsenale Frankreichs nicht mit Vernichtungsmitteln in hinlänglicher Zahl gefüllt glaubte, weil ihm der Erfolg ein unsicherer erschien. Das ist der Mann, der heute Frankreich mit großen Opfern den Frieden erkauft und das Verbrechen zu sühnen berufen ist, das jenes Land unter dem Zeichen Thiers'schen Geistes an uns begangen hat. Indem er die Unerläßlichkeit dieser Sühne erkannt, indem er Alles daransetzt, dem Lande den Frieden wiederzugeben, erwirbt er sich ein sehr großes Verdienst um Frankreich, und auch Deutschland darf dasselbe rühmend anerkennen. Allein der Proceß der inneren Heilung jenes Volkes erfordert reinere Hände und eine edlere Politik als die eines Thiers.

27. Februar 1871.

„Heute Nachmittag 2 Uhr sind die Friedenspräliminarien unterzeichnet worden. Gott sei gelobt! In der Brust eines Jeden werden die Schlußworte dieses Telegramms einen lauten und tiefen Nachklang finden. Wir dürfen in der That Dem, der die Geschicke der Völker lenkt, dankbar sein dafür, daß nach dem heißen Ringen endlich der Tag gekommen, an welchem wir nahezu mit Gewißheit den Abschluß des Kampfes, der auch von uns, den Siegern, harte Opfer gefordert hat, entgegen sehen dürfen. Nahezu mit Gewißheit — denn noch ist der Friedensschluß selbst, obwohl die Präliminarien unterzeichnet sind, nicht vollständig perfekt, da die Nationalversammlung in Bordeaux die Friedensbedingungen noch zu genehmigen hat. Daß sie dieselben genehmigen wird, erscheint uns außer Zweifel. Allerdings befinden sich Thiers und seine Beigeordneten nicht in der sonst bei Friedensschlüssen üblichen Lage, daß ihre Unterschriften als die von Bevollmächtigten, welche Kraft und Namens der souveränen Staatsgewalt verhandeln, bindende Kraft insoweit haben, daß die nachträgliche Ratifizirung der höchsten Staatsgewalt daher nur eine formelle ist.

Die Nationalversammlung in Bordeaux hat sich, wenn wir anders die Anfrage, welche Gambetta über die Aufgabe der Fünfzehnerkommission an die Regierung richtete, und die Antwort Jules Simon's richtig verstanden haben, — ausdrücklich das Recht vorbehalten, die Friedenspräliminarien zu prüfen und darüber zu beschließen. Die Möglichkeit, daß in Bordeaux das Friedenswerk verworfen werden könne, ist daher nicht außer Acht zu lassen, am Wenigsten den Vertretern eines Volkes gegenüber, das in jeder Beziehung unberechenbar ist. Dennoch glauben wir mit vollem Recht die Ueberzeugung festhalten zu dürfen, daß dieser Fall nicht eintreten, daß die Nationalversammlung nach heftigen Debatten, nach Demonstrationen der widerlichsten Art die Präliminarien genehmigen wird. Angesichts der Lage, in welcher sich Frankreich befindet, der Unmöglichkeit, den Krieg fortsetzen zu können, ist es nicht anders denkbar, als daß Thiers, dem schon in Bordeaux die Summe der deutschen Friedensbedingungen bekannt war, vor seiner Abreise nach Versailles die sichere Ueberzeugung gewonnen hatte, die Majorität der Versammlung, der er seine Wahl zum Oberhaupt der Regierungsgewalt zu verdanken hat, werde ihm bei dieser ersten und größten Bethätigung seiner Vollmacht treu zur Seite stehen und die Friedenspräliminarien genehmigen, die seine Unterschrift tragen. Wir glauben daher dem Votum der Nationalversammlung, die voraussichtlich heute über diese Präliminarien debattiren wird, mit der vollen Zuversicht entgegen sehen zu dürfen, daß dieselbe das Friedenswerk genehmigen wird. Ob diese Genehmigung mit dem stillen Vorbehalt einer baldigen Wiedervergeltung ausgesprochen wird, ob, wie die Blätter in Bordeaux schreiben, es sich nach französischer Anschauung „dabei nicht um einen Frieden handelt, in den man willigt, son-

dern um einen Frieden, dem man sich unterwirft, über den Frankreich bei Gefahr neuer Katastrophen und eines ebenso sicheren als schmählichen Todes sich nicht trösten darf, um einen Frieden, für den Rache zu nehmen es sich vorbereiten muß" — diese Frage ist augenblicklich, gegenüber der großen Sache, daß der heutige Kampf beendet wird, etwas Nebensächliches.

28. Februar 1871.

Die zur Stunde eingegangenen Nachrichten melden noch nichts von dem Zusammentritt der Nationalversammlung in Bordeaux zum Zweck der Berathung über die Friedenspräliminarien. Die Frist, innerhalb welcher diese Versammlung ihre Entscheidungen zu treffen hat, ist durch die Verlängerung des Waffenstillstandes bedingt, welche nach Brüsseler Angaben bis zum 6. März, reicht, nach der uns telegraphirten Erklärung des Staatsministers Delbrück dagegen nur 6 Tage umfaßt und daher am 4. März zu Ende gehen würde. Welche von diesen Angaben auch die richtige sein mag, jedenfalls ist durch diese Verlängerung die Nationalversammlung in den Stand gesetzt, die Präliminarien in erschöpfender Weise zu berathen. Es erscheint uns dies ein Vortheil, schon deshalb, weil dadurch auch der leiseste Schein vermieden wird, als sei die Nationalversammlung in eine Zwangslage gebracht worden. Allerdings sind die Fragen, über welche die Abgeordneten des französischen Volkes zu entscheiden haben, so einfach und klar seit Wochen formulirt, daß eine detaillirte Berathung derselben durchaus überflüssig erscheint: jeder von ihnen weiß seit langer Zeit, daß von einer Fähigkeit Frankreichs, weiteren ernstlichen Widerstand zu leisten, keine Rede sein kann, jeder von ihnen muß daher zu der Frage der Gebietsabtretung und der Geldentschädigung längst seine Stellung genommen haben, so daß wenige Stunden genügen könnten, um das Endresultat der Berathung in Bordeaux herbeizuführen. Wenn statt dessen durch die Verlängerung der Waffenruhe die Muße zu ausführlichen Verhandlungen gegeben wird, so wird damit zugleich den französischen Deputirten die Möglichkeit genommen, später die Verantwortlichkeit für ihre Beschlüsse von sich abzuweisen, unter dem Vorwand, sie hätten dieselben nicht mit der vollständigen Freiheit fassen können. Wie die Verhältnisse heute liegen, beräth die Nationalversammlung durchaus frei und trägt daher für alle Zeiten dem eigenen Lande, Deutschland und Europa gegenüber die Verantwortlichkeit für ihre Entschließungen, gleichviel ob dieselbe dem Kriege oder, was wir als unzweifelhaft ansehen, dem Frieden günstig ausfallen werden. Unsere Zuversicht in letzterer Beziehung wird noch gesteigert durch die Kenntniß der Friedensbedingungen selbst, welche so maßvoll sind, daß sogar die wahnwitzige Verblendung eines Gambetta Anstand nehmen müßte, durch ihre Verwerfung dem hart geprüften französischen Volke die Segnungen des Friedens vorzuenthalten. Die Geschichte der sy-

billinischen Bücher würde sich in für Frankreich verhängnißvollster Weise wiederholen, wenn seine Vertreter sich weigern sollten, den heute für den Frieden geforderten Preis zu zahlen, der nach dem Verlauf von wenigen Wochen ungleich gesteigert und dann ohne Widerspruch entrichtet werden müßte. Frankreich hat alle Ursache, die maßvollen Forderungen des Siegers, welcher in den Verhandlungen zu Versailles seine Achtung vor dem Gegner, seine Großmuth und seine Friedensliebe so glänzend bewiesen hat, dankbar anzuerkennen.

Aber auch Deutschland darf mit ungetheilter Genugthuung sich jener Präliminarien freuen, welche voraussichtlich die größte und erhebendste Epoche in der Entwickelungsgeschichte unseres Volkes zu einem nicht minder glänzenden und verheißungsvollen Abschluß bringen. In der Zeit des Kampfes sind die herrlichsten Früchte auf dem Gebiet des inneren nationalen Lebens gezeitigt worden: die trennenden Gegensätze zwischen den einzelnen deutschen Stämmen sind verschwunden; an ihre Stelle ist das unerschütterliche Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit getreten, das in der Wiederherstellung des deutschen Reichs, in der Neuschöpfung der deutschen Kaiserkrone seinen konkreten Ausdruck gefunden hat. Der Fluch der Schwäche, der auf Deutschland in Folge seiner Zerrissenheit haftete, ist hinweggenommen; Deutschland hat die Einheit und damit die seiner so herrlich bewiesenen Kraft entsprechende Machtstellung unter den Völkern der Erde sich wiedergewonnen.

Zu diesen kostbaren Errungenschaften, die uns der Krieg gebracht, bilden die Erwerbungen, welche die Friedenspräliminarien sichern, ein nicht minder erfreuliches Seitenstück, indem sie uns die Bedingungen gewähren, deren unser Vaterland zu seiner Sicherheit und zur Förderung seines Wohlstandes bedarf. In Folge des Vertrages von Versailles kehren alte deutsche Reichslande, kostbare Perlen, die in den traurigen Zeiten der Schwäche des deutschen Volksbewußtseins und einer erbärmlichen Politik der Krone Deutschlands geraubt worden waren, zu uns zurück, mit ihnen Straßburg und Metz, diese beiden mächtigen Stützpunkte für alle die Sicherheit und Unabhängigkeit Deutschlands gefährdende Unternehmungen seit Hunderten von Jahren. Durch die Wiedererwerbung von Elsaß und Deutsch-Lothringen, der nationalen und natürlichen Grenze Deutschlands gegen Frankreich, ist die Möglichkeit gegeben, daß zwischen diesen beiden vornehmsten Kulturvölkern des Kontinents ein dauernder Friede Platz greife, denn erst jetzt sind die Grenzverhältnisse so geordnet, daß auf beiden Seiten wirkliche Sicherheit vor kriegerischen Einfällen gegeben ist, während bisher Deutschland unausgesetzt von Frankreich sich bedroht fühlte, das an den Grenzen unseres Vaterlandes jene festen Stellungen besaß, welche in seinen Händen Ausfallsthore gegen uns waren, während sie in den unserigen sind, was sie sein sollen: zur Vertheidigung bestimmte Bollwerke.

So sehr auch unsere Gegner von Rache und Wiedervergeltung träumen, so laut sie — und leider nicht bloß unsere Gegner in Frankreich, auch unpatriotische oder kleinmüthige Männer in Deutschland selbst — prophezeihen, die Gebietsabtretungen, zu denen Frankreich gezwungen worden, trügen den Keim zu neuen Kriegen in sich, so dürfte die Zukunft doch zeigen, daß niemals ein Krieg mehr im Interesse des Friedens geführt worden ist, als der jetzt beendete, weil er eben keine Eroberungen, sondern nur die Wiederherstellung natürlicher und darum auch dauerhafter Verhältnisse anstrebte und verwirklicht hat, die eine unschätzbare Garantie für die Erhaltung des Friedens geben.

Aus diesem Grunde sind wir auch weit entfernt, wie so mancher Andere, in dem Umstand, daß Belfort in französischen Besitz zurückkehrt, den Wermuthstropfen zu sehen, der uns den reinen Genuß der Friedensfestfeier verbittert. „In der Beschränkung zeigt sich der Meister" — diesen Satz Goethes hat Graf Bismarck trefflich bethätigt, indem er seine Zustimmung zu jener Bedingung der Friedenspräliminarien gab. Belfort ist Deutschland kostbar durch die Ströme edlen Blutes, die während seiner Belagerung geflossen, es ist uns kostbar, weil eine der glänzendsten Siegesthaten unserer unvergleichlichen Heere dort ausgeführt worden ist, allein es hat dadurch in der That erst die Bedeutung erhalten, die man ihm heute in Deutschland beilegt. Vor wenigen Monaten würde ein Friedensschluß, der jene Festung nicht in unsren Besitz gebracht hätte, vielleicht in militärischen Kreisen, sicherlich nicht vom deutschen Volke als eine unvollständige Befriedigung unsrer gerechten Forderungen empfunden worden sein. Belfort liegt außerhalb des deutschen Sprachgebiets, es ist, obgleich zum Elsaß gehörig, ungleich mehr als dieser verwälscht, und sein Besitz würde zu Unzuträglichkeiten geführt haben, die mit seiner Bedeutung in keinem Verhältnisse gestanden hätten. Denn selbst in militärischer Beziehung ist der Besitz von Belfort weniger wichtig, als in den letzten Zeiten wohl allgemein angenommen worden ist. Was uns aber vor Allem mit der Verzichtleistung auf diese Stadt aussöhnt, ist die Erwägung, daß dadurch Deutschland nicht nur im Allgemeinen einen großartigen Beweis seiner maßvollen und durchaus friedlichen Politik gegeben, den das ängstliche und neidische Ausland wohl zu würdigen wissen wird, sondern daß es dadurch auch thatsächlich auf eine unausgesetzte Bedrohung Frankreichs verzichtet hat. Was Metz und Straßburg in den Händen unserer Gegner bisher war, das würde Belfort in den unsrigen sein, ein Stützpunkt nicht für Defensiv-, sondern für Offensivbewegungen. Indem Deutschland Metz, Frankreich Belfort erhält, ist die Defensivlinie für beide Staaten in einer der Gerechtigkeit entsprechenden Weise gezogen und gerade dadurch jener auf natürlichen und gesunden Verhältnissen beruhende Zustand geschaffen, den wir schon oben als die Garantie eines langen Friedens bezeichnet haben. Nicht in Abrede kann gestellt werden, daß zunächst durch den Umstand, daß

der Elsaß nicht ganz in deutschen Besitz übergegangen, einige politische Uebelstände hervorgerufen werden dürften: die Elsässer von Belfort werden in Frankreich die Rolle der Schmerzenskinder auch für den übrigen Elsaß übernehmen und mancherlei Weiterungen veranlassen. Allein die Zukunft und die zu erwartende glückliche Entwickelung des Elsaß nach der Verbindung mit dem Mutterlande und seiner Wiederbelebung durch den deutschen Geist werden hier ihre heilende und versöhnende Wirkung nicht verfehlen.

Was die Geldentschädigung betrifft, welche in den Präliminarien festgesetzt ist, so entspricht dieselbe durchaus den berechtigten Forderungen Deutschlands. Selbstverständlich können nicht alle Opfer, welche der Krieg gefordert, so weit sie überhaupt in Geld berechnet werden können, durch die 1333 Millionen Thaler, welche Frankreich uns zu zahlen hat, ausgeglichen werden: allein diese Summe ermöglicht nicht nur eine Ehrenschuld der Nation zu tilgen und reichlich für die bei der Vertheidigung unserer höchsten nationalen Güter verwundeten und erkrankten Krieger, sowie für die Wittwen und Waisen unserer gebliebenen Helden zu sorgen, sondern bietet auch vollen Ersatz für die mittelbaren und unmittelbaren Kosten des Krieges, sowie die Mittel zur Anlage der unerläßlichen Fortifikationen, die der Schutz unserer neuen Grenzen erfordert. Ja noch mehr, die Höhe der Geldentschädigung und der Erwerb der fruchtbaren reichbemittelten Landstriche Elsaß und Lothringen, wird die Entwickelung unseres Nationalwohlstandes in nachhaltigster Weise fördern und nicht wenig dazu beitragen, daß auch auf kommerziellem und industriellem Gebiet, in Kunst und Wissenschaft sich ein reges, gedeihliches Leben entwickelt. Wie unter den Waffen so wird auch im Frieden Deutschland die reichen Segnungen seiner Machtstellung und seiner Einigung erndten, in dankbarer Erinnerung an die Größe seiner Führer und Staatsmänner, an die hingebende todesmuthige Vaterlandsliebe seiner Heldensöhne, aus deren vereinbartem Bemühen die furchtbare Krisis des Sommers 1871 zu einer Quelle ungeahnten Heils für unser theures Vaterland geworden ist.

1. März 1871.

Der heutige Tag bringt das hoffentlich letzte kriegerische Ereigniß: die Besetzung der französischen Hauptstadt durch deutsche Truppen, welche auf heute Morgen um 10 Uhr festgesetzt ist, bildet den Abschluß der gewaltigen Kämpfe, welche Deutschlands Heer in der kurzen Spanne Zeit von 7 Monaten in einer ununterbrochenen Reihe der glänzendsten Siege, die die Weltgeschichte kennt, bis in das Herz des feindlichen Landes, bis über die Ufer der Loire hinaus und nach Paris hinein geführt haben. Am 1. August v. J. schlugen die Herzen in Deutschland in ernster Spannung den kommenden Ereignissen entgegen: in gewaltigen Massen drängten die feindlichen Schaaren den Ufern des Rheines zu, um die deutschen Gefilde mit den Schrecken des Krieges

zu überziehen. Am 2. August warf der Feind seine Geschosse nach Saarbrücken hinein und besetzte die deutsche Grenzstadt auf wenige Stunden — die einzige Stadt, in welcher während des Krieges die Fahne des Gegners geweht, der seit jenem Tage immer tiefer in das Innere des Landes vor den wuchtigen Hieben der Deutschen zurückwich. Heute wehen unsere Fahnen in der besiegten Hauptstadt!

Als nach der Kapitulation der Festung Paris die deutschen Truppen nicht in die Stadt einzogen, spendeten wir dieser Schonung des Gegners unsere volle Anerkennung. Dem deutschen Heere fehlt glücklicherweise jenes Prätorianerelement, das nach dem siegreichen Kampf den Triumphzug verlangt, wie dem deutschen Herzen nichts ferner liegt, als der Drang, den besiegten Gegner den Kelch der Demüthigung bis auf die Neige leeren zu lassen. Frankreich, vor Allem Paris selbst, würde, so glaubten wir annehmen zu dürfen, den Edelmuth des Siegers nicht verkennen, welcher dem gerade in dieser Beziehung so empfindlichen Volke das Schauspiel der Besetzung der Hauptstadt durch unsere Truppen ersparte. Wir haben uns darin getäuscht: statt die Mäßigung wenigstens schweigend anzuerkennen, hat man in Paris mit der Frechheit von Straßenbuben die niedrigsten Schmähungen auf unser Land und Heer — dies „Volk in Waffen" — gehäuft, und eine Zügellosigkeit der Sprache walten lassen, die nur zu deutlich zeigte, daß der Wahn, in welchen verblendete Schmeichler die Nation und ihre Hauptstadt gewiegt, als sei Paris eine „heilige Stätte" und unverletzlich, noch immer die Gemüther umfing. Dieser Wahn, der so unendliches Wehe über die Menschheit gebracht, mußte vernichtet, das französische Volk durch die Macht der Thatsache überführt werden, daß seine Hauptstadt, wie die jedes anderen Volkes, das im Kriege unterlegen, der Macht des Siegers anheimgegeben ist.

Zum dritten Male im Laufe dieses Jahrhunderts wiederholt sich das Schauspiel, daß sich die Thore von Paris fremden Kriegern öffnen. Fast möchte man daraus, daß dennoch immer von Neuem wieder die Nothwendigkeit einer solchen Züchtigung der französischen Hauptstadt eintreten konnte, den Schluß ziehen, als werde auch die heutige Besetzung von Paris einen nachhaltigen Eindruck auf die Gemüther nicht erzielen, und diese Stadt nach wie vor die Brutstätte für den Weltfrieden gefährdende Pläne bleiben, wie sie frevler Uebermuth dort im Sommer v. J. gegen unser Vaterland ersonnen. Die Umstände, unter welchen heute der Einmarsch der deutschen Truppen sich vollzieht, sind indessen so wesentlich von denen verschieden, unter welchen in den Jahren 1814 und 1815 die Besetzung von Paris erfolgte, daß selbst französische Verblendung sich hier der Wahrheit nicht verschließen kann. Damals fand diese ruhmestolle Nation ihre Tröstung in dem Gedanken, daß sie nur der Coalition von ganz Europa erlegen sei: mit den Deutschen standen Oestreicher, Engländer, Russen, Schweden gegen Frankreich in Waffen. Heute wehen in den Straßen der stolzen Haupt-

stadt nur die Fahnen deutscher Truppen, denn Deutschland allein hat Frankreich niedergeworfen. Diesen Beweis der Ueberlegenheit der Macht des geeinigten Deutschlands über die Macht Frankreichs wird, wir hoffen es wenigstens, einer nachhaltigen Wirkung nicht ermangeln, und wenn die Ruhe in die Gemüther zurückgekehrt ist, auch dem verstocktesten Franzosen für lange Zeit die ernste Lehre predigen, daß Deutschland nicht ungestraft die frivolen Angriffe auf seine Ehre und seine Sicherheit duldet, die französischer Uebermuth so lange erfolgreich planen durfte.

Friede.

3. März 1871.

Die süße, langersehnte Botschaft ist eingetroffen, daß der Friede vereinbart worden ist, ein Friede, wie ihn glorreicher die Geschichte unseres Vaterlandes nicht kennt. Als im Hochsommer v. J. der freyle Uebermuth Frankreichs die Spitze des Schwertes gegen unsere Brust kehrte, war in Deutschland Niemand, der an dem Sieg unserer gerechten Sache zweifelte; das deutsche Volk, friedliebend und friedfertig, wie kein anderes, war durch unerhörte Beleidigungen, durch die Ländergier und Anmaßung unseres Erbfeindes, der die Entwickelung deutscher Macht im Interesse der Selbsterhaltung vernichten zu müssen glaubte, zu einem gewaltigen Kampfe herausgefordert worden, den es nicht vermeiden konnte, ohne auf seine Zukunft, auf seine Ehre und sein Ansehen zu verzichten. Der Gegner war ein furchtbarer Feind; die Geschichte von Jahrhunderten lehrte, wie er es stets verstanden, durch die Zersplitterung der Kräfte Deutschlands sich den Sieg zu sichern; seine krieggeübten Heere waren an Zahl den unseren gleich, an Rüstung schienen sie überlegen. Dennoch zweifelte Niemand in Deutschland, daß der Sieg unsere Fahnen begleiten werde, denn unsere Waffen kämpften für das Recht, für die höchsten Güter der ganzen Menschheit, für Freiheit und Sitte, welche, wenn wir unterlagen, das Spiel und der Spott einer verabscheuungswürdigen Politik geworden wären. Nicht die Ehre und Unversehrtheit des Vaterlandes allein, die Ehre, die sittliche Würde der Menschheit stand in diesem Kampfe in Gefahr! Im Vollgefühl der erhabenen Pflicht, welche unserem Vaterlande auferlegt worden, Vorkämpfer der Menschheit zu sein, zog ganz Deutschland in nie geahnter Einigkeit, zog das Volk in Waffen in den ihm freventlich aufgezwungenen Krieg, einig an Haupt und Gliedern, einig im Rath und in der That! Gott segnete unsere Fahnen! Ein herrlicher Siegestag folgte dem andern, mächtige Zeugen, die mit gewaltiger Beredtsamkeit bestätigten, daß der feste Glaube unseres Volkes

an die ewig waltende Gerechtigkeit, welche die Geschicke der Völker lenkt, sich nicht getäuscht. Nach hartem, heißem Ringen war der Gegner zu Boden gestreckt, und der mit Strömen edelsten Blutes, um welches ganz Deutschland mitten im Friedensjubel trauernd die Hände gen Himmel hebt, gewonnene Sieg vollendet.

Herrlich sind die Früchte, die uns ein blutiger Sommer und Winter gezeitigt: aus der Asche ist neuerstanden die Macht und das Ansehen des deutschen Reichs, verschwunden sind die Schranken, welche die einheitliche Zusammenfügung Deutschlands hemmten und so häufig die Ursache seiner Ohnmacht, seiner Niederlagen, seiner Zerstückelung durch räuberische Nachbarn gewesen waren. Kein Preußen, kein Baiern — ein Deutschland ist aus diesem Kampfe hervorgegangen, ein Deutschland überreich an Siegen und Ehren und, was wir höher als Alles schätzen, bereit, in der Zeit des Friedens für die höchsten Güter der Menschheit einzutreten mit der gleichen Energie, die es auf dem Schlachtfelde so herrlich bethätigt.

Von beiden Ufern des Rheines, dessen goldige Wogen heute zum ersten Male wieder seit Jahrhunderten Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze bilden, wird der heutige Tag mit feierlichem Glockengeläute begrüßt: möge der hehre Festklang nicht allein ein Zeichen des wiedergegebenen Friedens sein, sondern auch ein Zeichen sein, daß das deutsche Volk, so stark und unüberwindlich in seiner Einheit, nie aufhören möge, festzuhalten an der Zucht, an der Ehrfurcht vor dem Recht, an der selbstlosen Liebe zum Vaterlande und an der Demuth vor Gott, die unsere Herzen zum Siege gestählt haben, und für alle Zeiten stählen sollen. Das walte Gott!

Weimar. — Hof-Buchdruckerei.

BSB Bayerische StaatsBibliothek
MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Bojanowski, Paul <<von>>,

Geschehenes und Geschriebenes Tagebuchblätter eines Journalisten aus der Kriegsmonaten der Jahre 1870 und 1871

Weimar 1871

Eur. 694 d-151
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11003940-3